

**Bamberger Agenda 21 –  
Heute für morgen handeln!**



# **Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Bamberg 2011**



# AGENDA 21



## Inhaltsverzeichnis

<b>1 Vorwort</b> .....	5
<b>2 Der lokale Agenda 21-Prozess in der Stadt Bamberg</b> .....	6
<b>3 Indikatoren zur Nachhaltigkeit</b> .....	7
<b>3.1 Ökologische Indikatoren</b> .....	8
3.1.1 Abfall .....	9
3.1.2 Bodenmanagement .....	14
3.1.3 Energie .....	18
3.1.4 Gewässerschutz / Trinkwasser .....	22
3.1.5 Immissionsschutz.....	29
3.1.6 Mobilität.....	34
3.1.7 Naturschutz .....	40
<b>3.2 Ökonomische Indikatoren</b> .....	45
3.2.1 Betrieblicher Umweltschutz .....	45
3.2.2 Existenzgründungen .....	47
3.2.3 Kommunaler Haushalt .....	51
3.2.4 Öko-Landwirtschaft .....	54
3.2.5 Wirtschaftsstruktur .....	59
<b>3.3 Gesellschaftliche und soziale Indikatoren</b> .....	62
3.3.1 Arbeit.....	62
3.3.2 Ausbildung .....	66
3.3.3 Bevölkerung.....	69
3.3.3.1 Bevölkerung und Wohnen .....	70
3.3.3.2 Altersaufbau und medizinische Versorgung.....	74
3.3.3.3 Integration.....	76
3.3.4 Familie und Kinder .....	81
3.3.5 Geschlechtergerechtigkeit.....	85
3.3.6 Kommunales Eine-Welt-Engagement .....	87
3.3.7 Ehrenamtliches Engagement .....	89
3.3.8 Kriminalität .....	92
3.3.9 Sicherung des Lebensunterhaltes.....	97
<b>4 Die nachhaltige Stadtentwicklung in der Außendarstellung und –wahrnehmung</b> – Teilnahme an den Wettbewerben der Deutschen Umwelthilfe (DUH) .....	101
<b>5 Zusammenfassung – Bausteine der Agenda-Arbeit für die Zukunft</b> .....	103
<b>Abbildungsverzeichnis</b> .....	114
<b>Tabellenverzeichnis</b> .....	115
<b>Bildnachweis</b> .....	116
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	116
<b>Quellennachweis</b> .....	120

# **AGENDA 21**

## **Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Bamberg**

## 1 Vorwort

Eine wichtige Aufgabe im Rahmen der Agenda 21 ist die Sicherstellung einer nachhaltigen (Stadt-) Entwicklung. Doch wie kann „Nachhaltigkeit“ gemessen werden? Hierzu wurden seitens des Umweltamtes der Stadt Bamberg in Anlehnung an wissenschaftlichen Forschungsergebnissen eine Reihe von sogenannten „Indikatoren“ entwickelt und in einem ersten Nachhaltigkeitsbericht im Jahr 2000 dem Stadtrat und einer interessierten Öffentlichkeit vorgestellt.

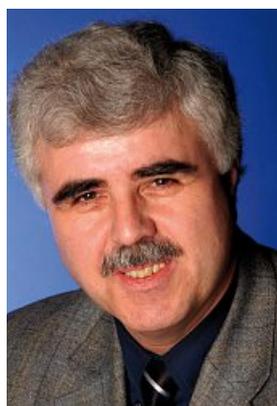
Wie nachhaltig hat sich die Stadt Bamberg in den letzten zehn Jahren entwickelt? Mit dieser Frage beschäftigt sich die vorliegende Neuauflage des Nachhaltigkeitsberichtes. Anhand von 20 Indikatoren aus den Bereichen „Ökologie“, „Ökonomie“ und „Soziales“ soll die Fortführung des Agenda 21-Prozesses in der Stadt Bamberg dokumentiert werden. Das Leitbild der Nachhaltigkeit konkret zu erfassen und mit Daten, Fakten und Zahlen zu hinterlegen ist ein wesentliches Ziel dieses Berichtes. In jedem Handlungsfeld wird der Ist-Zustand im Bezug zur Lokalen Agenda 21, der Status der Entwicklung in Anbetracht der Zielsetzungen von Bund, Land und Kommune sowie die Entwicklung der letzten zehn Jahre in der Stadt Bamberg aufgezeigt. Trends und zukünftig zu erwartende Entwicklungen werden angesprochen. Ein Ampelsystem signalisiert die Dringlichkeit des Handlungsbedarfes in den einzelnen Themenbereichen.

Die Indikatoren in den 21 Handlungsfeldern bieten Anknüpfungspunkte für eine interne Betrachtung und Bewertung der Stadtentwicklung und die Möglichkeit des interkommunalen Vergleichs, wengleich auch hier die jeweils unterschiedlichen individuellen Gegebenheiten sowie die sich stetig verändernden (gesetzlichen) Grundlagen und (gesellschaftlichen) Rahmenbedingungen zu beachten sind. Den politischen Entscheidungsträgern sollen sie als eine Art Orientierungshilfe für zukunftssträchtige Weichenstellungen in der Stadtentwicklung dienen.

Mit der Teilnahme an den Wettbewerben der Deutschen Umwelthilfe e.V. (DUH) „Zukunftsfähige Kommune“, „Energiesparkommune“ (2005) und der „Bundeshauptstadt im Naturschutz“ (2007) hat sich die Stadt Bamberg in den letzten Jahren bereits sehr erfolgreich den Herausforderungen einer umfassenden Dokumentation der Agenda-Arbeit und einem interkommunalen Vergleich gestellt. Die Verantwortlichen verstehen dies als Anerkennung der bisher geleisteten Arbeit, gleichzeitig aber auch als Herausforderung, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen und in den Bemühungen um eine zukunftsfähige Stadtentwicklung nicht nachzulassen. Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich dazu eingeladen, sich an diesem dauerhaften Prozess zu beteiligen.



**Andreas Starke**  
Oberbürgermeister



**Ralf Haupt**  
Umwelt- und Sozialreferent



**Herbert Schütz**  
Amtsleiter



## 2 Der lokale Agenda 21-Prozess in der Stadt Bamberg

### ■ Agenda 21

AG21 ist der Name eines Grundsatzprogrammes, das auf der UNO-Konferenz 1992 in Rio de Janeiro verabschiedet wurde. Die Bundesrepublik Deutschland hat dieses Dokument zusammen mit über 170 Staaten unterzeichnet. In der AG21 wird besonders auf die Probleme, die durch internationale Vernetzung entstehen, hingewiesen. Hatte unser Verhalten im Alltag früher vor allem regionale Bedeutung, so wirkt es sich heute weltweit aus. Gleichzeitig ist es durch die Komplexität der Thematik immer schwieriger geworden, die Konsequenzen unseres Handelns zu überblicken.

Die Agenda 21, der Aktionsplan für die drängendsten Fragen des 21. Jahrhunderts, berücksichtigt ökologische, ökonomische, soziale sowie globale Aspekte und verknüpft sie miteinander. Ein Hauptziel ist es, die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung mit der Sicherung der Lebensgrundlagen in Einklang zu bringen. Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung ist innerhalb des Agenda-Prozesses ein zentraler Punkt. Der Begriff Nachhaltigkeit ist aus der Forstwirtschaft entliehen und bedeutet dort, dass dem Wald lediglich soviel Holz entnommen wird, wie wieder nachwächst. Nachhaltiges Wirtschaften liegt also dann vor, wenn ökologische, ökonomische, soziale und globale Belange gleichrangig berücksichtigt werden. Es erfolgt eine umsichtige Nutzung von Energie und Ressourcen, die auch zukünftigen Generationen noch Freiräume und Entfaltungschancen bietet.

### ■ Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene

Im Artikel 28 der Agenda von Rio werden die Kommunen aufgefordert, Projekte auf lokaler Ebene durchzuführen, da ein Großteil der weltweiten Umweltbelastungen von den Industrienationen ausgeht. Darüber hinaus liegen viele Möglichkeiten, unsere Städte umweltverträglicher und lebenswerter zu gestalten, im Einflussbereich der Kommunalpolitik.

In Bayern sind rund ein Drittel aller bayerischen Kommunen mit individuell unterschiedlichen Ansätzen in einem Agenda 21-Prozess aktiv. In Oberfranken nehmen zur Zeit 17 Städte und Landkreise aktiv an diesem Aktionsprogramm teil. Die Stadt Bamberg ist – basierend auf einem Stadtratsbeschluss – seit dem Jahr 1996 dabei. Der Agenda 21-Prozess wird dabei als Dauer-

aufgabe in Richtung einer nachhaltigen Stadtentwicklung gesehen. Das Agenda 21-Büro dient als Schaltzentrale und Nahtstelle zwischen Bürgerpartizipation, Verwaltung und Politik.

Einen Grundpfeiler der Agenda-Arbeit bilden die Fachforen. In diesem auf etwa 30 Teilnehmer begrenzten Gremium werden unter Einbeziehung von Experten und interessierten Bürgern in einem festgelegten Zeitrahmen themenspezifische Projekte im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung erarbeitet. Über die Umsetzung der Projekte entscheidet der Stadtrat, wohingegen das Agenda 21-Büro deren Durchführung fördert und begleitet. Bisher wurden die Themenbereiche „Umweltqualität“, „Bauen, Wohnen und Mobilität“ sowie „Energie und Klimaschutz“ in den Fachforen behandelt. Der Ideenreichtum, die Kreativität, aber auch die hohe Fachkompetenz der Teilnehmer an den Fachforen führte in vielen Fällen zu einer Steigerung der Lebensqualität in Bamberg – ganz im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

„Wie lässt sich eine nachhaltige Stadtentwicklung messen und beurteilen?“

### 3 Indikatoren zur Nachhaltigkeit

Nachhaltige Entwicklung ist eine Aufgabe nicht nur für unsere heutige Generation. Gemäß der Definition einer nachhaltigen Entwicklung werden für alle heutigen und künftigen Generationen ausreichend hohe ökonomische, ökologische und sozial-kulturelle Standards angestrebt, ohne dass die Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit überschritten werden und das intra- und intergenerative Gerechtigkeitsprinzip verletzt wird.

Um erkennen zu können, ob die Ziele, die sich eine Kommune für eine nachhaltige Entwicklung gesteckt hat, erreicht werden können oder bereits erreicht wurden, ist man auf Beurteilungskriterien und ein Instrument zur Messung der Erfüllung dieser Kriterien angewiesen. Dieses soll nicht nur das Monitoring der nachhaltigen Entwicklung ermöglichen, sondern auch deren Anforderungen und Konsequenzen verdeutlichen. Mit Indikatoren kann das komplexe und oft auch abstrakt wirkende Leitbild der nachhaltigen Entwicklung greifbar gemacht und wertvolle Grundlagen für Kommunikation und notwendige Weichenstellungen geschaffen werden. Die verschiedenen wissenschaftlichen Ansätze zeigen zwar Möglichkeiten auf, ein allgemein gültiger Indikatorensatz

existiert jedoch nicht. Die individuellen Eigenschaften des Agenda-Prozesses sowie die unterschiedlichen Voraussetzungen bzw. Gegebenheiten in einer Kommune spiegeln sich meist auch in einem spezifischen „Indikatorensatz“ wider.

Der größte Teil der für diesen Nachhaltigkeitsbericht recherchierten Daten zu den Indikatoren aus Ökologie, Ökonomie, Gesellschaft und Soziales stammt aus der amtlichen Statistik (Deutsches Bundesamt für Statistik, Bayerisches Landesamt für Statistik, Statistik der Agentur für Arbeit u. v. m.) und der kommunalen Statistik (Bamberger Zahlen u. a.). Einige Daten wurden bei den entsprechenden Institutionen und Ämtern der Stadt Bamberg direkt angefragt. Als Informationsquelle „aus erster Hand“, z. B. für den Handlungsbedarf, für aktuelle und zukünftige Maßnahmen, Zielwerte und Zielsetzungen, dienen für jedes Handlungsfeld Gespräche mit Experten.

– Übersicht über die Indikatoren

Ökologie	Ökonomie	Gesellschaft/Soziales
Abfall Bodenmanagement Energie Gewässerschutz / Trinkwasser Immissionsschutz Mobilität Verkehrsmittelwahl Verkehrssicherheit Naturschutz	Betrieblicher Umweltschutz Existenzgründungen Kommunaler Haushalt Öko-Landwirtschaft  Wirtschaftsstruktur	Arbeit Ausbildung Bevölkerung Einwohnerzahl Wohnen Altersaufbau Integration  Familie und Kinder Geschlechtergerechtigkeit Kommunales Eine-Welt-Engagement Ehrenamtliches Engagement Kriminalität Sicherung des Lebensunterhaltes

*„Ökologische Indikatoren beinhalten Aussagen über den Schutz von Arten und Ökosystemen und berücksichtigen die natürlichen Stoffkreisläufe.“*

## 3.1 Ökologische Indikatoren

### ■ Ökologische Aspekte nachhaltiger Entwicklung

Ein Ziel von nachhaltiger Entwicklung ist die Aufrechterhaltung der natürlichen Funktionen des globalen Ökosystems. Grundlage dafür ist die Anerkennung der ökologischen Grenzen für Produktion und Konsum. Für die Nutzung der natürlichen Ressourcen gelten folgende Leitlinien, die auch als „Managementregeln der Nachhaltigkeit“ bezeichnet werden:

- Die Nutzung erneuerbarer Naturgüter darf auf Dauer nicht größer sein als ihre Regenerationsrate, um zukünftigen Generationen als nutzbare Ressource erhalten zu bleiben.
- Die Nutzung nicht-erneuerbarer Naturgüter darf auf Dauer nicht größer sein als die Substitution ihrer Funktionen. Ansonsten würden nicht nur die Ressourcen selbst, sondern auch deren Funktionen für zukünftigen Generationen verloren gehen.
- Die Freisetzung von Stoffen und Energie darf auf Dauer nicht größer sein als die Aufnahmefähigkeit der natürlichen Umwelt, also die Fähigkeit von Luft, Wasser und Boden, diese Schadstoffe zu binden und abzubauen. Es dürfen damit nur so viele Emissionen abgegeben werden, wie dauerhafte Schäden vermieden werden können.

Zu den zentralen ökologischen Kriterien für nachhaltige Entwicklung gehört zudem die ökologische Tragfähigkeit, deren Grenzen beachtet werden müssen. Gleichmaßen zählen dazu der Schutz von Arten und Ökosystemen sowie die Berücksichtigung natürlicher Stoffkreisläufe.

Die Dimension der Ökologie umfasst wesentliche Teilziele der Agenda 21, nämlich die Problemfelder Abfall, Luftverschmutzung, nicht-erneuerbare und erneuerbare Ressourcen. Die ebenfalls zugeordneten Themenfelder Energie und Mobilität können als Querschnittsbereiche aufgefasst werden, von denen sehr viel Aktivitäten der Menschen tangiert werden. Da Mobilität als Grundbedürfnis unverzichtbar ist, soll sie mit möglichst geringen negativen Folgen für die Menschen, die Umwelt und das Stadtgebilde gewährleistet werden. Nachdem unter der Qualität des Verkehrs überwiegend die technische Leistungsfähigkeit des Straßennetzes oder die Verfügbarkeit von Verkehrsflächen ver-

standen wurde, müssen zum Motorisierten Individualverkehr (MIV) alternative Verkehrsmittel stärker ins Blickfeld rücken. Dafür ist es entscheidend, in der Bewusstseinsförderung und im Überzeugungsbereich für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und für die Fahrradnutzung tätig zu werden. Die Diskussion über neue Formen der Mobilität muss ergänzt werden durch die Möglichkeiten einer besseren Verknüpfung verschiedener Verkehrsmittel.

Fragen der Flächennutzung und des Bodenmanagements berühren ebenso Kerninteressen kommunaler Selbstverwaltung. Um diese Ressource dauerhaft zu sichern und Eingriffe ökologisch auszugleichen, werden verschiedene Strategien entwickelt. Es stellt sich die Frage, wie die vorhandenen planungsrechtlichen und informellen Instrumente optimiert werden könnten, um eine sparsame Flächeninanspruchnahme zu erreichen. Das Ziel der Verdichtung ist dabei ambivalent zu betrachten und im richtigen Maß vorzunehmen. Es sollte mit einer Mischung der Funktionen, einer leistungsfähigen Infrastruktur und einem entsprechenden Ausgleich der Flächeninanspruchnahmen sowie einer Bewahrung wichtiger Naturräume einhergehen.

**Produktverantwortung und Abfallhierarchie**

Gemäß neuer europäischer Gesetzgebung kann folgende Zielhierarchie der Abfallwirtschaft formuliert werden:

1. Abfallvermeidung
2. Vorbereitung zur Wiederverwendung
3. Recycling
4. sonstige Verwertung (z. B. energetische)
5. Abfallbeseitigung



**3.1.1 Abfall**

**Einführung**

Seit dem ersten Abfallgesetz (AbfG) aus dem Jahre 1972 hat sich die Abfallbeseitigung über die Abfallwirtschaft hin zur Kreislaufwirtschaft entwickelt. Zuvor existierten in der Bundesrepublik noch ca. 50.000 Müllkippen, die von den Gemeinden selbständig betrieben wurden. In den 1980er und 1990er Jahren wurden die Müllkippen geschlossen und die technischen Voraussetzungen für den Deponiebau durch Verordnungen geregelt.

Heute werden für Siedlungsabfälle deutschlandweit lediglich 160 Deponien für nicht gefährliche Abfälle (Deponieklasse II) betrieben. Stark erhöht wurde dagegen die Anzahl der Müllheizkraftwerke, der mechanisch-biologischen Behandlungsanlagen, der Sortieranlagen für Wertstoffe sowie spezieller Behandlungsanlagen für industrielle Abfälle, die sich technisch auf teils höchstem Niveau befinden, so dass die Beseitigung von Abfall in der Bundesrepublik heutzutage kein Umweltproblem mehr darstellt.

Seit dem Jahr 2005 dürfen zudem nur noch vorbehandelte Siedlungsabfälle gemäß Abfallablagerversordnung (AbfAbIV) auf Deponien verbracht werden, was zu einer weiteren Entspannung der Abfallproblematik beiträgt.

**Status**

Im Jahre 2007 fielen deutschlandweit fast 387 Mio. t Abfall an, davon unter anderem 47,9 Mio. t Siedlungsabfälle (darunter 41,75 Mio. t Haushaltsabfälle) und 58,5 Mio. t Abfälle aus Produktion und Gewerbe (Daten: Statistisches Bundesamt 2009). Die Entwicklung ab dem Jahr 2000 ist in **Abb. 1** dargestellt. In Bayern stieg im Bilanzjahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr das Gesamtabfallaufkommen<sup>2</sup> wieder leicht an.

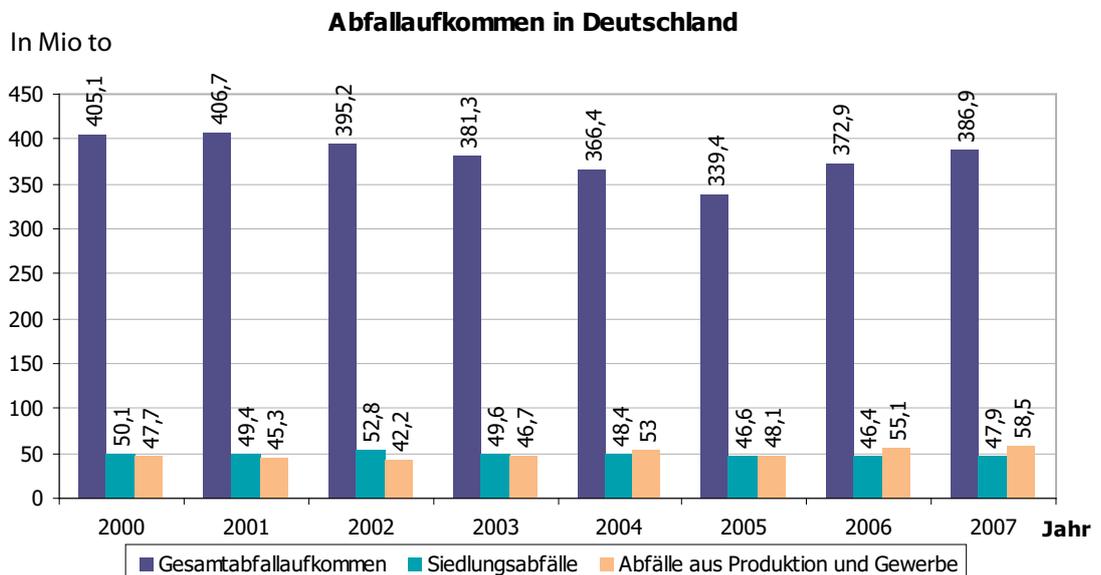
Insgesamt fielen bei den entsorgungspflichtigen Körperschaften 6,33 Mio. t Abfälle (505,4 kg/EW) an, davon 604.312 t in Oberfranken (Daten: Bayerisches Landesamt für Umwelt 2009).

<sup>1</sup> Die 387 Mio. Tonnen Abfall setzen sich neben Siedlungsabfällen (Hausmüll etc.) und Abfällen aus Produktion und Gewerbe u. a. auch aus Bergematerial aus dem Bergbau und Bau- und Abbruchabfällen zusammen, die einen Großteil der Gesamtabfallmenge ausmachen. Ein Vergleich mit den vom LfU angegebenen Gesamtabfallzahlen für Bayern ist daher nicht sinnvoll.

<sup>2</sup> Als Gesamtabfall wird die Summe aller stofflich, biologisch und energetisch verwerteter Abfälle sowie des Restabfalls bezeichnet. Wegen der lückenhaften Datengrundlage bleiben stofflich verwertete Gewerbeabfälle unberücksichtigt.

**Abb. 1:** Abfallaufkommen in Deutschland (gesamt, Siedlungsabfälle, Abfälle aus Produktion und Gewerbe)

Daten: Statistisches Bundesamt 2009



„Das Bamberger Abfallwirtschaftskonzept hat sich bewährt. Sinkende Restmüllmengen und eine konstant hohe Verwertungsquote sind Ausdruck dieses Erfolges.“

### 3.1.1 Abfall

#### ■ Abfallaufkommen in der Stadt Bamberg

##### Hausmüll und Restmüll

In Bamberg konnte dank des Abfallwirtschaftskonzeptes in den letzten Jahren das Aufkommen an Hausmüll, welcher sich aus Restmüll zur thermischen Verwertung sowie getrennt zu erfassenden Wertstoffen zusammensetzt, besonders im Vergleich zu Anfang der 1990er Jahre reduziert werden (Abb. 2).

Dies ist das Ergebnis einer konsequenten Erfassung von Wertstoffen<sup>3</sup>, wie sie bereits seit den 1980er Jahren erfolgt. Die Einführung der Biotonne im gesamten Stadtbereich (abgeschlossen im Jahre 1992) und des Gelben Sackes führte zu einer zusätzlichen Reduzierung der Restmüllmengen.

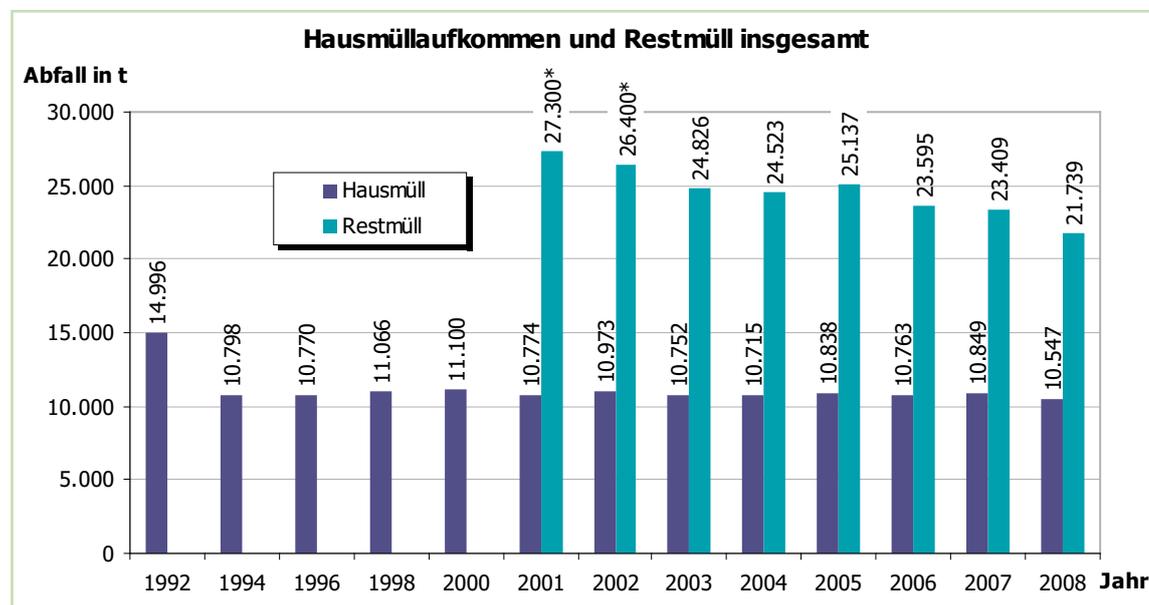
Vervollständigt wurde das Bamberger Abfallwirtschaftskonzept durch die Errichtung eines neuen Wertstoffhofes in der Rheinstraße im Hafengebiet. Problemabfälle wie Batterien, Farben, Lacke, Chemikalien, Kosmetika, Reinigungsmittel und alle anderen Stoffe, die nicht in die Restmülltonne gegeben werden dürfen, müssen dort gesondert abgegeben werden.

<sup>3</sup> Wertstoffe: Glas, Papier/Kartonagen, organische Abfälle, Metalle, Kunststoffe, Textilien

Die rechtlichen Rahmenbedingungen (Bayerisches Abfallgesetz BayAbfG, Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz KrW-/AbfG) wurden im Bamberger Abfallwirtschaftskonzept seit den 1990er Jahren in einen umfassenden Entsorgungsservice umgesetzt.

##### Wertstoffe und Verwertungsquote

Das Wertstoffaufkommen betrug in Bamberg in den letzten Jahren konstant um 21-22.000 Tonnen. Seit Mitte der 1990er Jahre liegt die Verwertungsquote auf einem hohen Niveau und pendelt sich konstant zwischen 67 und 71 % ein. Die Steigerung der Verwertungsquote ab 1994 ist vor allem auf eine verstärkte Getrenntsammlung von Bio- und Grünabfällen zurückzuführen.



**Abb. 2:** Hausmüllaufkommen (private Haushalte ohne hausmüllähnliche Gewerbeabfälle) und Restmüllaufkommen insgesamt (Hausmüll allg., Sperrmüll, hausmüllähnlicher Gewerbeabfall)

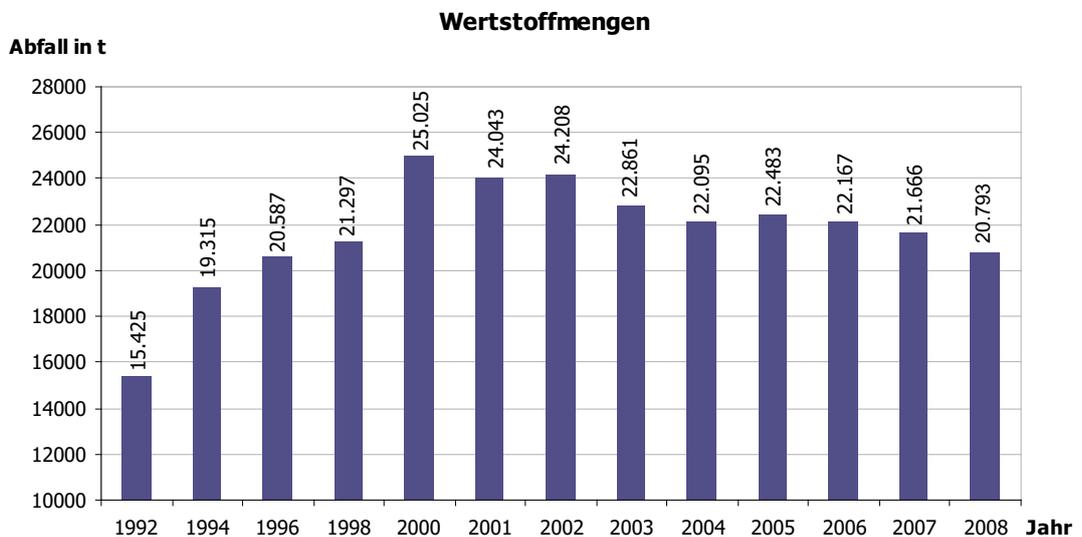
(Daten: Bamberger Zahlen 2008, S. 62 und MHKW Bamberg; Zahlen jeweils ohne US-Streitkräfte)  
\*ungefährer Wert (abzgl. ca. 2.000 t Restabfall der US-Streitkräfte)

„Die Verwertungsquote in der Stadt Bamberg liegt seit dem Jahr 2000 leicht unter dem bayerischen Landesdurchschnitt.“

### 3.1.1 Abfall

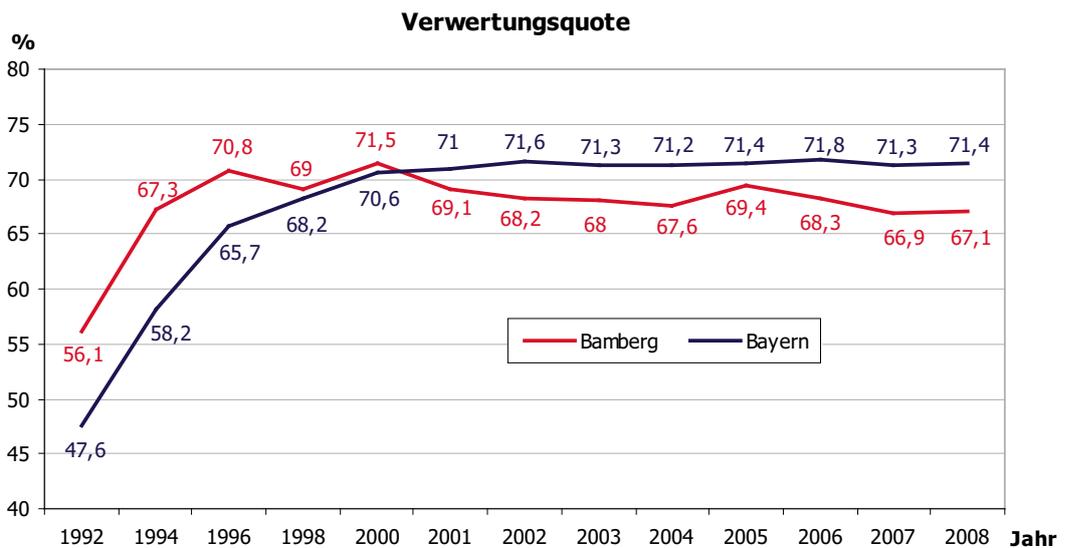
**Abb. 3:**  
Angefallene Wertstoffmengen in Tonnen

(Daten: Umweltamt Bamberg)



**Abb. 4:**  
Wertstoffe – Verwertungsquote

(Daten: Bayern: Bayerisches Landesamt für Umwelt; die Daten für Bamberg wurden bis 2000 den Angaben in der Bamberger Kommunalstatistik entnommen; die Werte ab 2001 entstammen der Formel für die Verwertungsquote, wie sie vom LfU vorgegeben ist)

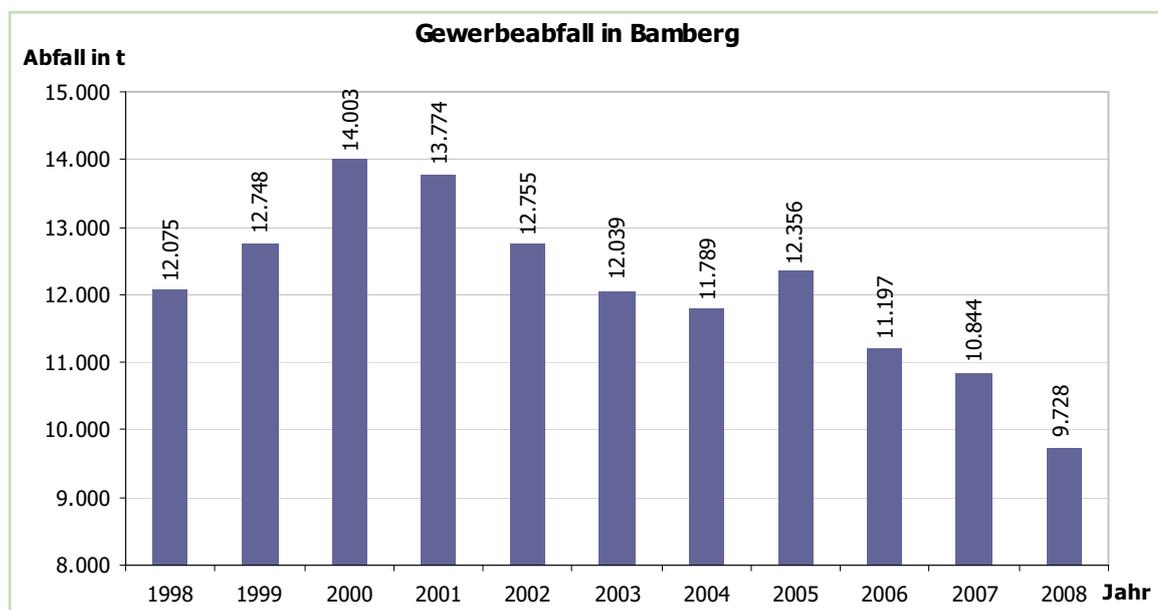


**Gewerbeabfall**

Nicht nur die Restmüllmengen konnten in den letzten knapp zehn Jahren reduziert werden, sondern auch die Gewerbeabfallmengen. Diese lagen mit einem Wert unter 10.000 Tonnen im Jahr 2008 auf einem neuen Tiefstand. Gewerbeabfallmengen können allerdings von konjunkturellen Schwankungen abhängig sein. Aber auch die innerbetrieblichen Bemühungen zur Vermeidung von Abfällen, beispielsweise durch die vermehrte Partizipation an Umweltmanagementansätzen, führen zu Verbesserungen im Bereich der Abfallvermeidung und –verwertung.

„Die hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle sinken seit dem Jahr 2000 kontinuierlich. Hier ist eine deutliche Entkoppelung des Abfallaufkommens von der Wirtschaftsleistung festzustellen.“

### 3.1.1 Abfall

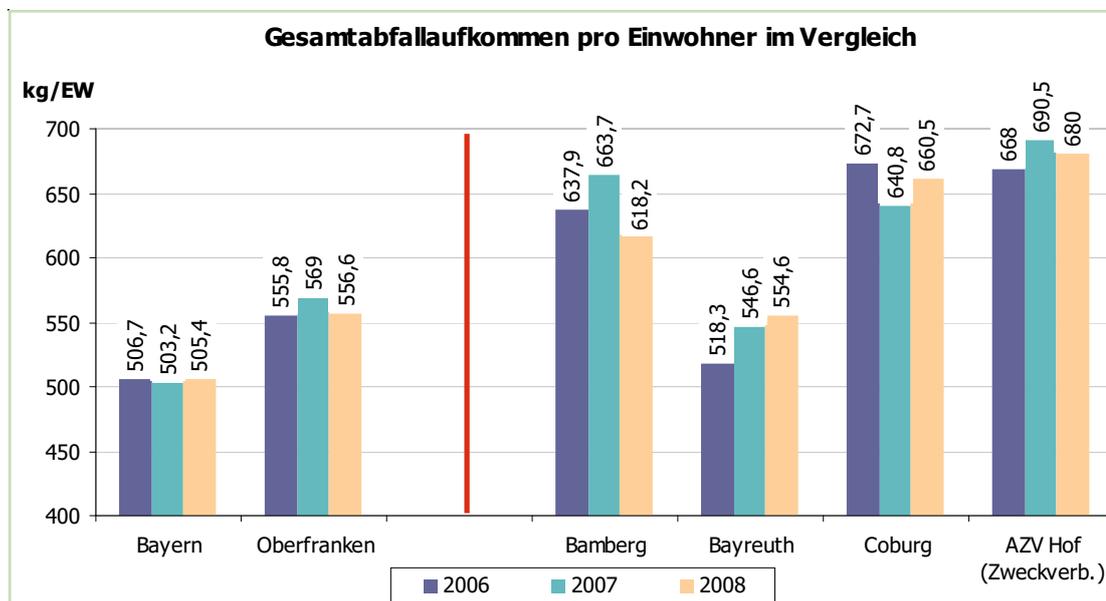


**Abb. 5:** Angefallene Jahresmengen an Gewerbeabfall in Bamberg

Daten: Bamberger Zahlen 2008, S. 62

#### Gesamtabfallaufkommen pro Einwohner

In Bayern und Oberfranken ist das Gesamtabfallaufkommen pro Kopf (kg/EW) in den Jahren 2006 bis 2008 relativ gleich geblieben. Wesentlich signifikantere Unterschiede sind in den kreisfreien Städten Oberfrankens festzustellen. In Bamberg konnte 2008 der niedrigste Pro-Kopf-Wert im betrachteten Zeitraum verzeichnet werden (-46 kg/EW im Vergleich zum Vorjahr), in Bayreuth dagegen der höchste (+37 kg/EW im Vergleich zu 2006)



**Abb. 6:** Gesamtabfallaufkommen (Wertstoffe einschl. energetisch verwertete Abfälle aus Haushalten und Gewerbe + Restabfallaufkommen) in Bayern, Oberfranken, BA, BT, CO und HO in kg/EW

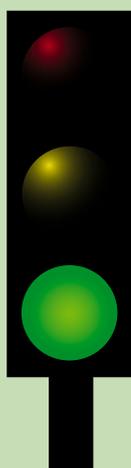
(Daten: Bayerisches Landesamt für Umwelt)

*„Die Dynamik in der Legislative sowie gesellschaftliche Entwicklungen erfordern von Zeit zu Zeit Modifikationen des kommunalen Abfallwirtschaftskonzepts.“*

*„Die Bürgerberatung bleibt dauerhaft ein zentraler Bestandteil dieses Konzeptes.“*

## 3.1.1 Abfall

### – Einschätzung des Handlungsbedarfs



#### Kommentar:

In Bamberg stellt Abfall kein dringendes Umweltproblem mehr dar. Dafür zeichnen sich strenge gesetzliche Regelungen, ein auf den neuesten Stand der Technik aufgerüstetes Müllheizkraftwerk sowie eine hochwertige und technisch ausgereifte Recyclingwirtschaft verantwortlich. Das Bamberger Abfallwirtschaftskonzept konkretisiert die bundes- und landesgesetzlichen Vorgaben auf kommunaler Ebene. Mit der seit dem Jahr 2007 eingeführten Erfassung von Altpapier in der blauen Papiertonne konnte noch einmal eine Verbesserung und Aufwertung des Konzeptes erreicht werden. So muss der Bürger sein Altpapier nicht mehr in Kisten, Tüten oder gebunden sammeln, sondern kann es lose in die Tonne geben, was zugleich in hohem Maße die Bereitstellung für die Abholung vereinfacht. Ein in der lokalen Abfallwirtschaft weiterer großer Schritt nach vorne besteht in der Verwertung von Teilen der organischen Abfälle aus der Biotonne in einer Biogasanlage, wovon es 14 im Lkr. Bamberg gibt (0 in der Stadt). Durch die spezielle Verarbeitung der Abfälle kann das entstandene Methan ( $\text{CH}_4$ ) geregelt zur Wärme- und Stromerzeugung genutzt werden. Diese umweltschonende Verarbeitung der organischen Fraktion in der Biogasanlage ist ebenfalls ein Grund dafür, dass der Handlungsbedarf in Bamberg als gering eingeschätzt werden kann. Aufgrund der Produktverantwortung seitens der Hersteller kann es in Zukunft trotz ausgereifter Konzepte aber durchaus vorkommen, dass durch technische Innovationen konzeptionelle Anpassungsprozesse an die Abfallgesetzgebung notwendig werden. Einen permanenten Handlungsbedarf gibt es im Bereich Öffentlichkeitsarbeit (Abfallberatung). Die Beratung und Information der Bürger zu aktuellen Fragen der Abfallentsorgung und Verwertung, neuen Abfallkonzepten oder Veränderungen in der Gesetzgebung ist eine Hauptaufgabe der kommunalen Abfallwirtschaft.

### – Zielwerte auf kommunaler Ebene

keine Angabe

### – Zieldiskussion

Nach dem Leitbild einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung sollten Abfälle möglichst vermieden werden, die Kreislaufwirtschaft zur Schonung natürlicher Ressourcen gefördert und die umweltverträgliche Beseitigung von Abfällen gesichert werden.

Das umweltpolitische Ziel der Bundesregierung besteht darin, die Abfall- und Kreislaufwirtschaft in den nächsten Jahren hin zu einer Stoffstromwirtschaft weiter zu entwickeln.

Durch konsequente Getrennthaltung von Abfällen, ihre Vorbehandlung, durch Recycling oder ihre energetische Nutzung wird angestrebt, die im Abfall gebundenen Stoffe und Materialien vollständig zu nutzen und somit eine Deponierung von Abfällen überflüssig zu machen.

Eine erfolgreiche Stoffwirtschaft verlangt auch das Einbeziehen von Produktion und Konsum. Die Kreislaufführung von Rohstoffen muss gefördert werden. Dabei ist sicherzustellen, dass Schadstoffe aus den Abfällen nicht in neuen Produkten wieder auftauchen, sie müssen vielmehr schadlos ausgeschleust werden.

Die Kreislaufwirtschaft in Deutschland ist insgesamt ein gutes Beispiel dafür, wie die Umweltpolitik zu Umweltschutz, Ressourceneffizienz, Klimaschutz und damit gleichzeitig zu mehr Wirtschaftlichkeit beiträgt.



„In den Jahren 2002 - 2005 wurden in Deutschland insgesamt 1.670 km<sup>2</sup> für Siedlungs- und Verkehrsflächen versiegelt. Dies entspricht einem Flächenverbrauch von 114 ha/Tag.“  
(Statistisches Bundesamt, 2006)

### 3.1.2 Bodenmanagement

#### ■ Einführung

Deutschland gehört weltweit zu den Staaten mit der höchsten Dichte an infrastrukturellen Einrichtungen für Siedlung und Verkehr. Die dafür benötigte Fläche (Boden) ist eine natürliche Ressource, die nicht vermehrbar und deren Verlust mittelfristig unumkehrbar ist. Folglich ist der ständig wachsende Verbrauch dieser begrenzten Ressource nicht nachhaltig. Als Lebensgrundlage für Menschen, Flora und Fauna leisten Böden einen Großteil des Stoffwechsels im Naturhaushalt. Durch ihre Pufferkapazität dienen sie als Nährstofflieferanten und Schadstoffsenken. Die Wechselwirkungen des Flächenverbrauchs mit anderen Problembereichen nachhaltiger Entwicklungen sind komplex und vielfältig: Die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche beeinflusst vor allem das Stadtklima, den Wasserhaushalt, die Schadstofffilterung sowie die Arten- und Biotopvielfalt. Besonders kritisch ist die Flächenversiegelung zu betrachten, da hierdurch alle Bodenfunktionen verloren gehen. Kommt die Natur immer weniger zu ihrem Recht, wirkt sich dies negativ auf die Lebensqualität aus. Der Flächenverbrauch muss im Einzelnen in konkrete Verkehrs- und Stadtplanungsprojekte übersetzt werden, um Versiegelungen und einem weiteren Rückgang der Naturflächen entgegen zu können. Ein steigender Flächenverbrauch ist auch oft ein Ausdruck dafür, die „Kosten des Fortschritts“ nicht zu bezahlen,

sondern späteren Generationen zu überlassen. Anstatt neue Industrie- und Wohnstandorte „billig“ zu erschließen, sollten – ggf. belastete – Altflächen saniert sowie vorhandene Baulücken geschlossen werden.

#### ■ Status

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)<sup>4</sup> hat in Deutschland in den Jahren 2004 bis 2008 insgesamt um 1.516 km<sup>2</sup> zugenommen. Das entspricht nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Vierjahresdurchschnitt rechnerisch einem täglichen Anstieg von 104 ha. Gleichzeitig nahm die Landwirtschaftsfläche um 1.679 km<sup>2</sup> ab. Die Zunahme der SuV pro Jahr ist seit einiger Zeit rückläufig. Bayerns SuV lag 2008 bei 7.859 km<sup>2</sup> (Anstieg um 16,4 ha/Tag), die von Oberfranken bei 818 km<sup>2</sup>.

<sup>4</sup> Die Siedlungs- und Verkehrsfläche setzt sich zusammen aus der Gebäude- und Freifläche, der Betriebsfläche mit Ausnahme des Abbau- und Bergbau- und Erholungsfläche (8 % Anteil an SuV in Deutschland!), Flächen für den Straßen-, Schienen und Luftverkehr sowie der Friedhofsfläche. SuV und „versiegelte Fläche“ dürfen nicht gleichgesetzt werden.

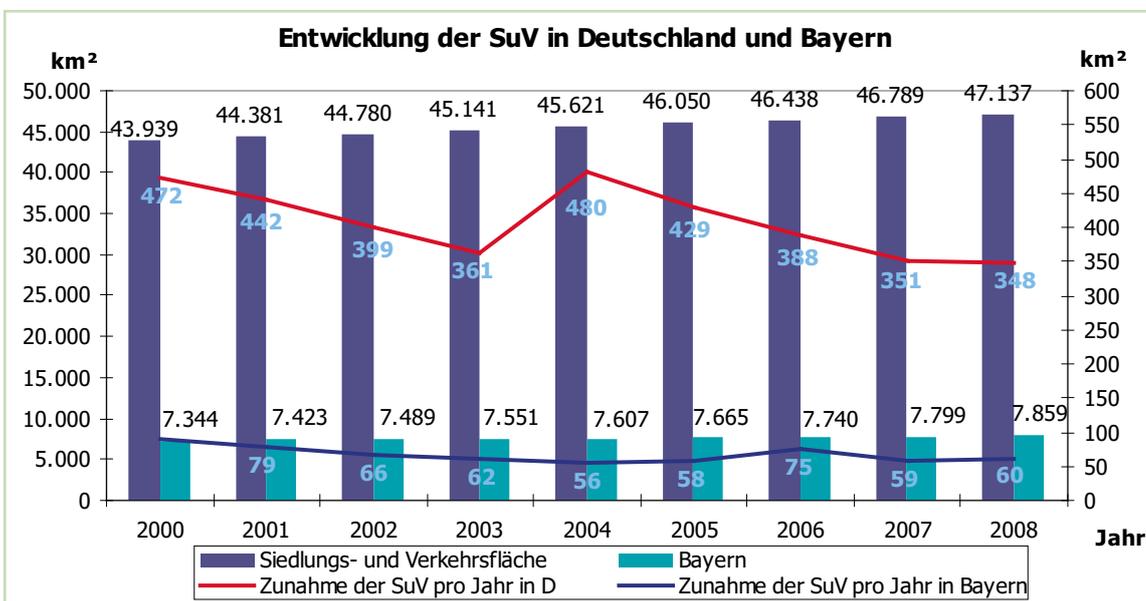


Abb. 7: Siedlungs- und Verkehrsfläche Deutschlands und Bayerns zum 31.12. eines jeden Jahres und deren jährliche Zunahme  
(Daten: Statistisches Bundesamt)

„Bei jeglicher Inanspruchnahme von neuen Bauflächen dürfen die besonderen historischen, natürlichen und stadträumlichen Qualitäten Bambergs nicht gefährdet werden.“

### 3.1.2 Bodenmanagement

#### ■ Flächennutzung der Stadt Bamberg

##### Flächennutzungsplan (FNP) und Landschaftsplan (LSP)

Im Flächennutzungsplan, auch „vorbereitender Bauleitplan“ genannt, wird die Art der Bodennutzung, die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergibt, für das gesamte Stadtareal in den Grundzügen dargestellt. Dieser mit der Öffentlichkeit sowie den Trägern öffentlicher Belange abgestimmte Plan hat die Aufgabe, die verschiedenen räumlichen Nutzungsansprüche wie Wohnen, Gewerbe, Grün, Verkehr usw. zu koordinieren, zu steuern und zu einem abgewogenen Gesamtkonzept zusammenzuführen. Aktuelle Planungsabsichten und Standortentscheidungen werden so für das gesamte Stadtgebiet zusammengefasst und transparent gemacht. Dabei werden nicht nur vorhandene Nutzungen, sondern auch Prognosen und Entwicklungstendenzen für die folgenden zehn bis 15 Jahre berücksichtigt. Der im FNP integrierte Landschaftsplan, das Resultat eines Stadtratsbeschlusses nach umfassender öffentlicher Beteiligung, berücksichtigt insbesondere die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Die Grün- und Freiflächen werden hier ihrer Bedeutung gemäß weiter differenziert und nicht nur in ihrem aktuellen Zustand dargestellt, sondern es werden auch Entwicklungsziele formuliert. Auch Areale, die ökologisch weiterentwickelt werden können, sind eingearbeitet, wie beispielsweise Ausgleichsflächen, die aufgrund einer Be-

bauung erforderlich werden. Bei jeglicher Inanspruchnahme von neuen Bauflächen dürfen die besonderen historischen, natur- und stadträumlichen Qualitäten Bambergs nicht gefährdet werden. Daher gilt nach wie vor der Freiraumschutz nach dem Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“. Neue Wohnbauvorhaben sind aus sozialen und ökologischen Gründen vornehmlich in integrierten Lagen zu entwickeln. (Informationen: Internetauftritt des Stadtplanungsamtes, Rathausjournal 06/2010)

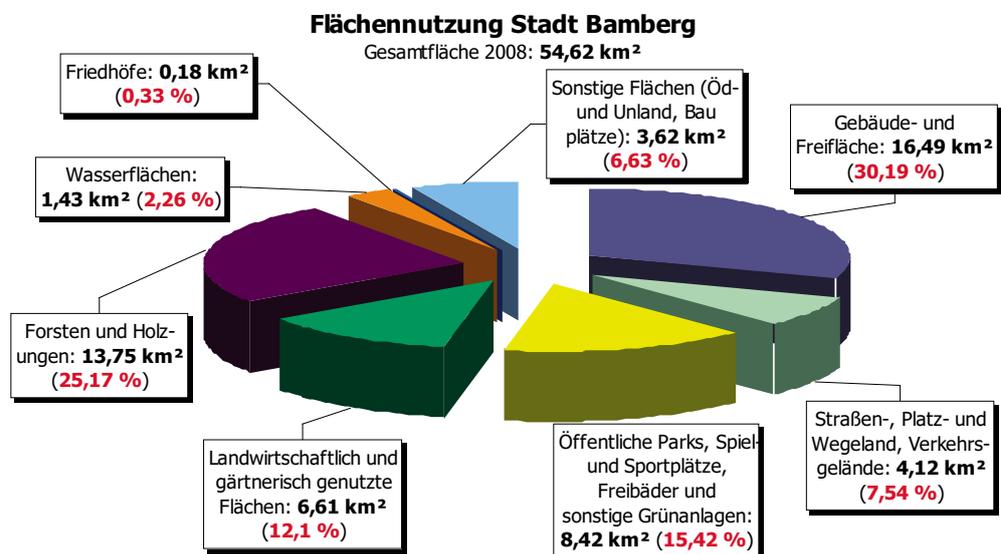
##### Nutzungsarten der Bodenfläche

Von den insgesamt 54,62 km<sup>2</sup> nehmen Gebäude- und Freifläche mit 30,2 % sowie Forsten und Holzungen mit 25,2 % mehr als die Hälfte der Gesamtfläche des Stadtgebiets von Bamberg ein. Die landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzte Fläche beträgt noch 6,61 km<sup>2</sup>. 11,1 % (ca. 6,05 km<sup>2</sup>) des Stadtareals sind als FFH-Gebiet<sup>5</sup> (siehe auch Kapitel 3.1.7) ausgewiesen, darunter Flächen wie der Bruderwald (4,59 km<sup>2</sup>), die Main- und Regnitzauen (0,08 km<sup>2</sup> bzw. 0,33 km<sup>2</sup>), die Altenburgwiesen mit Rothof (0,57 km<sup>2</sup>) und der Stadtpark Hain (0,48 km<sup>2</sup>).

<sup>5</sup> Die Richtlinie 92/43/EWG oder Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie ist eine Naturschutz-Richtlinie der Europäischen Union, die von den Mitgliedstaaten im Jahre 1992 einstimmig beschlossen wurde. Sie dient gemeinsam mit der Vogelschutzrichtlinie im Wesentlichen der Umsetzung der Berner Konvention; eines ihrer wesentlichen Instrumente ist ein zusammenhängendes Netz von Schutzgebieten, das Natura 2000 genannt wird.

Abb. 8: Fläche des Stadtgebiets von Bamberg nach Nutzungsarten

(Bamberger Zahlen 2008, S. 20)



„Die Siedlungs- und Verkehrsfläche wuchs in der Stadt Bamberg im Zeitraum von 2000 - 2008 um 2,8%.“

„Der Anteil der SuV an der Gesamt-Stadtfläche ist in Oberfranken am höchsten.“

## 3.1.2 Bodenmanagement

	SuV 2000 (km <sup>2</sup> )	Anteil an Gesamt- fläche (%)	SuV 2004 (km <sup>2</sup> )	Anteil an Gesamt- fläche (%)	SuV 2008 (km <sup>2</sup> )	Anteil an Gesamt- fläche (%)
<b>Deutschland</b>	43.939	<b>12,3</b>	45.621	<b>12,8</b>	47.137	<b>13,2</b>
<b>Bayern</b>	7.344	<b>10,4</b>	7.607	<b>10,8</b>	7.859	<b>11,1</b>
<b>Oberfranken</b>	758	<b>10,5</b>	787	<b>10,9</b>	818	<b>11,3</b>
<b>Bamberg</b>	23,52	<b>43</b>	23,67	<b>43,3</b>	25,02	<b>45,8</b>
<b>Bayreuth</b>	24,63	<b>36,8</b>	25,09	<b>37,5</b>	27,67	<b>41,3</b>
<b>Coburg</b>	18,71	<b>38,7</b>	19,32	<b>40</b>	19,57	<b>40,5</b>
<b>Hof</b>	20,06	<b>34,6</b>	20,33	<b>35</b>	20,54	<b>35,4</b>

**Tab. 1:** Siedlungs- und Verkehrsfläche und deren Anteil an der Gesamtfläche im Vergleich  
*(Daten: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung)*

### Siedlungs- und Verkehrsfläche

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche (nach der Definition der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder) an der Gesamtfläche Bambergs hat seit dem Jahr 2000 um knapp 3 % zugenommen und liegt momentan bei rund 46 %. Dies stellt im Vergleich zu den anderen oberfränkischen Mittelzentren den höchsten Wert dar, wobei die Entwicklung der SuV seit 2000 in Bayreuth mit 4,5 % am höchsten ausfällt. Es sei aber nochmals darauf hingewiesen, dass SuV und versiegelte Fläche nicht miteinander gleichzusetzen sind. In den vergangenen Jahren hat in Bamberg gleichzeitig auch der Anteil der von Bebauung ausgeschlossenen Fläche zugenommen. Der viel höhere Anteil der SuV an der Gesamtfläche der gelisteten Städte im Vergleich mit Deutschland, Bayern und Oberfranken ist u. a. damit zu erklären, dass die Siedlungsdichte innerhalb von Stadt- und Gemeindegrenzen logischerweise höher ist als im deutschlandweiten oder Bundesland-Durchschnitt. Der durchschnittliche jährliche Zuwachs der SuV im Zeitraum von 2000 bis 2008 ist in Bamberg mit 0,11 % allerdings niedriger als in Deutschland und Bayern (jeweils 0,125 %).

### ■ Städtebauliche Entwicklung

#### Städtebauliches Entwicklungskonzept (SEK)

Im Frühjahr 2009 begannen die Arbeiten an einem gesamtstädtischen städtebaulichen Entwicklungskonzept auf Basis des FNP und LSP. Mit diesem Konzept sollen in erster Linie die vielfältigen städtebaulichen Projekte und Planungen

in Bamberg miteinander verknüpft und in eine mittel- bis langfristige Entwicklungsperspektive für die Gesamtstadt gestellt werden. In den vergangenen Jahren wurden bereits wichtige Projekte für die städtebauliche Entwicklung in Angriff genommen, so z.B. die Initiative zur Stärkung der Innenstadt, die Wiedernutzung einer großen Brache (ERBA) oder die Entwicklung neuer Freiraumverbindungen im Zuge der Landesgartenschau 2012. Darüber hinaus bedeutet der Welterbestatus von großen Teilen der inneren Stadt nicht nur eine ständige Herausforderung, sondern auch eine besondere Chance für die gesamte Stadtentwicklung Bambergs. Nicht zuletzt gilt es auch, zukünftigen Herausforderungen wie dem wirtschaftlichen und demographischen Wandel frühzeitig Rechnung zu tragen.

#### Erschließung neuer Baugebiete und Schließung von Baulücken

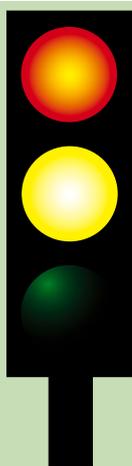
Um die Einwohnerzahlen – insbesondere aus Gründen der Kostenbelastung durch die Infrastruktur – stabil zu halten, ist es notwendig, neue Baugebiete und entsprechend mehr Wohnbaufläche (siehe auch Kap. 3.3.3.1 „Bevölkerung und Wohnen“) zu erschließen. Angesichts der besonderen naturräumlichen und landschaftskulturellen Qualitäten Bambergs ist jedoch im Außenbereich Zurückhaltung geboten. Ein besonderes Augenmerk liegt demnach auf der Aktivierung von kleineren bis mittleren Brachflächen sowie Baulücken. In Bamberg können jährlich im Schnitt um die zehn Baulücken geschlossen werden – signifikante positive Effekte auf die Einwohnerzahl sind damit allerdings nicht zu erwarten, gleichzeitig entstehen aber immer wieder neue.

*„Die Anpassung an den zu erwartenden Klimawandel sowie der städtische Natur- und Artenschutz sind zentrale Handlungsfelder der Zukunft.“*

*„Voraussetzung für die Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen ist die Erhaltung und Sicherung der städtischen Grün- und Freiflächen.“*

## 3.1.2 Bodenmanagement

### – Einschätzung des Handlungsbedarfs



#### Kommentar:

Hinsichtlich der Flächeninanspruchnahme ist positiv zu bewerten, daß 10 % des Stadtgebietes als Biotop ausgewiesen sind und diese Flächen demnach von einer Bebauung ausgeschlossen sind. Laut eines Stadtratsbeschlusses wird langfristig sogar ein Wert von 20 % angestrebt. Bei baulichen Eingriffen in Natur und Landschaft müssen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ergriffen werden. Hierfür steht ein sogenanntes Ökokonto zur Verfügung, das die Kompensationsmaßnahmen gezielt bevorrätet und mit Hilfe dessen vorgezogen durchgeführte Bauvorhaben

dokumentiert und verwaltet werden, bis sie einem Eingriff zugeordnet werden können. Als gegenwärtige und zukünftige Bauplätze bieten sich Brachen wie die ERBA, die Ziegelei oder das Schaeffler-Gelände an. Einer weiteren Flächeninanspruchnahme sollte, wenn möglich, durch die Schließung noch vorhandener Baulücken entgegengewirkt werden, bevor mit der baulichen Erschließung von Freiflächen begonnen wird (Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“). Der „mittlere“ Handlungsbedarf ergibt sich aus der Notwendigkeit, die momentan 54 % Anteil der von Bebauung ausgeschlossenen Flächen am Stadtgebiet zu erhalten. Auch im innenstädtischen Bereich sollen Freiflächen gesichert werden.

Mit dem SEK sollen auf Grundlage der Flächennutzungs- und Landschaftsplanung weitere positive Impulse für die Stadtentwicklung gesetzt werden. Die darin formulierten Zielsetzungen und Handlungsfelder in den Bereichen Standort-/Bauentwicklung, Flächenbedarfe und –potenziale, Bestandserhaltung und –entwicklung, Wiedernutzung von Brachen (z.B. ERBA im Rahmen des „Stadtumbau-West“), Quartiersentwicklung, Schutz und Entwicklung des Welterbes sowie Freiraumentwicklung können im Rahmen dieses Konzeptes noch eingehender als zuvor behandelt werden.

### – Zielwerte

- **Bundesebene:** Reduktion der täglichen Inanspruchnahme neuer Siedlungs- und Verkehrsflächen auf 30 ha/Tag bis zum Jahr 2020.
- **Landesebene:** Anstreben einer dauerhaften Trendwende auf Basis des Flächenverbrauchs im Zeitraum von 1997 bis 2000 von 28,4 ha/Tag.
- **Kommunalebene:** Beschluss des Stadtrates, mindestens 10 % des Stadtareals von Bamberg als Biotopfläche zu erhalten. Langfristig wird ein Zielwert von 20 % angestrebt.

### – Zieldiskussion

Eine Verdichtung des Straßennetzes, die Ausdehnung des Wohnungsbaus vor allem in Neubausiedlungen mit hohem Flächenverbrauch pro Einwohner, die Neuerschließung von Gewerbeflächen und andere Faktoren tragen zur Steigerung des Flächenverbrauchs bei. Ein Ziel ist die Begrenzung des weiteren Anstiegs des Flächenverbrauchs. Dies kann unter anderem geschehen durch eine Reduzierung des Zuwachses an bebauter Siedlungsfläche nach dem Grundsatz „Innen- vor Außenentwicklung“, durch Reduzierung der Bodenversiegelung, Beendigung der Zersiedelung der Landschaft, eine Verbesserung der quantitativen und qualitativen Ausstattung mit zur Naherholung geeigneten Freiräumen, Schließung von Baulücken oder die Sicherung, Entwicklung und Aufwertung von Freiflächen. Des Weiteren wäre die Schaffung einer hohen Biodiversität sowie der Erhalt und die Vernetzung klimawirksamer Flächen wünschenswert. Das kürzlich in Angriff genommene städtebauliche Entwicklungskonzept der Stadt Bamberg kann sicherlich einen Beitrag zu einer „flächenverträglicheren“ Stadtentwicklung und entsprechend einer effektiveren Flächennutzung auf Grundlage der existierenden nachhaltigen Ziele des FNP und LSP und der daraus abgeleiteten Siedlungsentwicklung leisten. Bamberg ist somit mit seinen Zielen zur Siedlungsentwicklung insgesamt sehr gut aufgestellt und für künftige Herausforderungen gerüstet.



„Alle fossilen Energieträger sind endlich. Ca. 80% aller Treibhausgasemissionen entstehen bei der Umwandlung und Nutzung von Energie.“

### 3.1.3 Energie

#### ■ Einführung

Fossile Energieträger wie Erdöl, Erdgas oder Kohle sind endlich. Prognosen über die genauen Reichweiten gestalten sich als schwierig, da Aussagen zu noch nicht entdeckten Lagerstätten sowie über die Entwicklung von Angebot und Nachfrage unsicher sind. Schätzungen zufolge gibt es aber folgende Reichweiten für die Reserven, würde der Verbrauch auf dem jetzigen Stand bleiben<sup>6</sup>:

- Erdöl: ca. 40 bis 50 Jahre
- Erdgas: ca. 70 Jahre
- Kohle: über 200 Jahre

Aufgrund der Begrenztheit fossiler Brennstoffe ist die Realisierung einer nachhaltigen Energieerzeugung von hoher Bedeutung. Insbesondere Erneuerbare Energien wie Windenergie, Wasserkraft, Sonnenenergie, Bioenergie oder Geothermie werden als Alternative zu fossilen Energieträgern und Kernbrennstoffen verstanden. Einen weiteren großen Beitrag zu einer nachhaltigen Energieversorgung sind Maßnahmen wie Energiesparen und Energie-Effizienz (Kraft-Wärme-Kopplung,

<sup>6</sup> Mit steigendem Wachstum der Weltbevölkerung nimmt allerdings auch der Verbrauch fossiler Energieträger immer weiter zu, womit entsprechend von einer geringeren Reichweite der Reserven ausgegangen werden muss.

intelligente Stromzähler, energieeffizientes Bauen und Planen, Passivhaus etc.), im Zuge dessen der gewünschte Nutzen mit einem möglichst geringen Energieeinsatz und demnach umweltschonender erreicht wird. Unsere Energieerzeugung und -nutzung ist gegenwärtig aber alles andere als umweltverträglich. Für die Energieversorgung werden Primär-Energieträger eingesetzt, die Umwelt und Klima stark belasten: Etwa 80 % aller Treibhausgasemissionen sind energiebedingt, d.h. sie entstehen bei der Umwandlung und Nutzung von Energie. Die Stabilisierung des Verbrauchs, die Reduktion der energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen und der Ersatz der fossilen durch erneuerbare Energieträger stellen deshalb große Herausforderungen für Energiepolitik, Wirtschaft und Forschung dar.

#### ■ Status

Der Energieverbrauch hat in den letzten Jahrzehnten immer mehr zugenommen, heutzutage steigt dieser dank einer höheren Energieeffizienz allerdings nicht mehr so stark an. Darüber hinaus ist der Verbrauch von konjunkturellen Schwankungen abhängig. Der signifikante Rückgang des Strom- und Gasverbrauchs in Deutschland im Jahr 2009 ist entsprechend mit der insgesamt verminderten Industrieproduktion als Folge der Finanzkrise zu

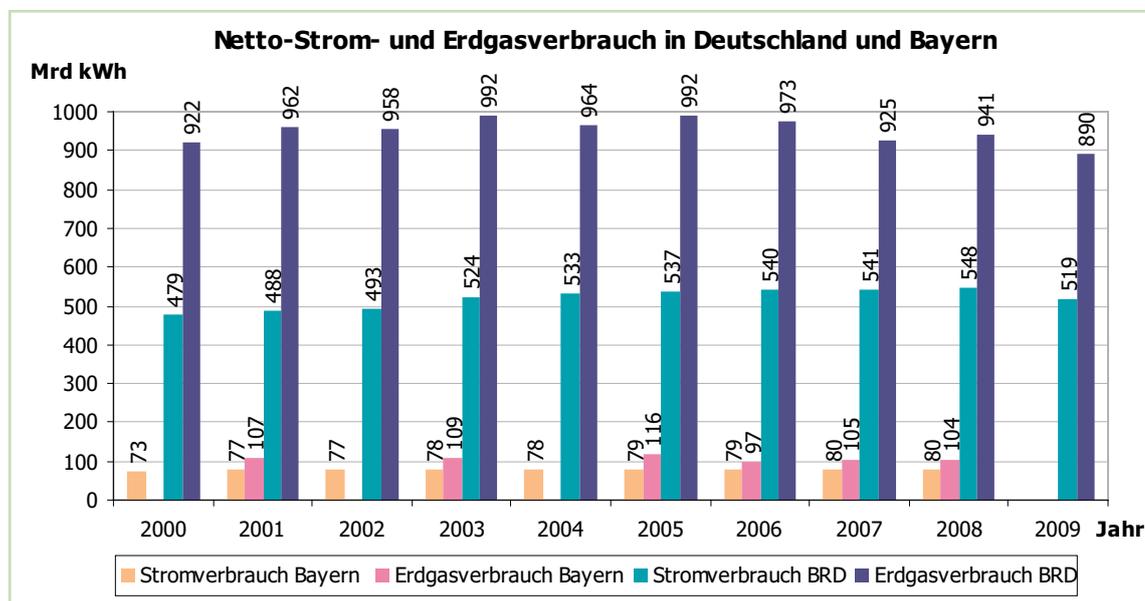


Abb. 9: Gesamter Netto-Stromverbrauch und Erdgasverbrauch in Deutschland und Bayern (in die Zahlen mit einberechnet sind private und gewerbliche Nutzer)

(Daten: BDEW, VDEW)

„Während der Strom- und Gasverbrauch der Privathaushalte im Zeitraum von 1996 - 2008 gesunken ist, stieg im gleichen Zeitraum der Energieverbrauch von Industrie und Gewerbe signifikant.“

### 3.1.3 Energie

erklären. Auch die Zahlen für Bayern verdeutlichen den Trend zu einem im Verlauf der Jahrzehnte immer höheren, aber in letzter Zeit etwas stagnierenden Strom- und Gasverbrauch, wobei beim Erdgas kein eindeutiger Trend festgestellt werden kann. In Oberfranken lag der Stromverbrauch im Jahr 2009 bei ca. 8 Mrd. kWh.

#### ■ Energieverbrauch in Bamberg

Beim gesamten Strom- und Gasverbrauch von Bambergs Haushalten sowie Industrie und Gewerbe ist festzustellen, dass der Stromverbrauch von Industrie und Gewerbe seit den 1990er Jahren signifikant zugenommen hat und auch der Gasverbrauch kontinuierlich – wenn auch nicht in so hohem Maße – angestiegen ist.

Die Haushalte der Stadt verbrauchen dagegen immer weniger Strom (-7 Mio. kWh im Vergleich zu Mitte der 1990er) und Gas (-9 kWh im Vergleich zu Mitte der 1990er).

In Bamberg fiel der durchschnittliche Stromverbrauch pro Per-

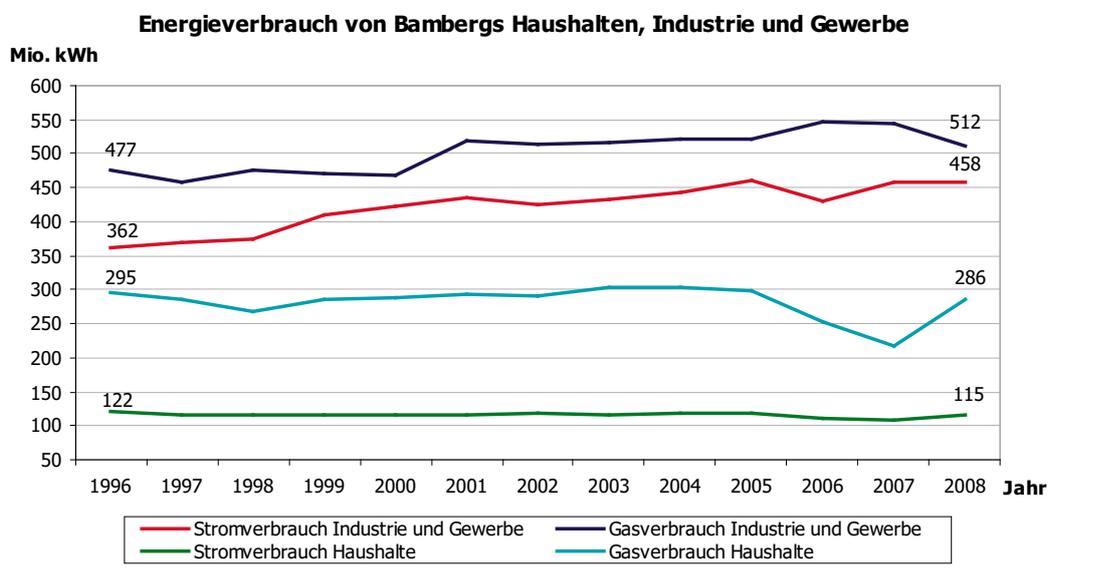
son im Jahr 2008 mit 1.645 kWh etwas höher aus als im Vorjahr, als mit 1.546 kWh/EW ein neuer Tiefstand im grafisch dargestellten Zeitraum (Abb. 11) erreicht wurde. Insgesamt verbrauchten die 69.989 Einwohner der Stadt 115 Mio. kWh, 603,5 Mio. kWh waren es zusammen mit Industrie/Gewerbe, Landwirtschaft, Straßenbeleuchtung und den US-Streitkräften. Der Gasverbrauch belief sich im selben Jahr auf durchschnittlich 4.086 kWh/EW (+986 kWh/EW im Vergleich zum Vorjahr) und insgesamt auf 286 Mio. kWh.

Lokaler Energielieferer sind die Stadtwerke Bamberg. Der deutliche Knick in den Jahren 2006 und 2007 kann mit dem sehr milden Winter 2006/2007 erklärt werden, als der Gasverbrauch der Witterung entsprechend heruntergefahren werden konnte.

Für das Jahr 2006 hat der Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) den durchschnittlichen Stromverbrauch eines deutschen Haushaltes pro Jahr nach Haushaltsgrößen berechnet. Demnach verbraucht ein Single-Haushalt ca. 1.600 kWh Strom jährlich. Dieser Wert, der auch heute noch Gültigkeit besitzt, stimmt annähernd mit dem jährlichen durchschnittlichen Stromverbrauch pro Einwohner in Bamberg überein.

Abb. 10: Energieverbrauch von Bambergs Haushalten sowie Industrie und Gewerbe – Abgabe in Mio. kWh/h

(Daten: Bamberger Zahlen 2008, S. 79).



„In der Stadt Bamberg wurde 2008 2,4% des Gesamtstromverbrauchs aus Erneuerbaren Energien gewonnen. Dies bedeutet einen Zuwachs von 18,6% gegenüber 2006.“

### 3.1.3 Energie

Weitere durchschnittliche Stromverbrauchswerte nach Haushaltsgrößen:

- **Zwei-Personen-Haushalt:** ca. 2.800 kWh
- **Drei-Personen-Haushalt:** ca. 3.900 kWh
- **Vier-Personen-Haushalt:** ca. 4.500 kWh
- **Fünf-Personen-Haushalt:** ca. 5.300 kWh

Endverbraucher entspricht. Einen hohen Anteil an den erneuerbaren Energien haben dabei Wasser (10,6 Mio. kWh bzw. 73 %) und Solarenergie (3,8 Mio. kWh bzw. 26,2 %). Die Vorjahreswerte von 13,7 Mio. kWh (2007) und 11,8 kWh (2006) bestätigen den erfreulichen Trend zu immer mehr Energiebezug aus regenerativen Quellen.

#### ■ Erneuerbare Energien

Von Jahr zu Jahr wird in Deutschland mehr Energie aus erneuerbaren Quellen erzeugt. In den privaten Haushalten erfahren vor allem Solar- und Photovoltaikanlagen einen konstanten Aufschwung. Der Einsatz erneuerbarer Energien trägt nicht nur zur Schonung der Ressourcen an fossiler Energie bei, sondern ist auch ein elementarer Faktor zur Reduzierung von Luftschadstoffen, speziell von CO<sub>2</sub>-Emissionen (Treibhauseffekt).

In Bamberg wurden nach Angaben der Stadtwerke im Jahre 2008 14,5 Mio. kWh Strom aus erneuerbaren Energien eingespeist, was einem Anteil von 2,4 % an der Gesamtstromabgabe an die

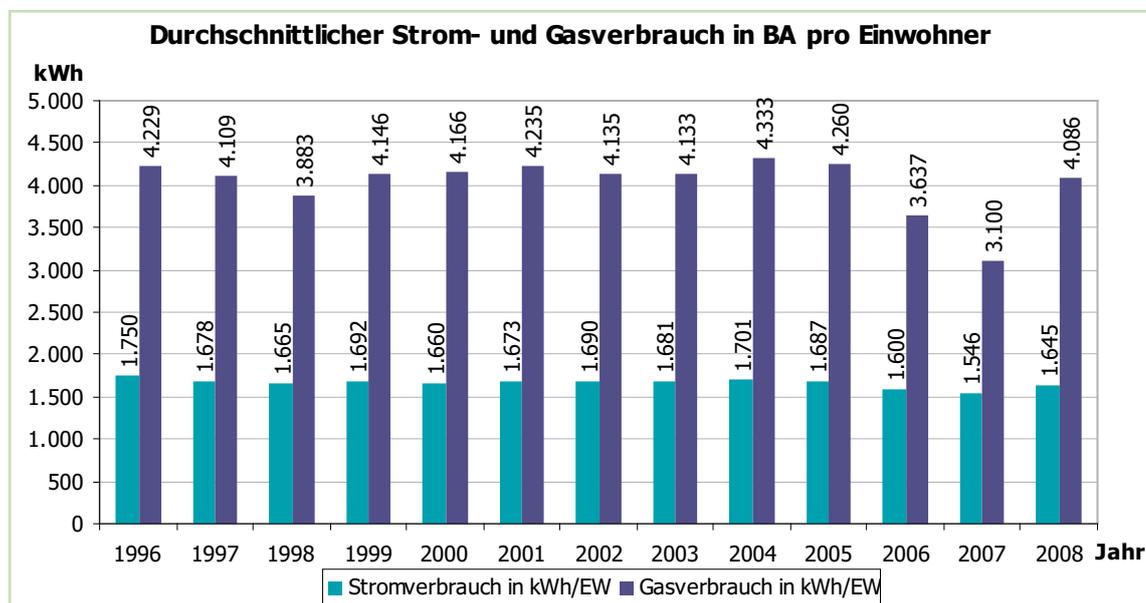


Abb. 11: Durchschnittlicher Strom- und Gasverbrauch der privaten Haushalte in Bamberg

(Daten: Bamberger Zahlen 2008, S. 79).

*„Stadt und Landkreis Bamberg haben das Ziel, bis 2035 energieautark zu sein. Die Erhöhung der Energieeffizienz, Energieeinsparung und der Ausbau der Erneuerbaren Energien sind die wesentlichen Grundpfeiler, auf denen dieses Ziel aufgebaut ist“*

## 3.1.3 Energie

### – Einschätzung des Handlungsbedarfs



#### Kommentar:

Der Handlungsbedarf kann beim Thema Energie als hoch eingestuft werden, da noch einiges unternommen werden muss, um unsere Energieerzeugung und –nutzung umweltverträglicher zu machen. Mit der Klimaallianz (siehe auch Zieldiskussion) ist Bamberg auf dem richtigen Weg, die Verbrennung fossiler Ressourcen zu verringern, den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben, eine höhere Energieeffizienz anzustreben sowie alle Möglichkeiten der Energieeinsparung zu nutzen. Ein erster Schritt zum Ausbau einer zukunftsorientierten und nachhaltigen Energiewirtschaft mit dem Ziel der Energieautarkie

bis 2035 ist die Energiepotenzialanalyse für erneuerbare Energien in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut. Damit soll der Ist-Stand erneuerbarer Energien durch ein sogenanntes Datenscreening erfasst werden.

Als besonders wichtig wird erachtet, die Bereiche „Denkmalpflege“ und „erneuerbare Energien“ miteinander in Einklang zu bringen. Auch im Welterbegebiet wächst der Wunsch nach dem Einsatz regenerativer und umweltschonender Energien, wobei viele Aspekte aus Sicht der Denkmalpflege problematisch sind. Sonnenkollektoren auf Dächern würden beispielsweise erheblich die Optik der historischen Bamberger Dachlandschaft beeinträchtigen und sind daher im Altstadtbereich selten vereinbar mit dem Erhalt des Welterbes. Auch auf dem Gebiet der Energieeinsparmaßnahmen gibt es Schwierigkeiten. So kann man z. B. auf Wandmalereien oder unter Stuckdecken keine Dämmung aufbringen. Die Suche nach anderen Lösungen ist das Ziel des vom Zentrum Welterbe Bamberg initiierten Projekts „Energie und Denkmalpflege“ (EuDe). Ein Teilprojekt dabei ist die modellhafte energetische Sanierung von denkmalgeschützten Gebäuden (am Beispiel des Rathauses Geyerswörth) im Rahmen der Klimaschutzinitiative von Projektträger Jülich (PtJ) und des BMU. Momentan werden noch etwa 40 % des Gesamtenergieverbrauchs durch Gebäude verursacht. Die laufenden Projekte und Maßnahmen können zu einer besseren Energieeffizienz beitragen und Ausbaumöglichkeiten hinsichtlich erneuerbarer Energien aufzeigen.

### – Zielwerte

#### Bundesebene:

- Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Wärmeverbrauch von 6 % auf 14 %
- Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung von 13 % auf 25 bis 30 %
- Erhöhung des Anteils der Biokraftstoffe am Gesamtkraftstoffmarkt auf etwa 20 % (Zielvorgaben bis 2020 gemäß „Integriertem Energie- und Klimaprogramm“ von 2007)

#### Landesebene:

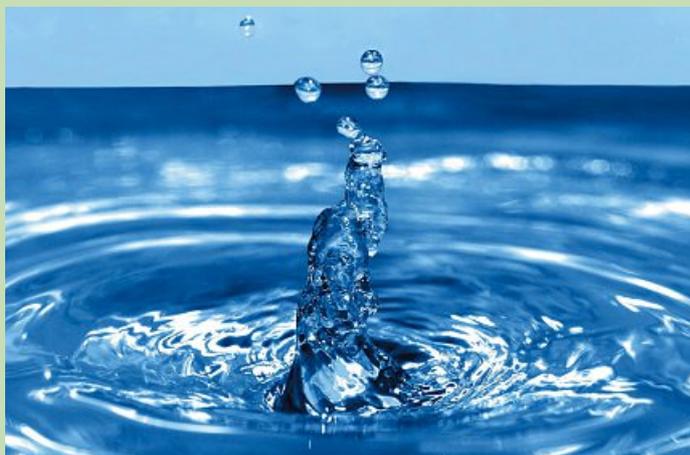
- Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch von 8 % auf 16 % (Zielvorgabe bis 2020 gemäß „Klimaprogramm Bayern 2020“)

#### Kommunalebene:

- Die Stadt Bamberg als Mitglied des Klima-Bündnisses verpflichtet sich zu einer kontinuierlichen Verminderung ihrer Treibhausgasemissionen. Ziel ist, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß alle fünf Jahre um zehn Prozent zu reduzieren. Dabei soll der wichtige Meilenstein einer Halbierung der Pro-Kopf-Emissionen (Basisjahr 1990) bis spätestens 2030 erreicht werden.
- Senkung des Energieverbrauchs und der CO<sub>2</sub>-Emission bei kommunalen Liegenschaften um 30 % bis 2020 (Zielvorgabe gemäß „Klimaallianz Bamberg“ von 2008)
- Energieautarkie für Stadt und Landkreis Bamberg über die Substitution fossiler Energieträger, Energieeffizienz und Nutzung regenerativer Energien bis 2035

### – Zieldiskussion

Im September 2008 wurde die Klimaallianz zwischen Stadt und Landkreis Bamberg beschlossen. Der globale Klimawandel wird sich im Laufe der kommenden Jahrzehnte auch auf die Lebens- und Wirtschaftsbedingungen unserer Region auswirken.



### 3.1.3 Energie / 3.1.4 Gewässerschutz – Trinkwasser

Die Allianzpartner sehen daher den Schutz des Klimas und die nachhaltige Entwicklung von Stadt und Landkreis als eine unverzichtbare gemeinsame Aufgabe an. Von hoher Bedeutung ist der weitere Ausbau der Allianzpartner und entsprechend der Aufbau eines Klimaschutznetzwerkes, damit sich möglichst viele Partner (z. B. Universität, Kirche und Wirtschaft) den Zielsetzungen der Klimaallianz anschließen. Die in der Allianz beschriebenen Maßnahmen und Ziele sollten nach Möglichkeit zeitgerecht erreicht werden.



Nähere Informationen unter:  
<http://www.klimaallianz.bamberg.de>

#### 3.1.4 Gewässerschutz – Trinkwasser

##### – Einführung

Wasser ist lebenswichtig für Menschen, Tiere und Pflanzen. Deshalb wollen die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) das Wasser mit der seit Dezember 2000 gültigen Wasserrahmenrichtlinie einheitlich auf hohem Niveau schützen. Bis zum Jahr 2015 sollen Flüsse, Seen, Küstengewässer und Grundwasser in einem guten Zustand sein. In der Bundesrepublik bestehen die zentralen Aufgaben der Gewässerschutzpolitik in der Bewahrung oder Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts der Gewässer, der Gewährleistung der Trink- und Brauchwasserversorgung, der Sicherstellung einer geregelten Abwasserreinigung sowie der langfristigen Sicherung aller anderen, dem Gemeinwohl dienenden Wassernutzungen. Die Qualität von Trinkwasser muss in Deutschland hohen Anforderungen genügen, welche die Trinkwasserverordnung (TrinkwV) aus dem Jahre 2001 verbind-

lich vorgibt. Zu den Grundanforderungen gehört nicht nur, dass das Trinkwasser keine Krankheitserreger und Stoffe in gesundheitsschädigenden Konzentrationen enthalten darf, sondern auch, dass es „rein und genusstauglich“ ist. Wasser ist eine kostbare Ressource und sollte dauerhaft und qualitätssicher im Einklang mit dem Naturhaushalt sein – demnach sollte jeder Einzelne den Wasserverbrauch so gering wie möglich halten, um sowohl die Umwelt als auch den eigenen Geldbeutel zu schonen.<sup>7</sup>

##### – Status

##### Wasserbezug und -abgabe

###### Deutschland:

■ 2.624 große Wasserversorgungsanlagen<sup>7</sup> geben jährlich 4,5 Mrd. m<sup>3</sup> Trinkwasser an 65,5 Mio. Menschen ab, also an 80 % der Bevölkerung (Stand: 2007)

###### Bayern:

■ 538 große Wasserversorgungsanlagen und Abgabe von 860,8 Mio. m<sup>3</sup> Trinkwasser, davon 743,3 Mio. m<sup>3</sup> an Haushalte und Kleingewerbe sowie gewerbliche und sonstige Abnehmer (Stand: 2007)

###### Oberfranken:

■ bis zu 12,6 Mio. m<sup>3</sup> Rohwasser pro Jahr bezieht die Fernwasserversorgung Oberfranken (FWO) aus der Trinkwassertalsperre Mauthaus (gesamt 16,8 Mio m<sup>3</sup> mit anderen Bezugsquellen); da Oberfranken Wassermangelgebiet ist, muss das Trinkwasser zusätzlich überörtlich bezogen werden

Daten: VBEW, Regierung von Oberfranken, LfU, Umweltbericht Bayern 2007

<sup>7</sup> Mehr als 1000 m<sup>3</sup> Wasserabgabe pro Tag oder Versorgung von mehr als 5.000 Menschen täglich

„In Bamberg werden pro Jahr ca. 6 Mio. m<sup>3</sup> Trinkwasser verbraucht.“

„Etwa ein Drittel wird als Fernwasser aus dem Donau-Lech-Gebiet bezogen.“

### 3.1.4 Gewässerschutz – Trinkwasser

#### Trinkwasserversorgung in Bamberg

In Bamberg sind rund 13.000 Hausanschlüsse mit einem Jahresverbrauch von knapp 6 Mio. m<sup>3</sup> an die Trinkwasserversorgung angeschlossen. Das aus 107 Brunnen geförderte Rohwasser wird in den drei Wasserwerken Stadtwald, Buger Wiesen und Gereuther Wiesen aufbereitet und als Reinwasser in das 280 km lange Versorgungsnetz innerhalb der vier Versorgungsgebiete (Zone Gaustadt, Zone Inselgebiet, Zone Berggebiet, Zone Bamberg-Ost/Gartenstadt) eingespeist. In der Druckzone Gaustadt wird das Wasser der drei Tiefbrunnen (TB II bis TB IV) aus den Keu-

perbrunnen ohne Aufbereitung direkt in das Netz eingespeist. Seit dem Jahr 2003 werden etwa 1,9 Mio. m<sup>3</sup> Wasser im Jahr als Fernwasser aus dem Donau-Lech-Gebiet bezogen (davor aus der Ködeltalsperre).

Die Stadtteile Bruckertshof, Bug, Bughof, Hirschknock und Kraemersfeld beziehen ihr Trinkwasser von der Fernwasserversorgung Oberfranken.

Folgende Karte der Stadtwerke Bamberg gibt einen Überblick über das Versorgungsgebiet:

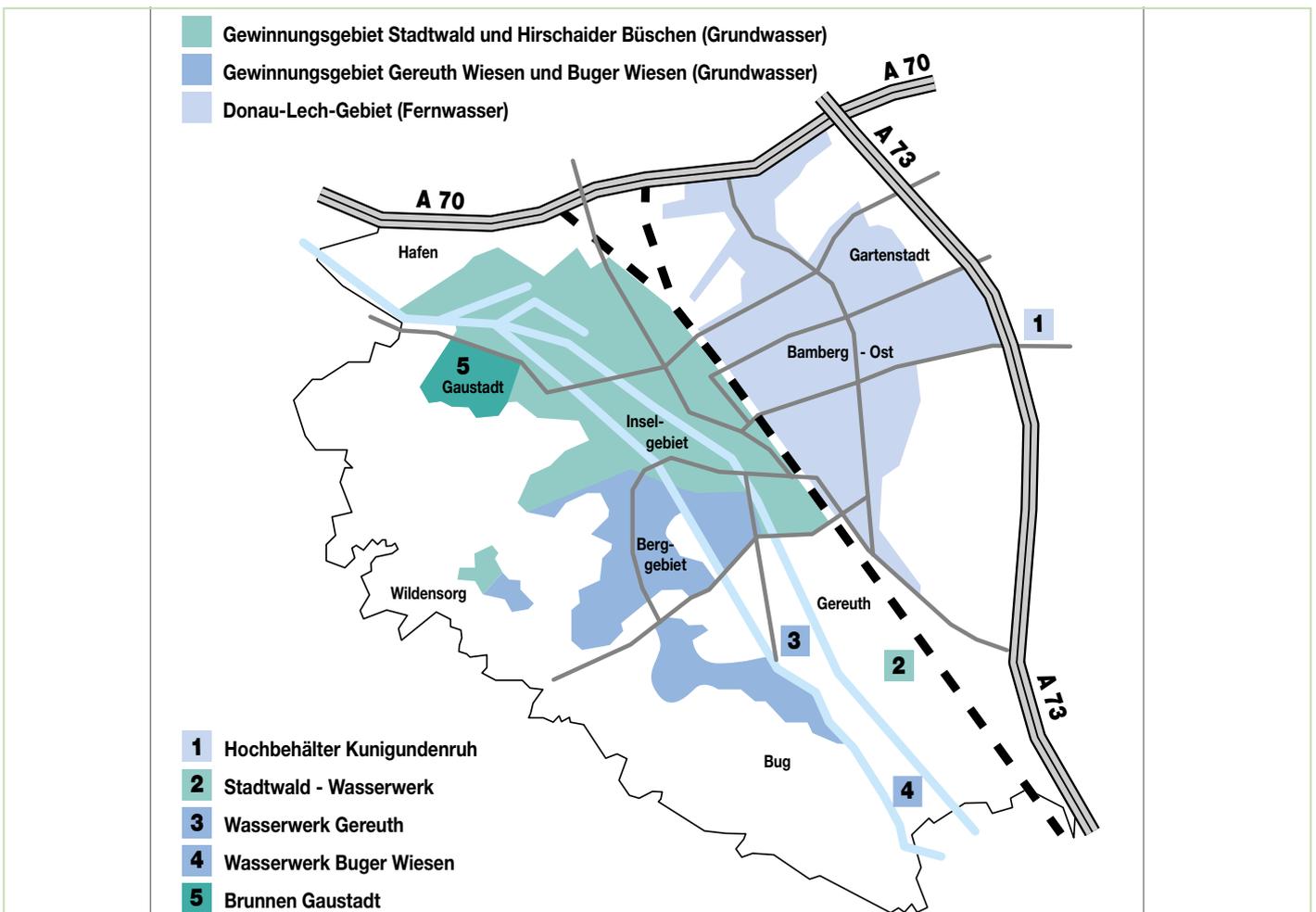


Abb. 12: Trinkwasserversorgungsgebiet

(Grafik: Stadtwerke Bamberg)

„Der Trinkwasserverbrauch in der Stadt Bamberg ist in den letzten Jahren deutlich gesunken. 2008 lag der Pro-Kopf-Verbrauch im Jahr erstmals unter dem bundesdeutschen Durchschnittsverbrauch.“

### 3.1.4 Gewässerschutz – Trinkwasser

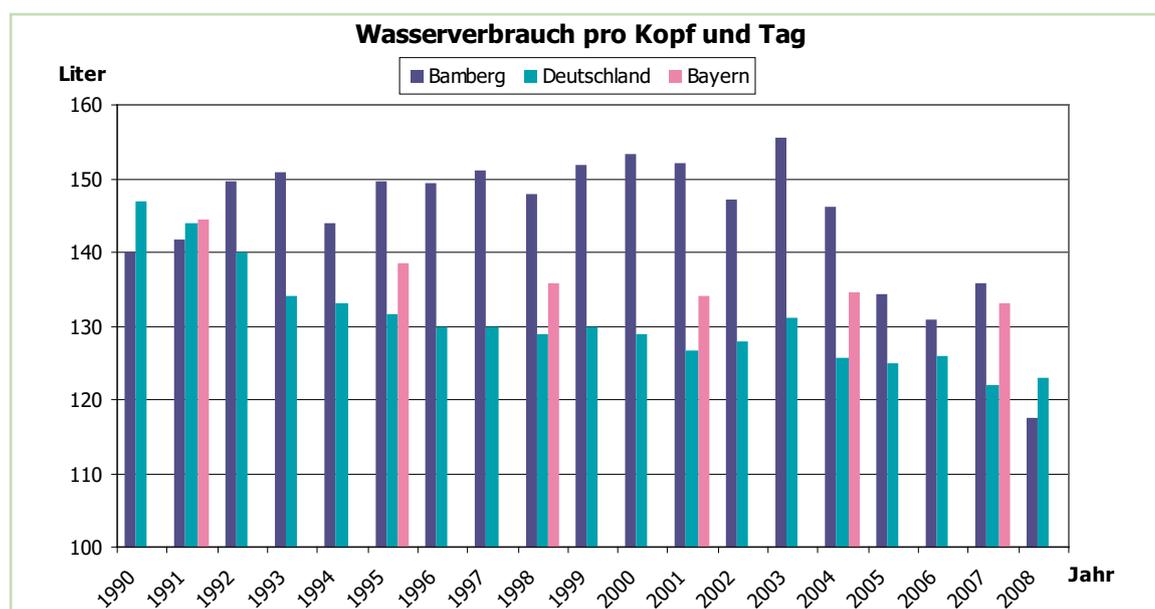


Abb. 13 mit Tab. 2: Personenbezogener Wasserverbrauch (Haushalt und Kleingewerbe) pro Einwohner und Tag – Deutschland, Bayern und Bamberg im Vergleich

(Daten: Statistisches Bundesamt, Bayerisches Landesamt für Umwelt, Umweltamt Bamberg)

	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Deutschland</b>	147	131,5	129	126,8	128	131	125,7	125	126	121,6	123
<b>Bayern</b>	k. A.	138,6	k. A.	134	k. A.	k. A.	134,6	k. A.	k. A.	133,1	k. A.
<b>Bamberg</b>	140,1	149,6	153,3	152	147,1	155,5	146,1	134,3	130,8	135,8	117,6

In **Abb. 13** sind jeweils der personenbezogene Wasserverbrauch (Haushalte und Kleingewerbe) pro Einwohner und Tag in Bamberg, Bayern und Deutschland sowie die Wasserabgabemengen Bambergs – hier gestaffelt nach Wasserabgaben an Haushalte sowie Industrie und Gewerbe – grafisch dargestellt.

Die Wasserabgabemengen (**Abb. 14**) sind ebenfalls etwas gefallen. Diese Entwicklung kann als ein Indiz dafür betrachtet werden, dass sich mehr und mehr ein sparsamerer und effizienterer Umgang mit den vorhandenen Wasserressourcen durchsetzt.

Wie die Abbildung zeigt, ist der tägliche Pro-Kopf-Trinkwasserverbrauch in Bamberg seit 2003 rückläufig – im Jahre 2008 lag dieser bei nur noch knapp 118 l (2007: 135,8 l) und damit erstmals seit den 1990er Jahren unter dem bundesweiten Durchschnitt, wobei insgesamt kein eindeutiger Trend auszumachen ist. In den 1990ern verbrauchte jeder Bamberger Bürger noch zwischen 140 und 154 l Wasser am Tag.

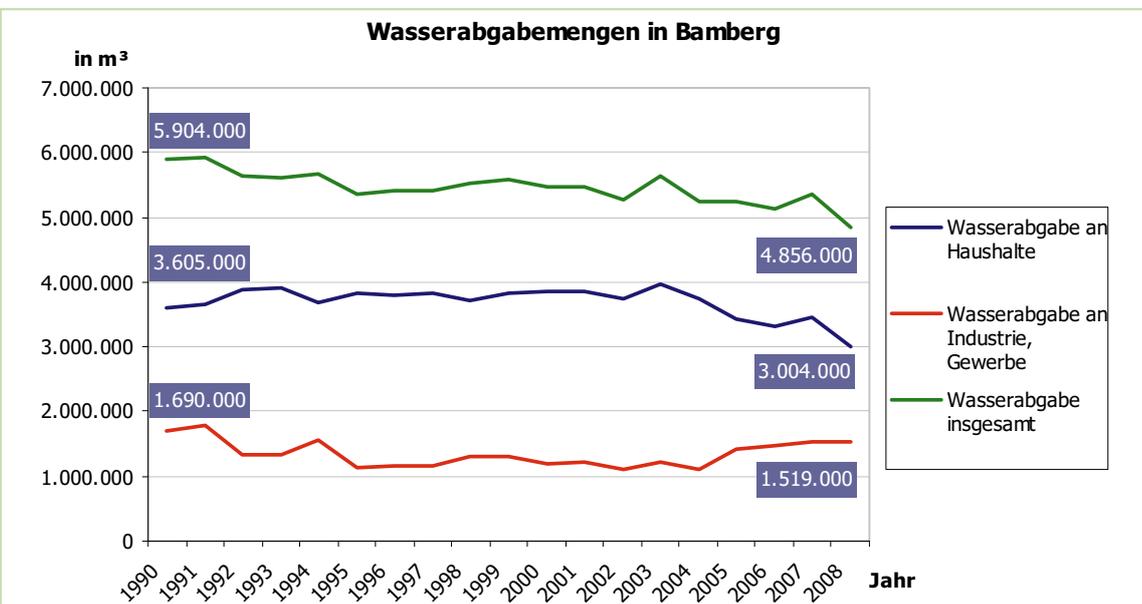
„Der Wasserverbrauch durch Industrie und Gewerbe stieg seit 2004 stetig an. Im Vergleich zu 1990 haben die Unternehmen 2008 dennoch ca. 10% weniger Trinkwasser benötigt.“

### 3.1.4 Gewässerschutz – Trinkwasser

**Abb. 14:** Wasserabgabemengen in Bamberg an Haushalte, Industrie und Gewerbe und gesamt

„Gesamt“ beinhaltet auch Wasserabgabemenge an US-Streitkräfte

(Daten: Bamberger Zahlen 2008, S. 80).

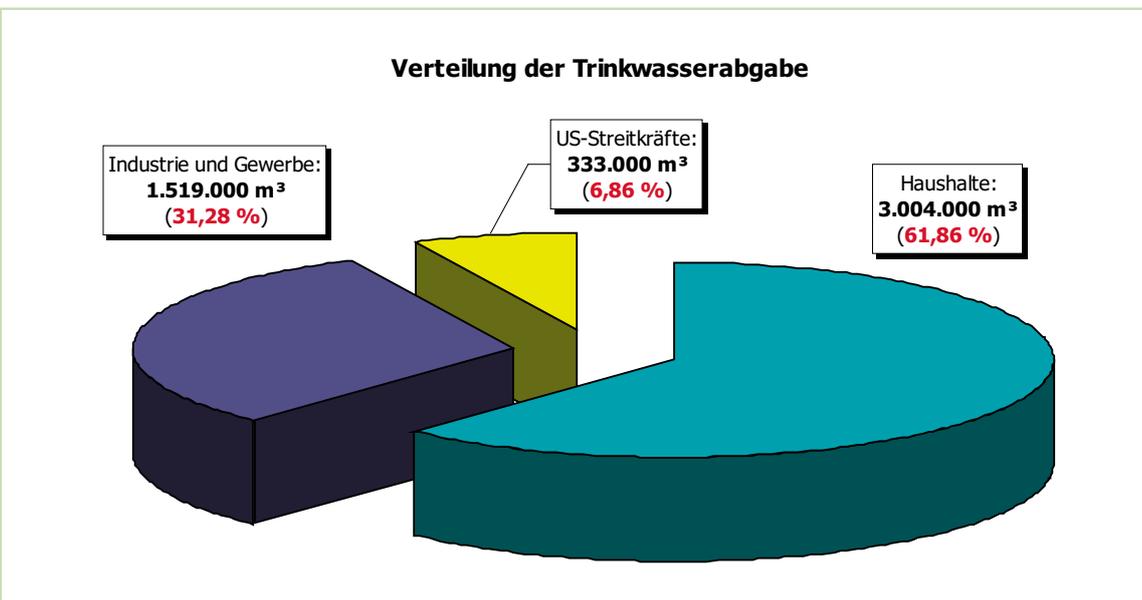


Nachstehende Abbildung verdeutlicht die Anteile der Abgabe der fast 4,9 Mio. m³ Trinkwasser an Haushalte, Industrie und Gewerbe sowie US-Streitkräfte in Bamberg im Jahre 2008.

Zum Vergleich: In Bayreuth wurden im gleichen Jahr knapp 5,5 Mio. m³ Trinkwasser an die 73.075 Einwohner abgegeben (Daten: Umweltbericht Bayreuth, S. 176).

**Abb. 15:** Wasserversorgung in Bamberg – Trinkwasser-Abgabe 2008

(Daten: Bamberger Zahlen 2008, S. 82)



*„Die hohe Reinigungsleistung der Bamberger Kläranlage hat mit dazu geführt, dass die Flüsse und Bäche rund um Bamberg sauberer geworden sind.“*

*„Auch die in den letzten 20 Jahren erfolgte Kanalsanierung hat hierzu einen großen Beitrag geleistet.“*

## 3.1.4 Gewässerschutz – Trinkwasser

### ■ Abwasserreinigung

Rund 95 % der Bevölkerung Bayerns sind heute an knapp 2.900 öffentlichen Kläranlagen angeschlossen. Die Erfolge der jahrzehntelangen bayerischen Gewässerschutzpolitik, die sich u. a. durch den gezielten Ausbau kommunaler und industriell-gewerblicher Abwasseranlagen eingestellt haben, lassen sich an unseren Bächen, Flüssen und Seen erkennen. Zwei Drittel unserer Fließgewässer weisen heute wieder Güteklasse II oder besser auf.

#### Kläranlage Bamberg

Auf dem Stand von 2010 werden in der Bamberger Kläranlage die Abwässer der Stadt Bamberg, der Stadt Hallstadt und der Gemeinden Bischberg und Litzendorf (= 110.000 „echte“ Bewohner) gereinigt, darunter auch die der US-Streitkräfte und Touristen. Dazu kommen 140.000 Einwohnerwerte (EW) aus Industrie und Gewerbe (Tierkörperbeseitigungsanlage Walsdorf, Brauereien, Mälzerei, Schlachthof etc.). Die insgesamt etwa 250.000 EW stellen den niedrigsten Wert seit Jahren dar.

Allerdings ist die Bamberger Kläranlage nur für 220.000 EW konzipiert. Sie gehört aufgrund ihrer Kapazität von > 100.000 EW zur Größenklasse 5.

Folgende Grafik (**Abb. 16**) zeigt die Entwicklung der eingeleiteten Abwassermengen in die Bamberger Kläranlage und verdeutlicht, welche positiven Auswirkungen – besonders seit 2003 – die in den vergangenen 20 Jahren erfolgte Kanalsanierung auf die Menge der eingeleiteten Abwässer hatte. Bei der umfassenden Kanalsanierung wurden über 90 % des städtischen Kanalnetzes instandgesetzt.

Der Stromverbrauch der Bamberger Kläranlage ist in den letzten Jahren zwar gestiegen, allerdings ist die eigene Stromerzeugung im Zuge der Reinigung der Abwässer so hoch, dass zusätzlich ein vergleichsweise nur geringer Anteil am Gesamtstrombedarf von außerhalb bezogen werden muss.

### Weiteres Wissenswertes über die Bamberger Kläranlage

#### Jahresabwassermenge

- ca. 13 Mio. m<sup>3</sup> Schmutz- und Regenwasser (im Jahr 1999 lag diese noch bei knapp 17 Mio. m<sup>3</sup>)
- von der Jahresschmutzwassermenge sind 5-7 % Fremdannteil, erlaubt sind 20 %

#### Betriebswasserverbrauch vom Auslauf der Kläranlage

- mehr als 1.000 m<sup>3</sup>/Tag (kein Trinkwasser!)

#### Nährstoffe in Bambergs Abwässern

- Stickstoffverbindungen: Reinigungsleistung 88 %
- Kohlenstoffverbindungen: Reinigungsleistung 97 %
- Phosphate: Reinigungsleistung 99 %; ca. 250 kg davon gehen täglich direkt an das MHKW
- Problemstoffe: Hormone, Pharmazeutika, Röntgenkontrastmittel

#### Stromerzeugung

- Erzeugung von 3,7 Mio. kWh Strom in einem Jahr mithilfe von drei Gasmaschinen
- 85 % des benötigten Stroms erzeugt die Bamberger Kläranlage selbst (Bundesdurchschnitt liegt bei 45 %); durch die Aufbereitung der Abwässer fallen bundesweit pro Jahr etwa 30 kWh pro Einwohner Stromverbrauch an, in Bamberg sind es nur 15 kWh/EW

#### Stromverbrauch

- 4,2 bis 4,3 Mio. kWh/Jahr; somit ist die Kläranlage Bamberg mit der größte kommunale Stromverbraucher, wo bei der Stromverbrauch doppelt so hoch wäre, wenn die Abwässer nicht so stromsparend wie möglich gereinigt werden würden

#### Klärschlamm

- Frischschlammanfall 2009: 104.624 m<sup>3</sup>
- Schlamm zum MHKW 2009: 117.284 m<sup>3</sup>

Daten: Kläranlage Bamberg

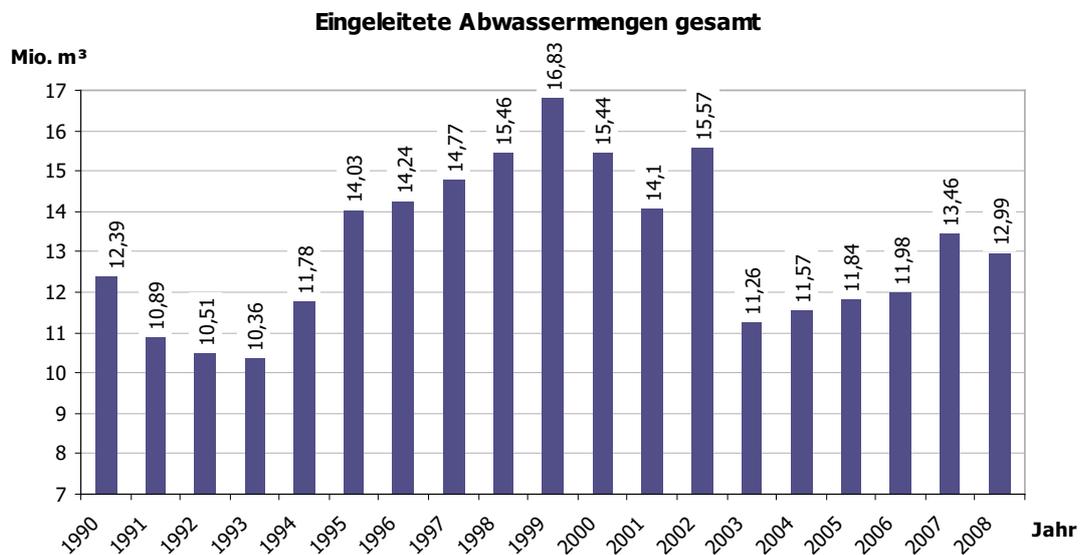
„Dank eines sanierten Kanalnetzes wird sauberes Niederschlagswasser, Quellwasser sowie Wasser aus Drainagen nun unmittelbar in den Vorfluter eingeleitet.“

„In die Kläranlage gelangt das Schmutzwasser aus Industrie, Gewerbe und aus den Haushalten.“

### 3.1.4 Gewässerschutz – Trinkwasser

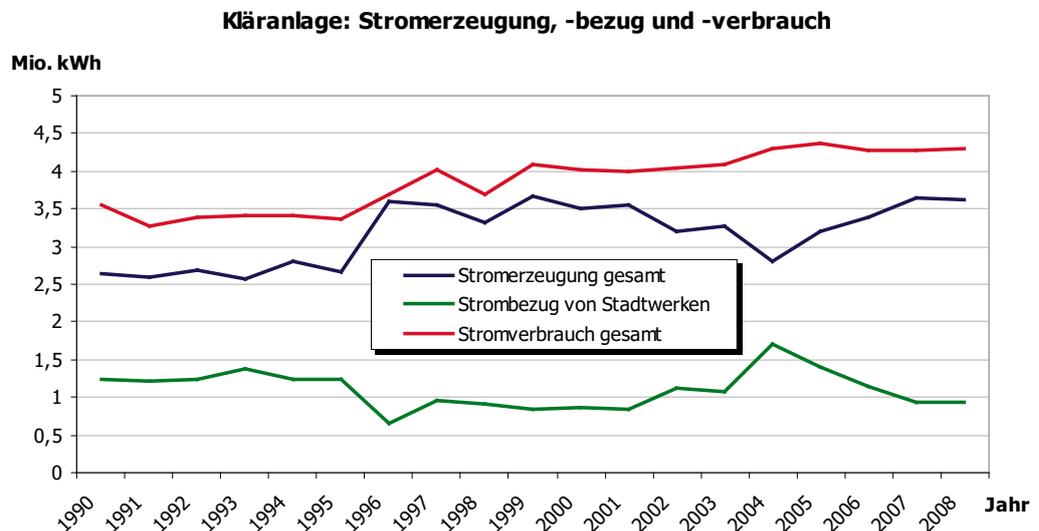
**Abb. 16:**  
In die Kläranlage Bamberg eingeleitete Abwassermengen von 1990 bis 2008

(Daten: Kläranlage Bamberg)



**Abb. 17:**  
Stromerzeugung, Strombezug und Stromverbrauch

(Daten: Kläranlage Bamberg)



„Trinkwasser ist unser Lebensmittel Nr. 1. Der sparsame Umgang mit dieser Ressource hat für alle Verbraucher hohe Priorität.

Speziell die Ansätze im gewerblichen Bereich, d. h. im produktionsintegrierten Umweltschutz, sind hinsichtlich der Wassereinsparung und Reduzierung der Wasserverschmutzung zu intensivieren.“

### 3.1.4 Gewässerschutz – Trinkwasser

#### – Einschätzung des Handlungsbedarfs



##### Kommentar:

Der Pro-Kopf-Wasserverbrauch hat sich in Bamberg seit dem Jahr 2000 weitgehend positiv entwickelt. Der zwischenzeitlich wieder höhere Stand von 2003 kann mit der heißen Witterung in den Frühlings- und Sommermonaten des Jahres erklärt werden. Der aktuelle Pro-Kopf-Verbrauch der Bamberger liegt sogar unter dem bundesweiten Durchschnitt.

Beim Thema Gewässerschutz / Abwasserreinigung kann der Handlungsbedarf als gering eingeschätzt werden, da schon immer hohe Anforderungen an das gereinigte

Abwasser gestellt wurden. Positiv ist zudem zu bewerten, dass die Gewässergüte in ganz Deutschland in den letzten Jahren – insbesondere aber im Vergleich zu den 1980ern und 1990ern – deutlich gestiegen ist. Auch im Raum Bamberg hat die Qualität der Fließgewässer in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Die Kläranlage Bamberg war im Jahre 1990 eine der ersten drei Anlagen in Deutschland, die Stickstoffe und Phosphate auf biologischem Wege entfernen konnte, was schon damals zu einer Verbesserung der Wasserqualität beitrug und sich besonders nachhaltig bemerkbar gemacht hat. Dieses Verfahren wird noch immer – fast 20 Jahre nach Einführung – von vielen Kläranlagen in Deutschland nicht angewandt, weil es komplex und kompliziert ist. Durch die umfangreiche Sanierung des städtischen Kanalnetzes und das getrennte Ableiten von Bächen, Drainagen und Quellen konnten die Abwassermengen deutlich reduziert werden.

Problematisch sind allerdings weiterhin Stoffe wie Hormone, Pharmazeutika oder Röntgenkontrastmittel, die noch nicht oder nicht hinreichend aus dem Abwasser entfernt werden können. Bei Zuführung in den natürlichen Wasserkreislauf könnten durchaus entsprechende „Nebenwirkungen“ beispielsweise bei Fischen und Amphibien auftreten. Dafür ist die Kläranlage Bamberg jedoch nicht ausgerichtet und dies wird in Deutschland bisher nicht gesetzlich gefordert.

#### – Zielwerte auf kommunaler Ebene

Beim Thema „Wasserverbrauch pro Person“ kann der bundesweite Durchschnittswert als Richtwert dienen. Ein Zielwert wurde noch nicht beschlossen. Im Bereich der Abwasserreinigung gibt es je nach Größenklasse der Kläranlage bundesweite Grenzwerte für Nährstoffe, die eingehalten werden müssen. Allerdings werden an die Kläranlage Bamberg teils strengere Anforderungen als an andere Kläranlagen gestellt, da der Main-Donau-Kanal, in den das gereinigte Abwasser geleitet wird, als ein stehendes Gewässer eingestuft wird.

##### Ausgewählte Nährstoffgrenzwerte (Größenklasse 5)

Nährstoff	Messwert Bamberg	Grenzwert Bamberg*	Grenzwert BRD*
Biologischer Sauerstoffbedarf (BSB5)	3 mg/l (April 2010)	10 mg/l	15 mg/l
Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)	34 mg/l	60 mg/l	75 mg/l
Ammonium-Stickstoff (NH4-N)	0,13 mg/l	8 mg/l	10 mg/l
Stickstoff gesamt	9,30 mg/l	13 mg/l	13 mg/l
Abfiltrierbare Stoffe	2,28 mg/l	18 mg/l	20 mg/l
pH-Wert	8,08	6,5 bis 9	6 bis 9

Daten: Kläranlage Bamberg; Messwerte, wenn nicht anders angegeben, vom 15. Dezember 2009

\* Anforderungen an das Abwasser für die Einleitungsstelle; qualifizierte Stichprobe oder 2-Stunden-Mischprobe



## 3.1.4 Gewässerschutz – Trinkwasser / 3.1.5 Immissionsschutz

### – Zieldiskussion

Beim Wasserverbrauch ist derzeit kaum eine klare Tendenz auszumachen. Haushalte, Dienstleistungsunternehmen und Kleingewerbe verbrauchen heute zwar etwas weniger als noch vor 20 Jahren, vorrangiges Ziel ist und bleibt allerdings eine deutliche Verbrauchsreduzierung auf der Basis einer vorsorgenden kommunalen Umweltpolitik. Neben der Wassereinsparung sind weitere Maßnahmen wie der Schutz lokaler Wassergewinnungsgebiete, die Sanierung von Kläranlagen, die sich technisch noch nicht auf dem neuesten Stand befinden, und die Aufklärung der Bürger über Wassersparmaßnahmen zu nennen.

Um die Wasserqualität unserer Flüsse und Seen weiter zu verbessern, müssen Abwässer nach dem Stand der Technik weitgehend gereinigt sowie Schadstoffquellen frühzeitig erkannt und beseitigt werden. Industrie und Gewerbe setzen immer stärker auf Maßnahmen des produktionsintegrierten Umweltschutzes. Dabei soll Wasserverschmutzung bereits am Entstehungsort vermieden werden. Im abwassertechnischen Bereich gibt es nur noch geringe Möglichkeiten, um die Wasserqualität zu sichern und weiter zu verbessern, so auch in der Bamberger Kläranlage, die zu den technisch am besten ausgestatteten Kläranlagen in Deutschland gezählt werden kann.

### 3.1.5 Immissionsschutz

#### – Einführung

Industrieanlagen, Straßenverkehr und Haushalte belasten unsere Luft mit Schadstoffen. Hohe Konzentrationen davon können auf Menschen, Tiere, Gewässer und Böden schädlich wirken. Sollen Gesundheit und Lebensqualität erhalten werden, sind umfangreiche Anstrengungen zur Luftreinhaltung notwendig. Um den Gesundheitsgefahren durch Luftschadstoffe entgegenzuwir-

ken, hat die EU im Jahr 1996 die Luftqualitäts-Rahmenrichtlinien verabschiedet. Diese wurden im September 2002 durch die Novellierung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) und der 22. Bundes-Immissionsschutzverordnung (BImSchV) in deutsches Recht umgesetzt. Durch die Einführung von Umweltzonen soll die Zahl der Überschreitungen der Grenzwerte für Feinstaub an viel befahrenen Hauptverkehrsstraßen reduziert werden. Bereits seit März 2007 können in deutschen Städten und Kommunen Fahrverbote in Umweltzonen erlassen werden. In Deutschland gibt es derzeit 41 Umweltzonen, davon drei in Bayern (Stand: Januar 2010). Einige weitere sind bereits in Planung.

#### – Status

Auch wenn in den letzten Jahren die Belastung durch Luftschadstoffe deutlich reduziert werden konnte, sind erhöhte Werte von Ozon (O<sub>3</sub>), Stickstoffoxiden (NO<sub>x</sub>) und besonders Feinstaub (PM<sub>10</sub>) weiterhin ein Problem. Die seit dem 1. Januar 2005 in der ganzen EU geltenden Grenzwerte für Feinstaub können nicht überall eingehalten werden. Zwar waren die Jahre 2007 bis 2009 gegenüber dem Zeitraum 2000 bis 2006 durch eine geringere Feinstaub- (und auch Stickstoffdioxid-)Belastung gekennzeichnet, dennoch traten Überschreitungen der Grenzwerte auf. An 23 der insgesamt 408 Messstationen in Deutschland wurden 2009 an mehr als 35 Tagen PM<sub>10</sub>-Tagesmittelwerte von über 50 µg/m<sup>3</sup> gemessen und somit eine Überschreitung des gesetzlichen Grenzwertes festgestellt.

Der auf das Jahresmittel bezogene Feinstaub-Grenzwert von 40 µg/m<sup>3</sup> wird jedoch selten überschritten (ein Fall im Jahr 2009). (Daten: Umweltbundesamt)

Eine dieser Messstationen befindet sich in Bamberg an der Löwenbrücke (LÜB<sup>8</sup>-Station). Die Stadt arbeitet seit Jahren kontinuierlich an der Verbesserung der lufthygienischen Situation. Im Juli 2005 kam erstmalig das neue Feinstaubmessgerät (FH 621-R) zum Einsatz.

„2009 kam es an verschiedenen Standorten in Bamberg zu Überschreitungen der Tagesmittelgrenzwerte für Feinstaub. Die maximal zulässige Überschreitungshäufigkeit pro Jahr wurde jedoch nicht erreicht. Der Grenzwert für den Feinstaub-Jahresmittelwert wird im gesamten Stadtgebiet eingehalten.“

### 3.1.5 Immissionsschutz

Das Umweltamt Bamberg ist somit in der Lage, neben den bisher gemessenen Schadstoffen wie Stickoxide, Kohlenmonoxid (CO) und Ozon sowie meteorologischen Parametern seitdem auch Feinstaub zu messen. Die Überwachung der Luftverunreinigung wird zunehmend als Voraussetzung für eine effektive Gesundheitsvorsorge verstanden.

#### Übersicht der Luftgüteklassen

Bewertung	SO <sub>2</sub>	NO <sub>2</sub>	CO	O <sub>3</sub>	PM <sub>10</sub>
	1-h-MW (µg/m <sup>3</sup> )	1-h-MW (µg/m <sup>3</sup> )	8-h-GMW (mg/m <sup>3</sup> )	1-h-MW (µg/m <sup>3</sup> )	1-h-MW (µg/m <sup>3</sup> )
sehr gut	bis 24	bis 24	bis 0,9	bis 32	bis 9
gut	bis 49	bis 49	bis 1,9	bis 64	bis 19
befriedigend	bis 119	bis 99	bis 3,9	bis 119	bis 34
ausreichend	bis 350	bis 200	bis 10,4	bis 180	bis 50
schlecht	bis 999	bis 499	bis 29,9	bis 240	bis 99
sehr schlecht	ab 1000	ab 500	ab 30	ab 241	ab 100

**Tab. 3:** Übersicht über die Luftgüteklassen;  
**Parameter:**  
 SO<sub>2</sub> = Schwefeldioxid,  
 NO<sub>2</sub> = Stickstoffdioxid,  
 CO = Kohlenmonoxid, O<sub>3</sub> = Ozon,  
 PM<sub>10</sub> = Feinstaub;  
**Mittelwerte:**  
 1-h-MW = 1-Stundenmittelwert,  
 8-h-GMW = Gleitender 8-Stundenmittelwert,  
 T-MV = Tagesmittelwert  
 (Daten: Bayerisches Landesamt für Umwelt).

#### ■ Aktuelle Grenzwerte

- **PM<sub>10</sub>:**  
Tagesmittel: 50 µg/m<sup>3</sup> (max. 35 Überschreitungen im Jahr zulässig), Jahresmittel: 40 µg/m<sup>3</sup>
- **NO/NO<sub>2</sub>:**  
1-h-MW: 200 µg/m<sup>3</sup> (max. 18 Überschreitungen im Jahr zulässig), Jahresmittel: 40 µg/m<sup>3</sup>
- **O<sub>3</sub>:**  
8-h-MW: 120 µg/m<sup>3</sup> (max. 25 Überschreitungen im Jahr zulässig; Ziel bis 2020: gleicher 8-h-MW, aber ohne zulässige Überschreitungen); kommunale Vorwarnstufe: 160 µg/m<sup>3</sup>, Informationsschwelle: 180 µg/m<sup>3</sup>, Alarmschwelle: 240 µg/m<sup>3</sup>
- **SO<sub>2</sub>:**  
1-h-MW: 350 µg/m<sup>3</sup> (max. 24 Überschreitungen im Jahr zulässig), Tagesmittel: 125 µg/m<sup>3</sup>
- **CO:**  
8-h-GMW: 10 mg/m<sup>3</sup>; kein Jahresgrenzwert

#### ■ Schadstoffe in der Luft

##### Feinstaub (PM<sub>10</sub>)

Feinstäube gehören zu jenen Luftverunreinigungen, die in erhöhter Konzentration nicht unerhebliche Auswirkungen auf unsere Gesundheit haben können. Im Jahr 2009 kam es in Bamberg an der Dauermessstation des LfU an der Löwenbrücke zu 19 Grenzwertüberschreitungen des Tagesmittelwertes. Der mobile Messwagen des Umweltamtes hat im selben Jahr an 183 Messtagen und sieben verschiedenen Standorten<sup>9</sup> 23 Überschreitungen des Tagesmittel-Grenzwertes registriert. Die maximal zulässige Überschreitungshäufigkeit wurde somit jeweils nicht erreicht. Ergänzend zu den Feinstaubmessungen durch das Umweltamt Bamberg wurde von der Stadt eine Berechnung der Immissionsbelastung für Luftschadstoffe an den TÜV in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse der Berechnungen, die das gesamte Stadtgebiet abdecken, sind in einem Gutachten vom November 2007 zusammengefasst. Bezüglich der Feinstaubbelastung ist festzustellen, dass der Grenzwert für den Jahresmittelwert (40 µg/m<sup>3</sup>) im gesamten Stadtgebiet Bamberg eingehalten wird (siehe **Abb. 18**).

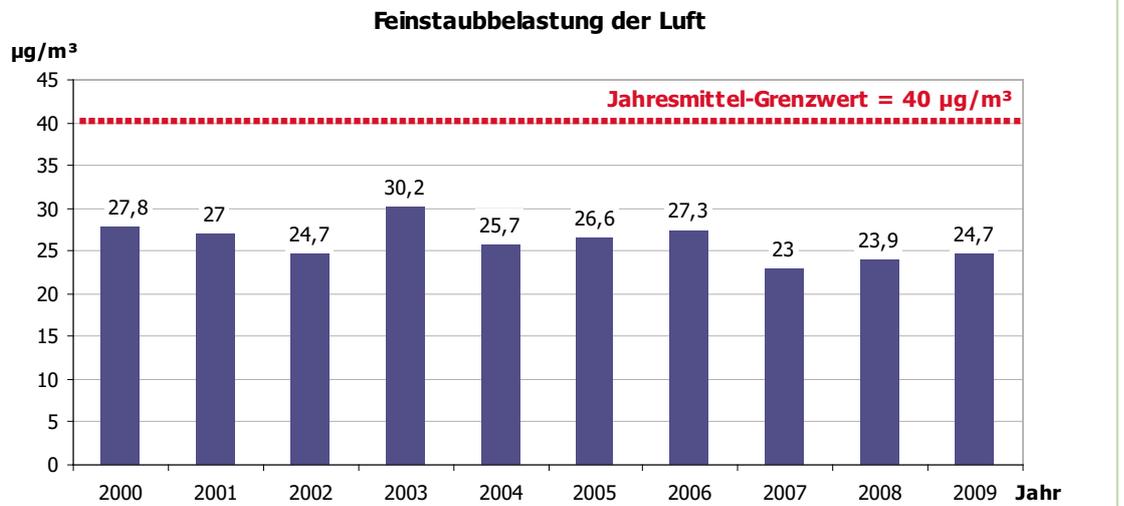
<sup>9</sup> Ludwigstraße, Luitpoldstraße, Buger Straße, Münchner Ring, Memmelsdorfer Straße, Marienplatz, Unterer Kaulberg

„Der Jahresmittel-Grenzwert für Stickstoffoxide wird eingehalten. Seit dem Jahr 2010 gelten verschärfte Grenzwerte.“

### 3.1.5 Immissionsschutz

**Abb. 18:** PM<sub>10</sub> im Jahresmittel in µg/m<sup>3</sup> Luft, gemessen an der Löwenbrücke in Bamberg

(Daten: Bayerisches Landesamt für Umwelt - Lufthygienische Monatsberichte von 2000 bis 2009)



**Stickstoffoxide (NO<sub>2</sub> und NO)**

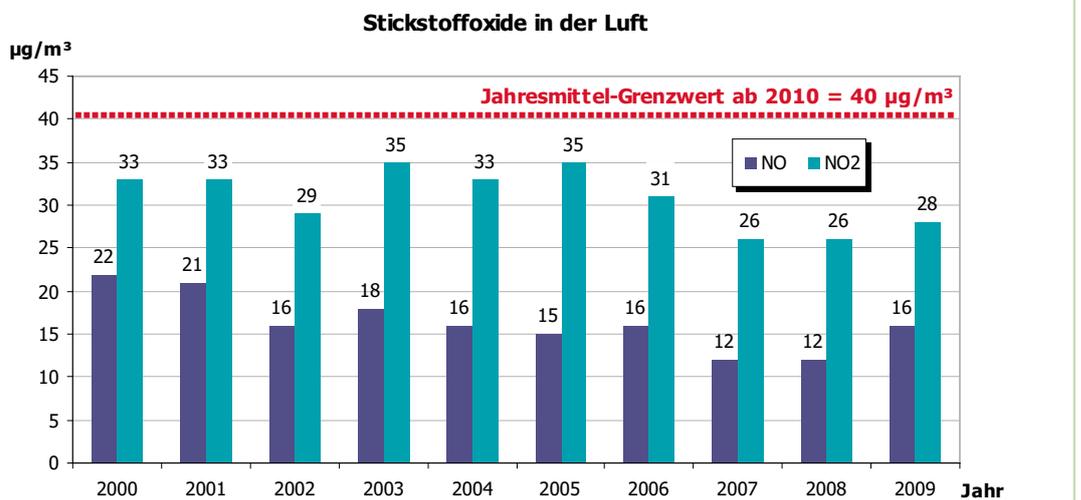
Stickoxide sind mitverantwortlich für die Bildung von Smog und Ozon. Besonders Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) kann in Grenzwert überschreitenden Mengen zur Reizung und Schädigung der Atmungsorgane führen. Für NO<sub>2</sub> beträgt der Immissionsgrenzwert gemäß der 22. Bundes-Immissionsschutzverordnung ab dem Jahr 2010 als Stundenmittelwert 200 µg/m<sup>3</sup> (mit 18 zulässigen Überschreitungen) und als Jahresmittelwert 40 µg/m<sup>3</sup>, welcher im Darstellungszeitraum (Abb. 19) allerdings nie erreicht wurde. Im Jahr 2009 lagen die Grenzwerte für Stickstoffdioxid als

Stundenmittelwert noch bei 210 µg/m<sup>3</sup> und als Jahresmittelwert bei 42 µg/m<sup>3</sup>. Laut dem TÜV-Gutachten könnte es nach der erneuten Herabsetzung des Grenzwertes für den Jahresmittelwert von NO<sub>2</sub> ab dem Jahr 2010 in mehreren Straßenabschnitten zu Überschreitungen kommen. Die Berechnungen für diese theoretische Annahme beruhen allerdings auf der Höchstbelastung durch Stickstoffdioxid.

Nachfolgend sind die Stickstoffoxid-Konzentrationen in der Bamberger Luft am Standort Löwenbrücke dargestellt.

**Abb. 19:** NO<sub>2</sub> und NO im Jahresmittel in µg/m<sup>3</sup> Luft, gemessen an der Löwenbrücke in Bamberg

(Daten: Bayerisches Landesamt für Umwelt - Lufthygienische Monatsberichte von 2000 bis 2009)



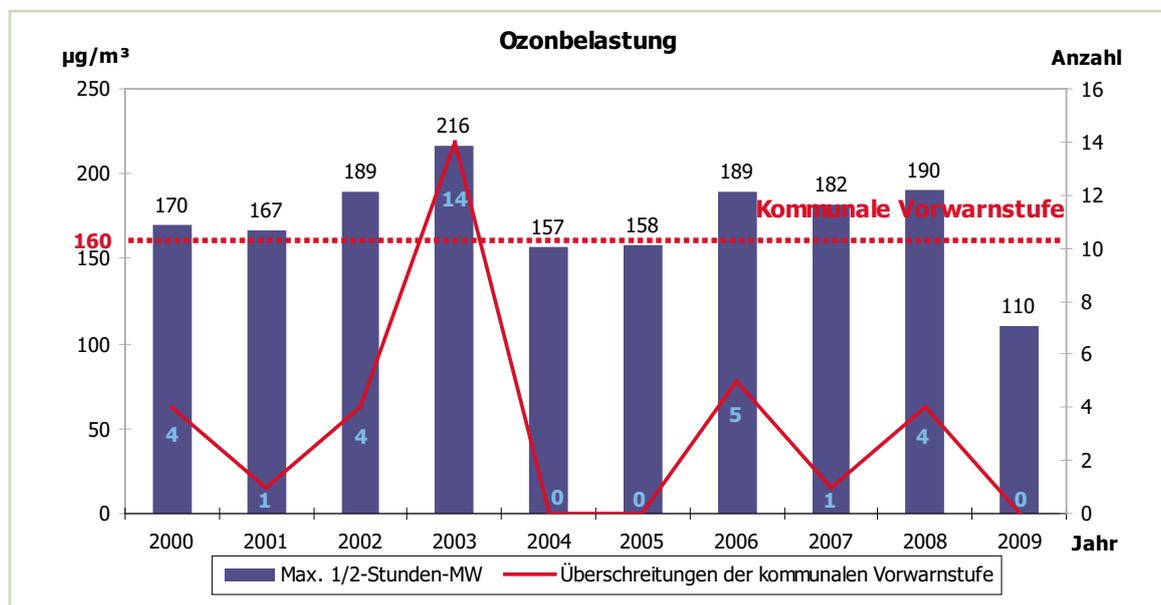
„Im Rahmen der Ozonbelastung gab es seit 2004 keine Überschreitung der kommunalen Vorwarnstufe.“

### 3.1.5 Immissionsschutz

#### Ozon (O<sub>3</sub>)

Ozon entsteht bei intensiver Sonneneinstrahlung u. a. durch Reaktionen von Stickoxiden und Kohlenwasserstoffen. Zu den Hauptursachen für eine verstärkte Ozonbildung zählt der Kraftfahrzeugverkehr. Ozon gilt als Pflanzengift und zeigt bei höheren Konzentrationen auch negative gesundheitliche Auswirkungen auf den Menschen. Das Umweltamt der Stadt Bamberg misst seit 1991 die Ozonkonzentration und unterrichtet die Bevölkerung bei Überschreiten der eigens beschlossenen Ozon-Vorwarnstufe über Internet, Zeitung und Radio. Die Messungen erfolgen während der Messperiode täglich von Montag bis Freitag.

Aus der nachfolgenden Grafik (Abb. 20) ist kein eindeutiger Trend zu mehr oder weniger Belastung durch Ozon erkennbar, vielmehr können die Werte je nach Witterung ansteigen oder sinken. Im heißen Sommer des Jahres 2003 kam es zu 14 Überschreitungen der kommunalen Vorwarnstufe<sup>10</sup>, wohingegen sich die Ozonkonzentration in anderen Jahren (2004, 2005 und 2009) auf ein verhältnismäßig niedriges Niveau einpendelte, so dass keine Vorwarnungen vonnöten waren.



**Abb. 20:** Werte der Ozonbelastung in Bamberg in µg/m<sup>3</sup> Luft, die von 95% der Halbstunden-Mittelwerte unterschritten werden. Im Jahr 2009 konnten zwischen Mitte August und Anfang September aus technischen Gründen keine Messungen durchgeführt werden, ansonsten wären maximaler 1/2-Stunden-Mittelwert und Überschreitungshäufigkeit ggf. höher

(Daten: Umweltamt Bamberg).

<sup>10</sup> Die kommunale Vorwarnstufe liegt laut eines Stadtratsbeschlusses bei 160 µg/m<sup>3</sup>.

„Ein Maßnahmenplan zur Luftreinhaltung wurde seitens des Stadtrates beauftragt.“

„Zusätzlich ist auch ein Maßnahmenplan zur Lärminderung in Bearbeitung.“

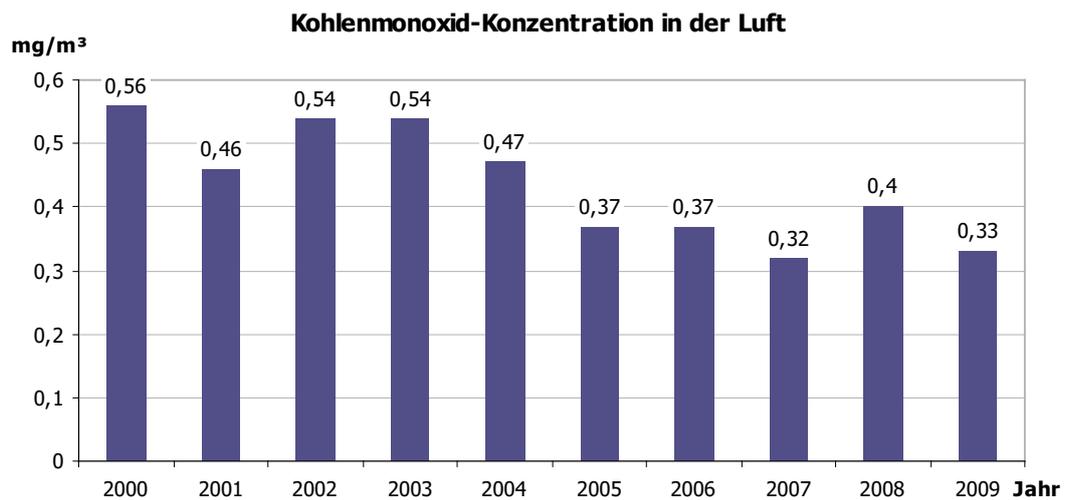
### 3.1.5 Immissionsschutz

#### Kohlenmonoxid (CO)

Die toxikologisch wichtigste Quelle bei der Entstehung von CO ist die unvollständige Verbrennung von Kohlenstoff und kohlenstoffhaltigen Verbindungen in Feuerungsanlagen und Motoren. Die für die Luftverunreinigung in Bodennähe relevante Quelle ist der Kraftverkehr aufgrund der hohen Emissionsmenge und -konzentration und der Ableitung der Autoabgase in den unmittelbaren Aufenthaltsbereich von Menschen. Für den Messpunkt an der Löwenbrücke ergeben sich folgende Jahresmittelwerte:

**Abb. 21:**  
CO-Konzentration im Jahresmittel (Zahlen gerundet), gemessen an der Löwenbrücke in Bamberg

(Daten: Bayerisches Landesamt für Umwelt - Lufthygienische Monatsberichte von 2000 bis 2009)



#### Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>)

Schwefeldioxid entsteht vor allem bei der Verbrennung von schwefelhaltigen fossilen Brennstoffen wie Kohle oder Erdölprodukten und trägt in erheblichem Maß zur Luftverschmutzung bei. SO<sub>2</sub> ist auch der Verursacher von saurem Regen. In Bamberg wird SO<sub>2</sub> seit dem Jahr 2005 allerdings nicht mehr gemessen, da durch den hohen technischen Standard der Gaseintrag in die Atmosphäre bereits an der Entstehungsquelle verhindert wird.

#### ■ Einschätzung des Handlungsbedarfs



##### Kommentar:

Die Verkehrsbelastung ist in Bamberg an stark befahrenen Einfallstraßen und eng bebauten Straßenzügen sehr hoch (z. B. Luitpoldstraße, Memmelsdorfer Straße, Friedrichstraße), was zu einer hohen Schadstoffkonzentration führt.

Im Hinblick auf die ab dem Jahr 2010 geltenden niedrigeren Jahresmittel-Grenzwerte für NO<sub>2</sub> ist davon auszugehen, dass es zu einer Grenzwertüberschreitung in den angesprochenen Bereichen kommen wird. Der Handlungsbedarf besteht folglich darin, den Verkehr und demnach die Emissionen in den betroffenen Straßenzügen zu reduzieren. Gehandelt werden muss allerdings auch an anderer Stelle, um den Feinstaub zu reduzieren, u. a. durch eine Regelung des Schadstoffausstoßes von Kleinfeuerungsanlagen.

„170 Mio. t CO<sub>2</sub> pro Jahr werden in der Bundesrepublik Deutschland durch den Verkehr verursacht.“



## 3.1.5 Immissionsschutz / 3.1.6 Mobilität

### – Zielwerte auf kommunaler Ebene

Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte.

### – Zieldiskussion

Das Hauptziel auf kommunaler wie auch nationaler und internationaler Ebene muss weiterhin sein, die Luftbelastung mit Schadstoffen zu verringern und damit eine weitere Verbesserung der Luftqualität auch in den kommenden Jahren zu erreichen. Eine aktuelle Maßnahme dafür stellt der „Masterplan Feinstaub“ dar:

#### Maßnahmenplan zur Verbesserung der lufthygienischen Situation in Bamberg

Angesichts der Ergebnisse der Messungen an der Dauermessstation Löwenbrücke und der Feinstaubproblematik insgesamt beschloss der Senat für Umwelt und Verkehr in seiner Sitzung vom 17.04.2008, die Verwaltung zu beauftragen, einen Maßnahmenplan aufzustellen, um die Aufstellung eines Luftreinhalteplans vorzubereiten. Zusätzlich wird die Einführung einer Umweltzone geprüft. Eine Arbeitsgruppe ist installiert und die Erarbeitung eines „Maßnahmenplans Feinstaub“ auf den Weg gebracht. Dabei steht zwar die Verbesserung der Luftqualität im Vordergrund, weiterhin werden beim Maßnahmenplan aber auch lärmindernde Maßnahmen aufgenommen. Dabei arbeitet die Stadt Bamberg eng mit der Regierung von Oberfranken und anderen Kommunen zusammen.

Zur Reduzierung der Feinstaub- und Stickoxidbelastung in der Stadt Bamberg werden u. a. folgende Maßnahmen genannt:

- Verkehrsberuhigung in der Innenstadt, Einführung eines verkehrsberuhigten Geschäftsbereiches (Tempo 20) in der Langen Straße langsame Verdrängung des Verkehrs
- Reduzierung der Geschwindigkeit bei lokalen Grenzwertüberschreitungen
- im Falle eines akuten Handlungsbedarfes bei entsprechenden Grenzwertüberschreitungen sollte im Einzelfall über eine Geschwindigkeitsbegrenzung (z. B. auf 30 km/h) mit entsprechender Überwachung in den betroffenen Straßenzügen entschieden werden. Zur Erhaltung des Verkehrsflusses und der Stauvermeidung sollten die Ampelschaltungen dabei entsprechend angepasst und optimiert werden.

### 3.1.6 Mobilität

#### – Einführung

Der Verkehr trägt erheblich zur Luft- und Lärmbelastung sowie zum Klimawandel bei. In Deutschland verursacht er rund ein Fünftel der Kohlendioxid-Emissionen – das sind knapp 170 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr. Im Gegensatz zu Industrie, Handel und den privaten Haushalten leistet der Verkehr bisher kaum einen eigenen Beitrag zum Klimaschutz in Deutschland. Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist gerade in Städten eine umweltfreundliche und kostengünstige Alternative für täglich anfallende Wege und weist hinsichtlich der Auswirkungen des Verkehrs auf Mensch, Natur und Landschaft eine deutlich bessere Bilanz auf als der Motorisierte Individualverkehr (MIV). Besonders der MIV ist durch einen nicht zukunftsfähigen Materialdurchsatz und –verbrauch gekennzeichnet, der durch Unfälle noch zusätzlich erhöht wird. Umso wichtiger sind kontinuierliche Investitionsleistungen in öffentliche Verkehrsmittel und Verkehrsinfrastruktur, durch die Fahrradfahrer und Fußgänger gefördert werden.

#### – Status

Zum 1. Januar 2010 waren in Deutschland 50,2 Mio. Kraftfahrzeuge (Kfz) und 5,9 Mio. Kfz-Anhänger zugelassen. Der Bestand an Personenkraftwagen (Pkw) erhöhte sich im Jahre 2009 um 1,0 % auf 41,7 Mio. Fahrzeuge. Bayern verzeichnete einen Anstieg um rund 130.000 Kfz (Daten: Kraftfahrt-Bundesamt). Der Kraftfahrzeugbestand setzt sich zusammen aus Personenkraftwagen (Pkw), Kraftomnibussen, Lastkraftwagen (Lkw), Krafträdern und sonstigen Kfz. Kraftfahrzeuganhänger sind in den Statistiken separat gelistet und werden im weiteren Verlauf dieses Kapitels nicht berücksichtigt.

„Im Zeitraum 2000 – 2009 erhöhte sich der PKW-Bestand in der Stadt Bamberg um 6,4 %. Die 59 Busse der Stadtwerke Bamberg GmbH beförderten 2009 9,2 Mio. Menschen.“

## 3.1.6 Mobilität

Folgende Tabelle gibt einen Überblick über den Kfz-Bestand auf Bundes-, Landes-, Bezirks- und Stadtebene:

Tab. 4: Kfz-Bestand in Deutschland und Bayern zum 1.1.2010, in Ober- franken und den Städten zum 1.1.2009		Pkw-Bestand	Pkw pro 1.000 Einwohner	Kfz-Bestand insgesamt	Kfz pro 1.000 Einwohner
	<b>Deutschland</b>	41.737.627	509	50.184.419	612
	<b>Bayern</b>	6.862.802	541	8.630.327	679
	<b>Oberfranken</b>	599.568	552	757.971	698
	<b>Bamberg</b>	<b>34.407</b>	<b>492</b>	<b>41.142</b>	<b>588</b>
	<b>Bayreuth</b>	34.624	476	40.826	561
	<b>Hof</b>	22.477	473	26.359	578
	<b>Coburg</b>	21.855	529	25.397	615

(Quellen: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2009; Kraftfahrt-Bundesamt 2010; Einwohnerzahlen zum 31.12.2007: Statistisches Jahrbuch der BRD 2009);

### – „Mobilität“ in Bamberg

Der Bestand an Pkw in Bamberg – als Teil des gesamten Kfz-Bestands – ist in unten stehender Grafik separat dargestellt. Demnach hat sich die Anzahl der Pkw im Stadtgebiet in den vergangenen Jahren leicht erhöht. Bei einer Einwohnerzahl von knapp 70.000 besitzt statistisch gesehen jeder zweite Bamberger ein Auto. Bei den Pkw und auch Kfz insgesamt pro 1.000 Einwohner liegt Bamberg deutlich unter dem Bundes-, Bayern- und Oberfranken-Durchschnitt, allerdings deutlich über dem von Bayreuth und Hof (siehe **Tab. 4**).

Wie bereits in der Einführung erwähnt, spielt der ÖPNV eine entscheidende Rolle bei der Etablierung von stadt-, umwelt- und sozialverträglichen Verkehrsmitteln im Straßenverkehr. Im Stadtgebiet von Bamberg wird die Länge des ÖPNV-Streckennetzes auf 225,7 km beziffert und befindet sich demnach auf einem neuen Höchststand. Mit den 59 Bussen sind im Jahr 2009 9,2 Mio. Menschen befördert worden (**Abb. 23**).

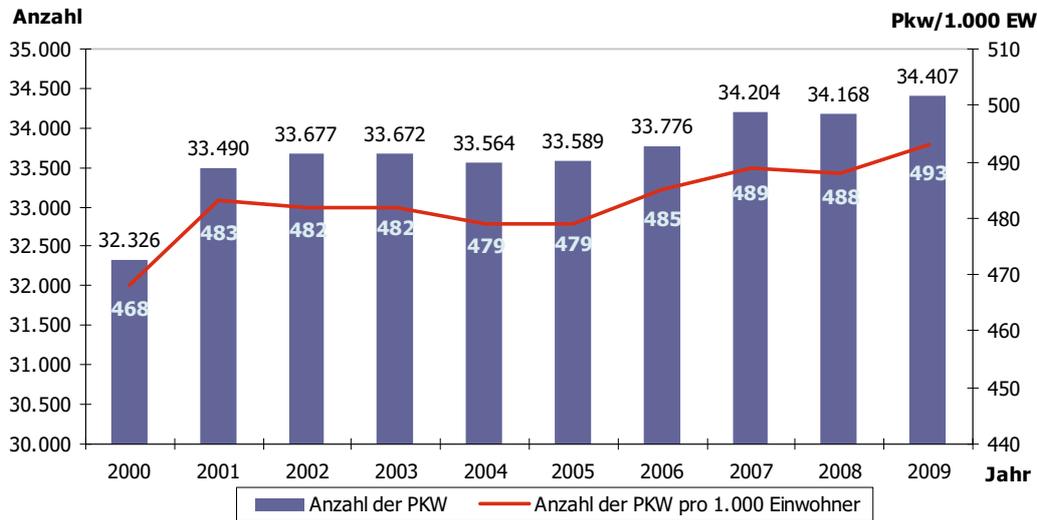
### – Verkehrsmittelwahl (Modal-Split<sup>11</sup>) der Bamberger Bevölkerung

Laut einer Erhebung des Stadtplanungsamtes Bamberg (Befragung von 1.000 Haushalten im Jahr 2005) stellen die Kfz-Selbstfahrer mit 34 % das größte Kontingent. Werden die 8 % Kfz-Mitfahrer hinzugerechnet, so wird bei 43 % Kfz-Anteil fast jede zweite Fahrt von der Bamberger Bevölkerung mit dem Kfz durchgeführt.

Daneben ist auch ein hoher Anteil von Rad- und Fußverkehr festzustellen. Fast jede fünfte Fahrt wird mit dem Rad unternommen und mehr als jede achte Fahrt mit dem öffentlichen Verkehr, also mit Bus oder Bahn (insgesamt 12 %, davon aber 10,4 % mit dem Bus). Mit **22 % Radverkehr** (Bundesdurchschnitt = 10 %) kann Bamberg durchaus als eine fahrradfreundliche Stadt bezeichnet werden, nicht nur aufgrund der Tatsache, dass Bamberg im Mittelpunkt eines ausgedehnten Radwanderwegenetzes liegt und insgesamt 16 ausgeschilderte Fern- und regionale Radwanderwege das Stadtgebiet durchlaufen. Das Radwegenetz im Stadtgebiet belief sich im Jahr 2008 auf 65,2 km.

<sup>11</sup> Als Modal-Split wird in der Verkehrsstatistik die Verteilung des Transportaufkommens auf verschiedene Verkehrsmittel (Modi) bezeichnet. Eine andere gebräuchliche Bezeichnung im Personenverkehr ist Verkehrsmittelwahl. Der Modal-Split ist Folge des Mobilitätsverhaltens der Menschen und der wirtschaftlichen Entscheidungen von Unternehmen einerseits und des Verkehrsangebots andererseits.

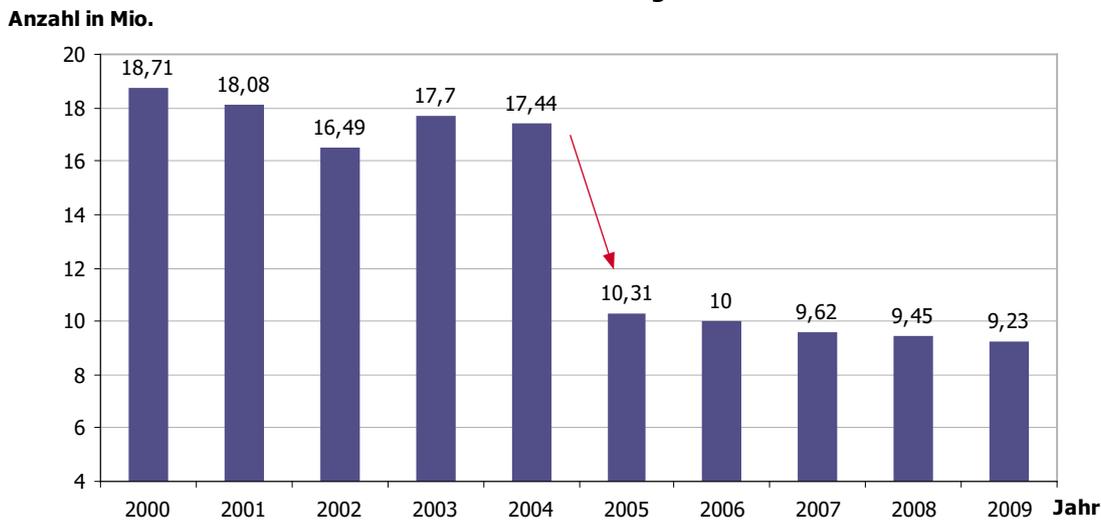
**Pkw-Bestand und Pkw pro 1.000 Einwohner**



**Abb. 22:** Bestand an verkehrszugelassenen Pkw in Bamberg und Pkw pro 1.000 Einwohner

(Bamberger Zahlen)

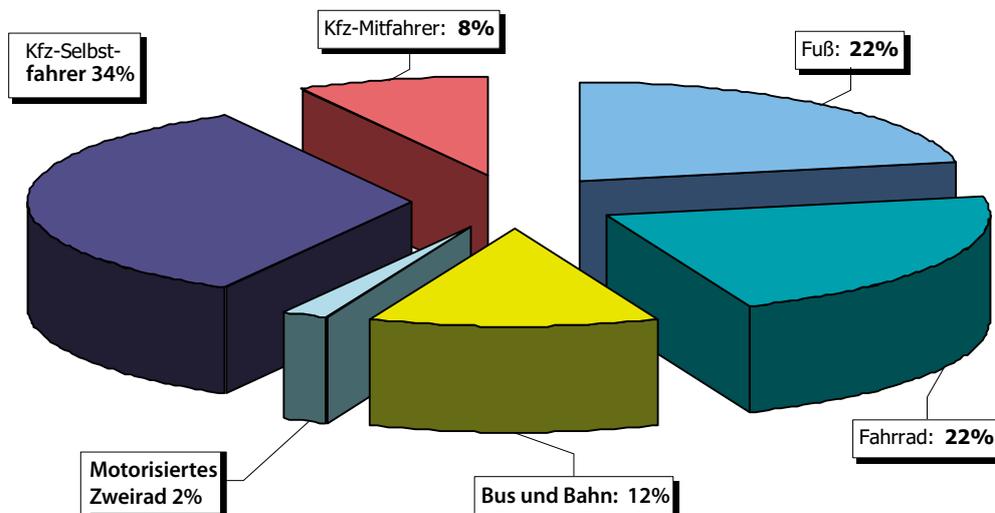
**Beförderte Personen im Bamberger Linienverkehr**



**Abb. 23:** Beförderte Personen im städtischen Linienverkehr

(Daten: Bamberger Zahlen, Stadtwerke)

**Verkehrsmittelwahl der Bamberger Bürger**



**Abb. 24:** Verkehrsmittelwahl der Bamberger Bürger

(Daten: Haushaltsbefragung des Stadtplanungsamtes im Jahre 2005 zum Modal-Split der Bamberger)

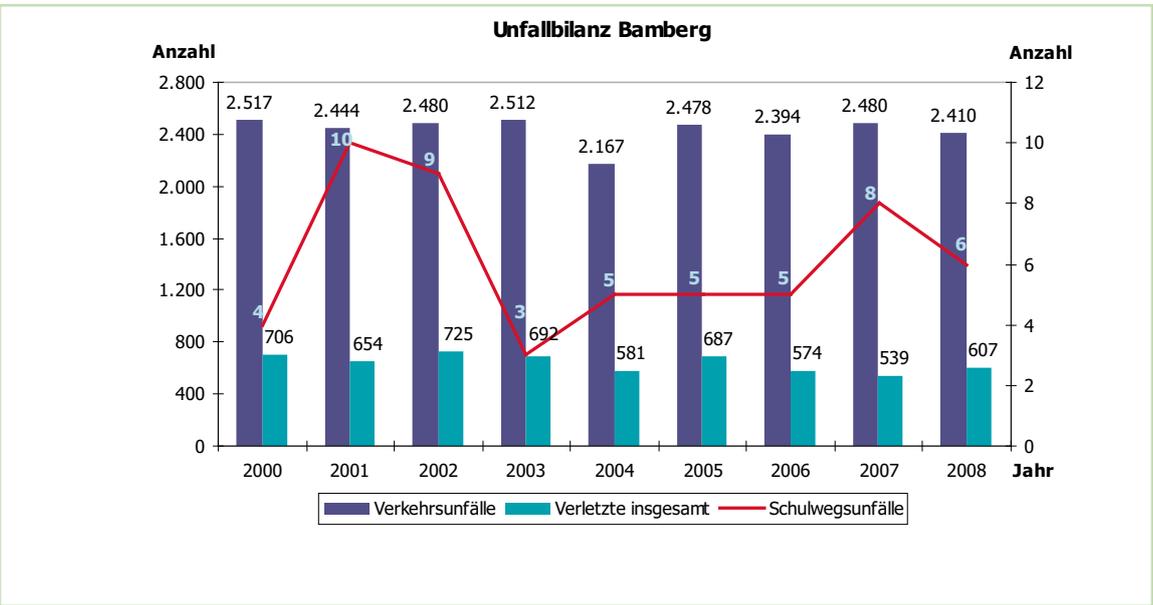
Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass umweltverträgliche Verkehrsmittel (Umweltverbund) bei der Bamberger Bevölkerung eine überdurchschnittlich große Rolle spielt.

„44 % aller Fahrten in Bamberg werden mit dem Auto unternommen (Stand 2005). Der überwiegende Teil (56 %) wird umweltfreundlich zu Fuß, per Fahrrad oder mit dem Bus zurückgelegt.“

## 3.1.6 Mobilität

**Abb. 25:** Straßenverkehrsunfälle in Bamberg (beinhaltet: Unfälle außerorts, innerorts und auf den Bundesautobahnen), Anzahl der Verletzten sowie Schulwegsunfälle

(Daten: Bamberger Zahlen 2008, S. 92 f.)



### ■ Unfälle als Mobilitätsrisiko

Laut Destatis starben im Jahr 2009 auf Deutschlands Straßen 4.160 Verkehrsteilnehmer (1970 noch 21.332!) bei 2,3 Mio. Unfällen. Hinsichtlich der Todesopfer ist dies erfreulicherweise der niedrigste Stand seit 1950. Auch in Bayern ist das Unfallgeschehen erneut rückläufig: Bei 341.000 Verkehrsunfällen wurden 69.500 Personen verletzt und 768 getötet (Daten: Bayerisches Staatsministerium des Innern). In Oberfranken registrierte die Polizei im selben Jahr 27.873 Unfälle, bei denen 5.896 Verkehrsteilnehmer verletzt und 70 ums Leben kamen (Daten: Verkehrsunfallstatistik Oberfranken 2009).

#### Für Bamberg sieht die Unfallbilanz für die Jahre 2000 bis 2008 wie folgt aus:

In Bamberg belief sich die Anzahl der Gesamtunfälle im Jahr 2008 auf 2.410 (2,8 % weniger als im Vorjahr). Im Bereich der Unfälle mit Personenschaden war eine Zunahme von 474 auf 488 Schadensfälle zu verzeichnen (+2,9 %). Parallel dazu erhöhte sich die Anzahl der Verletzten um 8,9 % auf 607 (2007: 557). 218 Mal waren Radfahrer an Verkehrsunfällen beteiligt, davon schuldhaft in 122 Fällen (Daten: Polizei Bayern). Die Zahl der Schulwegsunfälle sank von 8 auf 6.

### ■ Verkehrssicherheitsarbeit

Verkehrssicherheitsarbeit ist schon seit langem ein besonderer Schwerpunkt des polizeilichen Engagements und stellt neben der Kriminalitätsbekämpfung eine der tragenden Säulen der Inneren Sicherheit dar. Verkehrssicherheit hat entscheidenden Einfluss auf das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. Die PI Bamberg-Stadt setzt in den Bereichen Verkehrserziehung (an Schulen und Kindergärten), Verkehrsraumgestaltung, Verkehrsüberwachung (Geschwindigkeit, Alkohol/Drogen, Gurtkontrollen, Handyverstöße) und gefährdete Personengruppen (Kradfahrer, Senioren, Schulkinder, junge Erwachsene) besondere Schwerpunkte. Die relativ geringe Zahl der Schulwegunfälle (zwischen drei und acht pro Jahr in den letzten Jahren) reflektiert die erfolgreiche polizeiliche Erziehungsarbeit im Rahmen der Jugendverkehrsschule.

#### Zum Thema Verkehrssicherheit hat die Bamberger Polizei folgende Projekte gestartet:

##### ■ „Mein sicherer Schulweg“

Im Jahre 2006 ist das Projekt „Mein sicherer Schulweg“ in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt der Stadt und des Landkreises Bamberg, dem Landratsamt Bamberg, der Stadt

*„Präventivmaßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherung genießen eine hohe Priorität.“*

*„Der Anteil des Fahrradverkehrs soll von derzeit 22 % auf 30 % (bis 2020) gesteigert werden.“*

## 3.1.6 Mobilität

Bamberg und dem Staatlichen Bauamt ins Leben gerufen worden, um die Sicherheit auf dem Schulweg zu optimieren.

### ■ „Senioren im Straßenverkehr“

Seit Oktober 2007 bietet die Bamberger Polizei in Zusammenarbeit mit der Kreisverkehrswacht Bamberg und dem Landratsamt Bamberg die Veranstaltung „Senioren im Straßenverkehr“ an. Ziel ist es, im Rahmen eines Vortrages die teilnehmenden Senioren zu beraten, wie sie sich körperlich und geistig bei guter Gesundheit halten können, um in gewohnter Weise am Straßenverkehr teilnehmen zu können. Ferner wird deren Reaktionsfähigkeit im Rahmen eines Fahrsicherheitstrainings getestet.

### ■ EVA – Ernstnehmende Verkehrssicherheitsarbeit / „Leben“

EVA ist ein Projekt, das sich speziell an junge Erwachsene (zwischen 18 und 24 Jahre) wendet, die eine Berufsschule besuchen. Das Projekt „Leben“ wird an den weiterführenden Schulen durchgeführt. Ins Leben gerufen wurden diese Projekte aufgrund der überproportionalen Beteiligung junger Erwachsener am Unfallgeschehen.

### ■ „Sicher und Fair im Straßenverkehr“



Mit dieser bayernweiten Kampagne, an der sich auch die PD Bamberg beteiligt, wird die erfolgreiche Aktion „Sicher auf Bayerns Straßen 2006“ fortgesetzt. Im Vordergrund stehen dabei Maßnahmen, die die Verkehrssicherheit speziell für die gefährdeten und schwachen Verkehrsteilnehmer, also Kinder bis 14 Jahre, junge

Fahranfänger/junge Erwachsene, Senioren und Kradfahrer, verbessern sollen.

## ■ Einschätzung des Handlungsbedarfs



### Kommentar:

**Verkehrsmittelwahl:** Der Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen ist ausbaufähig. Das Fahrrad muss als vollwertiges Verkehrsmittel in den Stadtverkehr integriert werden. Um diese und andere Zielvorstellungen zu erreichen, dient das Fahrradforum als wichtige Einrichtung (siehe Zieldiskussion).

**Verkehrssicherheit:** Im Jahr 2009 kamen bei Unfällen im Stadtgebiet zwei Fahrradfahrer ums Leben. Jedes Jahr sind immer wieder Kinder, Jugendliche und Senioren in Unfälle verwickelt, womit in dieser Hinsicht ein fortwährender Handlungsbedarf besteht und der Fokus der Polizei besonders auf diese Teilnehmer gerichtet werden muss. Die Zahl der Schulwegsunfälle hat sich in Bamberg in den letzten Jahren allerdings verringert. Durch das Fahrradkonzept der PI Bamberg-Stadt konnten ebenfalls bereits deutliche Verbesserungen erzielt werden. Eine offensive Verkehrssicherheitsarbeit und im Zuge dessen eine intensive Informations- und Aufklärungsarbeit ist aber weiterhin erforderlich, um die Verkehrsunfallbeteiligung besonders der gefährdeten Personengruppen weiter zu reduzieren.

## ■ Zielwerte

### Verkehrsmittel:

Bis zum Jahr 2020 soll der Radverkehrsanteil in Bamberg von derzeit 22 % über 25 % (2013) auf 30 % gesteigert werden und entsprechend eine weitere Reduzierung der verkehrsbedingten Emissionen erzielt werden.

### Verkehrssicherheit:

Im Rahmen der Kampagne „Sicher und Fair im Straßenverkehr“ soll die Zahl der bei Verkehrsunfällen getöteten Personen und die Anzahl der schweren Personenschadensunfälle bis zum Jahr 2012 durch präventive und repressive Maßnahmen landesweit um ein Fünftel gesenkt werden.

*„Der Verkehrsentwicklungsplan (VEP) beinhaltet die Maßnahmen, das Ziel der Weiterentwicklung Bambergs zu einem attraktiven Oberzentrum voranzutreiben.“*

## 3.1.6 Mobilität

### ■ Zieldiskussion

Mit verschiedenen Maßnahmen und einem Verkehrsentwicklungsplan sind in Bamberg die Weichen für eine umweltschonendere und sozialverträglichere Verkehrspolitik und die Förderung des Radverkehrs in der Domstadt gestellt. Der Stadtentwicklungssenat sieht die Förderung des Radverkehrs als vorrangiges Ziel der Verkehrspolitik an und beschloss im November 2008 die Einrichtung eines Fahrradforums durch das Baureferat mit den Zielen der effektiven und strategischen Förderung des Radverkehrs und einer besseren und nachhaltigen Verankerung des Radverkehrs in die städtische Verkehrspolitik. Mit dem Fahrradforum sollen neue Wege in der Radverkehrsförderung eingeschlagen werden. Durch die Förderung des Radverkehrs kann die Mobilität stadt- und umweltgerechter gestaltet werden. Bei gleichzeitiger Erhöhung der Verkehrssicherheit für Radfahrer soll der Radverkehrsanteil in Bamberg weiter gesteigert werden. Im Oktober 2009 wurde ein erster Konzeptvorschlag zur Struktur und den Aufgaben des Fahrradforums, das sich zwei Mal im Jahr treffen soll, vorgestellt.

### Verkehrsentwicklungsplan (VEP)

Der im Jahr 2000 ausgearbeitete VEP hat die Funktion der Darstellung der Entwicklung des Verkehrsgeschehens, der Erläuterung, Begründung und Bewertung der Entwicklungen unter städtebaulichen, verkehrlichen, ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten, der Formulierung von Zielen, Prioritäten und Randbedingungen für eine stadtverträgliche Verkehrsplanung mit der zukünftig angestrebten Arbeitsteilung der Verkehrsmittel sowie der Koordinierung der Verkehrsprojekte im Rahmen einer mittelfristig orientierten Programmplanung. Der VEP ist ferner Grundlage für die Erfolgskontrolle und Fortschreibung.

Da die Verkehrsflächen nicht unbegrenzt vermehrbar sind und die Belästigung durch den Kfz-Verkehr bereits heute die Lebensqualität in der Stadt beeinträchtigt, muss es auf Grundlage der Verkehrspolitik der Stadt Bamberg zu einer Umverteilung der Verkehrsträger vom Kfz-Verkehr auf den ÖPNV, Fußwege- und Fahrradverkehr (Umweltverbund) kommen.

Hinsichtlich der Verkehrssicherheit müssen die laufenden Projekte und Maßnahmen vor allem für die schwachen Verkehrsteilnehmer (siehe S. 37 f.) weiter verfolgt und intensiviert werden.

### Ziele der Bamberger Verkehrspolitik im VEP

Die Bamberger Verkehrspolitik ordnet sich dem Oberziel der Weiterentwicklung Bambergs als einer lebenswerteren Stadt und eines attraktiven Arbeitsplatz-, Einkaufs-, Dienstleistungs-, Bildungs- und Kulturzentrums unter.

### Die verkehrlichen Voraussetzungen dafür sind

- die Anbindung an die anderen überregionalen Wirtschaftsräume,
- die Erreichbarkeit der Stadt aus der Region und
- die Sicherung der Mobilität in der Stadt.

### Der Stadtverkehr muss dabei

- sicher sein,
- umweltverträglich sein, d. h. flächensparend, leise und sauber,
- sich in die gewachsenen städtebaulichen Strukturen in den Stadtteilen und in die Straßenräume integrieren lassen,
- sozialverträglich, d. h. für alle zugänglich, benutzbar und bezahlbar sein sowie
- stadtwirtschaftlich vertretbar, also auch langfristig finanzierbar sein.

Diese Ziele sind nur auf der Basis eines vernünftigen Umgangs mit dem Auto in der Stadt erreichbar.

### Ziele hinsichtlich des Modal-Split (MS)

- Veränderung des MS zugunsten des ÖPNV (insbesondere in der Region)
- Veränderung des MS zugunsten des Fußgängerverkehrs (insbesondere im Bereich der kurzen Wege)
- Veränderung des MS zugunsten des Radverkehrs (insbesondere im Bereich der Wege bis 5 km)
- Reduzierung der Verkehrsmengen in der Innenstadt



„Seit 1984 hat der Naturschutz in Bayern Verfassungsrang.“

## 3.1.7 Naturschutz

### – Einführung

Für das Wohlbefinden der städtischen Bevölkerung ist eine intakte Natur unerlässlich. Sie bereichert das menschliche Leben und ist gleichzeitig eine wesentliche Grundlage für die nachhaltige ökologische und ökonomische Entwicklung der Region. Vorrangige Aufgaben sind somit der Schutz, die Entwicklung und die Vernetzung von wertvollen Lebensräumen. Die Untere Naturschutzbehörde setzt sich im Rahmen ihrer Beteiligung an vielen Fachplanungen für diese Ziele ein. Schutzgebietsausweisungen, Förderung von Grundstückskäufen, Landschaftspflegekonzepte und der Schutz bestimmter Tier- und Pflanzenarten helfen mit, Natur und Landschaft für die Zukunft zu erhalten.

Seit 1984 hat der Naturschutz in Bayern Verfassungsrang. Der Freistaat hat den Kommunen diesen Schutz als vorrangige Aufgabe anvertraut. In Art. 141 der Verfassung ist festgelegt, dass „die heimischen Tier- und Pflanzenarten und ihre notwendigen Lebensräume“ zu schonen und zu erhalten sind. Um den staatlichen Auftrag, die Natur zu schützen und zu erhalten, bewältigen zu können, ist es notwendig, eine ausreichende Datengrundlage zu besitzen. Nur was man kennt, kann auch geschützt werden. Als eine solche fachliche Grundlage dient die



**Abb. 26:** Auf der Roten Liste: der Dunkle Wiesenknopf-Ameisen-bläuling (*Maculinea nausithous*) mit Restbeständen im Stadtgebiet von Bamberg (Altenburgwiesen)

Foto: Thomas Müller

Biotopkartierung, die in Bamberg im Jahre 1998 mit finanzieller Unterstützung des Landesamtes für Umweltschutz aktualisiert wurde. Es liegen damit flächendeckende Erkenntnisse zum Vorkommen von Pflanzen und ausgewählten Tiergruppen wie

Vögel, Schmetterlinge, Libellen u. a. für das gesamte Stadtgebiet vor. Dieses Wissen dient sowohl der Fürsorge um einzelne Arten (Artenschutz) als auch dem Erhalt und der ökologischen Verknüpfung ihrer Lebensräume (Biotopverbund). Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Schutz älterer Bäume, die gerade in der Stadt wichtige ökologische Funktionen wie die Filterung der Luft und die Sauerstoffproduktion haben (Baumschutzverordnung). Durch die Ausweisung von Schutzgebieten in besonders artenreichen und landschaftlich reizvollen Arealen der Stadt werden auch größerflächige Überlebensräume für die Natur geschaffen. Neben dem Schutz von Flächen ist aber auch ihre Pflege notwendig, denn andernfalls würde auf einem Großteil der unbebauten Stadtfläche Wald entstehen, wo statt dessen aus Gründen des Landschaftsbildes und der Artenvielfalt offenere Landschaften bevorzugt werden (siehe Sandheiden in Bamberg-Ost, Wiesen um die Altenburg). Dem Naturschutz dient auch die sogenannte Eingriffsregelung, die seit 1998 gilt. Sie folgt dem Grundsatz, dass, wer baut, auch pflanzen muss. So werden größerflächige Eingriffe in die Natur durch die Bereitstellung von Ersatzflächen ausgeglichen. Die Ersatzflächen werden in einem vom Landesamt für Umweltschutz Nordbayern geführten Ökoflächenkataster zentral erfasst.

### – Status

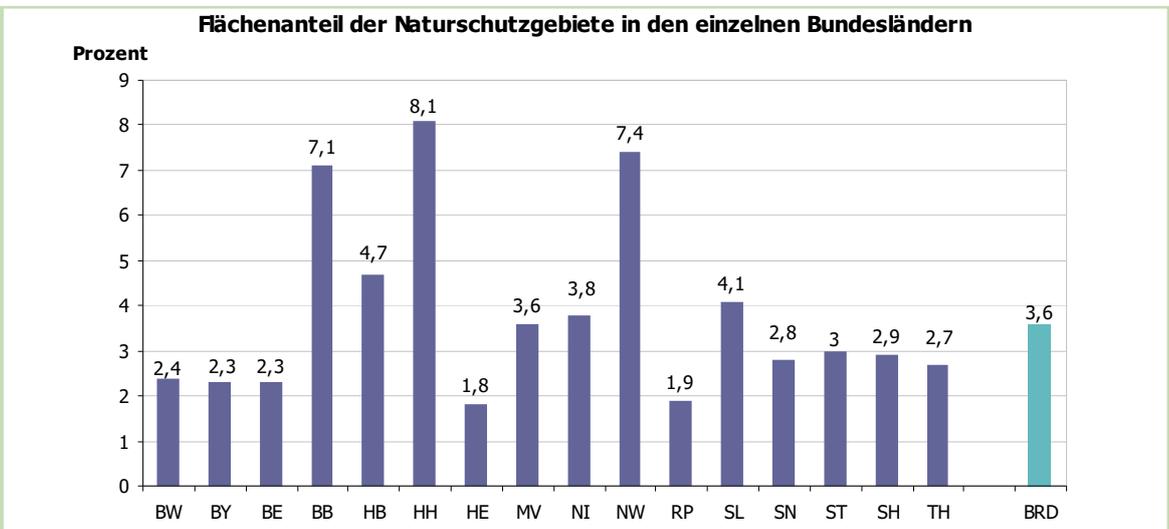
Mit Stand 12/2008 verfügt Deutschland über 8413 Naturschutzgebiete. Die Naturschutzgebietsfläche in Deutschland beträgt 1.271.582 ha, was 3,6 % der Gesamtfläche entspricht. Überdurchschnittliche Flächenanteile von Naturschutzgebieten weisen die Stadtstaaten Hamburg (8,1 %) und Bremen (4,7 %) sowie die Länder Brandenburg (7,1 %) und Nordrhein-Westfalen (7,4 %) auf. Unterdurchschnittlich sind die Naturschutzgebietsanteile in den Bundesländern Hessen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Berlin, Baden-Württemberg, Thüringen und Sachsen. Auch innerhalb der einzelnen Bundesländer bestehen z. T. große Unterschiede (Daten: Bundesamt für Naturschutz).

„In Bayern ist der Anteil der Naturschutzgebiete an der Gesamtfläche unterdurchschnittlich.“

### 3.1.7 Naturschutz

**Abb. 27:** Flächenanteil der Naturschutzgebiete in den einzelnen Bundesländern und in Deutschland, Stand 31.12.2008

(Daten: Bundesamt für Naturschutz)



Folgende Tabelle gibt einen statistischen Überblick über Nationalparke, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete und Naturparke in Bayern.

**Tab. 5:** Nationalparke, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete und Naturparke in Bayern – Gesamtbilanz für Bayern

(Daten: Bayerisches Landesamt für Umwelt 2009)

Anzahl	Gesamtbilanz zum 31.12.2008	Gesamtfläche in ha:	Anteil der Landesfläche in %:
-	<b>Bayern</b> (Flächengrundlage ist ATKIS; Stand VIII/2008)	7.055.473	100
588	<b>Naturschutzgebiete</b> einschl. 1 vorläufig sichergestelltes Gebiet	158.920	2,25
2	<b>Nationalparke</b>	45.021	0,64
590	<b>Naturschutzgebiete</b> einschließlich Nationalparke	203.941	2,89
695	<b>Landschaftsschutzgebiete</b> aus 533 verordnungsbezogenen Gesamtgebieten	2.121.344	30,07
18	<b>Naturparke</b>	2.170.043	30,76

„In der Stadt Bamberg sind die Biotopentwicklungsflächen im Zeitraum von 1998 bis 2008 um nahezu 10 ha gewachsen. Insgesamt nehmen die Schutzgebiete 16,9 % der Stadtfläche ein.“

### 3.1.7 Naturschutz

#### – Natur- und Landschaftsschutzgebiete im Bamberger Stadtgebiet

Naturschutzgebiete	Fläche in ha	Schutzgebiet seit	Geschützte Landschaftsbestandteile	Fläche in ha	Schutzgebiet seit
Bruderwald-Wolfsruhe	34	1986	Michaelsberger Garten	5,8	1997
Muna-Gelände	10,9	2001	Tongruben bei Gaustadt	6	1998
	<b>44,9 ha = 0,8 % des Stadtgebietes</b>		Die Ebene bei Bug	10	2007
				<b>21,8 ha = 0,4 % des Stadtgebietes</b>	
Landschaftsschutzgebiete	Fläche in ha	Schutzgebiet seit			
Hauptsmoorwald	644	1952			
Regnitzufer und Hügel bei Bug	30	1955			
Altenburg-Rothof	80	1976			
Hain-Leinritt	88	1976			
Röthelbachtal bei Gaustadt	14	1994			
	<b>856 ha = 15,7 % des Stadtgebietes</b>				

**Tab. 6:**  
Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie geschützte Landschaftsbestandteile im Stadtgebiet von Bamberg

(Daten: Umweltamt Bamberg, Abteilung Naturschutz; Stand: Juni 2003 – aktualisiert: Januar 2009)

Insgesamt nehmen die flächenhaften Schutzgebiete 16,9 % der Gesamtfläche der Stadt ein. Daneben sind neun Großbäume (vier Eichen, vier Linden und ein Birnbaum) als Naturdenkmäler ausgewiesen.

Untenstehende Abbildung zeigt die Ausdehnung der Biotopentwicklungsflächen in Bamberg und deren Anteil an der Stadtfläche im Verlauf der letzten Jahre.

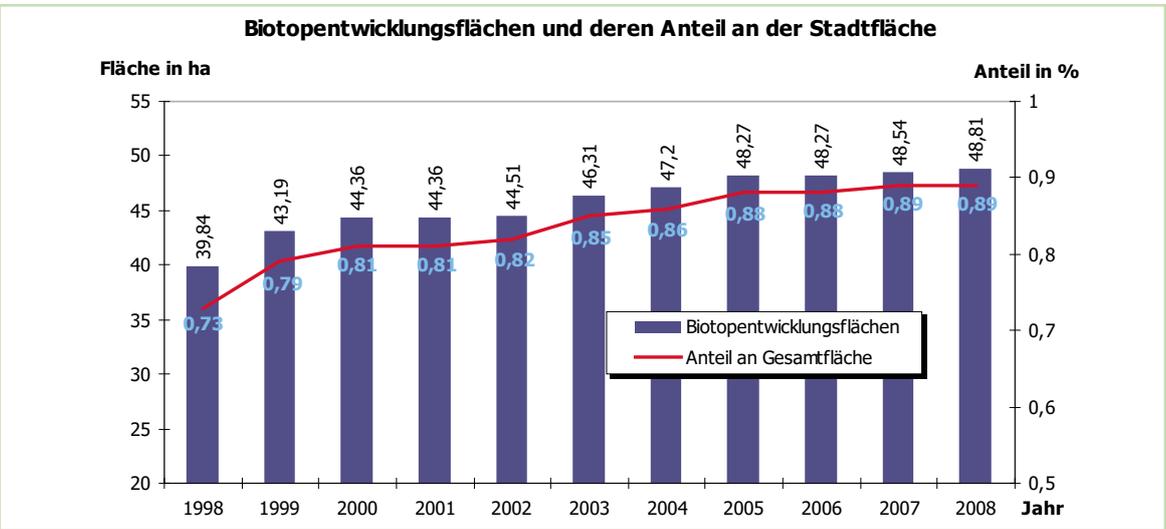
Danach haben sich diese Flächen stetig erhöht und lagen im Jahr 2008 bereits bei 48,81 ha, was einem Anstieg von fast 10 ha im dargestellten Zeitraum und mehr als 13 ha seit 1994 entspricht. Mit der FFH-(Fauna-, Flora-, Habitat-)Richtlinie von 1992 und der Vogelschutzrichtlinie von 1979 hat die Europäische Union verbindliches europäisches Naturschutzrecht geschaffen. Mit diesem Netz von natürlichen und naturnahen Lebensräumen für bedrohte Tier- und Pflanzenarten soll ein europäischer, Länder-

„FFH-Gebiete dienen dem Schutz bedrohter Tier- und Pflanzenarten. 11,1 % der Stadtfläche sind als FFH-Gebiete ausgewiesen, das ist der höchste Wert der kreisfreien Städte in Oberfranken.“

### 3.1.7 Naturschutz

Abb. 28:  
Biotopentwicklungsflächen in Bamberg (in ha) und deren Anteil an der städtischen Gesamtfläche

(Daten: Umweltamt Bamberg, Abteilung Naturschutz; Bamberger Zahlen für Flächenangaben)



grenzen übergreifender Biotopverbund „Natura 2000“ geschaffen und im Rahmen dessen das wertvolle europäische Naturerbe für kommende Generationen nachhaltig geschützt und bewahrt werden. Alle EU-Mitgliedstaaten sind verpflichtet, für „Natura 2000“ FFH- und Vogelschutzgebiete an die Europäische Union zu melden und zu sichern. Auch in Bayern gibt es wertvolle und einmalige Lebensräume, die wichtige Bausteine für „Natura 2000“ darstellen. Der FFH-Gebietsanteil beträgt hier 9,2 %, im

Regierungsbezirk Oberfranken immerhin noch 8,3 %. Folgende Gebiete sind im Stadtgebiet von Bamberg als FFH-Gebiete ausgewiesen:

Mit 11,1 % Anteil der FFH-Gebiete an der Stadtfläche bewegt sich Bamberg etwa im bayerischen Landesdurchschnitt. Bei den Städten belegt Bamberg nach Ingolstadt, Nürnberg, Schweinfurt und Straubing den 5. Rang, von den oberfränkischen Städten hat Bamberg allerdings den größten Anteil am europäischen Biotop-

**Bruderwald (459 ha<sup>\*</sup>):** Der Bruderwald ist ein struktureicher Misch- und Laubwaldkomplex, der die Standortvielfalt auf Burgsandstein/Feuerletten im Übergangsbereich der Steigerwaldabdachung zum Regnitzbecken repräsentiert. Seltene Fledermausarten sowie der in Oberfranken nur selten vorkommende Hirschkäfer sind hier angesiedelt.

**Mainauen bei Bischberg (8 ha):** Die Mainauen repräsentieren ein Gebiet mit hervorragender Ausbildung von Altwasserlebensräumen unterschiedlicher Gewässertrophien aus Schwimmblatt- und Unterwasservegetation, Verlandungszonen, Erlen-Eschenwäldern sowie Eichen-Ulmen-Eschen-Auwaldresten, artenreichen Wiesen, und seltenen Schmetterlingsarten wie dem Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläuling.

**Regnitzauen (33 ha):** Ähnlich den Mainauen, mit feuchten Hochstaudenfluren, offenen Sandrasen auf kalkhaltigen Terrassensanden und Biotope für Tierarten wie den Biber oder Libellen (Grüne Keiljungfer).

**Altenburgwiesen und Rothof (57 ha):** Der Schutzstatus der Streuobstwiesen/Hänge der Altenburg ergibt sich aus der Artenvielfalt und dem Vorkommen seltener Schmetterlingsarten, wie z.B. dem Dunklen und Hellen Wiesenknopf-Ameisenbläuling.

**Hain (48 ha):** Der Hain ist einer der ältesten Bürgerparks Bayerns. Bereits ab 1803 begannen die Arbeiten an dem im Süden der Stadt gelegenen Unteren Mühlwörth, dem heutigen Theresienhain. Unter anderem aufgrund seines alten Baumbestands ist der Hain Lebensraum seltener Insektenarten wie dem Großen Eichenbock, der sein letztes Bayerisches Vorkommen im Hain besitzt, dem Hirschkäfer oder dem Eremit. Zudem sind hier zahlreiche Fledermausarten wie die Bechsteinfledermaus, der Kleine Abendsegler oder das Braune Langohr angesiedelt.

\* Die Flächenangaben von Bruderwald, Main- und Regnitzauen beziehen sich jeweils nur auf die Fläche (ha), die sich innerhalb des Stadtgebietes befindet.

*„Flächenverluste durch Baumaßnahmen konnten in den letzten Jahren durch sog. Ausgleichsflächen vermieden werden.“*

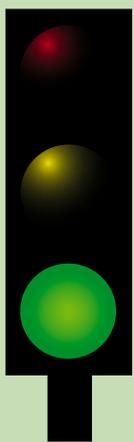
*„Nach dem Willen des Stadtrates sollen mindestens 10 % der Stadtfläche als Biotopfläche erhalten werden.“*

## 3.1.7 Naturschutz

netz (im Vergleich: Bayreuth 2,9 % bzw. 192 ha, Coburg 10 %, Hof 0 %). Vogelschutzgebiete nach europäischer Richtlinie sind im Stadtgebiet von Bamberg nicht ausgewiesen.

(Stadtratsbeschluss!), wobei dieser aller Wahrscheinlichkeit nach weder kurz- noch mittelfristig erreicht werden kann. Wichtig ist zunächst, den Zielwert von 10% zu erhalten und langsam versuchen zu erhöhen.

### – Einschätzung des Handlungsbedarfs



#### **Kommentar:**

Der Anteil von FFH-Gebieten an der Stadtfläche ist mit 11,1 % als positiv zu bewerten. Bamberg ist damit führend in Oberfranken (siehe Vergleichswerte mit anderen oberfränkischen Städten).

Allerdings ist nach 1989 und 1998 wieder eine Biotopaktualisierung notwendig. Im Jahre 1989 waren 10,7 % der Stadtfläche als Biotop ausgewiesen, 1998 (aktuellster Wert!) waren es mit 10,2 % etwas weniger, wobei hier nicht von einer negativen Entwicklung gesprochen werden kann.

Die Erhebungen fanden vielmehr mit unterschiedlichen Kartierungsanleitungen statt, weshalb die Zahlen auch nicht direkt miteinander vergleichbar sind.

Positiv zu bewerten ist außerdem, dass Flächenverluste, z. B. durch Baumaßnahmen, flächengleich ausgeglichen werden. Die Stadt Bamberg führt als Flächeneigentümer ein sogenanntes Ökokonto, mithilfe dessen potenzielle Ausgleichsflächen (= Flächenpool bzw. Flächenbevorratung) bei zukünftigen Eingriffen bewirtschaftet werden können.

Bei Verlusten in Form des Fällens von Bäumen (im Jahre 2007 wurden 285 Baumfällanträge gestellt, 2008 waren es 256) muss laut Baumschutzverordnung in Bamberg pro gefällttem Baum ein Laubbaum an anderer Stelle gepflanzt werden. Dies gilt bei der Fällung von Bäumen mit einem Stammumfang von 60 cm und mehr.

### – Zieldiskussion

Gemäß §1 des Bundesnaturschutzgesetzes besteht das vorrangige Ziel des Naturschutzes in Deutschland darin, Natur und Landschaft aufgrund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlage des Menschen zu erhalten. Aus dem Wissen heraus, dass eine Übernutzung und Zerstörung von Natur und Landschaft dramatische und katastrophale Folgen für den Siedlungsstandort, die Gesundheit und die Nahrungsmittelerzeugung des Menschen haben können, werden Wiederherstellung, Schutz, die langfristige und eine nachhaltige Nutzbarkeit des Naturhaushaltes sowie die Entwicklung und Vernetzung von wertvollen Lebensräumen angestrebt. Dafür ist es notwendig, noch mehr Gebiete als Naturschutzgebiete, Naturparke, Landschaftsschutzgebiete, FFH-Gebiete etc. auszuweisen. Neben der Erhöhung des Schutzgebietanteils spielt die Pflege von öffentlichen Grünflächen sowie die Bereitstellung von Biotopentwicklungsflächen als Kompensation für Natureingriffe eine entscheidende Rolle des Naturschutzes in Bamberg im Sinne der Nachhaltigkeit

### – Zielwerte auf kommunaler Ebene

Mindestens 10% der Stadtfläche sollen als Biotopfläche erhalten werden. Angestrebt wird allerdings ein Zielwert von 20%

*„Fast 10.000 Unternehmen in Deutschland verfügen über ein betriebliches Umweltmanagementsystem.“*

*„Der Umweltpakt Bayern ist mit rund 5.500 Teilnehmern der größte Zusammenschluss umweltorientierter Betriebe in Deutschland.“*



## 3.2 Ökonomische Indikatoren / 3.2.1 Betrieblicher Umweltschutz

### – Ökonomische Aspekte nachhaltiger Entwicklung

Im Zuge einer nachhaltigen Entwicklung ist die Wirtschaft stärker an den bestehenden ökologischen Grenzen zu orientieren als es bisher in den meisten Volkswirtschaften geschieht. Zu diesem Zweck sollten ökologische Prinzipien und Gesetzesmäßigkeiten auf die Wirtschaft übertragen werden. Wirtschaftspolitische, nachhaltig wirksame Instrumente sind auf ihre Einsatzmöglichkeiten zu prüfen. Die Erfordernisse dieses Handlungsfeldes gehen über die nachhaltige Stadtentwicklung weit hinaus. Eine umweltorientierte Unternehmensführung mit integriertem Umweltmanagement ist heute in vielen Unternehmen Standard, kann dabei allerdings nur einen Teilbereich erfassen.

Nachhaltigkeit verlangt darüber hinaus strategische Neuorientierungen und Unternehmenskonzepte, in denen soziale und ökologische Anforderungen bei allen betrieblichen Prozessen berücksichtigt werden. In Bezug auf eine nachhaltige Stadtentwicklung spielt insbesondere die standortsichernde Wirtschaftsförderung eine Rolle. Angesichts des wirtschaftlichen Strukturwandels sowohl vor Ort als auch durch die Globalisierungsprozesse, wird nach Möglichkeiten gesucht, um innerstädtische Wirtschaftsstandorte zu sichern. Dabei wird auch ein verträgliches Miteinander von Arbeits- und Wohnnutzungen angestrebt. Bei der Bereitstellung von Gewerbeflächen gibt es Ansätze für flächensparende Bau- und Erschließungskonzepte, im Zuge dessen ökologische Belange verstärkt Einzug halten sollten.

Bei den ökonomischen Indikatoren werden auch die Existenzgründungen thematisiert. Innovative Unternehmen tragen nicht nur zur Vielfalt der lokalen Wirtschaftsregion und zur Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels bei, sondern können zudem neue zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen. Die lokale Wirtschaftsförderung steht unterstützend zur Seite, wenn es darum geht, Wirtschaftskraft für die Vitalität eines Standorts und die Lebensqualität der hier lebenden Menschen zu schaffen.

Auch die Verschuldung einer Kommune ist für die nachhaltige Entwicklung von hoher Bedeutung. Hohe Schulden und damit hohe Tilgungs- und Zinsleistungen belasten den kommunalen Haushalt und verringern die Aussichten auf finanzielle Mittel für wichtige und zukunftsweisende Aufgaben.

Ein wichtiges Handlungsfeld ist in vielen lokalen Agenda-Prozessen auch die Förderung regionaler Produkte. Regionale Vermarktung und ökologisch orientierte Produktionsweisen sind die wichtigsten Merkmale einer nachhaltigen Landwirtschaft und werden daher ebenfalls bei den ökonomischen Indikatoren thematisiert.

### 3.2.1 Betrieblicher Umweltschutz

#### – Einführung

Eine umweltorientierte Unternehmensführung ist heute in vielen Betrieben Standard. In Zukunft werden vor allem jene gewerblichen und Dienstleistungsunternehmen am Markt bestehen können, die sich frühzeitig den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen einer nachhaltigen Gesellschaft stellen. Unternehmen, die sich nach EMAS (EU-Verordnung Nr. 1836/93) bzw. nach DIN EN ISO 14001 validieren und/oder zertifizieren lassen, stellen sich diesen Anforderungen auch über den gesetzlichen Rahmen hinaus und verpflichten sich zur Implementierung eines Umweltmanagementsystems.



Ziel der EMAS-Verordnung ist es, die von Unternehmen und Dienstleistungseinrichtungen ausgehenden Umweltbelastungen zu reduzieren bei gleichzeitiger Minderung der Betriebskosten. Dazu soll der betriebliche Umweltschutz systematisch und kontinuierlich verbessert werden, wobei die Mitarbeiter frühzeitig in ein aufzubauendes Umweltmanagementsystem zu integrieren sind. Darüber hinaus wird eine effiziente Kontrolle der Umweltvorschriften sowie eine bessere Information der Öffentlichkeit über die Aktivitäten zum Umweltschutz angestrebt.

	EMAS	QuB	Umweltpakt Bayern
Deutschland	1.353	465	-
Bayern	276	392	5.505 (+9 außerhalb Bayerns)
Oberfranken	11	110	646
Bamberg	2 (+1 im Lkr.)	6	45 (+94 im Lkr.)
Bayreuth	1	9	44 (+68 im Lkr.)
Kulmbach	4	-	25 (+21 im Lkr.)
Hof	-	-	20 (+45 im Lkr.)
Coburg	-	8	22 (+82 im Lkr.)

**Tab. 7:**  
Nach EMAS und QuB zertifizierte Unternehmen sowie Teilnehmer am Umweltpakt Bayern

(Daten: [emas-register.de](http://emas-register.de), [qub-info.de](http://qub-info.de), Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, Stand: Januar 2010)

## 3.2.1 Betrieblicher Umweltschutz

### ■ Status

Betriebliches Umweltmanagement ist in Deutschland auf dem Vormarsch. Fast 10.000 Unternehmen und Organisationen haben sich für die Einführung eines der 16 Umweltmanagement-Ansätze entschieden. Allein in Bayern und Nordrhein-Westfalen sind über zwei Drittel aller Unternehmen angesiedelt, die an Umweltmanagementansätzen in der Bundesrepublik partizipieren (BMU 2005). Rund 4.877 Betriebe und Einrichtungen sind z. B. nach DIN ISO 14001 zertifiziert (Stand: Dezember 2007) (BMU 2009). **Tabelle 7** gibt auf Bundes-, Landes-, Regierungsbezirks- und Städteebene einen Überblick über die aktuelle Anzahl der Unternehmen, die nach EMAS und QuB zertifiziert sind, sowie über die Teilnehmer am Umweltpakt Bayern.

Beim „Qualitätsverbund umweltbewusster Betriebe – QuB“ handelt es sich um ein integriertes Zertifizierungssystem bzw. Modul für kleine Unternehmen aus Handwerk, Industrie und Handel, welches grundlegende und branchenbezogene inhaltliche Anforderungen an ein Qualitäts- und Umweltmanagementsystem umfasst. Dieses System stellt jedoch reduzierte Anforderungen, die auf die Betriebsgröße abgestimmt sind. Er ersetzt demzufolge nicht die Zertifizierung gemäß den Normen DIN EN ISO 9001, DIN EN ISO 14001 oder EMAS (Daten: [qub-info.de](http://qub-info.de)).

Der Umweltpakt Bayern ist eine Vereinbarung zwischen der Bayerischen Staatsregierung und der Bayerischen Wirtschaft. Im Vordergrund des auf Freiwilligkeit, Eigenverantwortung und Kooperation beruhenden Umweltpakt Bayern steht die vorausschauende Vermeidung künftiger Umweltbelastungen, die Verbesserung der Kommunikation zwischen Wirtschaft und Verwaltung sowie die Entlastung der Betriebe von zu viel Bürokratie. Mit aktuell rund 5.514 Teilnehmern ist der Umweltpakt Bayern der größte Zusammenschluss umweltorientierter Unternehmen in Deutschland (Daten: Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit).

### ■ Betrieblicher Umweltschutz in Bamberg

In Bamberg sind 51 Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 20 Mitarbeitern angesiedelt (Bayreuth: 46, Hof: 37, Coburg: 38) sowie 628 handwerkliche Betriebe. Die Zahl der Be-

triebe insgesamt beläuft sich gemäß Zahlenspiegel 2009 auf 767, von denen 53 an den Umweltmanagementsystemen QuB, EMAS und/oder dem Umweltpakt Bayern partizipieren. Mit Abzug von vier Betrieben, die mehr als ein Qualitätsmanagementzertifikat besitzen, entspricht dies einem Anteil von knapp 7 % an der Gesamtzahl. Die Anzahl der Betriebe in Bamberg mit DIN EN ISO-Zertifizierung ist schwierig zu beziffern, ansonsten läge der prozentuale Anteil etwas höher.

### Seniorenheime Antonistift und Bürgerspital der Sozialstiftung Bamberg

Hier wird betrieblicher Umweltschutz von den Mitarbeitern über die Heimleitung bis hin zu den Bewohnern umgesetzt. Im Zuge dessen wurden neun Umweltleitlinien herausgearbeitet, die in der Umwelterklärung 2006 der Sozialstiftung Bamberg verankert sind. Für die Umsetzung der Leitlinien und der Aufrechterhaltung des Umweltmanagementsystems ist ein Umweltbeauftragter zuständig. Als Schnittstelle zwischen Arbeitssicherheit und Umweltmanagement fungiert der Arbeitskreis Umwelt und Sicherheit (AKUS) mit mindestens sieben Mitgliedern. Die Umweltauswirkungen, die von den Seniorenheimen Antonistift und Bürgerspital ausgehen, wie der Verbrauch von Energie oder Wasser, werden regelmäßig überprüft. Seit der Einführung des Umweltmanagementsystems im Jahre 1998 wurden vielfältige Erfolge erreicht. Langfristiges Ziel ist die Implementierung eines integrierten Managementsystems (Qualitäts-, Umwelt-, Risikomanagement).



### Umweltschule Dientzenhofer-Gymnasium

Vorreiter in Sachen schulischer Umweltschutz ist in Bamberg das Dientzenhofer-Gymnasium (DG). Die Schule hat sich im Schuljahr 1999/2000 freiwillig und in Eigenverantwortung den Anforderungen eines EG-Öko-Audit-Verfahrens gestellt mit dem Ziel einer kontinuierlichen Verbesserung des Umweltschutzes an der Schule. Wichtige Voraussetzungen für das wirkungsvolle Umweltmanagement am DG ist dabei eine möglichst transparente Kooperation zwischen der Schule und den zuständigen Ämtern und Einrichtungen der Stadt Bamberg. Aber schon in den Jahren zuvor



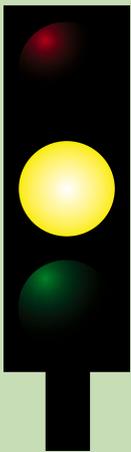
*„Der Anteil der Betriebe mit einem zertifizierten Umweltmanagementsystem soll gesteigert werden. Hierzu ist eine Intensivierung des Beratungsangebotes geplant.“*



### 3.2.1 Betrieblicher Umweltschutz / 3.2.2 Existenzgründungen

war das DG an diversen Umweltprojekten beteiligt. So belegte es den ersten Platz bei dem 1996 ausgeschriebenem Wettbewerb „Schulen aktiv im Umweltschutz“, an dem 20 Bamberger Schulen teilgenommen haben. Im Jahr darauf wurde eine erste Umweltprüfung durchgeführt und das Pilotprojekt „Schülerinnen und Schüler managen ihre Umwelt“ ins Leben gerufen, welches mit dem 7. Bamberger Naturschutzpreis ausgezeichnet wurde. Weitere Umweltprojekte und Auszeichnungen folgten bis heute. Seit der Validierung nach der Öko-Audit-Verordnung 2001 konnte u. a. der Energie- und Stromverbrauch sukzessive reduziert sowie signifikante Verbesserungen bei der Mülltrennung erzielt werden. Seit 2003 wird dem Dientzenhofer-Gymnasium jedes Jahr konstant das Prädikat „Umweltschule in Europa“ verliehen, so auch 2009. Im selben Jahr schaffte es das DG bei dem bundesweiten Wettbewerb „Energiesparmeister 2009 - Das beste Schulprojekt“ immerhin unter die zehn Finalisten und belegte einen ausgezeichneten dritten Platz.

#### – Einschätzung des Handlungsbedarfs



##### **Kommentar:**

Es wäre wünschenswert, das Beratungsangebot für Firmen zu intensivieren und Betrieben deutlich zu machen, dass Umweltschutz letzten Endes Kosten spart und zu einer langfristigen Existenzsicherung führt. Gegebenenfalls sollten weitere Informationsveranstaltungen in Verbindung mit IHK, Wirtschaftsamt und Umweltamt organisiert und Anreize für Betriebe geschaffen werden, sich an solchen Umweltmanagementsystemen zu beteiligen.

#### – Zielwerte auf kommunaler Ebene

Eine weitere Steigerung der Anzahl der Unternehmen, die an Umweltmanagementansätzen partizipieren.

#### – Zieldiskussion

Das Hauptziel muss sein, noch mehr Unternehmen für die Durchführung von Umweltmanagementsystemen zu sensibilisieren. Der Aufbau eines Umweltmanagements besonders nach EMAS kann für gewerbliche Unternehmen und Dienstleistungseinrichtungen ein erster Schritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen Unternehmenspolitik sein. Nachhaltigkeit umfasst jedoch mehr als nur ökologische Verbesserungen. Eine nachhaltige Unternehmenspolitik müsste sich demnach auch auf die Sicherung und Erhaltung der Arbeitsplätze und auf die Ausbildung kommender Generationen positiv auswirken.

### 3.2.2 Existenzgründungen

#### – Einführung

Innovative Jungunternehmer prägen die Wirtschaft von morgen und tragen zur Vielfalt der lokalen Wirtschaftsregion und zur Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels bei. Darüber hinaus werden junge Unternehmen gebraucht, um neue zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Eine ausgeprägte Gründerkultur ist ein entscheidender Baustein zur Revitalisierung des Unternehmertums als Kernbestandteil der Sozialen Marktwirtschaft. Die Förderung von Existenzgründungen ist deshalb ein zentrales und unverzichtbares Element der Wirtschaftspolitik. Allerdings ist nur ein geringer Bruchteil der Gründungen innovativ, auch werden viele Gewerbe aus der Arbeitslosigkeit heraus gegründet. Für die Wirtschaft von höherer Bedeutung sind lediglich Existenzgründungen von größeren Unternehmen.

#### – Status

Im Jahr 2009 wurden nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 864.400 Gewerbe angemeldet, davon rund 154.000 Betriebsgründungen, deren Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lassen

„Ideen geben Zukunft“ - Das IGZ, eine gemeinsame Einrichtung von Stadt und Landkreis Bamberg, dient der Förderung von Existenzgründungen im Wirtschaftsraum Bamberg.

### 3.2.2 Existenzgründungen

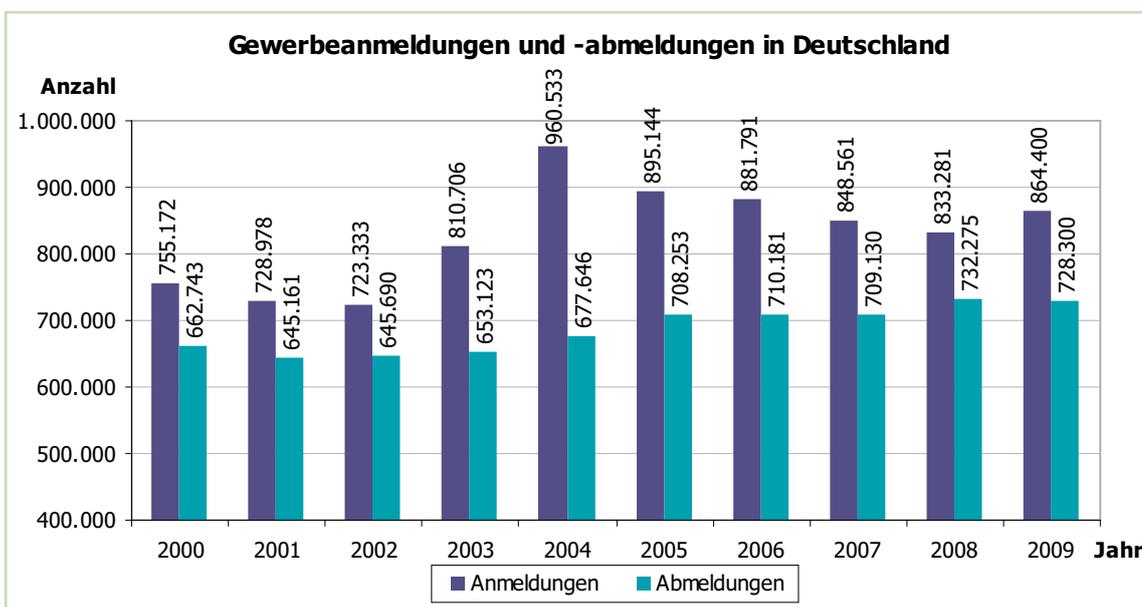


Abb. 29: Gewerbeanmeldungen und Gewerbeabmeldungen in Deutschland; Zahlen beinhalten Betriebe mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung, Kleinunternehmen und Nebenerwerbsbetriebe

(Daten: Statistisches Jahrbuch 2009, S. 498; Destatis 2010).

(17,8 % Anteil an den gesamten Anmeldungen). Demgegenüber standen 728.300 Gewerbeabmeldungen und darunter etwa 129.000 Aufgaben größerer Betriebe (17,7 % Anteil an der Gesamtzahl der Abmeldungen). Dabei handelt es sich nicht nur um Schließungen, sondern auch um Betriebsübergaben, Umwandlungen und Fortzüge. Der Trend in den Jahren 2004 bis 2008 hin zu immer weniger Anzeigen eines selbstständigen Gewerbes kann für das Jahr 2009 nicht festgestellt werden, allerdings gibt es nach wie vor überdurchschnittlich viele Abmeldungen.

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch auf Landesebene. Im Jahr 2009 war die Anzahl der Gewerbeanmeldungen in Bayern auf einem neuen Höchststand der letzten fünf Jahre, allerdings gab es so viele Aufgaben wie im gesamten betrachteten Zeitraum nicht. In Oberfranken waren 2009 wieder mehr Gewerbeanzeigen zu verzeichnen als im Vorjahr, die Aufgaben belaufen sich entgegen des gesamt-bayerischen Trends auf einem niedrigeren Stand im Kontext der letzten Jahre (Abb. 30).

#### Existenzgründung in Bamberg

##### IGZ Bamberg

##### – Zentrum für Innovationen und neue Unternehmen

Für Existenzgründer im Raum Bamberg ist das Innovations- und Gründerzentrum erste Anlaufstelle. Die drei Buchstaben IGZ stehen für „Ideen geben Zukunft“. Die IGZ Bamberg GmbH ist eine gemeinschaftliche Einrichtung der Stadt und des Landkreises Bamberg zur Förderung von Existenzgründungen im Wirtschaftsraum Bamberg. Des Weiteren soll das IGZ Impulse zur Diversifikation der vorhandenen Wirtschaftsstruktur geben sowie den Technologie- und Wissenstransfer zwischen den Hochschulen und Unternehmen der Region fördern.

Mit dem umfassenden Dienstleistungsangebot möchte das IGZ kreativen Köpfen bei der Gründung eines Unternehmens helfen



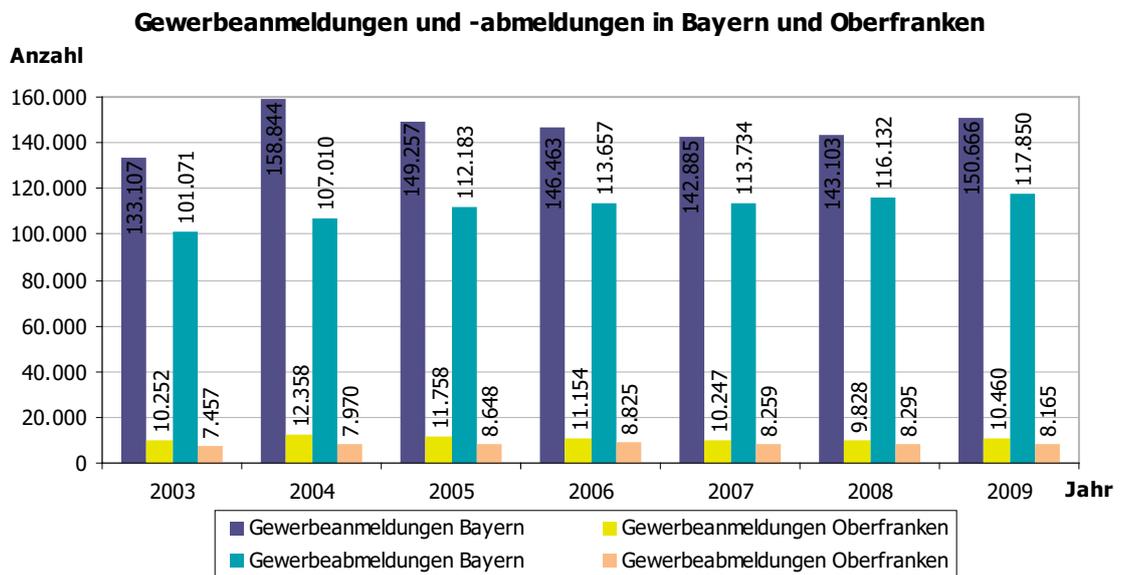
ZENTRUM FÜR INNOVATION UND NEUE UNTERNEHMEN

„2009 wurde die höchste Zahl von Gewerbeanmeldungen in Bamberg seit 2006 verzeichnet, weit mehr als in jeder anderen oberfränkischen Stadt“

### 3.2.2 Existenzgründungen

**Abb. 30:**  
Gewerbeanmeldungen und Gewerbeabmeldungen in Bayern und Oberfranken

(Daten: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung nach Angaben der Gewerbeämter in Bayern)

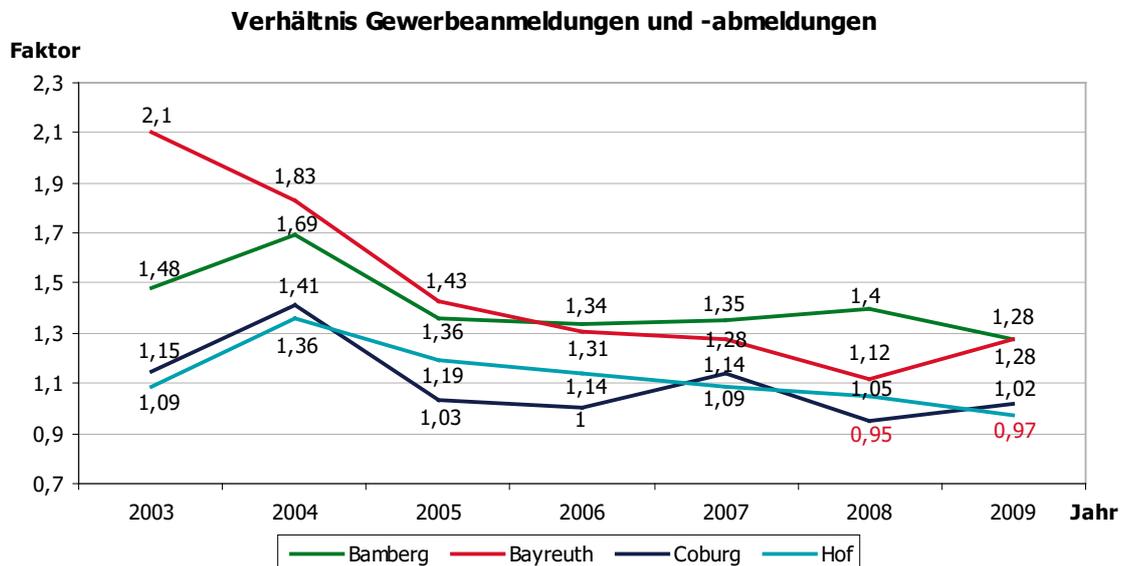


und neue Unternehmen bei einer nachhaltigen Entwicklung unterstützen. Dabei werden insbesondere Innovationen gefördert, die gute Chancen haben, als neues Produkt oder neue Dienstleistung auf dem Markt erfolgreich zu sein. Das IGZ ist Sitz

des IT-Clusters Oberfranken e.V., das sich für die Interessen der oberfränkischen IT-Wirtschaft einsetzt und bereits namhafte regionale IT-Firmen zu seinen Mitgliedern zählt. Aktuell sind rund 30 Unternehmen im IGZ ansässig.

**Abb. 31:**  
Verhältnis Gewerbeabmeldungen und -anmeldungen in BA, BT, CO und HO

(nach Daten des Bayerischen Landesamtes für Statistik, Gewerbeanzeigenstatistik)



## 3.2.2 Existenzgründungen

Mehr als 20 wurden bereits erfolgreich ausgegründet, was den Erfolg dieser Initiative belegt.

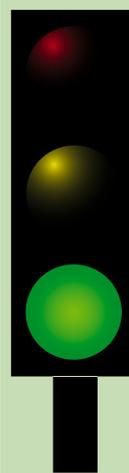
### Beratertage für Existenzgründer

Für Existenzgründer finden im IGZ zusammen mit den AKTIVSENIOREN BAYERN e.V. regelmäßig Beratertage statt. Dies stellt eine Besonderheit dar, da hier unterschiedliche beratende Institutionen an einem Strang ziehen. *Abb. 31* stellt das Verhältnis der Gewerbeanmeldungen zu den –abmeldungen zwischen 2003 und 2009 in Bamberg und den anderen oberfränkischen Mittelstädten dar. Dabei wurde auf Grundlage der absoluten Zahlen jeweils ein Faktor errechnet, welcher Aussagen über die Entwicklung dieses Verhältnisses treffen soll.

Ist der Faktor  $> 1$ , so ist das Ergebnis positiv zu bewerten. Bei einem Faktor  $< 1$  überwiegen die Abmeldungen.

Nach Angaben des Bayerischen Landesamtes für Statistik gab es in Bamberg im Jahr 2009 967 Gewerbeanmeldungen (BT: 772, CO: 367, HO: 438) – so viele wie seit 2006 nicht mehr. Demgegenüber stehen jedoch auch 753 Abmeldungen (BT: 601, CO: 361, HO: 452). In Coburg waren im Jahr 2008 erstmals mehr Abmeldungen als Anmeldungen zu verzeichnen (Faktor 0,95), ein Jahr später auch in Hof bei einem Faktor von 0,97. Die vielen Risiken, die mit einer Existenzgründung verbunden sind, werden in wirtschaftlichen Krisenzeiten offensichtlich weniger in Kauf genommen.

### – Einschätzung des Handlungsbedarfs



#### Kommentar:

Die Bezeichnung „Gewerbeanmeldung“ kann irreführend sein, da prinzipiell jeder ein Gewerbe anmelden kann und ein Gewerbeschein z. B. auch nur für einen Nebenjob ausgestellt wird. Von Bedeutung für die Wirtschaftsförderung sind allerdings nur Gründungen und Ansiedlungen größerer Unternehmen, die Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze in der Region schaffen. Solange das IGZ in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung Bamberg genügend Existenzgründern beratend zur Seite stehen kann, wie es seit der Gründung des IGZ bis heute der Fall ist, besteht kein Handlungsbedarf.

### – Zielwerte auf kommunaler Ebene

keine Angabe

### – Zieldiskussion

Gründungen sind für die Wirtschaft von zentraler Bedeutung: sie schaffen Wachstum und Beschäftigung und stehen zudem für Kreativität und unternehmerische Freiheit. Auch wenn speziell in Bamberg kein hoher Handlungsbedarf festzustellen ist, da sich die Initiativen und Angebote zur Förderung und Beratung von Existenzgründern in der Region bisher bewährt haben, so ist es generell wichtig, günstige Rahmenbedingungen für Existenzgründer zu schaffen. Eine zielgerechtere Unterstützung aus Politik und Wirtschaft, verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten und erweiterte Informationsangebote könnten die Gründungsdynamik steigern.

„In den letzten 10 Jahren sank die Pro-Kopf-Verschuldung in der Stadt Bamberg von 1287 auf 405 €“



### 3.2.3 Kommunal Haushalt

#### ■ Einführung

Die Verschuldung einer Kommune ist für die nachhaltige Entwicklung von hoher Bedeutung. Hohe Schulden und damit hohe Tilgungs- und Zinsleistungen belasten den kommunalen Haushalt und verringern die Möglichkeiten, finanzielle Mittel für wichtige und zukunftsweisende Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Dennoch kann es sinnvoll und notwendig sein, Kredite und Darlehen aufzunehmen, insbesondere für größere arbeitsmarkt- und umweltwirksame Investitionen oder bei niedrigen Zinsen. Die kommunalen Schulden werden künftige Generationen belasten. Bei einer steigenden Schuldenbelastung der Einwohner kann dies letztlich dazu führen, dass die Kommunen als Folge der wachsenden Zinszahlungen weniger Handlungsspielräume haben.

#### ■ Status

In Deutschland lag die Pro-Kopf-Verschuldung im Juni 2010 bei 21.055 Euro, in Bayern bei 2.606 Euro. Für die Stadt Bamberg ergeben sich folgende Jahreswerte im Vergleich zu den bayerischen kreisfreien Städten:

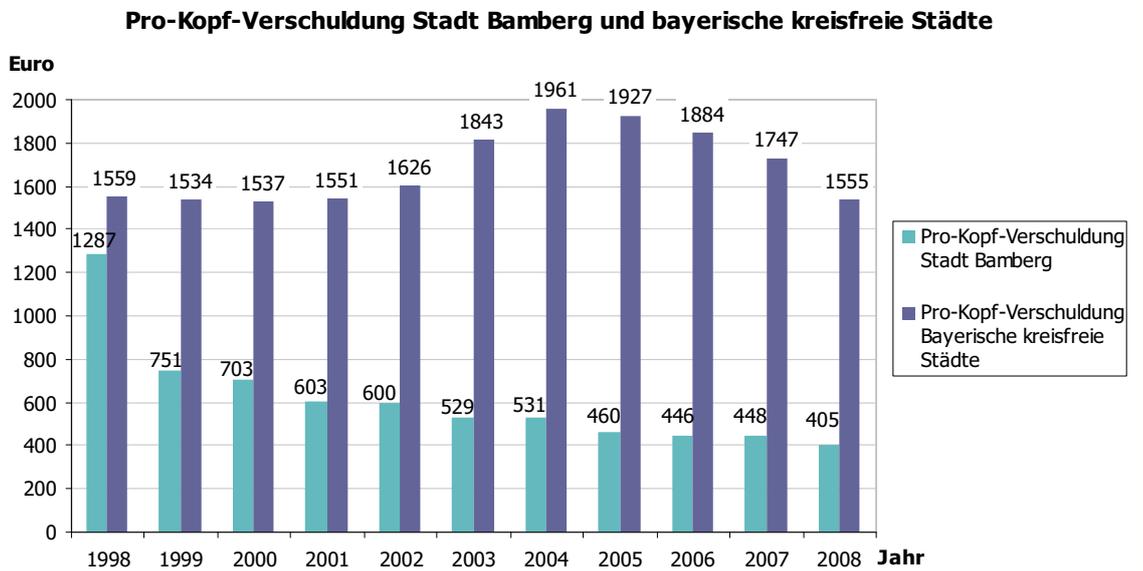
In den letzten zehn Jahren sank die Pro-Kopf-Verschuldung in der Stadt Bamberg von 1.287 auf 405 Euro. Dagegen stieg diese in den bayerischen kreisfreien Städten zwischen den Jahren 2002 und 2005 an, wobei 2005 ein Höchststand von 1.927 Euro Pro-Kopf-Verschuldung erreicht wurde. Dementsprechend ist bei der Entwicklung der Schulden der Stadt Bamberg ein deutlich positiver Trend zu erkennen, der nochmals separat in **Abb. 33** aufgezeigt wird.

#### ■ Haushalt der Stadt Bamberg für das Jahr 2009

Der Haushalt einer Kommune setzt sich aus zwei Einzelhaushalten zusammen – dem Verwaltungshaushalt und dem Vermögenshaushalt. Der Verwaltungshaushalt fasst die laufenden, also regelmäßig wiederkehrenden Ausgaben und Einnahmen zusammen. Hierzu zählen beispielsweise die Personal- und Sachkosten, der laufende Betrieb von Einrichtungen, die laufenden Kosten für Schulen, Zuschüsse oder auch soziale Unterstützungen. Der Verwaltungshaushalt der Stadt Bamberg umfasste im Jahr 2009 157,9 Mio. € (2010: 161,8 Mio. €). Im Vermögenshaushalt finden sich die Ausgaben (und deren Finanzierung) wieder, durch die ein längerfristig oder gar dauerhaft

**Abb. 32:**  
Pro-Kopf-Verschuldung Stadt Bamberg und bayerische kreisfreie Städte

(Daten: Bamberger Zahlen 2008, S. 100)



„Der Haushaltsplan der Stadt Bamberg hatte 2009 ein Volumen von ca. 190 Mio €. Der Schuldenstand konnte seit 2000 um mehr als 20 Mio € verringert werden.“

### 3.2.3 Kommunaler Haushalt

nutzbares Vermögen geschaffen wird. Typische Beispiele sind der Bau von Straßen und – in Bamberg ganz besonders aktuell – Brücken, aber auch der Erwerb von Grundstücken. Der Vermögenshaushalt der Stadt Bamberg 2009 umfasst 32,0 Mio. €, wovon der Haushalt rund 28 Mio. € (2008: 37,4 Mio. €, 2007: 23 Mio. €) zur Verfügung stellt, davon 18,4 Mio. € für Baumaßnahmen.

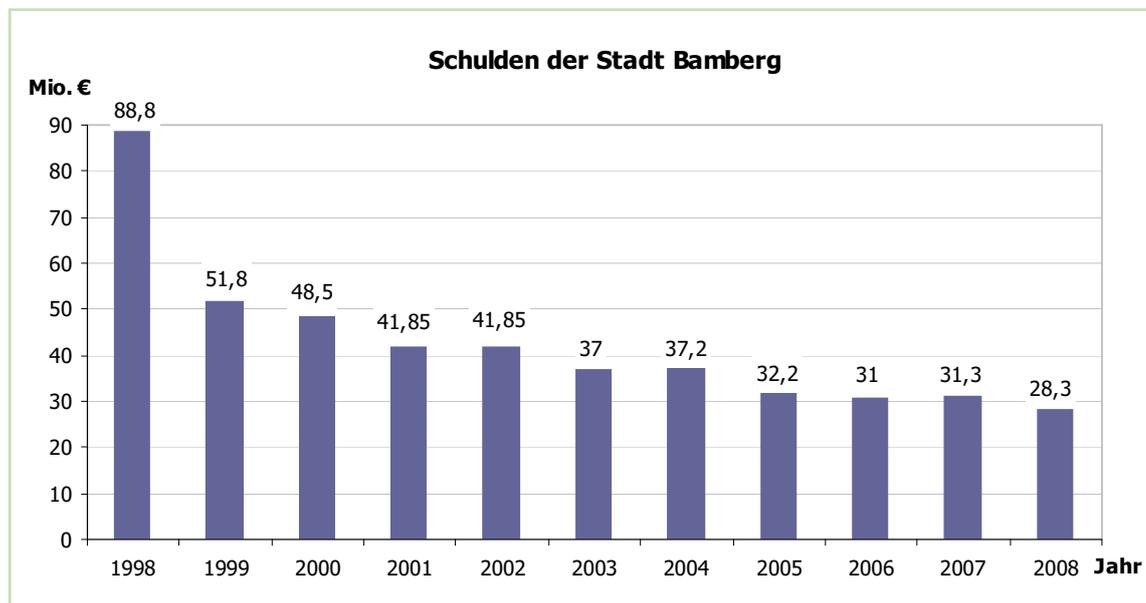
Insgesamt bewegt sich der Haushaltsplan der Stadt Bamberg für das Jahr 2009 bei 190 Mio. €. Seit Jahren nimmt die Stadt nur höchstens soviel neue Schulden auf, wie sie bestehende Kredite tilgen kann. So konnte der Schuldenstand laut Kämmereiamt seit 2001 um mehr als 8 Mio. €<sup>12</sup> gesenkt werden. Folgende Grafik gibt Aufschluss über die Entwicklung der Schulden der Stadt von 1998 bis 2008.

Im Vergleich mit anderen oberfränkischen Städten steht Bam-

<sup>12</sup> Die Bamberger Kommunalstatistik bezieht sich auf die Zahlen des tatsächlichen Schuldenbestands, bei welchem die Haushaltsreste (Haushaltseinnahmen und –ausgaben) nicht mit einberechnet werden. Daher ist seitens des Finanzreferates von einer Tilgung von 8 Mio. € Schulden zwischen 2001 und 2008 die Rede (hier der mögliche Schuldenbestand) und in der Kommunalstatistik von einer weitaus höheren Tilgung (-13 Mio. €).

berg hinsichtlich der kommunalen Verschuldung recht gut da. In Bayreuth z. B. lag die Nettoneuverschuldung Anfang des Jahres 2009 bei knapp 2,4 Mio. €. Die Stadt Hof darf keine Schulden mehr aufnehmen. Auf Landesebene werden allerdings durchaus Schulden in Kauf genommen, wenn dies der Konjunkturbelebung dient.

Eine wichtige Einnahmequelle für eine Kommune sind Steuern. Dargestellt in **Abb. 34** sind die wichtigsten kassenmäßigen Ist-Einnahmen an Gemeindesteuern der Stadt Bamberg.



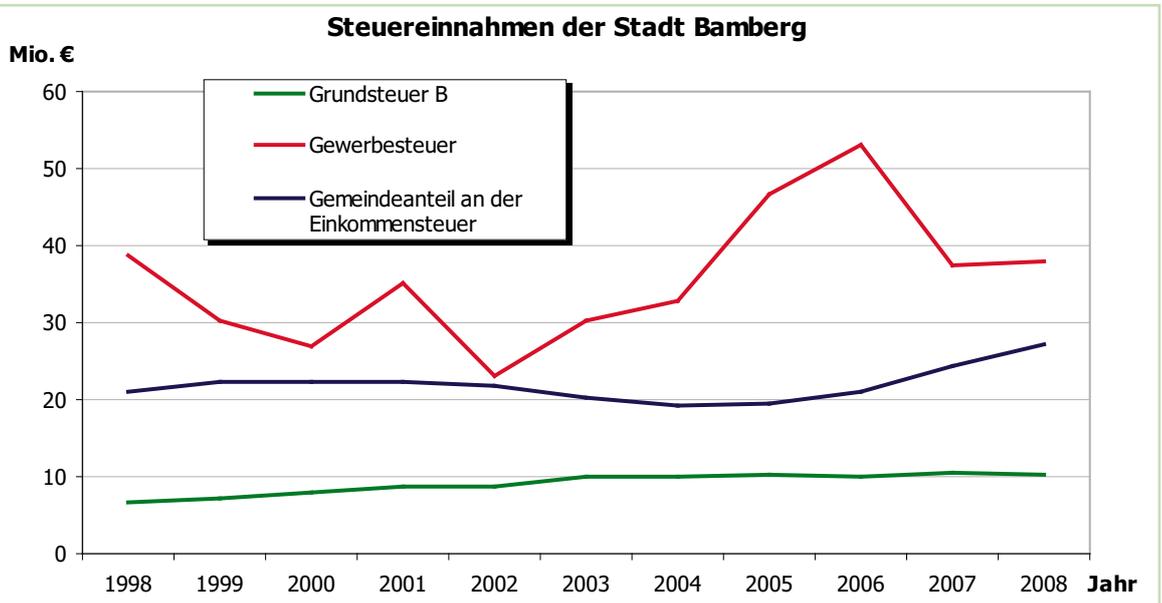
**Abb. 33:** Schulden der Stadt Bamberg in Mio. €

(Daten: Bamberger Zahlen 2008, S. 100)

„Die Aufnahme neuer Schulden zu Lasten kommender Generationen soll vermieden werden“

### 3.2.3 Kommunaler Haushalt

**Abb. 34:** Steuereinnahmen der Stadt Bamberg – ausgewählte Beispiele (Daten: Bamberger Zahlen 2008, S. 100)



**■ Einschätzung des Handlungsbedarfs**



**Kommentar:**

Es wird immer daran gearbeitet, möglichst keine neuen Schulden zu machen, und demnach besteht in dieser Hinsicht fortwährend ein hoher Handlungsbedarf. Für einen ausgewogenen kommunalen Finanzhaushalt ist es essenziell, eine über die Jahre hinweg gleichmäßige Belastung anzustreben. Die bestehenden Schulden der Stadt von knapp 30 Mio. € werden mittelfristig über die Verwendung der Darlehensrückflüsse aus dem Trägerdarlehen des Entsorgungs- und Baubetriebs der Stadt Bamberg (EBB), welcher seit dem Jahr 1999 als Eigenbetrieb geführt wird, abgebaut. Die Tilgung des Trägerdarlehens durch den EBB erfolgt jeweils in Höhe der von der Stadt Bamberg möglichen Tilgung von zu prolongierenden Darlehen. Gegenwärtig ist der Bamberger Haushalt mit etwa 2,9 Mio. € Zinszahlungen belastet. Diese zu reduzieren, würde einiges an zusätzlichen Mitteln für wichtige Zukunftsinvestitionen in Bildung, Familie, Umwelt und Verkehr bedeuten.

**■ Zielwerte auf kommunaler Ebene**

Bis zum Jahr 2025 soll das Trägerdarlehen abbezahlt sein. Eine komplette Entschuldung der Stadt wird allerdings nicht angestrebt, da sonst staatliche Zuschüsse wegfallen würden.

**■ Zieldiskussion**

Langfristige Schuldentilgungen belasten künftige Generationen. Um dieser Problematik entgegenzuwirken und vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeit, ist es vor allen Dingen nötig, dass die Stadt keine Nettoneuverschuldungen macht. Darüber hinaus ist die Verkürzung der Darlehensstruktur als eine wichtige Maßnahme zu nennen sowie die bereits laufende Trägerdarlehenstilgung (siehe „Einschätzung des Handlungsbedarfs“).



### 3.2.4 Öko-Landwirtschaft

#### – Einführung

Die Förderung regionaler Produkte ist in vielen lokalen Agenda-Prozessen ein wichtiges Themenfeld. Neben Werbeaktionen werden vielerorts auch Wochen- und Bauernmärkte im Rahmen der Lokalen Agenda 21 initiiert. In Bamberg wird mit der Kampagne „Region Bamberg – weil’s mich überzeugt“ die regionale Vermarktung und ökologisch orientierte Produktionsweise gefördert. Der Bereich „regionale landwirtschaftliche Produkte“ eignet sich auch deshalb als Gegenstand von Agenda-Projekten, weil hier unterschiedliche Aspekte nachhaltiger Entwicklung einer breiteren Öffentlichkeit vermittelt werden können. Der ökologische Landbau ist eine besonders ressourcenschonende und umweltverträgliche Wirtschaftsform, die sich am Prinzip der Nachhaltigkeit orientiert. Er schützt daher das Grundwasser und erhöht zudem die Artenvielfalt in der Natur.

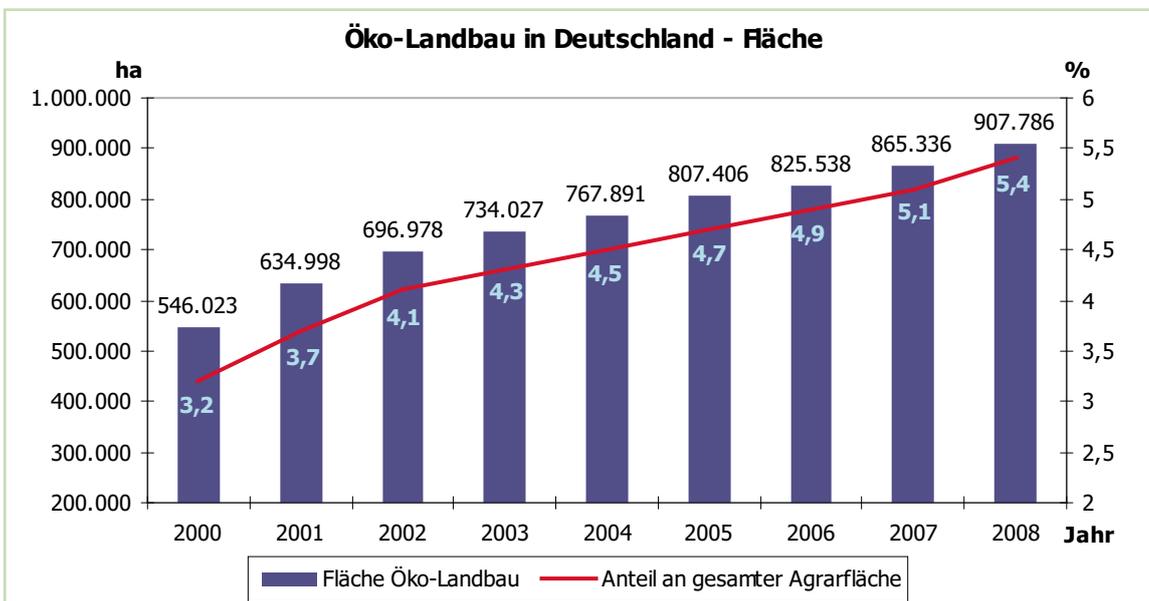
#### – Status

Nach Angaben des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) wirtschafteten zum 31.12.2008 19.813 landwirtschaftliche Betriebe auf

907.786 ha Fläche ökologisch nach den Bestimmungen der EG-Rechtsvorschriften für den ökologischen Landbau. Das sind 5,3% der Betriebe auf etwa 5,4% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. In **Abb. 35** ist die Entwicklung der letzten Jahre hinsichtlich der Flächen mit Öko-Landbau sowie der Anzahl der Agrarbetriebe in Deutschland grafisch dargestellt.

Der Anteil der Ökolandbau betreibenden Betriebe an der Gesamtzahl der Agrarbetriebe nahm seit dem Jahr 2000 um 2,5 % zu, die ökologisch bewirtschaftete Fläche im betrachteten Zeitraum um knapp 350.000 ha.

In Bayern ist eine ähnliche Entwicklung zu verzeichnen. Im Jahr 2008 betrug hier die landwirtschaftlich genutzte Fläche 3.220.945 ha, davon wurden 169.119 ha ökologisch bewirtschaftet (5,3 % Anteil). Von den 121.400 landwirtschaftlichen Betrieben wirtschafteten 5.632 ökologisch (4,6 % Anteil). In Oberfranken gibt es rund 11.000 landwirtschaftliche Betriebe, davon an die 400 Betriebe mit Öko-Landbau.



**Abb. 35:** Entwicklung der ökologisch bewirtschafteten Fläche in Deutschland und deren Anteil an der gesamten Agrarfläche

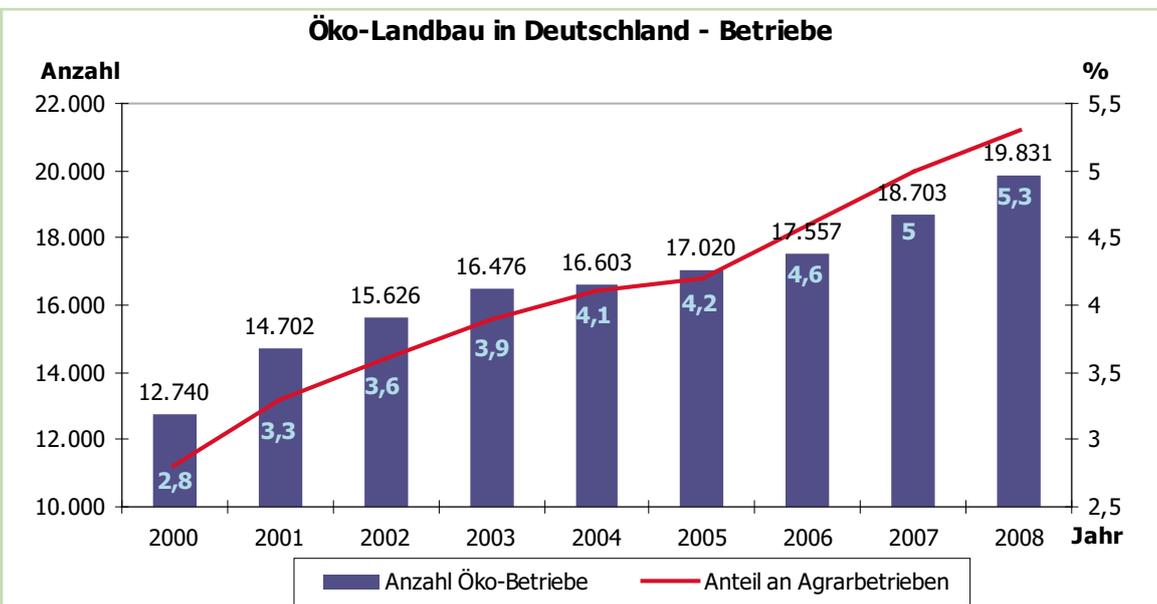
(Daten: BMELV 2009)

„Von den ca. noch 30 wirtschaftenden Gärtnerbetrieben im Stadtgebiet wird nur ein Betrieb ökologisch bewirtschaftet“

### 3.2.4 Öko-Landwirtschaft

**Abb. 36:** Entwicklung der ökologisch wirtschaftenden Betriebe in Deutschland und deren Anteil an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe

(Daten: BMELV 2009)



#### ■ (Öko-)Landwirtschaft in Stadt und Landkreis Bamberg

Die landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzte Fläche beträgt in Bamberg laut Kommunalstatistik „Bamberger Zahlen“ 661 ha (12,1 % der Stadtfläche), wovon auf nur 6.000 m<sup>2</sup> Fläche Öko-Landbau betrieben wird. Auf dem Stand von 2005 (Zahlen-spiegel der Stadt Bamberg 2009) gibt es im Stadtgebiet noch 78 landwirtschaftliche Betriebe. Die Zahl der Gärtner nimmt leider kontinuierlich ab. Heute gibt es nur noch rund 30 Gärtnerbetrie-be, die den Strukturwandel im Gartenbau überlebt haben.

#### Ökologisch wirtschaftende Betriebe

Im Stadtgebiet von Bamberg wirtschaftet derzeit (abgesehen von der staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt an der Galgenfuhr) nur ein Betrieb ökologisch (Naturland) – ein Gartenbaubetrieb mit Sonderkulturen, eigener Verarbeitung und Direktvermark-tung. Auf einer Fläche von ca. 6.000 m<sup>2</sup> werden dort über 150 verschiedene Küchenkräuter, Teekräuter, Duftpflanzen und Aromapflanzen organisch biologisch angebaut. Landwirtschaftliche, im Umland ansässige Öko-Betriebe, die ihre Anbauflächen im Stadtgebiet haben, sind nicht bekannt.

Wie sich die Anzahl der ökologisch-wirtschaftenden Betriebe

mit Ökosiegel im Landkreis Bamberg entwickelt hat, kann Abb. 37 entnommen werden. Während die Zahl der konventionellen Betriebe seit Jahrzehnten im Sinken ist, nahmen die Ökobetriebe langsam aber stetig zu. Von den 382 Betrieben in Oberfranken, die im Jahre 2006 nach dem Prinzip des ökologischen Landbaus wirtschafteten, befanden sich allein 65 im Landkreis Bamberg. Im Jahr 2008 bauten im Bamberger Umland allerdings nur noch 58 landwirtschaftliche Betriebe ökologisch an.

#### Ökologisch bewirtschaftete Fläche<sup>13</sup>

In Stadt und Landkreis Bamberg belief sich die ökologisch bewirtschaftete im Jahre 2009 etwa auf der Größe der Vorjahre, wobei im Vergleich zu 2006 fast 100 ha Öko-Fläche (im Lkr.) eingebüßt wurden.

<sup>13</sup> Bei der ökologisch-bewirtschafteten landwirtschaftlich genutzten Fläche wird die ökologisch bewirtschaftete Fläche erfasst, die einer Kontrolle zum ökologischen Landbau unterliegt. Die Summe dieser Flächen ist als Anteil an der Landwirtschaftsfläche insgesamt auszuweisen.

„Im Landkreis Bamberg ist die Anzahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe seit 2006 entgegen dem bundesweiten Trend um ca. 10% gesunken.“

### 3.2.4 Öko-Landwirtschaft

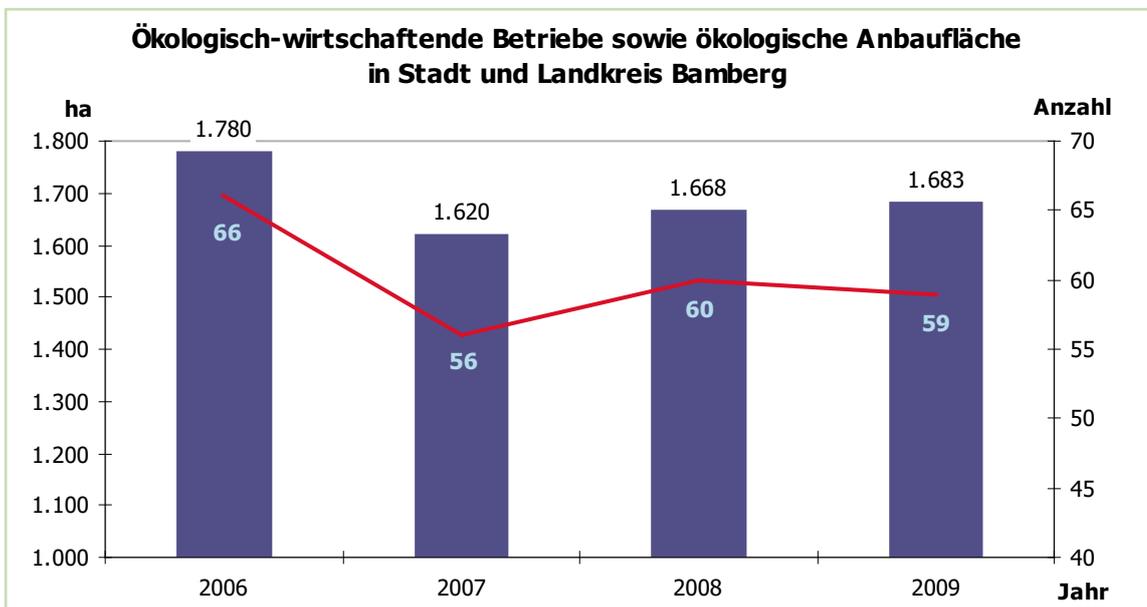


Abb. 37: Betriebe mit Öko-Landbau sowie ökologisch bewirtschaftete landwirtschaftlich genutzte Fläche in Stadt und Landkreis Bamberg

(Daten: Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bamberg)

#### ■ Kampagne „Region Bamberg – weil’s mich überzeugt“



Lebensmittel aus der Heimat sind nicht nur eine Bereicherung für jeden Speiseplan, sie helfen gleichzeitig mit, regionale Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, im mittelständischen Handwerk und im Dienstleistungsbereich zu sichern und unsere attraktive Natur- und Kulturlandschaft sowie die natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen zu erhalten und zu verbessern.

Je öfter heimische Erzeugnisse gekauft werden, desto mehr Wertschöpfung bleibt in der Region und desto mehr werden die regionalen Wirtschaftskreisläufe gestärkt. Zudem wird die Umwelt durch kurze Transportwege und kontrollierte Produktionsweise geschont. Das regionale Gütesiegel „Re-

gion Bamberg – weil’s mich überzeugt“ kennzeichnet Produkte, die in der Region Bamberg<sup>14</sup> erzeugt und verarbeitet wurden. Umgesetzt und bekannt gemacht wird die Regionalkampagne u. a. im Rahmen von diversen Veranstaltungen, Plakataktionen, Kooperationen (Gärtner, Imker, Hotel- und Gaststättenverband, Bamberger Bauernmarkt etc.), Kindergarten- und Schulkaktionen sowie der Zusammenarbeit mit der Europäischen Metropolregion Nürnberg (EMN).

<sup>14</sup> Die Region Bamberg definiert sich hier wie folgt: Stadt und Landkreis Bamberg sowie die angrenzenden Gebiete der Naturräume Steigerwald, Haßberge, Itz-Baunach-Hügelland, Mittelfränkisches Becken und Fränkische Schweiz.

Seit 2004 engagieren sich der Landkreis und die Stadt Bamberg in der Regionalkampagne „Region Bamberg - weil 's mich überzeugt“

### 3.2.4 Öko-Landwirtschaft

Das Gütesiegel „Region Bamberg – weil’s mich überzeugt“ steht für...

- Produktion und/oder Verarbeitung sowie Vermarktung in der Region,
- eine Produktionsweise, die zur Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlage von Mensch und Natur beiträgt,
- die Erzeugung und/oder Verarbeitung in Landwirtschaft und mittelständischem Handwerk,
- regionale Anbieter im Dienstleistungsbereich (insbesondere Gastronomie, Unternehmungen),
- Transparenz von der Erzeugung bis zur Vermarktung,
- artgerechte Tierhaltung,
- Verzicht auf Gentechnik bei Erzeugung und Verarbeitung und
- hohe Qualität von Lebensmitteln und Produkten

Bei der Vergabe des Gütesiegels spielen folgende weitere Aspekte zentrale Rollen:

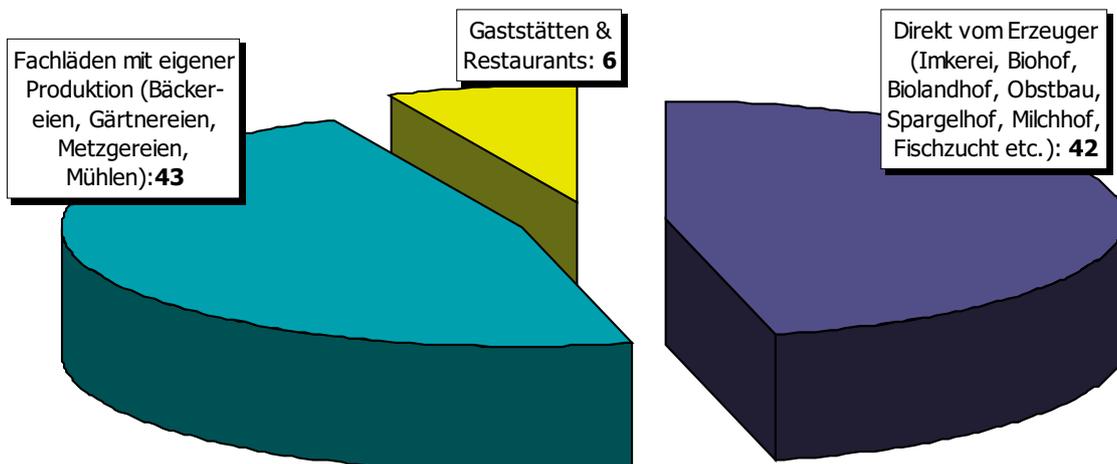
- Bezug von Rohstoffen aus der definierten Region und angrenzender Pufferzone
- Vertriebsraum der Erzeugnisse des Siegelträgers schwerpunktmäßig in der Region
- Betriebsitz und Gewerbesteuerzahlung in der Region
- Bereitstellung von Arbeitsplätzen und Lehrstellen in der Region

Die unter der Dachmarke „Region Bamberg – weil’s mich überzeugt“ wirtschaftenden Betriebe setzen sich dafür ein, ein stärkeres Bewusstsein für regionale Wirtschaftskreisläufe in der Öffentlichkeit zu verankern. Durch ihr regionales Engagement

tragen sie der großen Nachfrage nach Nahrungsmitteln, Produkten und Dienstleistungen Rechnung, deren Herkunft garantiert und deren Qualität gesichert ist.

Abb. 38: Anzahl der Lizenznehmer bei der Kampagne „Region Bamberg – Weil’s mich überzeugt“ (Stand: 2009)

#### Kampagne "Region Bamberg - weil's mich überzeugt" - Lizenznehmer



*„Die traditionelle, das Stadtbild prägende Gärtnerstadt muss erhalten bleiben.“*

*„Die staatliche Versuchsanstalt für Öko-Gemüsebau festigt den Ruf Bambergs als traditionelles Zentrum für den Bayerischen Gemüseanbau.“*

*„2010 ist die Stadt Bamberg dem Bündnis Gentechnikfreie Region Bamberg beigetreten.“*

## 3.2.4 Öko-Landwirtschaft

Von den 91 Lizenznehmern des regionalen Gütesiegels (Stand: 2009) sind 27 im Stadtgebiet angesiedelt, 55 im Landkreis und 9 außerhalb von Stadt und Landkreis Bamberg. Zusätzlich beteiligen sich noch die beiden Bamberger Märkte (Wochenmarkt und Bauernmarkt) an der Kampagne mit dem Verkauf von regionalen Produkten sowie der Einzelhandel mit 7 Läden und Filialen im Stadtgebiet und 6 im Landkreis. Unter den Fachläden mit eigener Produktion befinden sich 12 Metzgereien, 11 Bäckereien, 9 Brauereien, 8 Gärtnereien und 3 Mühlen.

**Weitere Lizenzen Bamberger Betriebe:**  
Bioland (8), Naturland (3), Demeter (2)

### – Einschätzung des Handlungsbedarfs



#### **Kommentar:**

**Erhalt Gärtnerviertel:** Seit dem Mittelalter findet in Bambergs Gärtnerviertel kontinuierlich Gartenbau statt. Gärtnerei ist bis heute die Landwirtschaft in der Stadt. Allerdings werden die historisch geschützten Gärtnerflächen wirtschaftlich nicht mehr in dem Ausmaß wie früher genutzt. Die Anbauflächen sind in den letzten Jahrzehnten immer geringer geworden, Flächenverdichtung und bauliche Verdichtung haben schrittweise zugenommen, die betriebliche Nachfolge ist in vielen Fällen nicht gesichert. Bamberg steht seit dem Jahr 1993 auf der Welterbeliste der UNESCO. Die Gärtnerstadt ist ein Hauptgrund, dass Bamberg den Titel zugesprochen bekam. Würden die Gärtnerflächen und somit das unverwechselbare und einmalige Ambiente verschwinden, wäre der Weltkulturerbetitel ernsthaft in Gefahr. Der Handlungsbedarf kann daher ohne Weiteres als hoch eingeschätzt werden und (Förderungs-)Maßnahmen zum Erhalt der traditionellen Gärtnerflächen müssen entsprechend höchste Priorität besitzen.

**Öko-Landbau:** Seitens des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gibt es keine Bamberg-spezifi-

fischen Ziele und demnach auch keinen auf Bamberg abgestimmten Handlungsbedarf. Trotzdem wird der Öko-Landbau im Stadtgebiet vorangetrieben: An der Galgenfuhr wird Deutschlands größter und modernster Versuchsbetrieb für den Öko-Gemüseanbau mit einer Anbaufläche von 2.800 m<sup>2</sup> unter Glas entstehen. Damit können zum ersten Mal Versuche gestartet werden, die Anbaumethoden und Ergebnisse des ökologischen und kontrolliert integrierten Gemüseanbaus vergleichbar zu machen. Gleichzeitig wird durch diese Maßnahme Bambergs Position als traditionelles Zentrum des bayerischen Gemüseanbaus gefestigt.

Positiv ist zudem zu bewerten, dass in Stadt und Landkreis Bamberg derzeit kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen stattfindet. Stadt und Landkreis unterstützen die Ziele des Bündnisses „Gentechnikfreie Region Bamberg“ auf der Grundlage eines politischen Beschlusses.

### – Zielwerte auf Bundes- und Landesebene

Ziel der Bundesregierung ist die Ausweitung des Flächenanteils des ökologischen Landbaus auf 20 % bis zum Jahr 2010. Für Bayern ist ein Zielwert von 10 % beschlossen worden.

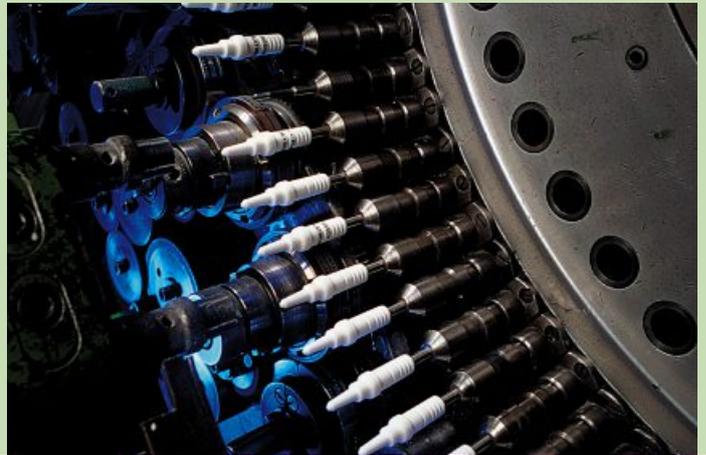
### – Zielwerte auf kommunaler Ebene

keine Angabe

### – Zieldiskussion

Regionale Vermarktung und ökologisch orientierte Produktionsweisen sind die wichtigsten Merkmale einer nachhaltigen Landwirtschaft. Daher ist es wichtig, das Projekt „Region Bamberg – weil’s mich überzeugt“ in den nächsten Jahren wie geplant von der „Regionalvermarktung von Lebensmitteln“ zu einer breitgefächerten Regionalkampagne weiterzuentwickeln. Die Durchführung der Landesgartenschau 2012 in Bamberg bietet für die ganze Region weitreichende Entwicklungsmöglichkeiten, die auch im Sinne der Regionalkampagne und in Zusammenarbeit mit dem LEADER-Projekt genutzt werden können und sollen.

„ In der Stadt Bamberg waren 2009 47.341 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte registriert, die meisten davon im produzierenden Gewerbe“



### 3.2.4 Öko-Landwirtschaft / 3.2.5 Wirtschaftsstruktur

Mit den geplanten Maßnahmen soll einer breiten Öffentlichkeit deutlich gemacht werden, dass die Regionalkampagne einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region leistet.

für Krisen. Dennoch findet hier seit Jahren eine konstante Wirtschaftsentwicklung statt. Die hohe Lebensqualität, ein attraktives kulturelles Umfeld sowie eine moderne Infrastruktur sind Voraussetzungen dafür. Darüber hinaus bilden kleine, mittelständisch geprägte Unternehmen und Global Player gleichermaßen die Grundlage für diesen wirtschaftlichen Erfolg und begründen den Ruf des Wirtschaftsstandortes Bamberg als zukunftsorientierte Wirtschaftsregion in Oberfranken.

#### 3.2.5 Wirtschaftsstruktur

##### – Einführung

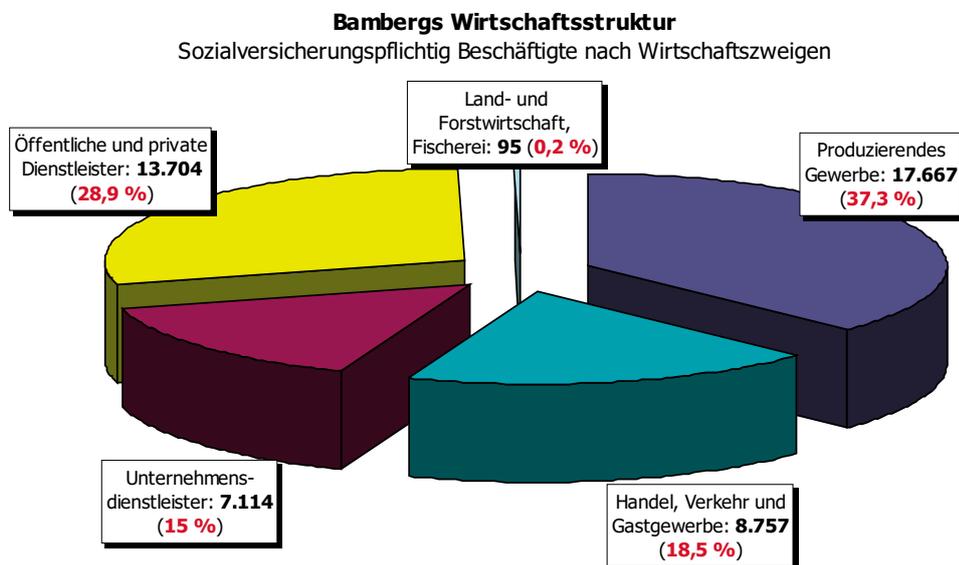
Die Wirtschaftskraft einer Stadt ist ausschlaggebend für die Vitalität und Leistungsfähigkeit eines Standortes. Die hohe Bedeutung für eine Kommune lässt sich auch daran erkennen, dass die Gewerbesteuer die wichtigste eigenständige Steuerquelle darstellt und einen sehr großen Teil der gesamten Steuereinnahmen ausmacht (Bamberg: 38 Mio. € im Jahr 2008 bzw. 50 % Anteil). Bamberg ist vom produzierenden Gewerbe geprägt. Dies ist einerseits von Vorteil ist, da hier viel Geld verdient wird und hilft, den Dienstleistungssektor aufzubauen. Entsprechend kann die Basis für Dienstleistungsunternehmen positiv gesehen werden. Andererseits macht die große Abhängigkeit von der Automobilzuliefererindustrie den Wirtschaftsstandort Bamberg anfällig

##### – Status

Das produzierende Gewerbe ist der stärkste Wirtschaftszweig in Bamberg. Von den insgesamt 47.341 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bamberg am Arbeitsort (Stand: 30.6.2009) waren 37,3 % (17.667 Personen) in diesem Sektor tätig. In einem Mix aus IT-, Elektro- und Kunststoffbranche, Maschinenbau und besonders Automobilzuliefererbranche sind in Bamberg weltweit agierende Unternehmen wie z. B. Robert Bosch GmbH oder Wieland Electric GmbH ansässig. Eine weitere größere Gruppe stellt den Bereich öffentliche und private Dienstleister mit 28,9 % (13.704 Personen) der Beschäftigten. **Tab. 8** gibt einen vergleichenden Überblick über die Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftszweigen in Bayern, Oberfranken und den größten

**Abb. 39:** Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zum 30.6.2009 nach Wirtschaftszweigen

(Daten: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung).



„Die Stadt Bamberg spielt eine führende Rolle im Wirtschaftsraum Oberfranken“

### 3.2.5 Wirtschaftsstruktur

2009	Bayern	Ofra	BA	BT	CO	HO
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	4.505.412 (100)	370.961 (100)	47.341 (100)	39.740 (100)	30.228 (100)	22.446 (100)
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	22.851 (0,5)	1.831 (0,5)	95 (0,2)	74 (0,2)	41 (0,1)	47 (0,2)
Produzierendes Gewerbe	1.608.031 (35,7)	154.378 (41,6)	17.667 (37,3)	10.160 (25,6)	9.765 (32,3)	5.531 (24,6)
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	1.013.120 (22,5)	78.734 (21,2)	8.757 (18,5)	7.685 (19,3)	4.662 (15,4)	5.822 (25,9)
Unternehmensdienstleister	809.073 (18)	47.776 (12,9)	7.114 (15)	6.622 (16,7)	8.903 (29,5)	4.378 (19,5)
Öffentliche und private Dienstleister	1.051.918 (23,3)	88.078 (23,7)	13.704 (28,9)	15.114 (38)	6.857 (22,7)	6.668 (29,7)

2008	Bayern	Ofra	BA	BT	CO	HO
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	4.518.801 (100)	374.235 (100)	47.979 (100)	40.013 (100)	30.030 (100)	22.984 (100)
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	22.656 (0,5)	1.802 (0,5)	102 (0,2)	57 (0,1)	43 (0,1)	42 (0,2)
Produzierendes Gewerbe	1.636.590 (36,2)	159.592 (42,6)	18.189 (37,9)	10.266 (25,7)	9.928 (33,1)	5.796 (25,2)
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	1.007.733 (22,3)	78.532 (21)	8.802 (18,3)	7.565 (18,9)	4.607 (15,3)	6.100 (26,5)
Unternehmensdienstleister	833.450 (18,4)	49.149 (13,1)	7.707 (16,1)	7.342 (18,3)	8.949 (29,8)	4.560 (19,8)
Öffentliche und private Dienstleister	1.017.203 (22,5)	84.966 (22,7)	13.172 (27,5)	14.664 (36,6)	6.503 (21,7)	6.486 (28,2)

Tab. 8: Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftszweigen zum 30.6.; Prozentangaben gerundet

(Daten: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung)

oberfränkischen Städten. In Klammern befinden sich gerundete Prozentangaben, die den Anteil der Beschäftigten im jeweiligen Wirtschaftszweig an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten beziffern.

#### ■ Wirtschaftsförderung der Stadt Bamberg

Die Wirtschaftsförderung (Wifö) der Stadt Bamberg fungiert als Schnittstelle zwischen Unternehmen und Verwaltung bei allen unternehmerischen Belangen. Innerhalb der Verwaltung vertritt die Wifö die Interessen der Unternehmen und besitzt somit eine Sprachrohrfunktion. Ein zentrales Anliegen ist die Förderung der Entwicklung von Unternehmen am Standort Bamberg. Als weitere wichtige Aufgabe betreut die Wifö Bamberg gemeinsam mit Partnern aus der Region mehrere Netzwerke für lokale Unternehmen. An sogenannten Runden Tischen können auf diese Weise aktuelle Herausforderungen auf Fachebene diskutiert und neue Kontakte geknüpft werden (Quelle: Internetauftritt Amt für Wirtschaft Bamberg). **Ein Beispiel:**

#### WiR. Unternehmen Familie. Das Netzwerk

In Zeiten des demographischen Wandels ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Unternehmen in der Region Bamberg. Eine familienbewusste Personalpolitik ist heute für Unternehmen ein entscheidender Wettbewerbsfaktor. Die Wirtschaftsregion setzt sich mit verschiedenen Projekten für dieses Thema ein. Dazu gehört der Familienförderpreis, welcher im November 2008 an engagierte Unternehmen in der Region vergeben wurde sowie „WiR. Unternehmen Familie. Das Netzwerk“, koordiniert von der WiR-GmbH. Das Netzwerk will u. a. mehr Familienbewusstsein in der Arbeitswelt zum gegenseitigen Nutzen für Arbeitnehmer und Unternehmer schaffen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu einem herausragenden Standortfaktor in der Region Bamberg und Forchheim machen, die Mitarbeitersuche und -bindung für Unternehmen aus der Wirtschaftsregion Bamberg-Forchheim durch familienfreundliche Angebote erleichtern und die Zusammenarbeit von



*„Projekte, Kooperationen und Netzwerke schaffen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine nachhaltig positive Entwicklung in der Region.“*

## 3.2.5 Wirtschaftsstruktur

Wirtschaft, öffentlicher Verwaltung und Trägerorganisationen fördern, um bedarfsgerechte Angebote zu entwickeln und umzusetzen.

### Region BA: Kompetenz Denkmalpflege

Einen nachhaltigen Wirtschaftsfaktor stellt in Bamberg auch die Denkmalpflege dar. Mit diesem Netzwerk wird die in der Region vorhandene Kompetenz zum Thema Denkmalpflege bei Handwerkern, Unternehmen, Freiberuflern und der Universität gebündelt und kommuniziert. Schwerpunkt ist auch die Herstellung der Kompatibilität zwischen den Erneuerbaren Energien bzw. einer hohen Energieeffizienz bei denkmalgeschützten Gebäuden.

Weitere Netzwerke: Runder Tisch Logistik, IT-Cluster Oberfranken, Gesundheitsregion Bamberg e.V.

### – Einschätzung des Handlungsbedarfs



#### Kommentar:

Die laufenden Projekte der Wirtschaftsförderung sowie diverse Netzwerke und Kooperationen werden als völlig ausreichend erachtet, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine positive nachhaltige Entwicklung von Stadt und Region zu schaffen. Daher kann in dieser Hinsicht kein aktueller Handlungsbedarf erkannt werden.

Es wäre wünschenswert, die Abhängigkeit von der Automobilzuliefererindustrie zu reduzieren. Aufgrund dessen ist es umso mehr von Bedeutung, die Pflege des aktuellen Bestands an namhaften Unternehmen weiterhin als zentrale Aufgabe zu verstehen und die Voraussetzungen zu schaffen, Bamberg als Standort mit vielen weichen Standortfaktoren langfristig für Arbeiten und Wohnen vor dem Hintergrund des demographischen Wandels attraktiv zu halten.

### – Zielwerte auf kommunaler Ebene

keine Angabe

### – Zieldiskussion

Bamberg ist prosperierend und steht als größtes Wirtschaftszentrum in Oberfranken gut da. Allerdings sollte versucht werden, weiterhin die Rahmenbedingungen für eine positive nachhaltige Entwicklung von Stadt und Region im Bereich Wirtschaft zu schaffen, beispielsweise durch die Ansiedlung neuer Unternehmen, ggf. auch aus anderen Bereichen. Eine Kommune ist jedoch nicht in der Lage, in dem Maße Wirtschaftspolitik zu betreiben, wie es Bund und Länder können, und hat somit nur wenig Spielraum und Einflussmöglichkeiten.

Einen wichtigen und nicht zu unterschätzenden Faktor stellt die Universität dar. Das große Potenzial der Universität Bamberg scheint insgesamt noch zu wenig genutzt. Die Bedeutung dieser Einrichtung für die Gesamtstadt – auch als Arbeitgeber – ist jedoch unbestritten. Hier gilt es, gemeinsame Entwicklungspotenziale mit der Wirtschaft zu nutzen.

*„Arbeit, Bevölkerung, Gerechtigkeit, Solidarität, Generationenausgleich und Bildung sind zentrale Themen der gesellschaftlichen und sozialen Indikatoren.“*



## 3.3 Gesellschaftliche und soziale Indikatoren / 3.3.1 Arbeit

### – Gesellschaftliche und soziale Aspekte Nachhaltiger Entwicklung

Die sozialen Aspekte der Nachhaltigkeit beziehen sich sehr umfassend auf das Zusammenleben der Menschen sowie die Entwicklung und das Wohlbefinden des Einzelnen. Die besondere Qualität sozialer Nachhaltigkeit wird erörtert unter Begriffen wie Gerechtigkeit, Solidarität, Generationenausgleich, Freiheit, Bildung oder Zufriedenheit. Darunter befinden sich sowohl primäre Bedürfnisse (z. B. Sicherheit) als auch sekundäre Bedürfnisse wie Arbeit, (Aus-)Bildung, ein familien- und kinderfreundliches Umfeld oder ein gesicherter Lebensunterhalt. Das Thema der Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur ist als eine Art „Attraktivitätsmaß“ der Region anzusehen, in die viele Aspekte aus anderen Dimensionen einfließen.

Das soziale Leben ruht neben Familie, Beruf, Freundschaften, Vereinen und Kirchen auf vielen staatlichen Institutionen. Diese Einrichtungen unterliegen aber zusehends Belastungen und Veränderungen, wie zum Beispiel dem demographischen Wandel. Alterung sowie Zu- und Abwanderung beeinflussen das Zusammenleben und fordern die kommunale Infrastruktur heraus. Eine immer größere Bedeutung kommt der Eigenverantwortung und dem Bürgerengagement zu. In der sozialen Dimension nachhaltiger Entwicklung spielt die Forderung nach Gerechtigkeit eine zentrale Rolle. Unter dem Leitziel „Gerechtigkeit zwischen Generationen“ sollen der Nachwelt die gleichen Lebenschancen zur Verfügung stehen wie der heutigen Generation. Ein weiteres Leitbild ist die „Gerechtigkeit innerhalb einer Generation“. Dies beinhaltet zum einen die Verpflichtung, die Grundbedürfnisse aller Menschen weltweit zu befriedigen sowie den armen Ländern einen besseren Zugang zu finanziellen und natürlichen Ressourcen zu ermöglichen. Zum anderen muss sich auch die Verteilung des weltweiten Wohlstandes zugunsten dieser Länder ändern. Da in einer begrenzten Welt kein grenzenloses Wachstum möglich ist, aber allen Menschen gleiche Entfaltungsmöglichkeiten zugestanden werden, müssen nachhaltige Konsum- und Lebensstile entwickelt und der hohe Ressourcenverbrauch gesenkt werden. Diese Forderung betrifft in erster Linie die Industrieländer. Zu den gesellschaftlichen Aufgaben von nachhaltiger Entwicklung gehört weiterhin auch die Förderung einer breiten Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen.

### 3.3.1 Arbeit

#### – Einführung

Die Arbeitslosenzahl gibt Aufschluss über die Entwicklung der regionalen Wirtschaft und lässt Rückschlüsse auf die ökonomischen und sozialen Verhältnisse in einer Kommune zu. Arbeitslosigkeit beeinträchtigt nicht nur Lebensstandard und psychisches Wohlbefinden der Betroffenen, sondern kann auch zu sozialen Spannungen und zur Belastung der öffentlichen Haushalte führen, so dass für zukunftsorientierte Investitionen weniger Mittel zur Verfügung stehen. Eine steigende Arbeitslosigkeit wird die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse entscheidend verändern, indem etwa die Zahl der Sozialhilfeempfänger und der Obdachlosen anwächst und demnach immer mehr finanzielle Mittel für soziale Leistungen benötigt werden. Dadurch könnten z. B. für umweltpolitische Maßnahmen und andere wohlfahrtsstaatliche Leistungen deutlich weniger Finanzmittel zur Verfügung stehen. Die mit lang andauernder Arbeitslosigkeit mitunter verbundenen psychosozialen Probleme – etwa in Form von gesundheitlichen Einschränkungen, Alkoholismus, Drogensucht und politischem Extremismus – können weitere gesellschaftliche Folgen nach sich ziehen. Ein bisher ungelöstes Problem stellt die Jugendarbeitslosigkeit dar. In wirtschaftlichen Krisenzeiten sind besonders junge Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen und dabei mehr Männer als Frauen, da Frauen zumeist in weniger krisenanfälligen Sozial-, Erziehungs- und Bildungsberufen arbeiten.

#### – Bamberger Arbeitsmarkt

Im Jahr 2009 lag der Jahresmittelwert mit 2.362 arbeitslos gemeldeten Personen im Stadtgebiet von Bamberg, darunter 1.263 Männer und 1.100 Frauen sowie 286 Jugendliche zwischen 15 bis unter 25 Jahre, etwas höher als im Vorjahr, als mit 2.286 Arbeitslosen zwischenzeitlich ein neuer Tiefstand seit Anfang der 1990er Jahre erreicht wurde. Aufgrund der weitreichenden Wirtschaftskrise resultieren die wieder ansteigenden Arbeitslosenzahlen vor allem aufgrund der vielen Beschäftigten in Unternehmen der krisengeplagten Automobilzulieferindustrie. Eine

## 3.3.1 Arbeit

positive Trendwende bei den Arbeitslosenzahlen im Städtevergleich belegt **Abb. 40**.

Die in **Abb. 41** dargestellten Arbeitslosenquoten<sup>15</sup> im Zeitraum von 1998 bis 2009 zeigen, dass Bamberg in der vergangenen Dekade immer deutlich über den bayernweiten und Landkreiswerten sowie etwas über der Gesamtarbeitslosenquote von Oberfranken lag, allerdings immer unter der von Deutschland. Dem allgemeinen Höchststand der Quote im Jahre 2005, welcher gleichzeitig einen neuen Negativrekord bei den Arbeitslosenzahlen seit den 1990ern bedeutete, folgte in den Jahren darauf eine signifikante Erholung. So konnte auch in Bamberg die Arbeitslosenzahlen und entsprechend die Quote im Jahr 2008 mit 6,4 % (2009: 6,6 %) auf einen neuen positiven Stand gesenkt werden, im Landkreis Bamberg sogar auf 3,6 % (2009: 4 %).

<sup>15</sup> Berechnung auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen (= zivile Erwerbstätige [abhängige zivile Erwerbstätige sowie Selbstständige und mithelfende Familienangehörige] + registrierte Arbeitslose).

### – Status

#### Arbeitslosigkeit 2009

##### Deutschland:

- 3.423.283 registrierte Arbeitslose (Arbeitslosenquote von 8,2 %)
- West: 2.320.209 (6,9 %), Ost: 1.103.074 (13,0 %) ⇒ Ost-West-Gefälle
- Bestand an arbeitslosen Jugendlichen (15 bis unter 25 Jahre): 376.998

##### Bayern:

- 319.478 Arbeitslose bei einer Quote von 4,8 % (Vorjahr: 4,2 %)
- Bestand an arbeitslosen Jugendlichen (15 bis unter 25 Jahre): 37.092 (Vorjahr: 28.949)

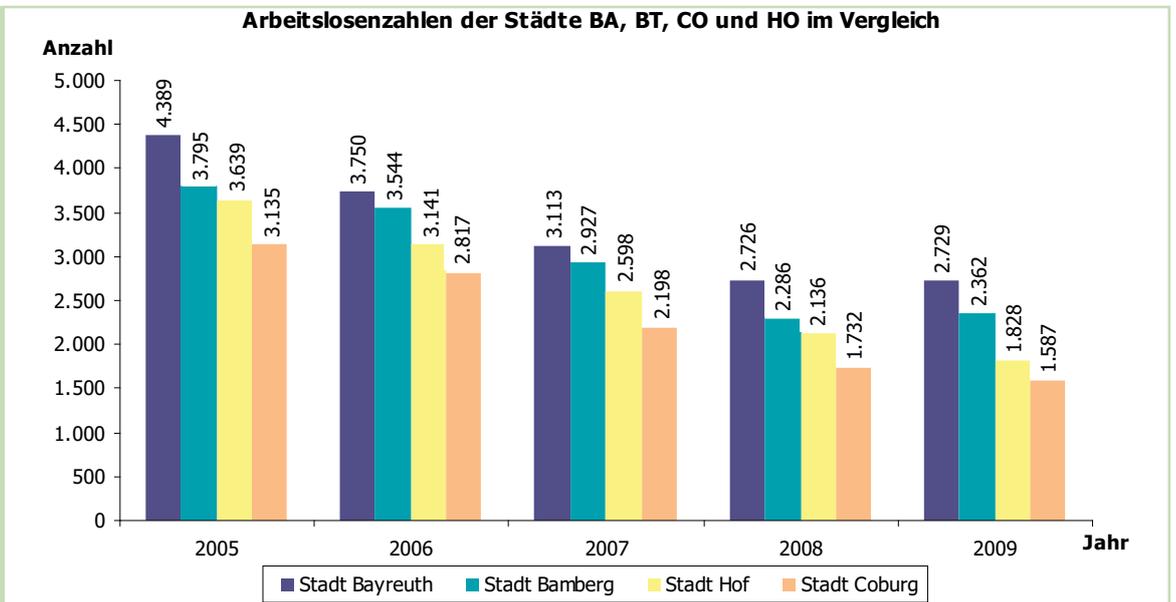
##### Oberfranken:

- 32.969 Arbeitslose bei einer Quote von 5,7 % (Vorjahr: 5,4 %)

Daten: Bundesagentur für Arbeit

**Abb. 40:** Arbeitslosenzahlen der Städte Bamberg, Bayreuth, Coburg und Hof im Vergleich

(Daten: Bundesagentur für Arbeit).



„Die Arbeitslosenzahlen haben sich seit 2005 positiv entwickelt. Die Arbeitslosenquote in der Stadt Bamberg lag 2009 über dem bayerischen Landesdurchschnitt, aber deutlich unter der bundesdeutschen Quote.“

### 3.3.1 Arbeit

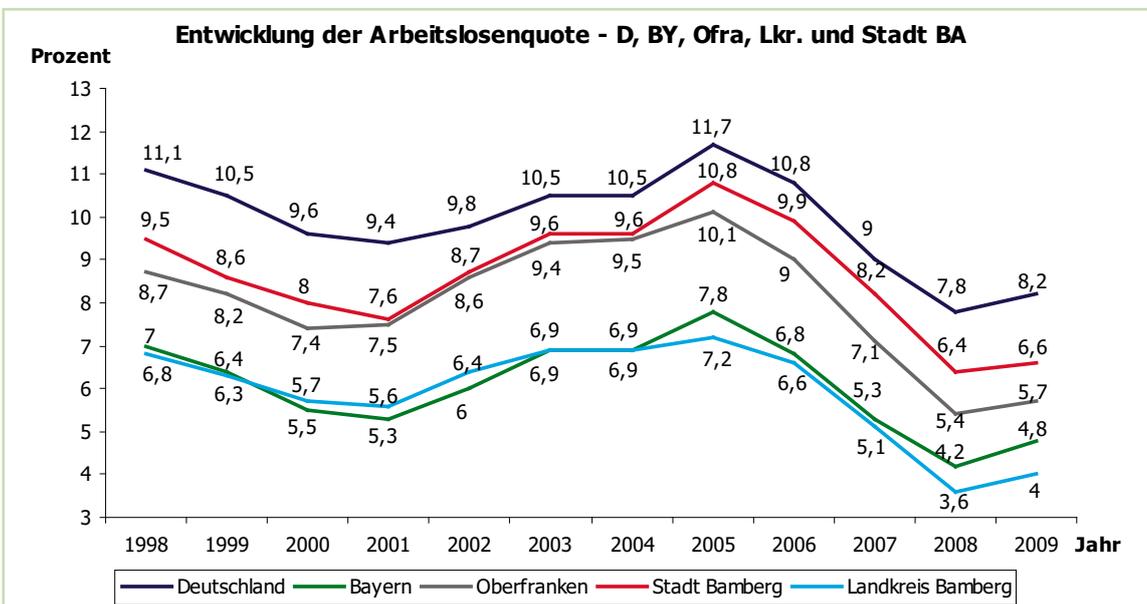


Abb. 41: Entwicklung der Arbeitslosenquote – Deutschland, Bayern, Oberfranken, Stadt und Landkreis Bamberg im Vergleich

(Daten: Bundesagentur für Arbeit)

#### Jugendarbeitslosigkeit in der Region Bamberg

Auch in der Region Bamberg ist Jugendarbeitslosigkeit (in Abb. 42 dargestellt: Jugendliche unter 25 Jahre) ein Thema. Sie macht zwischen 11 und 16 % an der Gesamtarbeitslosigkeit von Stadt und Landkreis Bamberg aus.

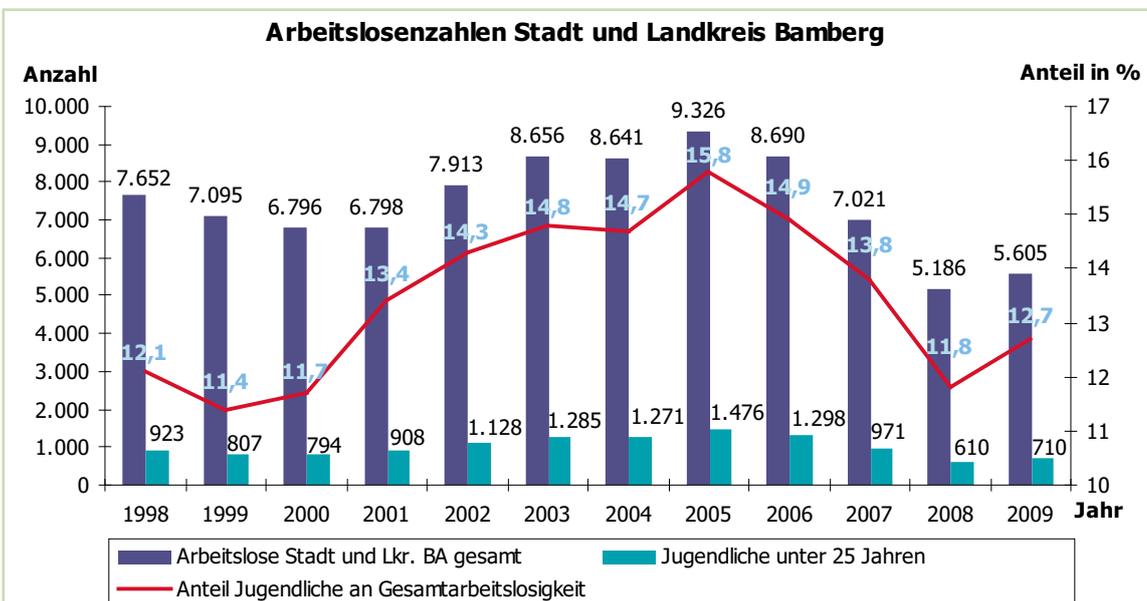


Abb. 42: Arbeitsmarkt in Stadt und Landkreis Bamberg – Arbeitslose gesamt, arbeitslose Jugendliche sowie Anteil der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahre an der Gesamtarbeitslosigkeit in der Region

(Daten: Bamberger Zahlen 2008, S. 74; Bundesagentur für Arbeit).

*„Besonders im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit ist weiter Handlungsbedarf gegeben. 11% bzw. 16% beträgt ihr Anteil an der Gesamt-Arbeitslosigkeit in Stadt und Landkreis Bamberg.“*

### 3.3.1 Arbeit

#### – Einschätzung des Handlungsbedarfs



##### **Kommentar:**

Ein Handlungsbedarf ist trotz zahlreicher berufs- bzw. ausbildungsfördernder Maßnahmen besonders für Jugendliche (siehe Zieldiskussion) nach wie vor vorhanden. Die zukünftige Entwicklung auf dem regionalen Arbeitsmarkt ist allerdings nur sehr schwer einzuschätzen aufgrund:

1. des strukturellen Problems der starken Abhängigkeit von der Automobilzulieferindustrie in Bamberg, was in Krisenzeiten zu höheren Arbeitslosenquoten besonders bei den Männern führen kann. Die Wirtschaftsstruktur der Region ist andererseits nicht so stark im IT- und Dienstleistungsbereich ausgeprägt. Eine ausgeglichene, vielseitigere Wirtschaftsstruktur würde demnach mehr Stabilität in Krisenzeiten bedeuten als die im Moment eher vorhandene Monostruktur.
2. der konjunkturellen Entwicklung der Arbeitslosigkeit, welche nicht genau vorhersagbar ist. Momentan (Stand: 1. Quartal 2010) wird ein schwaches Wachstum des BIP erwartet.
3. der Finanzungleichgewichte, die sich ebenfalls auf den regionalen Arbeitsmarkt auswirken können. Eine vernünftige Vorhersage kann auch hier nicht getroffen werden.

Das Hauptproblem stellt nach wie vor die Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt dar. Kann Jugend- oder auch Langzeitarbeitslosigkeit nicht beseitigt werden, werden die Betroffenen zu Hartz IV-Empfängern. Dies wirkt sich wiederum negativ auf eine Kommune aus, die Kosten für die soziale Sicherung aufwenden muss (Stadt Bamberg: allein 7,14 Mio. € finanzieller Aufwand für Hartz IV im Jahr 2009). Darüber hinaus wird die Fachkräfteproblematik dadurch verschärft, wenn nicht alle erwerbsfähigen Personen soweit qualifiziert werden, dass sie als Fachkräfte eingestuft werden können.

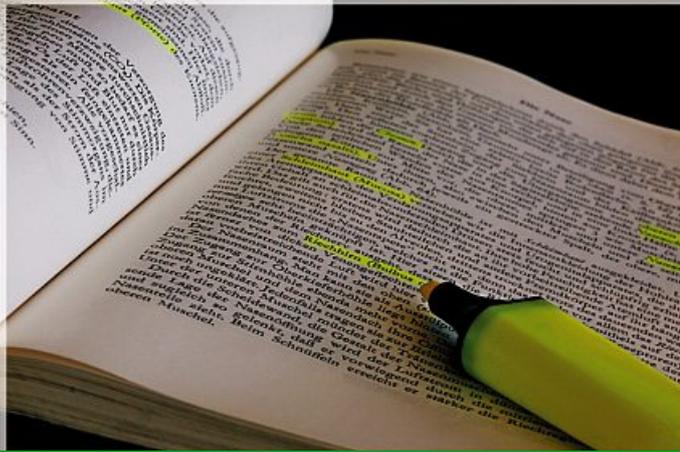
#### – Zielwerte auf kommunaler Ebene

Kommunale Zielwerte gibt es keine, aber es besteht das Allgemeinziel der Vollbeschäftigung, was einer Arbeitslosenquote von 2 % entspricht. Dieser extrem hohe Beschäftigungsgrad kann in naher und ferner Zukunft allerdings wohl nicht erreicht werden.

#### – Zieldiskussion

Gegenwärtig ist eine Tendenz zu beobachten, nach der Arbeitslosigkeit in weit höherem Maße Männer betrifft als Frauen. In Bamberg sind viele Arbeitsplätze von der derzeit krisengeplagten Automobilzulieferindustrie abhängig. Somit sind in diesem Fall mehr Männer betroffen, da Frauen oftmals in weniger krisenanfälligen Berufen einer Arbeit nachgehen. Hauptproblemfelder auf dem Arbeitsmarkt stellen nach wie vor Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit dar. Maßnahmen zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit gibt es in Bamberg keine speziellen. Sie sind wie überall auch individuell auf die betroffene Person abgestimmt und werden von einem Fallmanager unterstützt. Im Bereich des SGB II gibt es bei der ARGE Bamberg allerdings eine eigene Organisationseinheit (U25), durch die die Kontaktdichte erhöht und die jungen Arbeitslosen nicht nur gefördert, sondern auch gefordert werden sollen. Besonders problematisch stellt sich die Situation für Jugendliche dar, die keine Ausbildung oder keinen Ausbildungsplatz haben bzw. noch nicht ausbildungsfähig sind. In diesem Fall gibt es berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB), im Rahmen derer die Kompetenzförderung als Schlüssel zur Integration in den Arbeitsmarkt gesehen werden kann. Die Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BAE) ist als weitere ausbildungsfördernde Maßnahme zu nennen. Darüber hinaus werden Behinderte, Schüler, Migranten und auch Straffällige mithilfe der Benachteiligtenförderung bei ihrer Ausbildung in Form von speziellem Förderunterricht unterstützt.

Es muss eine staatliche Aufgabe sein, die noch vorhandene, strukturell verfestigte Arbeitslosigkeit weiter abzubauen und Bildungspolitik als Priorität der ganzen Gesellschaft zu verstehen, um speziell die Situation von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern und diese in den Arbeitsmarkt zu integrieren.



### 3.3.2 Ausbildung

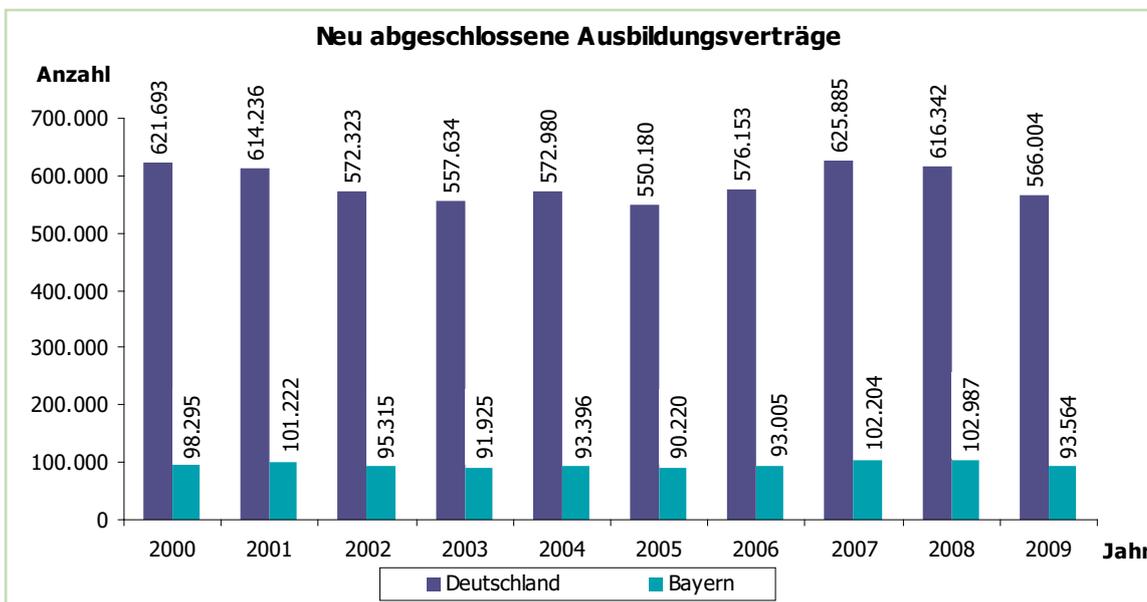
#### ■ Einführung

Bildung und Ausbildung sind wichtige Voraussetzungen für eine nachhaltige zukunftsfähige Entwicklung einer Gesellschaft. Junge Menschen ohne ausreichende Bildung, etwa ohne gültigen Schulabschluss, werden es zunehmend schwer haben, sich auf dem Arbeitsmarkt durchzusetzen. Sie haben außerdem deutlich geringere Aussichten auf ein angemessenes Einkommen. Durch die ständig steigenden und sich stetig wandelnden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt wird die Bedeutung der beruflichen Qualifikation in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Stabile, vollzeitige Arbeitsplätze werden immer seltener – unterbrochene, diskontinuierliche Erwerbsabläufe werden zur Normalität. Eine gute Ausbildung wird mit Blick auf diese Entwicklung immer wichtiger, denn in Zukunft werden die Erwerbstätigen mehr und mehr lebenslang lernen müssen, um die sich ständig ändernden Anforderungen der Erwerbsgesellschaft erfüllen zu können.

#### ■ Status

Im Berichtsjahr 2009 (1. Oktober 2008 bis 30. September 2009) wurden in Deutschland 566.004 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen (-8,2 % im Vergleich zum Vorjahr). Ursache für den Rückgang ist im Wesentlichen der enge Zusammenhang von Wirtschaftslage, Beschäftigungssituation und Ausbildungsmarkt, der sich besonders in Krisenzeiten negativ bemerkbar macht. Da jedoch auch die Zahl der ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen demografiebedingt stark gesunken ist, ist die Ausbildungsmarktsituation für die Jugendlichen gegenüber dem Vorjahr unterm Strich weitgehend stabil geblieben. Interessant dabei sind die West-Ost-Unterschiede: 467.006 Ausbildungsplätze fielen auf die alten Länder und nur 98.998 auf die neuen (einschließlich Berlin).

Für Deutschland und Bayern ergeben sich folgende Werte seit dem Jahr 2000:



**Abb. 43:**  
Neu abgeschlossene Ausbildungsverhältnisse in Deutschland und Bayern

(Daten: Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse der Kammerstatistik zum 30. September jeden Jahres)

„Die Finanzkrise hat 2009 deutschland-, bayern- und oberfrankenweit zu einer Abnahme der Ausbildungsverträge in der Wirtschaft geführt.“

### 3.3.2 Ausbildung

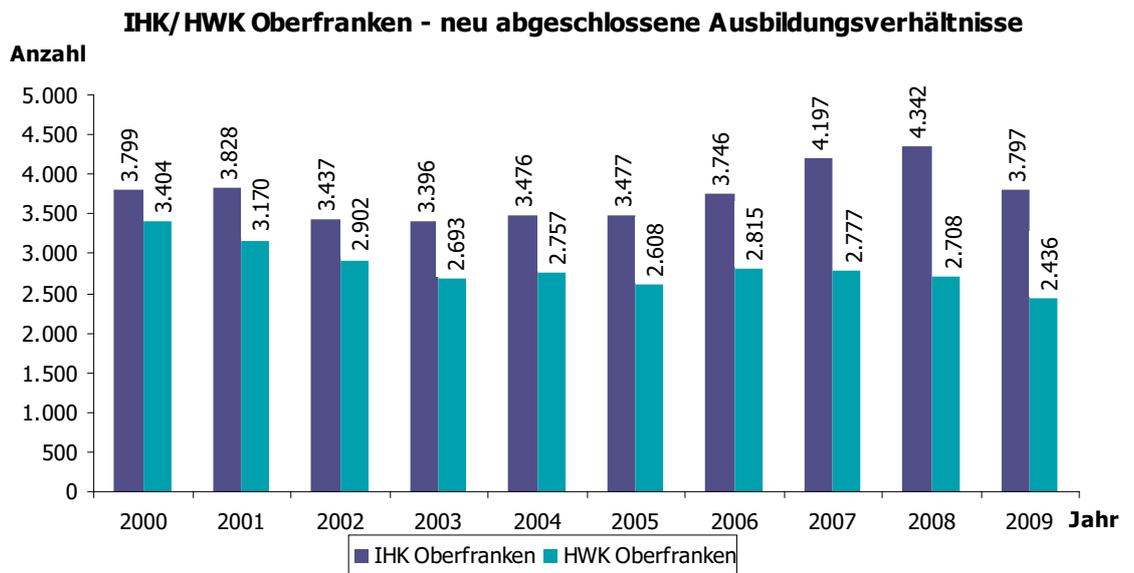
#### IHK und HWK Oberfranken - Ausbildungsverhältnisse

Der Trend von Berufen im Handwerk hin zu Berufen in Industrie,

Handel und Dienstleistung lässt sich aus unten stehender Grafik ablesen. Demnach ist in den letzten Jahren die Schere zwischen neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnissen in handwerklichen Berufen und Berufen in Industrie und Handel immer weiter auseinandergegangen, wobei in oberfränkischen Städten wie

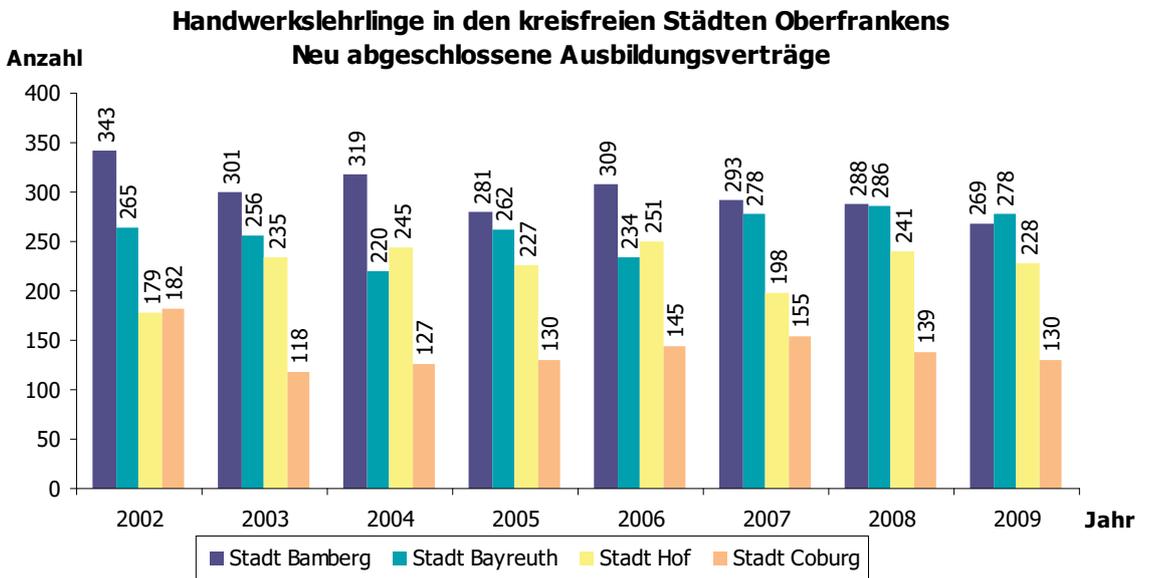
**Abb. 44:**  
Bei der IHK/HWK Oberfranken gemeldete, neu abgeschlossene Ausbildungsverhältnisse\*

(Daten: IHK und HWK Oberfranken)



**Abb. 45:**  
Bei der Handwerkskammer (HWK) Oberfranken gemeldete, neu abgeschlossene Ausbildungsverhältnisse

(Daten: HWK Oberfranken)



\* Die Zahlen beinhalten nur die bei der IHK bzw. HWK gemeldeten neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse für Oberfranken, nicht die Gesamtzahl.

„2008/2009 kamen im Zuständigkeitsbereich der Agentur für Arbeit Bamberg auf 1.849 Berufsausbildungsstellen 2.619 gemeldete Bewerber.“

### 3.3.2 Ausbildung

Coburg und Bayreuth wiederum ein Anstieg bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnissen im Handwerk festgestellt werden kann (Abb. 45).

#### Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge gesamt

Bei der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in der Gesamtbetrachtung, also nicht nur Ausbildungsstellen in Industrie und Handwerk einbeziehend, ist im Jahr 2009 in allen oberfränkischen Mittelzentren ein Rückgang zum Vorjahr zu verzeichnen (Bamberg: mehr als 10 %).

#### Berufsausbildungsstellen und Bewerber

Seit Beginn des Berichtsjahres 2008/2009 waren im Zuständigkeitsbereich der Agentur für Arbeit Bamberg<sup>16</sup> 1.849 Berufsausbildungsstellen gemeldet. Auf diese Zahl kamen 2.619 gemeldete Bewerber, was in etwa einer Anzahl von 1,4 Bewerbern pro Stelle entspricht (Daten: Bundesagentur für Arbeit).

kehrschluss aber nicht, dass es in Zukunft einfacher sein wird, eine Ausbildungsstelle zu finden. Bewerber, die nicht qualifiziert genug sind, bekommen auch bei einem potenziellen Überangebot keine Stelle zugesprochen. Die Ausbildungsbereitschaft der Bamberger Unternehmen kann als hoch angesehen werden. In Oberfranken ist im deutschlandweiten Vergleich der Anteil der Nachwuchskräfte am gesamten Arbeitnehmerapparat am höchsten (Ausbildungsquote Bayern konstant um die 6,4 %). In den Zentren mit hohem Tertiärisierungsgrad ist die Ausbildungsquote geringer als in eher ländlichen Regionen, die vom Verarbeitenden Gewerbe sowie von kleineren und mittleren Handwerksbetrieben geprägt sind.

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Tab. 9:
Bamberg	2.194	2.101	2.198	2.541	2.407	2.147	Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge in den Arbeitsagenturbezirken Bamberg, Bayreuth, Coburg und Hof nach Erhebungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zum 30. September
Bayreuth	1.798	1.864	1.929	2.167	2.106	1.927	
Coburg	2.158	1.958	2.202	2.348	2.394	2.137	
Hof	1.663	1.664	1.822	1.960	2.040	1.674	

#### ■ Einschätzung des Handlungsbedarfs



#### Kommentar:

Im Arbeitsbereich der Agentur für Arbeit Bamberg ist bei den betrieblichen Ausbildungsstellen mit ca. 2.200 im Mittel in den letzten Jahren ein konstantes Angebot vorhanden. Trotzdem besteht ein hoher Handlungsbedarf, vor allem in spezifischen Bereichen (z. B. Jugendliche ohne oder mit mangelhaftem Schulabschluss, Ausbildungssuchende mit Migrationshintergrund). Der Trend wird dahin gehen, dass es entsprechend der Demographie (Rückgang der Geburtenrate) immer weniger Berufseinsteiger geben wird. Dies bedeutet im Um-

#### ■ Zielwerte auf Bundes- und Landesebene

Bund und Länder streben an, die Zahl der jungen Erwachsenen ohne abgeschlossene Berufsausbildung von 17 % auf 8,5 % bis 2015 zu halbieren. Zudem sollen in Deutschland die Ausgaben für Bildung und Forschung bis zum Jahr 2015 auf 10 % des Bruttoinlandsprodukts steigen.

#### ■ Zielwerte auf kommunaler Ebene keine Angabe

#### ■ Zieldiskussion

Ausbildungsverhältnisse sind eine Investition in die Zukunft. Sie haben Auswirkungen auf die Jugendarbeitslosigkeit, den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die Anzahl der

„Bis zum Jahr 2050 ist in Deutschland mit einem Bevölkerungsrückgang von 10 - 15% zu rechnen.“

„In 50 Jahren werden ca. 12% der Gesamtbevölkerung über 80 Jahre alt sein.“



### 3.3.3 Bevölkerung

Sozialhilfeempfänger, den Wanderungssaldo und die kommunalen Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit. Die Sicherung eines adäquaten Ausbildungs- und Qualifizierungsangebots für alle ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ist erklärte Zielsetzung. Dies gilt für leistungsstarke und leistungsschwächere Jugendliche gleichermaßen.

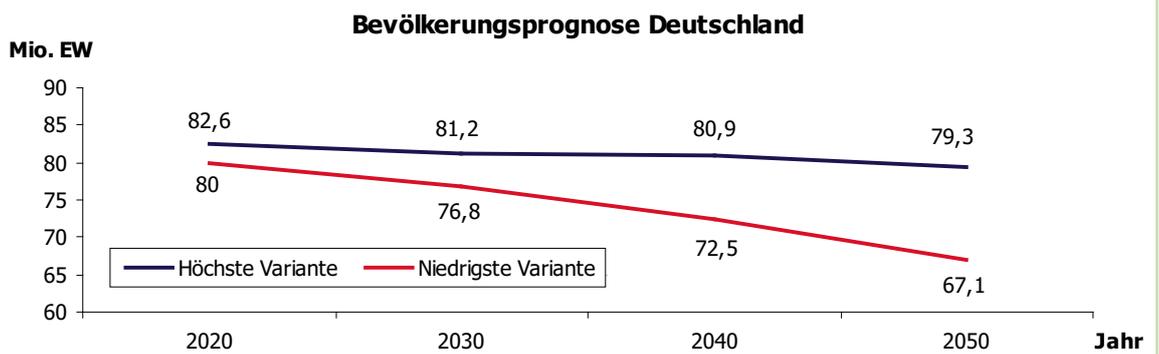
### 3.3.3 Bevölkerung

#### – Einführung

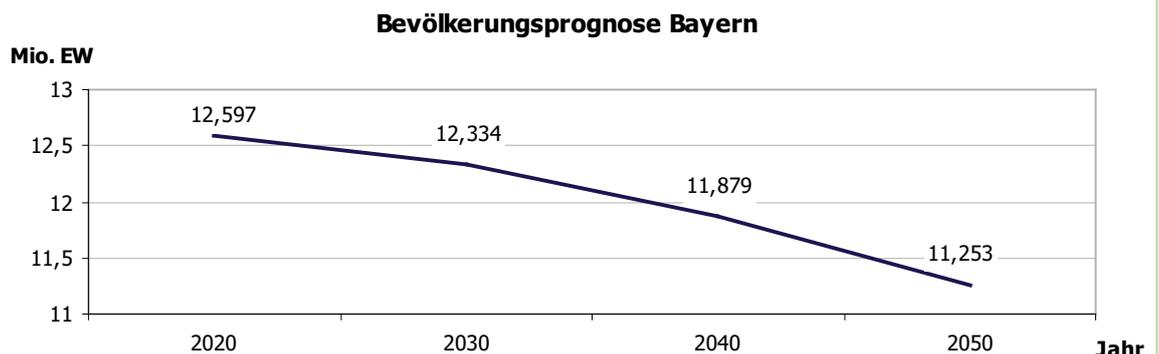
Der demographische Wandel ist ein weltweites Phänomen, das in absehbarer Zukunft zu einschneidenden Veränderungen hinsichtlich des natürlichen Wachstums und der Altersstruktur der Weltbevölkerung sowie deren regionaler Verteilung führen wird – so

auch in Deutschland. Bis zum Jahr 2010 wird die Bevölkerung in der Bundesrepublik noch leicht wachsen, danach stagnieren und ab ca. 2015 schrumpfen – ab dem Jahr 2020 in erheblichem Maße. Diese Entwicklung gilt allerdings nicht für alle Räume in Deutschland gleichermaßen. Zwar wird dieses Szenario für jedes Bundesland erwartet, die Varianz wird aber erheblich sein durch die unterschiedliche Dynamik regionaler Arbeitsmärkte, die bei Wanderungsbewegungen schon immer ihren Einfluss geltend gemacht haben, sowie durch die Wohnattraktivität von Städten und Gemeinden. Bis zum Jahr 2050 ist in Deutschland mit einem Bevölkerungsrückgang von 10 bis 15 % zu rechnen. Parallel zum Rückgang der Bevölkerung ändert sich auch deren Altersstruktur. Die Gruppe der über 80-Jährigen wird in 50 Jahren demnach dreimal so hoch wie sein heute, was 12% der Gesamtbevölkerung entspricht. Folgende Abbildungen verdeutlichen, inwieweit sich der demographische Wandel auf die Einwohnerzahl Deutschlands, Bayerns und Oberfrankens auswirken wird. Ge-

**Abb. 46:**  
Vorausberechnung der Einwohnerzahlen Deutschlands; Hierbei werden zwölf Varianten angewandt, dargestellt sind hier und die niedrigste sowie die höchste; Daten: Statistisches Bundesamt



**Abb. 47:**  
Vorausberechnung der Einwohnerzahlen Bayerns  
  
(Daten: Statistisches Bundesamt auf Grundlage der Einwohnerzahlen zum 31.12.2005)



„Die Bevölkerung Oberfrankens wird laut Prognose bis 2028 um ca. 10% schrumpfen.“

### 3.3.3 Bevölkerung / 3.3.3.1 Bevölkerung und Wohnen

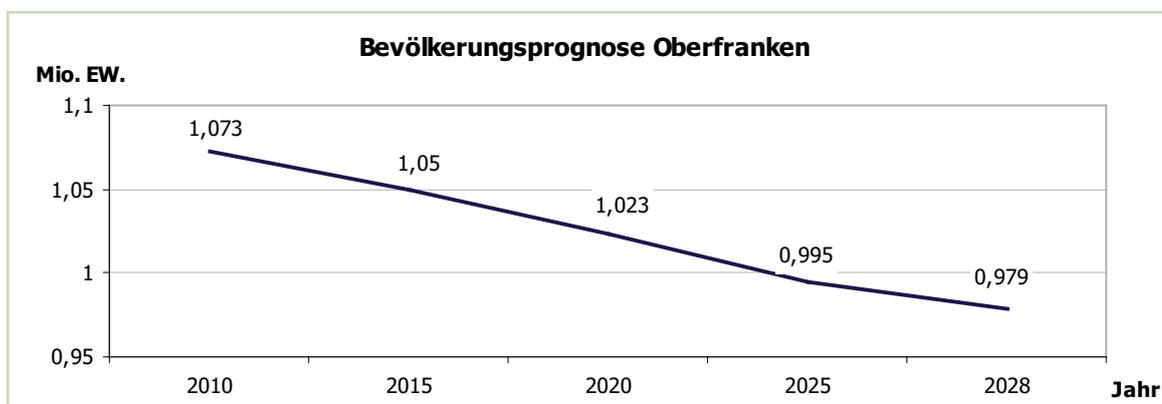


Abb. 48: Vorausberechnung der Einwohnerzahlen Oberfrankens

(Daten: Bayerisches Landesamt für Statistik)

maß Prognosen des Bayerischen Landesamtes für Statistik wird bis 2028 die Bevölkerung von Oberfranken um fast ein Zehntel (9,6 %) schrumpfen.

#### 3.3.3.1 Bevölkerung und Wohnen

##### ■ Status

###### Bevölkerung 2008

###### Deutschland:

- Einwohnerzahl ist seit einigen Jahren rückläufig und lag im Jahr 2008 bei nur noch knapp über 82 Mio (40,2 Mio. männlich, 41,8 Mio. weiblich), darunter 7,2 Mio. Ausländer
- 682.524 Menschen wurden geboren, 844.445 verstarben
- die meisten Menschen (24,9 Mio.) gehörten der Altersklasse der 40- bis 60-Jährigen an, 16,5 Mio. der 65-Jährigen und älteren

###### Bayern:

- 12,5 Mio. Einwohner (6,1 Mio. männlich, 6,4 Mio. weiblich)
- 106.870 Lebendgeburten und 118.432 Sterbefälle
- die größte Altersgruppe stellt die der 40- bis 60-Jährigen

###### Oberfranken:

- 1.082.500 Mio. Einwohner

Daten: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik 2009

##### ■ Entwicklung der Einwohnerzahl Bambergs

In nachfolgender Grafik sind die Einwohnerzahlen seit 1955 in Fünfjahresschritten dargestellt bzw. die Phase von 2000 bis 2009. In den 1950er Jahren lag die Einwohnerzahl Bambergs weit über der magischen Grenze von 70.000. Innerhalb von 14 Jahren sank diese zwischen 1955 und 1969 allerdings um fast 8.000 Menschen auf nur noch 68.713. Eingemeindungen der damaligen Vororte Gaustadt, Gartenstadt etc. im Jahre 1972 sorgten wieder für einen kurzfristigen Anstieg der Bevölkerung auf über 76.000 Einwohner. Die darauf folgenden Jahre brachten wiederum eine stark negative Bevölkerungsentwicklung mit sich, so dass sich die Einwohnerzahl seit Mitte der 1980er Jahre bis heute bei knapp über bzw. knapp unter 70.000 bewegt.

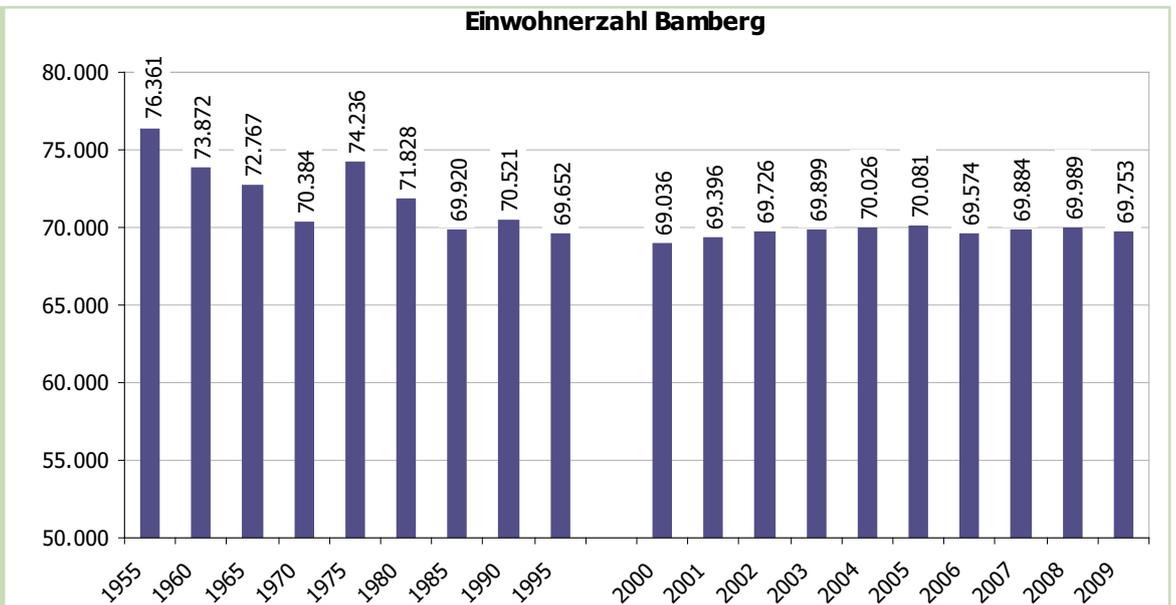
Bamberg ist nach Bayreuth die zweitgrößte Stadt in Oberfranken und wird gemäß Prognosen für das Jahr 2028 nicht annähernd so viele Einwohner verlieren wie andere oberfränkische Städte.

„Die Prognose für die Stadt Bamberg geht von einer konstanten Einwohnerzahl um die 70.000 bis 2028 aus.“

### 3.3.3.1 Bevölkerung und Wohnen

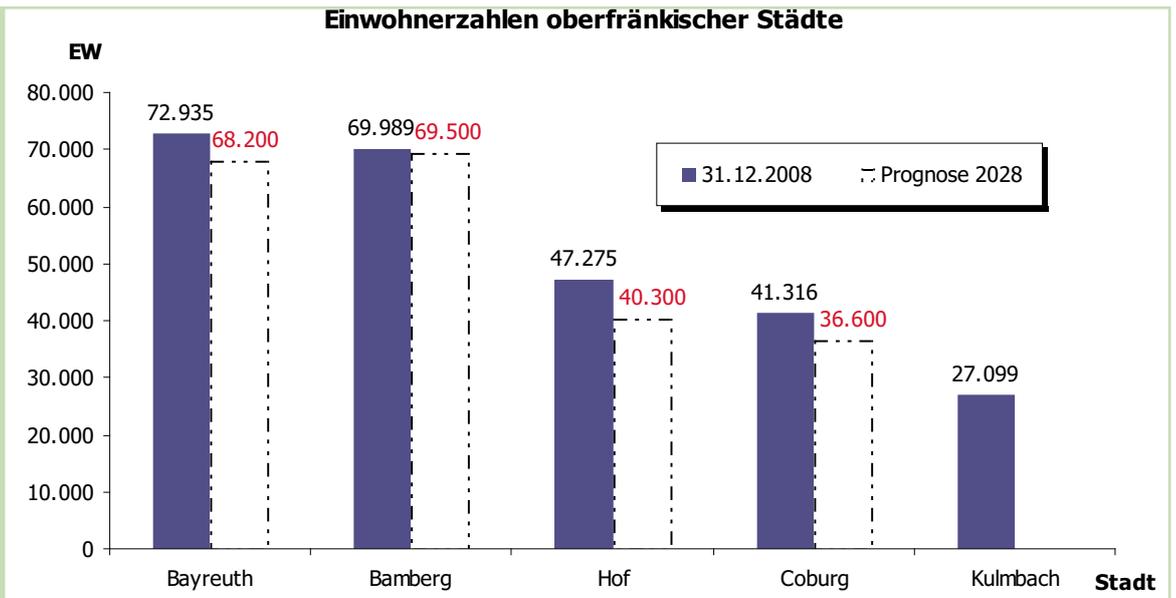
**Abb. 49:** Entwicklung der Einwohnerzahl Bambergs, Zahl für 2009 zum 30.06.2009

(Daten: Bamberger Zahlen 2008, S. 26);



**Abb. 50:** Einwohnerzahlen oberfränkischer Städte zum 31.12.2008 und prognostizierte Einwohnerzahl zum Jahr 2028

(Daten: Bayerisches Landesamt für Statistik)



#### ■ Bevölkerungsbilanz

Wie **Abb. 51** verdeutlicht, hat Bamberg seit etlichen Jahren eine positive Wanderungsbilanz aufzuweisen. Demnach ziehen jähr-

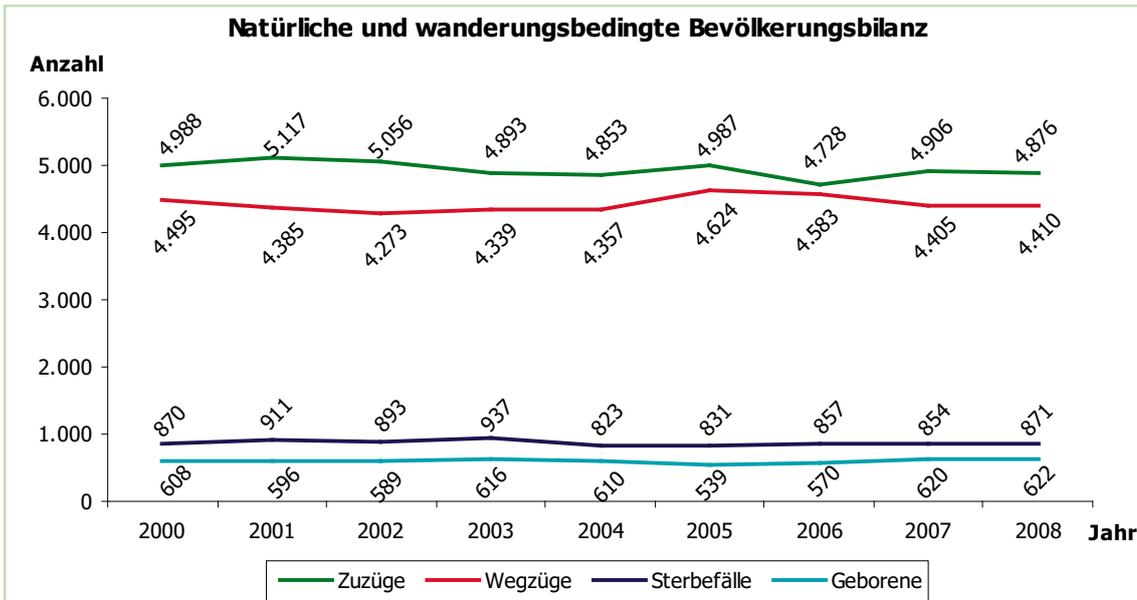
lich mehr Menschen in das Stadtgebiet als im selben Jahr wieder wegziehen. Im Jahr 2008 gab es einen Gewinn von +466 Zuzüglern; der letzte signifikante wanderungsbedingte Verlust war im Jahr 1997 mit 160 Personen zu verzeichnen. Wanderungsgewinne sind auch gleichzeitig der Grund dafür, dass Bambergs Ein-

„Jährlich ist ein Zuwachs von etwa 200 - 250 Wohneinheiten notwendig, um die Einwohnerzahl konstant zu halten.“

### 3.3.3.1 Bevölkerung und Wohnen

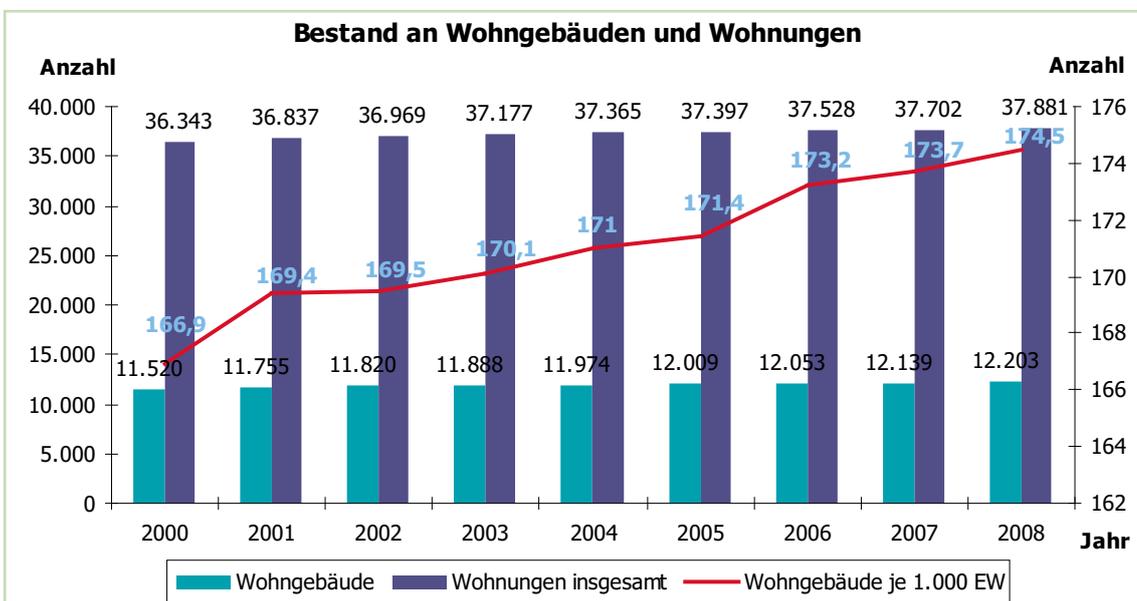
wohnerzahl seit Jahren konstant bleibt. Würden die Fortzüge in der Anzahl höher ausfallen als die Zuzüge, so könnten erstere nicht mehr durch natürliche Bevölkerungsbewegungen (Geburten) ausgeglichen werden. In Bamberg liegt die Zahl der Sterbefälle deutlich über den Geburten (2008: 622 Geburten stehen

871 Sterbefälle gegenüber), was in erster Linie demographische Gründe hat, da knapp jeder fünfte Einwohner älter als 65 Jahre ist (siehe **Abb. 53**). Unterm Strich bleibt ein meist positiver Gesamtsaldo (+215 für 2008).



**Abb. 51:** Natürliche und wanderungsbedingte Bevölkerungsbilanz

(Daten: BAMBERGER ZAHLEN 2008, S. 34)



**Abb. 52:** Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen in Bamberg zum 31.12. jeden Jahres

(BAMBERGER ZAHLEN 2008, S. 66)

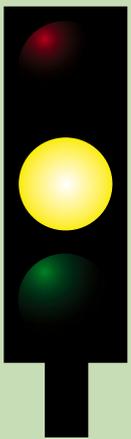
*„Die Wohnungsmarktsituation hat sich in den letzten Jahren verschärft. Im Zuge des demographischen Wandels werden zunehmend barrierefreie Wohnungen benötigt. Im gleichen Maße ist darauf zu achten, familiengerechte und finanziell erschwingliche Wohnmöglichkeiten zu schaffen.“*

### 3.3.3.1 Bevölkerung und Wohnen

#### ■ Wohnungssituation

Bamberg hatte zum 31.12.2008 einen Bestand an 37.881 Wohnungen mit einer Wohnfläche von 3.015.804 m<sup>2</sup>. Pro 1.000 Einwohner stehen knapp 175 Wohngebäude zur Verfügung (knapp acht mehr als noch im Jahr 2000). Jährlich werden bis zu 250 Wohneinheiten neu gebaut, zum selben Zeitpunkt werden aber auch einige Wohnungen aufgelöst. Die Nachfrage nach Wohnungen ist im Stadtgebiet konstant, die Zahl der Haushalte wird bis zum Jahr 2020 weiter zunehmen. Ein nicht unerheblicher Teil werden Single-Haushalte sein, die dann besonders in den höheren Altersklassen aufgrund von Trennungen und Sterbefällen zu finden sein werden.

#### ■ Einschätzung des Handlungsbedarfs



##### Kommentar:

Der demographische Wandel wird Auswirkungen auf die Wohnungssituation in Bamberg haben. Da sich Investoren und Bauherren heute auf die demographische Situation einstellen (müssen), wird Barrierefreiheit im Neubau zunehmend selbstverständlich. Barrierefreiheit bedeutet allerdings nicht nur alters- und behindertengerecht, sondern auch familiengerecht zu bauen. Im Sanierungsfall ist es wichtig, entsprechende Standards auch im Bestand zu erreichen.

Die Nachfrage nach Wohnungen ist in Bamberg konstant und wird auch weiterhin gegeben sein. Um die Einwohnerzahl auch in den kommenden Jahren stabil zu halten, ist ein Zuwachs von jährlich 200 bis 250 Wohneinheiten notwendig. In diesem Zusammenhang ist die Stadtteilentwicklung, also die Aufwertung bestimmter Quartiere der Stadt als Teilziel des Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes in den kommenden Jahren eine wichtige Maßnahme im Bereich der städtebaulichen Entwicklung.

Im Gegensatz zu anderen oberfränkischen Städten wird Bamberg in den nächsten 20 Jahren kaum Bevölkerung verlieren (siehe **Abb. 51**). Allerdings muss eine zunehmend aktivere Grundstückspolitik der Stadt zur besseren

Steuerung und Einflussnahme auf dem Wohnungsmarkt stattfinden und so preiswerter Wohnraum - vorwiegend im Bestand - gesichert werden.

Zudem sollte das Angebot an Informationen und Beratung für Wohnungssuchende und Bauwillige intensiviert werden (Bauträgergruppen, alternative Wohnformen, barrierefreies Bauen). Neben preiswertem Wohnraum sind Investitionen in eine gute soziale Infrastruktur wichtig, um Einwohner und vor allem junge Familien mit Kindern in der Stadt zu halten. Weiche Standortfaktoren, wie beispielsweise eine gute Versorgung mit Einrichtungen zur Kindertagesbetreuung, spielen beim Umzugsge danken eine nicht zu unterschätzende Rolle.

#### ■ Zielwerte auf kommunaler Ebene

Bereitstellung von 200 bis 250 Wohneinheiten jährlich (davon 180 Wohneinheiten im Geschosswohnungsbau), um die Einwohnerzahl stabil zu halten.

#### ■ Zieldiskussion

In Bamberg besteht schon jetzt ein Mangel im Bereich des Mietwohnungsbaus; zukünftig wird es auch an geeigneten Geschosswohnungen fehlen, weil größere Flächen planungsrechtlich nicht mehr vorhanden sind. Bei den höherwertigen Eigentumswohnungen können die Bedingungen dagegen als gut angesehen werden. Insgesamt ist Bamberg als Wohnstandort weiterzuentwickeln. Nötig ist dabei laut Arbeitsgruppe des SEK die Entwicklung neuer Wohnformen für einen zukunftsfähigen Wohnstandort. Dazu zählt insbesondere die Bereitstellung barrierefreien Wohnraums in den Innenstadtbereichen, aber auch adäquaten Wohnraums für Familien und Studierende.

Das Hauptziel im Hinblick auf die demographische Entwicklung muss sein, in soziale Infrastruktur zu investieren. Ein familien- und kinderfreundliches Umfeld, sei es zum Wohnen oder Arbeiten (siehe auch Kapitel 3.2.5 und 3.3.4), bedeutet einen wichtigen weichen Standortfaktor, der eine Stadt wie Bamberg attraktiv für junge Familien mit Kindern macht. Hierfür sind allerdings

„Ca. 22% der Gesamtbevölkerung Bambergs sind 65 Jahre und älter (Stand 2008). Schon heute ist mehr als jeder zweite Bamberger mindestens 40 Jahre alt.“

### 3.3.3.2 Altersaufbau und medizinische Versorgung

„bezahlbare“ Grundstückspreise für Unternehmen wie Privatpersonen gleichermaßen vonnöten. In diesem Zusammenhang darf jedoch nicht vergessen werden, dass die Grundstückspreise in der Stadt immer höher sind als auf dem Land, und diese sich mit zunehmender Entfernung von der Stadt verringern. Eine Migrationsentscheidung „pro Stadt“ oder „pro Umland“ ist ein Kompromissfindungsprozess.

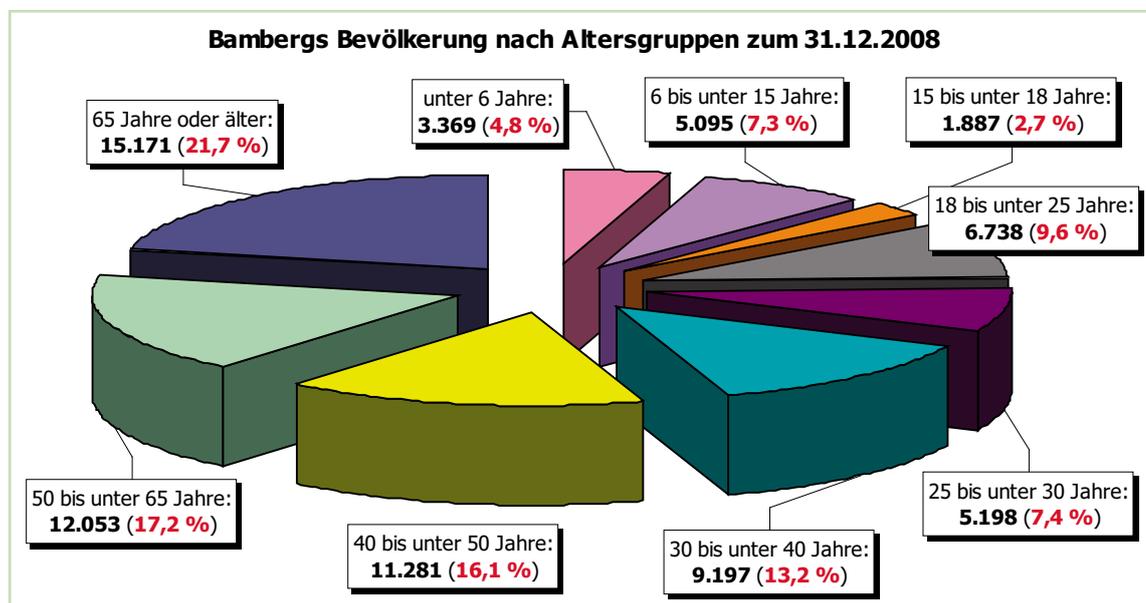
22 % an der Gesamteinwohnerzahl. Demzufolge kann festgehalten werden, dass schon heute mehr als jeder zweite Bamberger Bürger mindestens 40 Jahre alt ist und sich fast jeder fünfte im Rentenalter befindet. Aufgrund der zunehmenden Alterung der Bevölkerung steigt entsprechend der Bedarf an medizinischen Leistungen.

### 3.3.3.2 Altersaufbau und medizinische Versorgung

Beim Altersaufbau der Bamberger Bevölkerung wird der deutschlandweite Trend bestätigt. So stellt hier die Altersgruppe der 40- bis 65-Jährigen mit zusammen knapp einem Drittel Anteil an der Gesamtbevölkerung die stärkste Altersgruppe. Die Gruppe der 65-Jährigen und älteren besitzt einen Anteil von knapp

Der demographische Wandel hat demnach auch in Bamberg Auswirkungen auf die medizinische Versorgung in der Stadt. In den Jahren 2005 bis 2008 stieg die Anzahl der in Bamberg ansässigen Ärzte um bis zu 100 an. Auf einen Arzt kamen in Bamberg im Jahr 2008 129 Einwohner.

Gleichzeitig muss aber auch berücksichtigt werden, dass aufgrund altersbedingten Austrittes aus der Erwerbstätigkeit in absehbarer Zeit mit einem Rückgang der Ärztezahl gerechnet werden muss. In der Region Bamberg praktizieren 155 Hausärzte (Stand: 2010), davon sind 61 über 56 Jahre alt und 100 über 50 Jahre. Im Ist-Zustand ist eine ausreichende ärztliche Versorgung in der Region Bamberg gesichert. Problematisch erscheint in Zukunft der Bereich der niedergelassenen Ärzte, da ein Großteil der Mediziner unter den derzeit geltenden Rahmenbedingungen nicht bereit ist, Hausarztpraxen zu gründen bzw. weiter zu führen.



**Abb. 53:** Altersaufbau der Bamberger Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung zum 31.12.2008

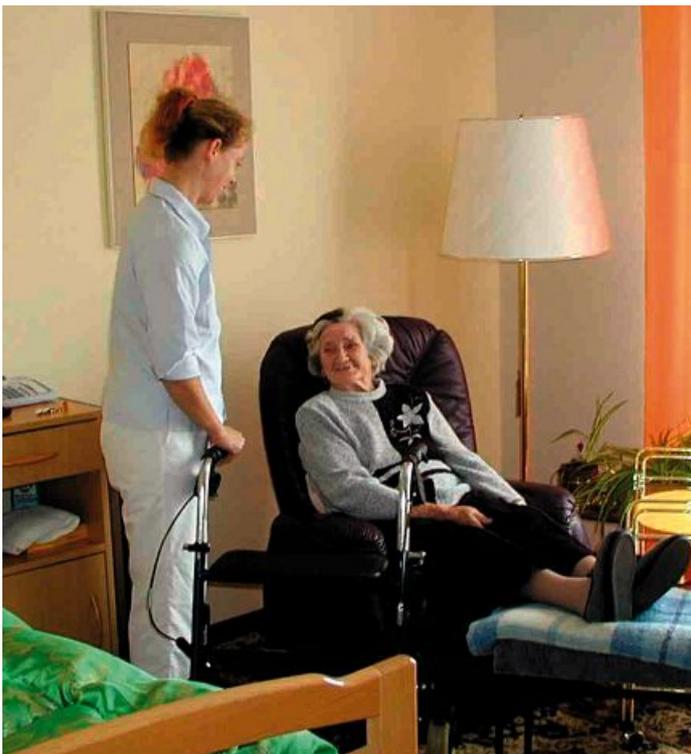
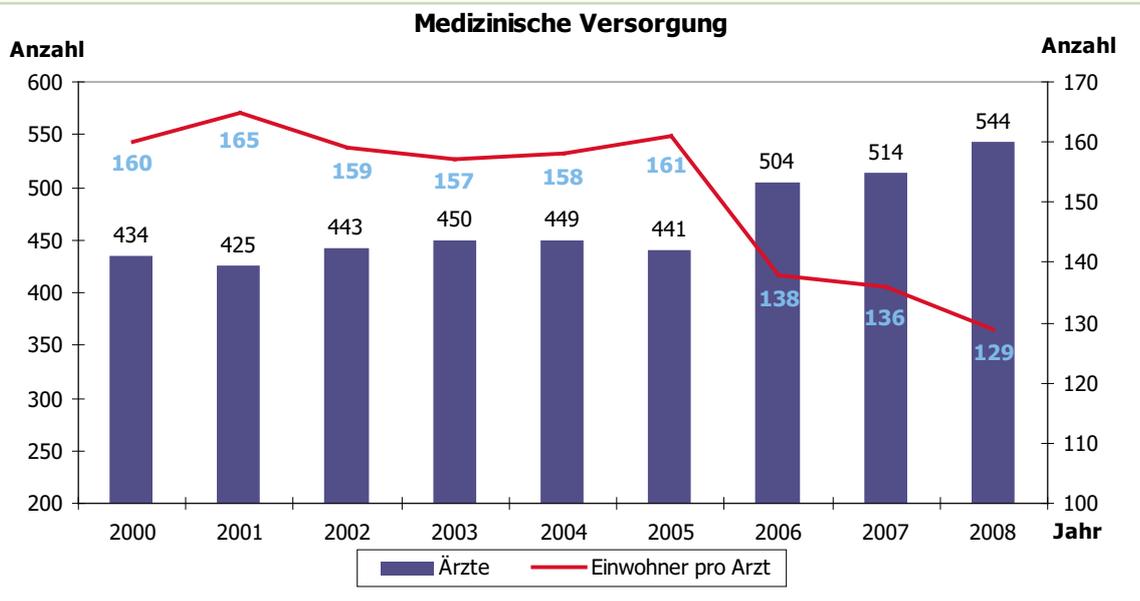
(Daten: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung)

„ Die zunehmende Alterung der Gesellschaft macht auch einen Ausbau der medizinischen Versorgung notwendig.“

### 3.3.3.2 Altersaufbau und medizinische Versorgung

**Abb. 54:** Medizinische Versorgung (Ärzte sowie Einwohner pro Arzt) in Bamberg

(Daten: Bamberger Zahlen 2008, S. 42).



- **Einschätzung des Handlungsbedarfs** hoch
- **Zielwerte auf kommunaler Ebene** keine Angabe
- **Zieldiskussion** Zunehmend rücken Pflege und Gesundheitsversorgung als weiche Standortfaktoren in den Vordergrund. In naher Zukunft ist eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Rundumbetreuung nicht mehr automatisch sichergestellt. Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken, haben namhafte Gesundheitsakteure aus der Region den Verein „Gesundheitsregion Bamberg e.V.“ gegründet. Mittlerweile sind bereits 60-70 Verbände daran beteiligt.



### 3.3.3.3 Integration

#### ■ Integration von Menschen mit Migrationshintergrund

Der Ausländeranteil hat sich in Bamberg seit den 1990er Jahren stetig erhöht und liegt aktuell bei 10,24 % (Vergleich: 1994 noch 7,86 %).

Von den 7.169 ausländischen Mitbürgern aus über 100 Ländern stammen u. a. 1.286 aus der Türkei, 324 aus Serbien-Montenegro, 318 aus Italien, 193 aus Griechenland und 61 aus Spanien.

#### ■ Migranten- und Integrationsbeirat Bamberg (MIB)

Im Jahre 1994 wurde der Migranten- und Integrationsbeirat ins Leben gerufen. Dieser Beirat ist die demokratisch gewählte Interessenvertretung aller in Bamberg wohnhaften Ausländer gegenüber der Stadt und der Öffentlichkeit.

#### Der Migranten- und Integrationsbeirat setzt sich in Bamberg ein für

- ein gutes gesellschaftliches Klima mit gegenseitigem Respekt und der Akzeptanz verschiedener Kulturen
- ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Nicht-Deutschen und Deutschen
- die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Migrantenbevölkerung
- Maßnahmen gegen Diskriminierung und Rassismus
- die Sensibilisierung der Stadt für die Belange von Migranten
- eine bessere Kommunikation zwischen der Verwaltung und den Mitbürgern mit Migrationshintergrund
- eine gelungene, flächenübergreifende Integrationsarbeit in der Stadt Bamberg

*„Der Anteil ausländischer Mitbürger an der Gesamt Einwohnerzahl Bambergs ist von 7,9% (1994) auf 10,2% (2009) gestiegen.“*

#### ■ Projekte, Kooperationen und Aktivitäten des MIB

##### Flächenübergreifenden Integrationsprojekt der Stadt Bamberg

Mit der Gründung eines Runden Tisches hat die Stadt Bamberg im Juli 2007 den Startschuss für eine verbesserte Integrationspolitik gegeben. Durch die Gründung des Runden Tisches soll ein lokales Netzwerk mit allen für den Bereich Integration relevanten Akteuren gebildet werden, um so die in Bamberg bereits vorhandenen Kompetenzen zu bündeln. Darüber hinaus wurde eine Lenkungs- und Steuerungsgruppe eingerichtet, die ein kommunales Leitbild und Gesamtkonzept für die Integration von Migranten erarbeitet hat. Dem entsprechenden Maßnahmenkatalog (Prioritätenliste) ist im Oktober 2009 im Familiensenat und Stadtrat zugestimmt worden.

##### Projekt „Bamberger Lesefreunde“

Im Rahmen dieses im November 2008 gestarteten Projektes engagieren sich die Mitglieder des zugehörigen Arbeitskreises in Bamberger Kindergärten. Das in Nürnberg seit mehreren Jahren erfolgreich laufende Praxisprojekt fördert Sprache, Persönlichkeit und Fantasie der beteiligten Kinder. Wie sein Vorbild in Nürnberg setzt auch das Bamberger Praxisprojekt auf Freiwillige, die ein- bis zweimal die Woche „ihre“ Kindertagesstätte besuchen, um dort einer kleinen Gruppe von Kindern vorzulesen. Im Gegensatz zum bloßen Vorlesen steht beim „dialogischen Lesen“ das Gespräch mit den Kindern im Vordergrund, um so spielerisch und unverkrampft Sprachförderung zu betreiben. Durch die aktive Einbeziehung der Kinder, ihrer Gedanken und ihrer Erfahrungen werden nicht nur Sprachkompetenz, sondern auch Persönlichkeit, Fantasie und nicht zuletzt die Freude am Lesen gefördert. Da eine gute Sprachkompetenz im Deutschen bei zweisprachig aufwachsenden Kindern mit ihrer Entwicklung und Kompetenzen in ihrer nicht-deutschen Erst-/Herkunftssprache eng zusammenhängt, will das Projekt durch fremdsprachige Lesefreundinnen und -freunde die Kinder auch in diesen Sprachen und damit in ihrer sprachlichen Entwicklung insgesamt unterstützen.

##### Bamberger Bündnis gegen Rechtsextremismus

Gemeinsam mit vielen anderen Organisationen und Institutionen

„Der Schulerfolg der Migrantenkinder liegt deutlich unter dem der Nicht-Migrantenkinder.“

### 3.3.3.3 Integration



engagiert sich der Migranten- und Integrationsbeirat der Stadt Bamberg im „Bamberger Bündnis gegen Rechtsextremismus“.

#### Weitere Aktivitäten und Kooperationen des MIB

Bamberger Integrationsmesse, Interkulturelle Wochen, Internationales Fußballturnier mit Familienfest, Verleihung der Auszeichnung für Zivilcourage, multireligiöse Gebete, Radeln gegen Rassismus, Ausbildungsinitiative Bamberger und Forchheimer Betriebsinhaber mit Migrationshintergrund, BIG (Bewegung als Investition in die Gesundheit), Seniorenwegweiser „Älter werden in Bamberg“, Straßenfeste, PoliWork.

#### – Migranten an Bambergs Schulen

Derzeit sind 9,68 % der Bamberger Volksschüler (Grundschulen und Hauptschulen) Ausländer. Der Anteil an bilingualen Schülern ist allerdings höher als aus den Statistiken herauszulesen ist. Aussiedler aus dem russischsprachigen Raum haben einen deutschen Pass und werden deshalb in keiner schulbezogenen Migrantenstatistik erfasst.

Familien, die erfolgreich eine Einbürgerung beantragt haben, besitzen ebenfalls einen deutschen Pass, auch wenn die Familien zu Hause in einer nicht-deutschen Herkunftssprache sprechen. Kinder aus Familien mit einem deutschen Elternteil gelten automatisch als Deutsche, so dass auch sie nicht als Migranten gezählt werden. Die genannten Besonderheiten können dazu führen, dass der Ausländeranteil in Bambergs Klassen sehr niedrig, der Anteil der - im besten Falle - bilingual aufwachsenden Kinder aber sehr hoch sein kann. Somit kann es also große Unterschiede zwischen der Zahl der Ausländer/Migranten und jener von Menschen mit Migrationshintergrund geben (Informationen: Schulamt Bamberg).

Der gesamte Ausländeranteil an Bambergs Volksschulen, Realschulen und Gymnasien ist in folgender Tabelle im Vergleich mit Bayern dargestellt.

	Bamberg	Bayern
Volksschulen	9,68	10,23
Grundschulen	6,57	7,83
Hauptschulen	17,56	14,95
Realschulen	5,17	4,13
Gymnasien	3,24	3,77

**Tab. 10:** Ausländeranteil an Schulen (in %) – Bamberg und Bayern im Vergleich  
(Daten: Schulamt Bamberg; Bayern-Werte Schuljahr 2007/2008, Bamberg-Werte: aktuellste Werte).

Der Schulerfolg der Migrantenkinder liegt in Relation zur Gesamtzahl der Schulabgänger mit Migrationshintergrund deutlich unter dem der Nicht-Migrantenkinder.

Im Schuljahr 2005/2006 z. B. schaffte nur jedes vierte Migrantenkinder den qualifizierenden Hauptschulabschluss, dagegen ging „nur“ jeder 15. Deutsche von der Schule ohne Abschluss ab.

Abb. 55 gibt einen Überblick über den Erfolg des Schulabschlusses an den Hauptschulen Bambergs der letzten Schuljahre, aufgeschlüsselt nach Migranten und Deutschen.



– **Einschätzung des Handlungsbedarfs** hoch

– **Zielwerte auf Bundes- und Landesebene**

Bund und Länder streben an, bis zum Jahr 2015 die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss von derzeit 8 % auf 4 % zu halbieren

– **Zielwerte auf kommunaler Ebene**

keine Angabe

„Frühzeitige Sprach- und Bildungsangebote fördern die Eingliederung und führen zu besseren Schulerfolgen.“

### 3.3.3.3 Integration

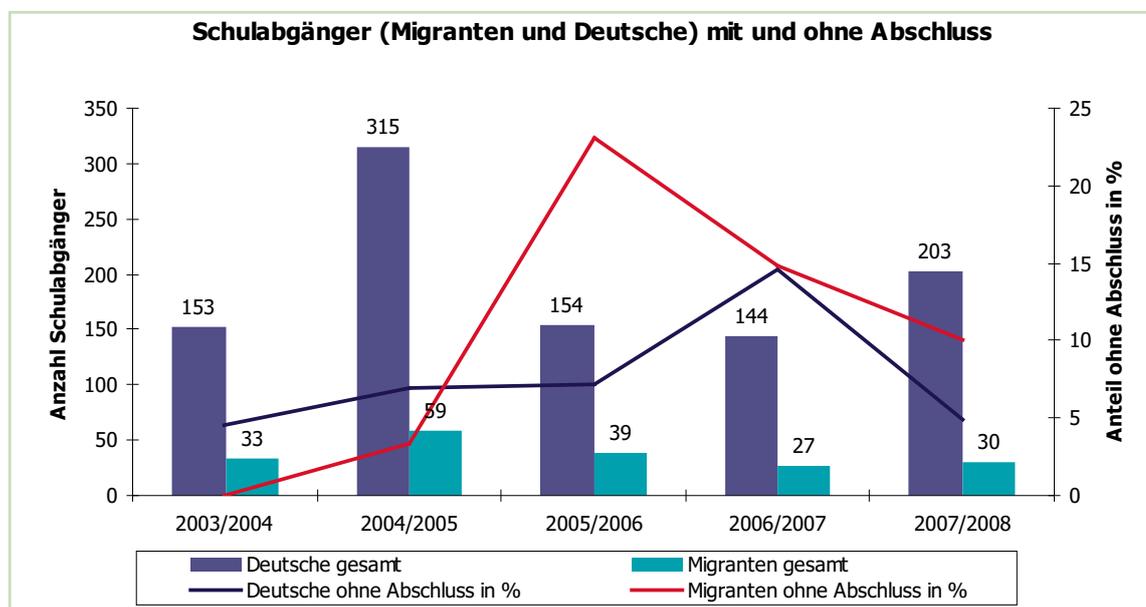


Abb. 55: Schulabgänger an Bamberg's Haupt-schulen mit und ohne Schulabschluss, aufgeschlüsselt nach Deutschen und Migranten (Daten: Schulamt Bamberg)

#### ■ Zieldiskussion

Es ist von hoher Bedeutung, die Bemühungen zur Integration von Ausländern weiter auszubauen und noch zu intensivieren. Die erfolgreiche Integration der Bürger mit Integrationsdefiziten ist eine Schlüsselaufgabe der Stadt Bamberg. Mit der Gründung eines Runden Tisches für ein flächenübergreifendes Integrationsprojekt wurden bereits die Weichen für eine verbesserte Integrationspolitik gestellt. Weitere Runde Tische sind geplant.

Für Kinder mit Migrationshintergrund ist es wichtig, dass sie bereits in den Kindertagesstätten intensiv gefördert werden. Besondere Sprachförderung in deutsch und in der nicht-deutschen Familiensprache gibt es in Bamberg z. B. durch das bereits beschriebene Projekt „Bamberger Lesefreunde“. Dies ist höchst bedeutsam, damit der spätere Schulerfolg gesichert werden kann und sich die Anzahl der Migranten ohne Schulabschluss verringert.

#### ■ Integration von Menschen mit Behinderung

Bamberg ist eine Stadt, in der mit knapp 12 % Bevölkerungsanteil überdurchschnittlich viele Bürger mit Behinderungen leben (2008: 8.744). Erfasst sind dabei aber nur die Besitzer eines Schwerbehindertenausweises. Menschen mit Handicap sind somit in Bamberg alles andere als eine Randgruppe. Dennoch sind die infrastrukturellen Voraussetzungen für ein gleichberechtigtes Miteinander in allen Lebenslagen leider noch lange nicht gegeben, wenngleich es viele Initiativen gibt und die Stadt sich sehr für die Belange von Behinderten einsetzt.

#### Arbeiten mit Handicap in der Stadtverwaltung Bamberg

Private und öffentliche Arbeitgeber mit mindestens 20 Arbeitsplätzen sind gesetzlich verpflichtet, auf mindestens 5 % der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen. Dabei sind schwerbehinderte Frauen besonders zu berücksichtigen. Der vorgeschriebene Wert kann in der Stadtverwaltung von Bamberg eingehalten werden.

„Ca. 12% der Bamberger Bevölkerung lebt mit einer körperlichen und/oder geistigen Behinderung.“

„Der 2009 verabschiedete Sozialplan enthält Maßnahmen, um das Ziel „barrierefreies Bamberg“ zu erreichen.“

### 3.3.3.3 Integration

#### Gremien / Initiativen

##### ■ Beirat für Menschen mit Handicap

Die Stadt Bamberg hat im Jahr 2004 zur Stärkung der Belange von Menschen mit Behinderung einen Beirat als öffentliche kommunale Einrichtung eingerichtet. Dieser hat u. a. die Aufgaben, den Stadtrat und dessen Gremien sowie die Stadtverwaltung bei Belangen, die behinderte Menschen betreffen, zu beraten und Empfehlungen zu geben, bei der Schaffung von Rahmenbedingungen für ein behindertenfreundliches kommunales Umfeld mitzuwirken, Projekte zur Verbesserung der Integration behinderter Menschen zu initiieren, die Barrierefreiheit auf allen Ebenen zu fördern und den Erfahrungsaustausch zwischen den Trägern der Behindertenarbeit in Bamberg zu pflegen und zu verbessern.

##### ■ Behindertenbeauftragte der Stadt Bamberg

Die Behindertenbeauftragte ist Ansprechpartnerin für alle Fragen und Probleme von Menschen mit Handicap und besitzt die Aufgaben, Hilfesuchende in Fragen nach dem Sozialgesetzbuch IX zu beraten, Anträge auf Anerkennung einer Schwerbehinderung bzw. eines Verschlimmerungsantrages zu stellen, die Behindertenplanung konzeptionell weiterzuentwickeln, Anregungen und Hinweise zur behindertenfreundlichen Umgestaltung des Stadtgebietes entgegenzunehmen und städtische Dienststellen bezüglich des Gleichstellungsgesetzes von Menschen mit Behinderungen zu beraten.

##### ■ Preis „BARrierefrei – Leben, Einkaufen und Genießen ohne Hindernisse“

Von einem barrierefreien Bamberg profitieren alle Bürger, allen voran Menschen mit Behinderung, ältere Mitbürger, aber auch Eltern mit Kinderwagen und Menschen mit Krücken oder schwerem Gepäck. Die Stadt Bamberg will deshalb Hindernisse jeglicher Art abbauen und setzt dabei auch auf Eigeninitiative. Für das beste freiwillige Engagement zugunsten eines Bambergs ohne Hindernisse verleiht die Stadt den Preis „BARrierefrei – Leben, Einkaufen und Genießen ohne Hindernisse“.

##### ■ Checkliste „Barrierefreies Bauen“

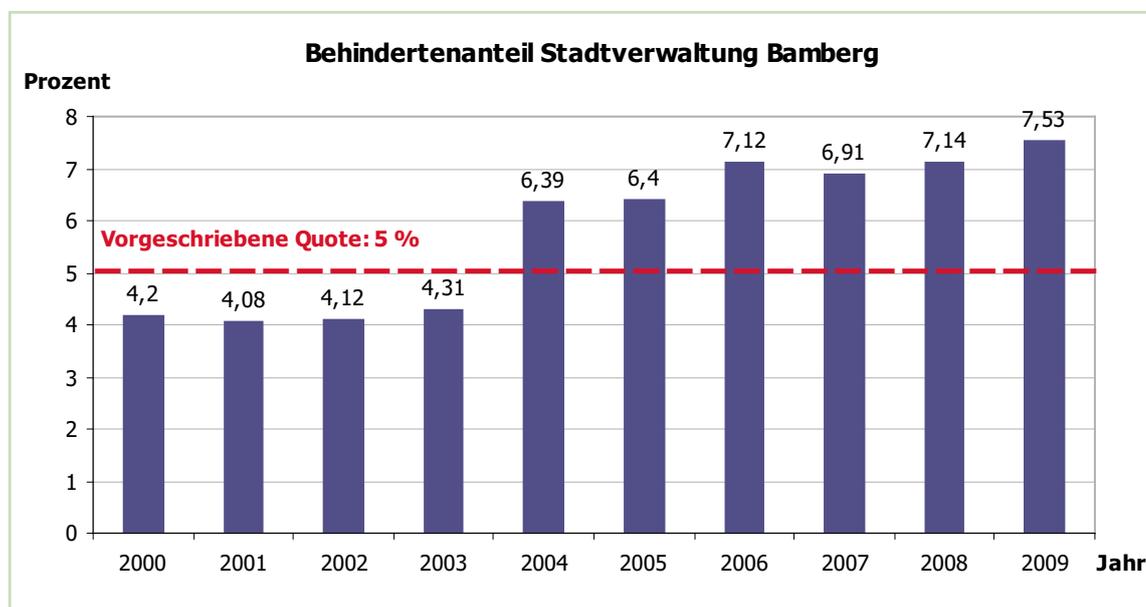
Die Broschüre der Behindertenbeauftragten der Stadt aus dem Jahr 2008 informiert über barrierefreies Bauen und Planen. Aufgabe der gesamten Stadtgesellschaft ist es, die vielfältigen Barrieren abzubauen. Bei allen Entscheidungen müssen die Interessen von Menschen mit Behinderungen berücksichtigt und Barrierefreiheit selbstverständlich werden. Dies gilt insbesondere für den Bereich „Bauen und Stadtgestaltung“.

##### ■ Stadtführer für Menschen mit Handicap

Aus dem kleinen Wegweiser für Menschen mit Handicap ist u. a. ersichtlich, wo es im Stadtgebiet behindertengerechte Toiletten, Sonderparkplätze, barrierefreie Restaurants, Hotels und Arztpraxen gibt und wie es um die Zugänglichkeit der Museen bestellt ist.

Wie in *Abb. 56* dargestellt, hat sich der Anteil der Behinderten an den Gesamtbeschäftigten in den letzten Jahren immer weiter erhöht und lag 2009 bei 7,53 %, womit die Stadt Bamberg als Arbeitgeber vorbildlich ist und zumindest in dieser Hinsicht kein Handlungsbedarf festgestellt werden kann. Der Sprung von 4,3 auf 6,4 % (2003 auf 2004) kann mit der Trennung von Stadt und Sozialstiftung Bamberg erklärt werden.

### 3.3.3.3 Integration



**Abb. 56:** Anteil der Menschen mit Handicap an der Gesamtzahl der Beschäftigten in der Stadtverwaltung

(Daten: Personalamt Bamberg)



■ **Einschätzung des Handlungsbedarfs** hoch

■ **Ziele auf kommunaler Ebene**

Der gesetzlich vorgeschriebene Wert von 5 % behinderter Beschäftigter in der Bamberger Stadtverwaltung muss eingehalten werden.

■ **Zieldiskussion**

Das Hauptziel muss sein, die Barrierefreiheit in der Stadt voranzubringen sowie die Rechte von Menschen mit Handicap weiter zu stärken. Im Zuge dessen wurde im Jahr 2009 ein Sozialplan für Menschen mit Behinderung verabschiedet. Der Sozialplan soll die Voraussetzungen schaffen, dass Bürger mit Handicap gleichberechtigt am sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben teilhaben können. Ziel dabei ist ein barrierefreies

Bamberg, in dem behinderte Menschen ihre Rechte auf Selbstbestimmung umsetzen und alle Einrichtungen der Stadt Bamberg (z. B. Kultur-, Verwaltungs-, Freizeit-, Verkehr- und Bildungseinrichtungen) nutzen können. Eine barrierefreie Gestaltung des Lebensumfeldes liegt im Interesse aller Bürger. Der Sozialplan enthält zahlreiche Maßnahmen, um das Ziel „barrierefreies Bamberg“ zu erreichen:

- Aufbau eines kostengünstigen Fahrdienstes in der Stadt Bamberg
- Aufbau einer Krisenberatung mit Kriseninterventionsdienst für Menschen mit Behinderung
- Ratgeber für Menschen mit Behinderung auf der Grundlage der Erhebungen des Sozialplanes
- Schulung des Personals des ÖPNV über den Umgang mit mobilitätseingeschränkten Menschen
- Entsprechende Taktung von Ampelschaltungen, so dass auch mobilitätseingeschränkten und älteren Personen das sichere Überqueren von Straßen ermöglicht wird
- Vorhandensein sanitärer Einrichtungen (z. B. der barrierefreie WC-Container), damit Menschen mit Behinderung auch an öffentlichen Veranstaltungen im Freien teilnehmen können.



### 3.3.4 Familie und Kinder

#### ■ Einführung

Die Förderung von Kindern und Jugendlichen und die Berücksichtigung ihrer Interessen ist eine wichtige Forderung der Agenda 21. Die kommunale Kinder- und Jugendarbeit kann über ihre eigentlichen Aufgaben hinaus auf die Einbindung dieser Generation in den Agenda-Prozess hinwirken. Hauptaugenmerk wird in diesem Kapitel auf die Themen Familienfreundlichkeit und Kinderbetreuung gelegt. Damit eine Kommune nachhaltig einen attraktiven Anziehungspunkt für Familien von außerhalb darstellen kann und damit zukunftsfähig bleiben kann, muss Familienfreundlichkeit groß geschrieben werden. Zudem ist neben der institutionellen Kinderbetreuung die Kindertagespflege, im Rahmen derer Kinder vom Säuglingsalter bis zum Schulalter für Teile des Tages oder auch ganztags von Tagespflegepersonen betreut werden, ein wichtiger Baustein in der kommunalen Betreuungsinfrastruktur.

#### ■ Status

Die Stadt Bamberg hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Beschlüsse und Maßnahmen umgesetzt, um als Standort für Wohnen, Leben und Arbeiten für Familien so attraktiv wie möglich zu werden. Darüber hinaus wird in enger Zusammenarbeit mit dem Landkreis Bamberg eine weitere Verbesserung der Familienfreundlichkeit in der gesamten Region angestrebt.

Ausgewählte Beschlüsse zum Thema „Familienfreundlichkeit“ in Bamberg:

- **Januar 2003:** Auftakt für den „Kommunalen Familientisch“ (Vorläufer des Familienbeirats) – Pilotprojekt des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.
- **Frühjahr 2004:** Gründung des Familienbeirats mit dem Hauptziel, die Bedürfnisse der Familien gegenüber der Politik zu vertreten und ein Netzwerk zur Unterstützung der Familien aufzubauen. Der Familienbeirat setzt sich aus zehn Vertretern von Familien- und Wohlfahrtsverbänden, zehn Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Bamberg als Vertreter der Familien und zwei

Repräsentant(inn)en der Wirtschaft zusammen.

- **Juni 2006:** Stadtrat beschließt die Einführung der „Bamberger Familienfreundlichkeitsprüfung“ als Grundlage für ein familienfreundliches Handeln der Stadtverwaltung. Leitziel ist die Verpflichtung aller städtischen Organisationseinheiten, im täglichen Verwaltungshandeln die Anliegen und Bedürfnisse von Familien bewusst zu berücksichtigen. Rechts- und Sozialreferat sowie Familienbeirat verabschieden darüber hinaus einen Kriterienkatalog zur familienfreundlichen Stadt Bamberg mit den Inhalten Spielraum für Kinder und Jugendliche, Freizeit- und Erholungsflächen, familienunterstützende und familiengerechte Infrastruktur, Wohnumfeld/Verkehr/Sicherheit, familiengerechtes Wohnen sowie Interessenvertretung von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien.
- **Juli 2006:** Stadtrat beschließt die Einsetzung einer Familienbeauftragten.
- **Dezember 2007:** Stadtrat beschließt eine Sonderrücklage „Kinder – Bambergs Zukunft“ (Gesamtvolumen von 1 Mio. €). Mit diesem Programm wird neben vielen kleineren Projekten der Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen finanziert. Darüber hinaus erhalten Träger von Kindertagesstätten freiwillige Zuschüsse zur Verbesserung des Personalkostenschlüssels.
- **2008:** Dem Familiensenat wird eine Bestandsaufnahme zur Familienfreundlichkeit vorgelegt und weitere Anregungen den städtischen Ämtern im Rahmen der Familienfreundlichkeitsprüfung 2008. Die Familienfreundlichkeitsprüfung wird durch ein Familienfreundlichkeitsprofil ersetzt.
- **November 2009:** Oberbürgermeister und Landrat unterzeichnen die „Leitlinien für die Familienfreundliche Region Bamberg“

„Die Stadt Bamberg hat in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen und Projekte gestartet, um die Familienfreundlichkeit zu erhöhen.“

### 3.3.4 Familie und Kinder

#### – Projekte und Angebote in Bamberg für Familien, Kinder und Jugendliche<sup>17</sup>

#### – Projekte des Familienbeirats und der Familienbeauftragten



Familienbeirat  
der Stadt Bamberg

Mit zahlreichen Projekten und Angeboten für Familien wie beispielsweise dem Bamberger Familienabenteuer, dem Familienratgeber „Tipps und Infos für Familien“, der Willkommensberatung der Familienbeauftragten, der Postkarte „Bamberg familienfreundlich“, dem Familienpass

„Däumling“ (150 teilnehmende Einrichtungen) oder dem Internetportal für die Familienregion Bamberg ([www.bamberg-familienfreundlich.de](http://www.bamberg-familienfreundlich.de)) haben sich Familienbeirat und Familienbeauftragte in Bamberg bereits einen Namen gemacht.

Das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ ist ein zentrales Thema der kommunalen Familienpolitik. Um Unternehmen der Region eine Informations- und Austauschplattform zur familienfreundlichen Personalpolitik zu bieten, wurde das Projekt „WiR. Unternehmen Familie“ ins Leben gerufen (siehe auch Kap. 3.2.5).

#### – Ausgewählte Angebote und Projekte für Kinder und Jugendliche



#### ... im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“

Auf die 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages geht das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ zurück. Es hat zum Ziel, „der sozialräumlichen Polarisierung in Städten und Gemeinden Einhalt zu gebieten und eine nachhaltige Aufwärtsentwicklung im Stadt- und Ortsteil mit besonderem Entwicklungsbedarf einzuleiten und zu sichern“.

Die Stadt Bamberg ist seit dem Jahr 2002 mit den Stadtteilen Star-

kenfeldstraße, Gereuth/Hochgericht und Sand offiziell in das Programm aufgenommen. Innerhalb der „Sozialen Stadt“ gibt es das Programm „STÄRKEN vor Ort“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), mit dem seit 2004 in ca. 50 bis 60 Projekten zur Verbesserung der sozialen, schulischen und beruflichen Integration von jungen Menschen beigetragen wird und Frauen mit Problemen bei Einstieg und Wiedereinstieg in das Berufsleben unterstützt werden. Die Finanzierung findet aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) der Europäischen Union statt. Die Stadt Bamberg hat sich für die Förderphase 2009-2011 mit zwei Stadtteilen um eine Aufnahme in das Förderprogramm beworben. Ausgehend von den beiden Gebieten der „Sozialen Stadt“ handelt es sich hierbei um die neu definierten Gebiete Bamberg-Süd und Bamberg-Ost.

#### Ferienpass

Ein breitgefächertes Angebot an vergünstigten Freizeitaktivitäten während der Sommerferien bietet seit dem Jahr 1982 auch der Ferienpass, seit 1997 ein Gemeinschaftswerk von Stadt und Landkreis Bamberg. Mit dem 112 Seiten dicken Gutscheineheft können Kinder und Jugendliche für nur 4 Euro zahlreiche Ermäßigungen und Befreiungen von Eintrittspreisen in der Region Bamberg wahrnehmen und etwa 140 Euro sparen, sollten alle Gutscheine in Anspruch genommen werden (Stand: 2010).

#### Pimp my Viertel

Pimp my Viertel ist eine Jungbürgerversammlung, in der alle Jugendlichen die Möglichkeit haben, vor dem Oberbürgermeister über ihre Anliegen zu diskutieren und Stellung zum Geschehen in ihrem Viertel zu nehmen. Organisiert wird die Jungbürgerversammlung, die im Juli 2009 in der Gereuth Premiere hatte, von der Offenen Jugendarbeit der Stadt Bamberg in Zusammenarbeit mit BISS, der Bamberger Initiative der Schülerinnen und Schüler.

#### Schulsozialarbeit an Hauptschulen

An allen Bamberger Hauptschulen werden Schulsozialarbeiter eingesetzt.

<sup>17</sup> Im Rahmen dieses Berichtes können die vielen Projekte nicht ausführlich vorgestellt werden.

„Das gesetzlich verankerte Ziel bis 2013 lautet, mehr als jedem dritten Kind unter 3 Jahren ein Betreuungsangebot machen zu können. Hierzu sind in der Stadt Bamberg weitere Anstrengungen notwendig.“

### 3.3.4 Familie und Kinder

#### Einrichtungen zur Kindertagesbetreuung

##### Kindertageseinrichtungen in Bamberg (Daten: Jugendamt Bamberg)

In Bamberg gibt es insgesamt rund 43 Einrichtungen zur Kindertagesbetreuung, davon 28 Kindergärten mit 1.851 Kindern (bei

1.825 Ist-Plätzen) und 15 sonstige Einrichtungen wie Kinderkrippen und -horte mit 630 Kindern (Stand: 1.1.2009). Im Jahr 2010 sollen 114 zusätzliche Kinderbetreuungsplätze geschaffen werden. Sie entstehen unter anderem in den Kindertagesstätten Don-Bosco-Straße, Oberlin, St. Heinrich, im Bildungszentrum am Stephansberg und im Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt.

	Kinderkrippen	Kindergärten	Kinderhorte	Netze für Kinder	Tagespflege	Gesamt
Einrichtungen	8	28	5	2	-	43
Zahl der Plätze	181	1.825	307	30	82	2.425
Kinder < 3 Jahre	227	95	-	6	39	367
Kinder von 3 J. bis zur Einschulung	-	1.638	-	14	11	1.663
Schulkinder	-	118	316	7	9	450
Angemeldete Kinder gesamt	227	1.851	316	27	59	2.480
Auslastung (%)	125,4	101,4	102,9	90	72	102,3

Tab. 11: Kindertageseinrichtungen in Bamberg zum 1.1.2009 – Meldungen nach §47 SGB VIII (Daten: Jugendamt Bamberg)

##### Kindertageseinrichtungen im Vergleich (Daten: Bundesamt/Landesämter für Statistik)

Es muss darauf hingewiesen werden, dass sich die Datengrundlage des Bundesamtes bzw. der Landesämter für Statistik (Tab. 11) zu der des Jugendamtes Bamberg (Tab. 12) unterscheidet.

Die Bundes- und Landesstatistik zielt im Bereich der Kindergarten- und Schulkinder nicht auf die Einrichtungen, sondern auf das Alter ab. Dabei werden die Altersstufen

so berechnet, dass die Altersgruppe „> 3 Jahre“ nur bis „< 6 Jahre“ gezählt wird.

Dies bedeutet jedoch, dass alle Kinder, die zum Stichtag 1.3. sechs Jahre alt sind, nicht mehr dieser Altersgruppe, sondern der Altersgruppe „> 6 Jahre“ angehören. Tatsächlich sind diese Kinder allerdings zum Großteil (zumindest wenn sie nach dem 1.11. geboren sind)

	BRD	Bayern	Oberfr.	BA	BT	HO	CO
Einwohner*	82.002.356	12.519.728	1.082.516	69.989	72.935	47.275	41.316
Kinder < 6 Jahre	4.154.133	655.966	50.957	3.369	3.151	2.083	1.911
Kinder < 3 Jahre	2.048.350	321.821	24.733	1.760	1.587	1.025	1.002
Kinder zw. 3 u. 6 J.	2.105.783	334.145	26.224	1.609	1.564	1.058	909
Kinder unter 3 J. in Kindertageseinr.**	413.707	45.238	4.804	345	344	210	291
BQ in %***	20,2 (15,3)	14,1 (13,2)	19,4 (16,6)	19,6 (15,8)	21,7 (20,6)	20,5 (17,4)	29 (27,2)
Kinder zw. 3 u. 6 J. in Kindertageseinr.	1.928.268	297.740	24.199	1.494	1.493	1.031	873
BQ in %	91,6 (90,3)	89,1 (88,9)	92,3 (91,8)	92,9 (87,2)	95,5 (93,4)	97,4 (95)	96 (99,2)

Tab. 12: Deutschland, Bayern, Oberfranken sowie die oberfränkischen Städte Bamberg, Bayreuth, Hof und Coburg im Vergleich: Kinder zwischen 0 und 6 Jahren in Kindertageseinrichtungen mit Betreuungsquote

(Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kindertagesbetreuung regional 2009)  
\* zum 31.12.2008 \*\* ab hier alle Werte zum 1.3.2009 \*\*\* BQ = Betreuungsquote (Anteil der betreuten Kinder an allen Kindern in dieser Altersklasse; Vorjahreswerte zum 15.3.2008 in Klammern)

*„Die Familienfreundlichkeit genießt in der Region Bamberg höchste Priorität. Dazu zählt auch eine Optimierung des Angebotes zur Kinderbetreuung in quantitativer und qualitativer Hinsicht.“*

### 3.3.4 Familie und Kinder

noch nicht in der Schule, sondern in einem Kindergarten untergebracht. Entsprechend werden sie vom Jugendamt Bamberg zur Versorgung mit Kindergartenplätzen gerechnet. Damit die Vergleichbarkeit der Daten gegeben bleibt, werden für **Tab. 11** mit Vorbehalt dennoch die oben genannten Werte verwendet.

#### ■ Einschätzung des Handlungsbedarfs



##### **Kommentar:**

Die initiierten Angebote, Projekte und Maßnahmen für Familien, Kinder und Jugendliche können in Bamberg als gut angesehen, aber natürlich in jeglicher Form mit mehr finanzieller Unterstützung verbessert werden. Beim Thema „Kinderbetreuung“ ist festzustellen, dass die Betreuungsplätze knapp sind. Zwar besitzt Bamberg bei den Kindergartenplätzen gerade einen „Status quo“, allerdings fehlt es noch an Plätzen zur Betreuung von Schulkindern. Grundsätzlich besteht in Bamberg auch noch ein Mangel an Notfallbetreuung für Kinder und Betreuung in Randzeiten. Auch bei den Krippenplätzen

liegt man nach wie vor weit unter dem Soll. Diesem Problem kann bei den unter Dreijährigen im Jahr 2010 zumindest teilweise durch die Bereitstellung von zusätzlichen Betreuungsplätzen entgegengewirkt werden. Sehr fraglich ist jedoch, ob der ab 2013 geltende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren mit der avisierten Quote von 35 % überhaupt annähernd abgedeckt werden kann.

Ein Handlungsbedarf besteht auch im Bereich „Wohnen“, da es an bezahlbaren Wohnungen fehlt und die Grundstückspreise hoch sind. Dies stellt einen nicht zu unterschätzenden Standortfaktor dar, da preiswertes und familiengerechtes Wohnen sowie die Attraktivität eines Standortes eng mit der Umzugsentscheidung von Familien mit Kindern verknüpft sind.

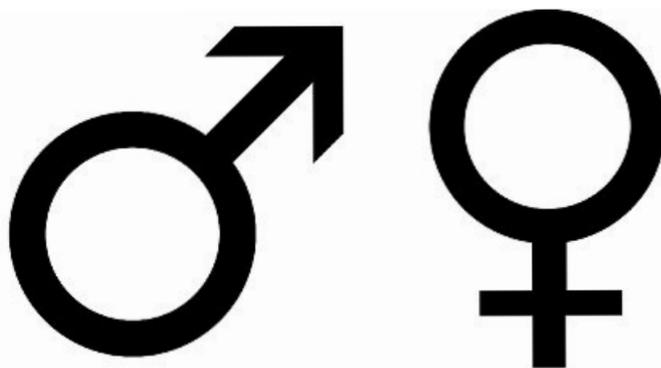
#### ■ Zielwerte zum Thema „Kindertagesbetreuung“

■ **Zielwerte auf Bundesebene:** Mit der Einführung des Gesetzes zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (KiföG) zum 01. Januar 2009 hat die Bundesregierung das Ziel vorgegeben, bis zum Jahr 2013 mehr als jedem dritten Kind unter 3 Jahren in Deutschland (35 %) ein Betreuungsangebot machen zu können. Zu diesem Zeitpunkt soll dann auch der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab Vollendung des ersten Lebensjahres ausgeweitet werden.

■ **Zielwerte auf kommunaler Ebene:** Mit Beschluss des Stadtrates vom 30.4.2009 wurde für die Stadt Bamberg der Bedarf für 35 % der Kinder im Alter vom 1. bis zum 3. Lebensjahr derzeit absolut mit 425 Plätzen festgestellt.

#### ■ Zieldiskussion

Stadt und Landkreis Bamberg wollen die Region gemeinsam so familienfreundlich wie möglich machen. Dort, wo ein nachhaltiges, umfassendes Miteinander der Generationen möglich ist, fühlen sich Familien wohl. Dies wirkt sich auch auf die Attraktivität des gesamten Standortes aus. Speziell für die Stadt Bamberg stellt das Familienfreundlichkeitsprofil die Grundlagen und Rahmenbedingungen für ein familienfreundliches Umfeld dar. Wesentlich sind dabei Stadtteilorientierung, Bürgernähe und Bürgerbeteiligung. Bei allen Planungen sollen die Anliegen der Familien erfragt und angemessen berücksichtigt werden. Das Familienfreundlichkeitsprofil beschreibt wichtige Handlungsfelder für die Querschnittsaufgabe „kommunale Familienförderung“ und bezieht sich auf das Verwaltungshandeln in seiner Gesamtheit. Es ist darüber hinaus Richtschnur bei Planungsverfahren und gleichrangig mit anderen Prüfverfahren zu beachten. Kommunale Maßnahmen sind von der Planung bis zur Entscheidung und Umsetzung auf Familienfreundlichkeit zu überprüfen. Da Familienfreundlichkeit einen dynamischen Prozess darstellt, werden zukünftige Veränderungen und Weiterentwicklungen



### 3.3.5 Geschlechtergerechtigkeit

aufgenommen und regelmäßig fortgeschrieben und aktualisiert. Auch weitere Maßnahmen für Familien (z.B. die Einrichtung des Familienbeirats mit seinen wichtigen Aufgaben und Zielen sowie die zahlreichen Projekte und Angebote für Kinder und Jugendliche) müssen weiter verfolgt, verbessert und ausgeweitet werden. Von hoher Bedeutung ist zudem die weitere Verbesserung des Angebotes an Kinderbetreuungsplätzen in quantitativer wie qualitativer Hinsicht. Ein ausreichendes Angebot zur Betreuung von Kindern in unterschiedlichen Altersstufen ist wesentliche Voraussetzung zur zufriedenstellenden Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für Väter und Mütter. Alleinerziehenden ermöglicht dies häufig erst eine eigene Erwerbstätigkeit.

Umsetzung der kommunalen Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik zu erhöhen sowie die Chancengleichheit von Frauen, ihre Gleichstellung im Arbeitsleben und ihre Teilhabe an der lokalen wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Entwicklung zu verbessern.

#### – Status

Trotz steigender Tendenz sind Frauen bislang auf allen politischen Ebenen deutlich unterrepräsentiert. So sind z. B. im aktuellen Bundestag von den insgesamt 622 Abgeordneten nur 204 Frauen vertreten, was einem Anteil weiblicher Bundestagsabgeordneter von 32,8 % entspricht. Seit 1999 sind 40 % Frauenanteil die Norm. In der folgenden Übersicht ist die Entwicklung des Frauenanteils des Deutschen Bundestages seit 1998 dargestellt.

In Bamberg hat sich die Anzahl der weiblichen Mitglieder im Stadtrat in den letzten Jahren etwas erhöht und entsprach 2009 einem Anteil von 31,8 %. Zwei Jahre zuvor waren es 22,7 %. Die Kommune selbst hat auf den Anteil der Frauen im Stadtrat allerdings keinen Einfluss, weil dieser von den Bürgern gewählt wird. Es liegt im Ermessen der Parteien, Frauen auf die Listen zu setzen.

### 3.3.5 Geschlechtergerechtigkeit

#### – Einführung

Die Agenda 21 hat diesem Thema ein eigenes Kapitel gewidmet. Eines der formulierten Ziele ist die „Erhöhung des Frauenanteils bei politischen Entscheidungsträgern, Planern, Fachberatern, Managern und Beratern in den Bereichen Umwelt und Entwicklung“.

Des Weiteren werden die Kommunen explizit aufgefordert, die Beteiligung von Frauen bei Entscheidungs-, Planungs- und Umsetzungsprozessen sicherzustellen. In der Stadt Bamberg bedeutet Lokale Agenda unter gleichstellungspolitischen Gesichtspunkten, die Beteiligung von Frauen an der Gestaltung und

**Tab. 13:** Entwicklung des Frauenanteils des Deutschen Bundestages seit 1998

(Daten: [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de))

Wahlperiode	Beginn der Wahlperiode:		Ende der Wahlperiode:	
	Frauenanteil	Anzahl Frauen	Frauenanteil	Anzahl Frauen
1998-2002	30,9 %	207 von 669	31,7 %	211 von 665
2002-2005	32,5 %	196 von 603		
2005-2009	31,8 %	195 von 613	32,1 %	196 von 611
2009-	32,8 %	204 von 622		

„In Bamberg wuchs der Anteil der weiblichen Stadtratsmitglieder im Zeitraum von 2007 bis 2009 von 22,7 auf 31,8%.“

### 3.3.5 Geschlechtergerechtigkeit

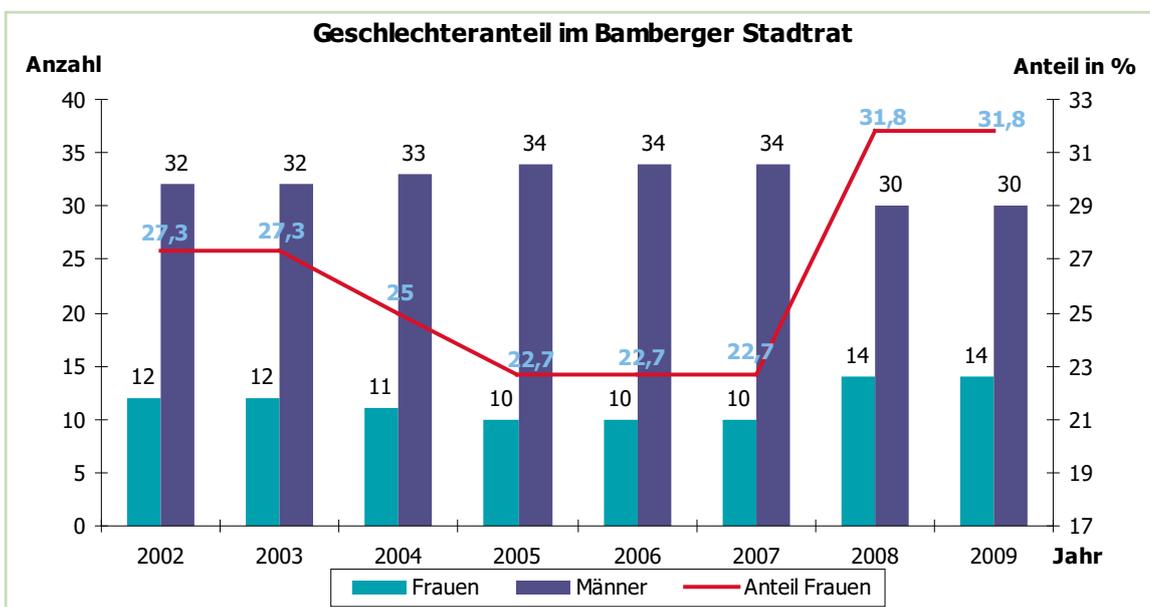


Abb. 57: Geschlechterverteilung im Bamberger Stadtrat

(Daten: Bamberger Zahlen 2001 bis 2008)

In den drei höchsten Hierarchiestufen der drei größten Unternehmen Bambergs (Fa. Bosch, Fa. GHP, Fa. Wieland) arbeiteten im Jahr 2006 13 Frauen (ohne Fa. GHP). Einen nach wie vor eher geringen Anteil haben Frauen in den höchsten Hierarchiestufen der Stadtverwaltung, wie folgende Zahlen von Ende 2009 belegen:

**Stadtverwaltung Bamberg**

- 5 Referate, davon keine Frau(en) an der Spitze = 0 % Frauenanteil
- 31 Ämter, davon 6 weibliche Amtsleiterinnen = 19,4 % Frauenanteil
- weibliche stellvertretende Amtsleiter: 7, davon 4 in den städtischen Schulen (Städtische Musikschule, Eichendorff Gymnasium, Graf-Stauffenberg-Wirtschaftsschule und Graf-Stauffenberg-Realschule) als stellvertretende Schulleiterinnen

#### ■ Gleichstellungsstelle und Gleichstellungskonzept der Stadt Bamberg

Im Jahre 1990 wurde eine Gleichstellungsstelle eingerichtet mit dem Ziel, Frauen zur aktiven Beteiligung an den Prozessen der Lokalen Agenda zu ermutigen und zu motivieren oder – wenn nötig – ihre Teilhabe an Entscheidungsprozessen einzufordern. Kompetenzen, Rechte und Pflichten der Gleichstellungsbeauftragten sind in der Satzung zum Bayerischen Gleichstellungsgesetz geregelt. Unter anderem berät sie dabei die Dienststellenleitungen zu Gleichstellungsfragen und unterstützt Mitarbeiterinnen und alle anderen Bürgerinnen in Angelegenheiten, die die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf betreffen. Aufgaben und Arbeitsfelder der Gleichstellungsbeauftragten erstrecken sich über alle Lebens- und Arbeitsbereiche von Frauen.

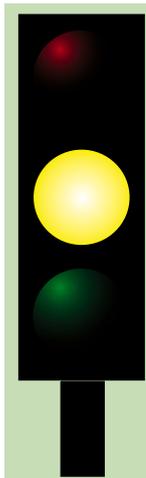
Ein weiteres Instrument der Förderung der tatsächlichen Gleichberechtigung von Frauen und Männern und die Beseitigung noch bestehender Nachteile ist das Gleichstellungskonzept aus dem Jahre 1997, ein Nachfolgekonzept des 1993 verabschiedeten Frauenförderplans der Stadt Bamberg, das alle drei Jahre fortgeschrieben wird. Dieses beschreibt die Arbeitssituation der weib-

*„In den höchsten Hierarchiestufen der Stadtverwaltung ist der Anteil weiblicher Führungskräfte ausbaufähig. Die Stadt Bamberg ermutigt weibliche Kandidaten ausdrücklich, sich für Führungspositionen zu bewerben.“*

### 3.3.5 Geschlechtergerechtigkeit / 3.3.6 Kommunales Eine-Welt-Engagement

lichen Beschäftigten im Vergleich zu den männlichen Beschäftigten anhand aktueller statistischer Daten. Zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist zudem die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung zu erweitern.

#### – Einschätzung des Handlungsbedarfs



#### **Kommentar:**

Der Anteil der Frauen an den Leiterstellen ist in der Stadtverwaltung von Bamberg nach wie vor eher gering. Es ist aber davon auszugehen, dass aufgrund der steigenden Berufstätigkeit und hohen Ausbildungsstandards der weiblichen Bevölkerung der Anteil weiblicher Führungskräfte steigen wird. Die Stadt Bamberg ermuntert weibliche Bewerber ausdrücklich, sich auf Führungsstellen zu bewerben. Der aktuelle Handlungsbedarf kann als mittel dringlich eingestuft werden.

#### – Zielwerte auf kommunaler Ebene

keine Angabe

#### – Zieldiskussion

Die Festlegung eines festen Zielwertes für diesen Indikator erscheint nicht sinnvoll. Unbestritten ist jedoch, dass Frauen häufig eine andere Sicht in politische Diskussionen einbringen und vor allem auch unterschiedlich von politischen Entscheidungen betroffen sind. Es ist weiterhin davon auszugehen, dass die Berücksichtigung dieser spezifischen Interessen eher sichergestellt werden kann, wenn der Anteil von Frauen in den politischen Entscheidungsgremien entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung wächst. Die Beteiligung und Mitbestimmung von Frauen sind Kernstücke einer lebendigen Demokratie und die Chance

für eine zukunftsfähige Entwicklung der Stadt Bamberg. Frauen müssen deshalb in gleichem Maße wie Männer aktiv in Entscheidungsprozesse einbezogen werden und die im Bayerischen Gleichstellungsgesetz sowie im Gleichstellungskonzept der Stadt Bamberg verankerten Ziele müssen weiter verfolgt werden.

### 3.3.6 Kommunales Eine-Welt-Engagement

#### – Einführung

Die Agenda 21 ist das Ergebnis der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (Rio de Janeiro, Juni 1992). Zwar können entwicklungspolitische Belange bei der Umsetzung dieses Aktionsprogrammes nicht im Vordergrund stehen, jedoch beruhen die Agenda 21 und das Konzept der nachhaltigen Entwicklung darauf, sich der globalen Verantwortung des eigenen Handelns und Wirtschaftens bewusst zu sein. Kommunen können im Rahmen ihrer Möglichkeiten Partnerschaften eingehen und Projekte fördern. Dabei geht es nicht um einen einseitigen Wissens- oder Geldtransfer, sondern um Partnerschaften, die Menschen einander näher bringen und Verständnis fördern. Stadt und Landkreis Bamberg unterstützen aktiv regionale Produkte bzw. Produkte aus Fairem Handel im Rahmen des Agenda 21-Prozesses, dessen Hauptanliegen die Stärkung der regionalen Wirtschaft ist sowie die Berücksichtigung ökologischer, sozialer und globaler Aspekte.

#### – Status

Im Jahr 2002 hat sich das Agenda 21-Büro der Stadt Bamberg auf Anregung des Agenda 21-Fachforums Umweltqualität, des Eine-Welt-Forums und des Weltladens des Themas Fairer Kaffeehandel angenommen und im März 2003 gemeinsam mit dem Landkreis Bamberg den ersten fair gehandelten „Bamberg Kaffee“ der Öffentlichkeit präsentiert. Mit der Kampagne „Bamberger Agenda 21-Kaffee – Qualität, die schmeckt und verbindet“ –

„ Über eigene Projekte, Kooperationen und Netzwerke definiert sich das kommunale Eine-Welt-Engagement der Stadt Bamberg.“

### 3.3.6 Kommunales Eine-Welt-Engagement

bietet sich ein konkreter Ansatz zur Unterstützung der Menschen in den Entwicklungsländern: Mit jeder Tasse des fair gehandelten Kaffees<sup>18</sup> unterstützen die Verbraucher über gerechte Preise soziale Gerechtigkeit und stärken mit ihrer Kaufentscheidung die kleinbäuerliche Landwirtschaft in den kaffeeproduzierenden Ländern. Durch langfristige Abnahmeverträge, angemessene Erzeugerpreise, gerechtere Handelsbedingungen und infrastrukturelle Verbesserungen soll eine menschenwürdige Existenz für die Bauern und ihre Familien gesichert werden. Produkte aus Fairem Handel ergänzen wunderbar den nachhaltigen Warenkorb aus der Region, was ganz im Sinne des Agenda 21-Projektes „Region Bamberg – weil’s mich überzeugt“ (siehe auch Kapitel 3.2.4) ist. Als Kooperationspartner steht eine regionale Rösterei aus Unterfranken zur Verfügung.



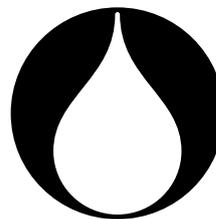
Verkauft wurden vom **Bamberg-Kaffee** im Jahr 2009 insgesamt 1.340 kg, im Jahr zuvor waren es noch 1704,50 kg (-364,50 kg).

Das Thema **Blumen aus heimischem Anbau** oder **fairem Handel** ist der Stadt Bamberg ebenfalls ein großes Anliegen. Beim Kauf von Blumen sollte auf das sogenannte „Flower-Label“ geachtet werden. Es kennzeichnet „fair gehandelte“ Ware, die Menschen in den Entwicklungsländern eine gesicherte Existenz bieten, unabhängig von Entwicklungshilfe und Spendenaktionen. Eine kostenlos erhältliche Broschüre des Agenda 21 – Büros informiert über entsprechende Angebote in Bamberg.



Das Agenda 21-Büro der Stadt Bamberg arbeitet darüber hinaus mit in der Entwicklungspolitik tätigen Organisationen wie beispielsweise terre des hommes zusammen.

<sup>18</sup> Für den „Bamberg Kaffee“ werden 100 % reine Arabica-Bohnen aus dem Hochland Lateinamerikas verwendet



terre des hommes fördert in 25 Projektländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sowie in Deutschland mehr als 500 Partnerprojekte für Not leidende Kinder. Im Rahmen der Bamberger Agenda 21 unterstützt das Umweltamt der Stadt Bamberg das entwicklungspolitische Kinderhilfswerk. Auf Antrag von terre des hommes wurde im Juli 2008 im Bamberger Stadtrat beschlossen, keine Produkte zu beschaffen, die von Kindern in ausbeuterischer Weise hergestellt wurden.

#### Solarkocher für Namibia

Seit 1998 besitzt das Umweltamt der Stadt Bamberg einen Solarkocher, der im Sommer immer wieder zu Demonstrationszwecken genutzt wird. Im Rahmen der Agenda 21 und des Klimabündnisses hat die Stadt einen weiteren Solarkocher finanziert, welcher dem Stamm „Ba-mmanaana Tswana“ in Namibia gestiftet wurde. Dort gibt es keine Elektrizität und das Holz ist knapp. Mit dem Solarkocher können innerhalb von etwa 25 Minuten drei Liter Wasser zum Kochen gebracht werden.

Der Solarkocher kann von interessierten Vereinen, Verbänden, Institutionen und Schulen zu Demonstrationszwecken kostenlos ausgeliehen werden.

#### – Einschätzung des Handlungsbedarfs



#### Kommentar:

Die Stadt Bamberg engagiert sich sehr für den „Bamberger Agenda 21-Kaffee“ und hat sich u. a. verpflichtet, bei offiziellen Veranstaltungen nur diesen fair gehandelten und aus biologischem Anbau stammenden Kaffee anzubieten. Ebenfalls unterstützt wird der Kauf von Blumen aus fairem Handel. Diese beiden – besonders in der Anfangszeit ihrer Verwirklichung zeitintensiven – Projekte liegen im Rahmen der personellen und finanziellen Möglichkeiten der Stadt. Ein weiterer Ausbau des kommunalen Eine-Welt-Engagements in Bamberg, z. B. in Form weiterer Projekte dieser Art, ist bis auf Wei-

„Die Bedeutung des Ehrenamtes wird weiter wachsen.“

„Seit 2003 koordiniert und vermittelt die Carithek ehrenamtliche Tätigkeiten. Ca. 400 Kooperationspartner engagieren sich.“

### 3.3.6 Kommunales Eine-Welt-Engagement / 3.3.7 Ehrenamtliches Engagement

teres allerdings nicht geplant. Hinsichtlich der Thematik „Fairer Handel“ lässt sich zusammenfassend feststellen, dass das Engagement der Stadt Bamberg als ausreichend (im positiven Sinne) erachtet werden kann. Dies soll und darf im Umkehrschluss aber nicht bedeuten, dass Projekte wie der „Bamberg Kaffee“ Selbstläufer sind. Aus diesem Grund muss das Agenda 21-Büro der Stadt Bamberg weiterhin für fair gehandelte Produkte werben, um das Bewusstsein der Bevölkerung für den Wert der Ware zu stärken. Die laufenden Projekte gilt es weiter auszubauen und bekannt zu machen.

#### – Zielwerte auf kommunaler Ebene:

keine Angabe

#### – Zieldiskussion

Ein Hauptziel ist der weitere Ausbau des Absatzes des „Bamberg Kaffees“ und anderer fair gehandelter Produkte. Im Zusammenhang damit sollen sowohl im Verkaufs- wie im Kundenbereich neue Gruppen für ein fair gehandeltes Produkt akquiriert werden. Die Entwicklung nachhaltiger Wirtschaftskreisläufe durch Regionalvermarktung und Fairen Handel muss weiterhin gefördert und der wirkliche Wert der Ware noch stärker ins Bewusstsein der Verbraucher gebracht werden. Ein weiteres wichtiges Ziel stellt die Bewusstseinsstärkung der Bevölkerung hinsichtlich des Themas „Kinderarbeit“ dar. Es sollten keine Produkte beschafft werden, die von Kindern oder – im Allgemeinen – in ausbeuterischer Art und Weise hergestellt wurden. Mit dem Kauf von Produkten aus Fairem Handel kann jeder einen Beitrag zum Schutz und gegen die Ausbeutung von Kindern leisten.

### 3.3.7 Ehrenamtliches Engagement

#### – Einführung

In Deutschland sind 23 Mio. Menschen über 14 Jahren ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden, Initiativen oder Kirchen tätig. Entsprechend ist die Bedeutung der Freiwilligenzentren in den letzten Jahren gestiegen. Ihre Zahl wuchs von 20 im Jahr 1997 auf momentan über 250. Viele Bereiche des öffentlichen und sozialen Lebens würden ohne Ehrenamtliche kaum mehr existieren. Neben Betreuung von Kindern und alten Menschen zählen zu den ehrenamtlichen Tätigkeiten u. a. Dienste im Tier-, Natur- und Umweltschutz, Agenda 21-Projekte, Bewährungshilfe, Telefonseelsorge, Caritas und Diakonie sowie Hilfsorganisationen. Ehrenamtliches Engagement ist jedoch schwer zu definieren, so dass die Ergebnisse von Datenerhebungen zum Ehrenamt von der jeweiligen Definition abhängen. Die Bereitschaft zum Ehrenamt kann in Deutschland zwar als sehr hoch eingestuft werden, vielen Menschen sind jedoch die Zugangswege und die Möglichkeiten, sich zu engagieren, nicht bewusst.

#### – Ehrenamt in Bamberg

Seit dem Jahr 2003 arbeitet die CariThek als Fachstelle für bürgerschaftliches Engagement in Bamberg. Mit ihrer Arbeit für alle gemeinnützigen Organisationen und Menschen ver-

steht sich die CariThek als Dienstleister für die Freiwilligen und Wegbereiter für eine starke Bürgergesellschaft. Dabei sind die Beratung von an ehrenamtlicher Arbeit interessierten Personen (Vermittlungsarbeit), die Beratung von Organisationen, Vereinen und Einrichtungen sowie die Durchführung von Projekten schwerpunktmäßige Aufgaben der CariThek. Als Hauptziele der CariThek können dabei die Unterstützung gemeinwohlorientierter Initiativen, Vereine und Projekte bei einer effektiven Freiwilligenkoordination, die Aktivierung und Förderung bür-



*„Von 50 auf 188 Personen stieg die Zahl der Vermittlungen für ehrenamtliche Tätigkeiten im Zeitraum von 2003 bis 2009. Hinzu kommen noch ca. 430 Schülerinnen und Schüler, die im Rahmen eines freiwilligen sozialen Schuljahrs ehrenamtlich tätig sind.“*

### 3.3.7 Ehrenamtliches Engagement

gerschaftlichen Engagements, die Umsetzung neuer Ideen mit bürgerschaftlichem Engagement sowie die Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit (z. B. am Tag des Ehrenamts und der Selbsthilfe) für bürgerschaftliches Engagement genannt werden. Wichtig ist zudem die Schaffung von Netzwerken, um Nachhaltigkeit und Synergieeffekte zwischen Haupt- und Ehrenamt zu erzielen. Etwa 400 Kooperationspartner, darunter Kommunen, Schulen, Behörden, Wohlfahrtsverbände, soziale Einrichtungen, gemeinnützige Vereine und Initiativen, stehen der CariThek unterstützend zur Seite.

#### ■ Tag des Ehrenamts und der Selbsthilfe (seit 2005)

Um den Ehrenamtlichen Respekt und Achtung für ihr Engagement zu zollen und gleichermaßen zum Nachdenken und vor allem Nachahmen anzuregen, wurde im Jahr 2005 der Tag des Ehrenamts und der Selbsthilfe in Bamberg eingeführt. Erklärte Hauptzielsetzung dabei ist die Würdigung des Engagements und der Verdienste der unzähligen ehrenamtlichen Helfer in und um Bamberg.

#### ■ Freiwilliges Soziales Schuljahr (FSSJ)

#### ■ Zugvögel – Kompass, Peer-Mentoring für Freiwilligendienste (seit 2007)

Junge, ehrenamtliche Mentoren bieten seit 2007 ihr Erfahrungswissen aus eigenen Auslandsaufenthalten den Jugendlichen in Bamberg an, die selbst ein FSJ, FÖJ o. Ä. im Ausland planen.

**Darüber hinaus:** Koordination des bundesweiten Filmfestivals der Aktion Mensch und dieGesellschafter.de in Kooperation mit lokalen Vereinen, Initiativen und dem Programm kino (seit 2007), Schülerpaten (berufserfahrene Paten begleiten HauptschülerInnen der 8. und 9. Klasse), Ausstellung „Augenblicke-Lichtblicke“

Neben den laufenden Projekten entwickelt die CariThek immer wieder neue innovative Projekte, um alternative Ansätze und Formen der Bürgeraktivierung und Zusammenarbeit mit Freiwilligen zu erproben. Die Anschlüsse und Erfahrungen aus den bestehenden und vergangenen Projekten bieten hierbei die Grundlage. Die Planung ist dabei nicht endgültig, sondern orientiert sich am aktuellen Bedarf und den Konzeptideen, die an die CariThek herangetragen werden.

tiert sich am aktuellen Bedarf und den Konzeptideen, die an die CariThek herangetragen werden.

#### ■ Freiwilligendienst aller Generationen, HIGGI (seit 2009)

Die CariThek wurde als Leuchtturm im Programm „Freiwilligendienst aller Generationen“ des Bundesministeriums ausgezeichnet. Ziel des Programms ist die generationsübergreifende Etablierung von Freiwilligendiensten und Freiwilligenarbeit, die Erschließung von Erfahrungswissen von Menschen im dritten Lebensabschnitt, mehr Menschen zu einer Freiwilligenarbeit zu bewegen, das Erproben neuer Formen von so genannten „ungeregelten Freiwilligendiensten“ sowie die noch stärkere Etablierung Freiwilliger als Partner hauptamtlicher Arbeit. Im Rahmen des Projektes „HIGGI – Hilfen in der Gemeinde, generationsübergreifend initiiert“ will die CariThek im Zeitraum von 2009 bis 2011 Möglichkeiten für Freiwilligendienste in Stadt und Landkreis Bamberg schaffen. Schwerpunkt soll sein, lokale Stützpunkte und Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement aufzubauen, um noch gezielter aktivierend wirken zu können und individuelle lokalräumliche Initiativen bei der Arbeit in der Freiwilligen-Koordination und in der Vernetzung mit bestehenden Strukturen zu unterstützen.

#### ■ SeniorTrainerInnen (seit 2010)

In Zusammenarbeit mit der Bertelsmann-Stiftung entwickelte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend innerhalb des Modellprogramms „Erfahrungswissen für Initiativen“ (EFI) neue Tätigkeitsfelder, in denen Menschen mit großer Lebens- und Berufserfahrung Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen können. Im Hinblick auf den demographischen Wandel wird das bürgerliche Engagement aller Generationen und besonders der wachsenden Gruppe älterer Menschen mit ihren Kompetenzen und ihrem Erfahrungswissen eine bedeutende Rolle spielen. Das Bayerische Sozialministerium hat das Freiwilligenzentrum CariThek in das Modellprojekt aufgenommen. Im Verlauf des bisherigen Modellprogramms wurden deutschlandweit bereits rund 3.000 Menschen zu sogenannten SeniorTrainerInnen qualifiziert. Durch dieses

*„Infrastrukturelle Einrichtungen, weitere Koordinierungsstellen sowie die weitergehende finanzielle Unterstützung durch die Kommune sind für den Erhalt bzw. den Ausbau des bürgerschaftlichen Engagements notwendig. Die Sensibilisierung bestimmter Zielgruppen muss bei steigendem Bedarf intensiviert werden.“*

### 3.3.7 Ehrenamtliches Engagement

Engagement werden neue Wege der Selbstorganisation, Partizipation und Mitgestaltung von Bürgerinnen und Bürgern erschlossen, der soziale Zusammenhalt in der Kommune gestärkt sowie generationenübergreifende Solidaritäten gefördert. Das Spektrum der freiwilligen Tätigkeiten reicht von Aktivitäten im sozialen Bereich bis hin zu innovativen Projektideen in den Bereichen Schule, Kindergarten, Jugend, Gesundheit, Kultur, Musik, Theater, Geselligkeit, Sport und Bewegung, Umwelt-, Natur-, und Tierschutz, Politik, Interessenvertretung und sonstigem bürgerschaftlichen Engagement.

*Quelle: Jahresbericht 2008 der CariThek / Projektvorstellung EFI*

Im Jahr 2009 wurden im Rahmen des Freiwilligenzentrums über das Beratungsangebot der CariThek 148 Personen (2009: ca. 120), davon mehr als 70 % aus dem Stadtgebiet, in unterschiedliche Einsatzfelder ehrenamtlicher Arbeit in Stadt und Landkreis vermittelt. Im Jahr der Gründung der CariThek waren es ca. 50. Der Schwerpunkt der Engagementangebote liegt entsprechend der Nachfrage auf dem sozialen, gemeinnützigen Bereich.

68,24 % der Engagementberatungen wurden mit Frauen geführt (2008: 79 %).

Hinzu kommen ca. 430 Schüler aus dem Freiwilligen Sozialen Schuljahr.

#### ■ Einschätzung des Handlungsbedarfs



##### **Kommentar:**

In Bamberg und auch anderswo besteht ein hoher Handlungsbedarf, um das bereits vorhandene ehrenamtliche Engagement noch weiter auszubauen. Benötigt werden jedoch infrastrukturelle (Fach-)Einrichtungen und Koordinierungsstellen, die freiwillige Tätigkeiten unterstützen. Probleme ergeben sich außerdem hinsichtlich der finanziellen Ressourcen von Einrichtungen wie der CariThek in Bamberg. Um auch in Zukunft bürgerschaftliches Engagement fördern und dafür

Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit betreiben zu können sowie gemeinwohlorientierte Initiativen, Vereine und Projekte bei einer effektiven Freiwilligenkoordination unterstützen zu können, müssen die kommunalen Träger die Ziele der CariThek weiter unterstützen und die Arbeit der engagierten Freiwilligen anerkennen. Ansonsten hätte das Freiwilligenzentrum mittel- und langfristig keine Zukunft. Als wichtig wird in diesem Zusammenhang auch die Vernetzung mit Unternehmen erachtet. Unternehmen zeigen heutzutage vermehrt Interesse, ehrenamtlich zu helfen, und sehen dies als eine generelle gesellschaftliche Verantwortung an. Ehrenamt hat sich heute dahingehend verändert, dass es nicht nur von einzelnen Personen ausgeübt wird, sondern sich ganze Unternehmen dafür einsetzen, sei es „nur“, um den Bedarf an Essen und Getränken auf einer Veranstaltung (wie dem Tag des Ehrenamts) finanziell zu decken.

Besonders in den sozialen Bereichen ist der Bedarf an ehrenamtlichen Helfern hoch, allerdings haben sich die Formen des Ehrenamtes geändert. So gibt es eine hohe Nachfrage nach kurzfristigen Engagements, die sich beispielsweise bei einer Wohnungsauflösung nur über ein Wochenende erstrecken. Oftmals ist die Finanzierung schwierig. Auch hinsichtlich des demographischen Wandels ergeben sich Änderungen, z. B. wird in den nächsten Jahren die Nachfrage nach nachbarschaftlichen Hilfsnetzwerken größer werden.

Engagementbereite Personen gibt es in Bamberg viele. Diese ergreifen allerdings meist zu wenig Eigeninitiative und werden unabhängig von den bestehenden Angeboten eher selten selbst aktiv, wenn sie nicht richtig angesprochen werden. Die Sensibilisierung bestimmter Zielgruppen (Jugendliche, Unternehmen, Arbeitslose, Lebens- und Berufserfahrene [Projekt EFI]) für ehrenamtliches Engagement muss weiter vorangetrieben werden.

#### ■ Zielwerte auf kommunaler Ebene:

Möglichst viele Menschen sollen zur gemeinnützigen Arbeit bewegt werden.



### 3.3.7 Ehrenamtliches Engagement / 3.3.8 Kriminalität

#### – Zieldiskussion:

Für die CariThek als Fachstelle für bürgerschaftliches Engagement stellt die Suche und Gewinnung von engagierten Menschen in Bamberg und Umgebung kein Problem dar. Dennoch ist trotz der guten Resonanz der CariThek in der Öffentlichkeit und der erfolgreichen Umsetzung zahlreicher Projekte und Vermittlungen die Zukunft dieser Einrichtung ungewiss. Gute Engagementförderung setzt entsprechend hauptamtliche Ressourcen für Koordination, Kontinuität und Qualität der Arbeit voraus. Fallen entsprechende finanzielle Förderungen weg, ist die weitere Existenz gefährdet. Eine weitere Unterstützung der Arbeit vonseiten der Kommune und der lokalen Politik ist daher überaus notwendig. Im Allgemeinen ergeben sich die Ziele, dass das bürgerschaftliche Engagement weiterhin gefördert und entsprechend ausgebaut werden muss und eine stärkere strukturelle, gesellschaftliche Anerkennung freiwillig geleisteter Arbeit stattfinden muss. Zudem müssen für noch mehr Menschen Zugänge zum ehrenamtlichen Engagement geschaffen werden.

### 3.3.8 Kriminalität

#### – Einführung:

Die öffentliche Sicherheit ist ein wichtiger Bestandteil der Lebensqualität einer Kommune. Der Indikator gibt die Entwicklung der Straftaten wieder und ist somit Kennzahl für den inneren sozialen Frieden in einer Gemeinde. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sind vorbeugende Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung zu ergreifen. In erster Linie kommt es darauf an, die Ursachen der Kriminalität zu analysieren, um an diesen Stellen Veränderungen herbeizuführen. Häufig beruhen Straftaten auf sozialen Problemen, die wiederum Ursache in wirtschaftlichen Veränderungen haben können. Wachsende Armut und negative Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt sind hier ebenso zu nennen wie mangelnde Zukunftsperspektiven bei Jugendlichen.

#### – Status:

##### Kriminalität 2009

###### Deutschland

- 2008\*: 6.114.128 erfasste Straftaten (-170.533 im Vergleich zum Vorjahr)
- 2008: 3.353.473 aufgeklärte Fälle (54,8 % Aufklärungsquote)

###### Bayern

- erfasste Straftaten 635.074 (2008: 651.436)
- 406.036 aufgeklärte Fälle (63,9 % Aufklärungsquote, die höchste aller Bundesländer)

###### Oberfranken

- 52.577 erfasste Straftaten (2008: 54.043), davon 19.919 (2008: 21.279) in den vier größten Städten Oberfrankens
- 69 % Aufklärungsquote (die höchste aller bayerischen Regierungsbezirke)
- weitere Aufklärungsquoten: Hof 69,3 %, Bamberg 67,6 %, Coburg 64,8 %, Bayreuth 65 %

Daten: PKS Deutschland 2008, PKS für den Freistaat Bayern und für Oberfranken 2009

##### Kriminalität in Oberfranken

Der Regierungsbezirk Oberfranken ist laut Polizeilicher Kriminalstatistik 2009 des Polizeipräsidiums Oberfranken nach wie vor eine der sichersten Regionen und kann bayernweit seit Jahren das beste Aufklärungsergebnis vorweisen (Aufklärungsquote: 69 %). Regionale Kriminalitätsschwerpunkte sind nach wie vor die vier oberfränkischen Mittel-



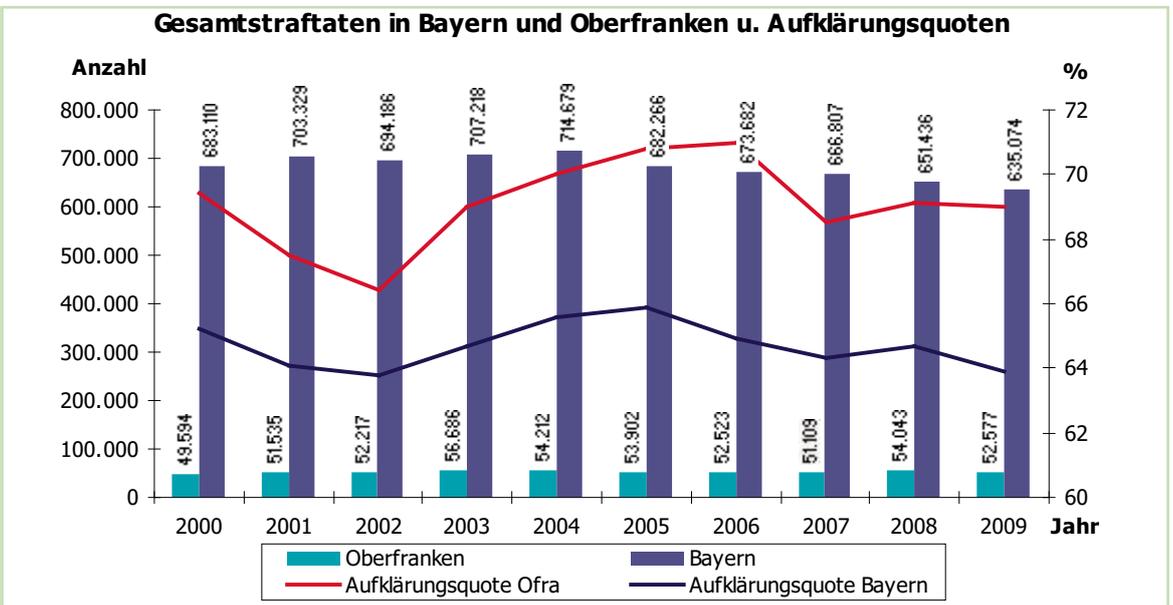
© Polizeipräsidium Oberfranken

„Oberfranken ist nach wie vor eine der sichersten Regionen in Deutschland und hat bayernweit die höchste Aufklärungsquote (69 %).“

### 3.3.8 Kriminalität

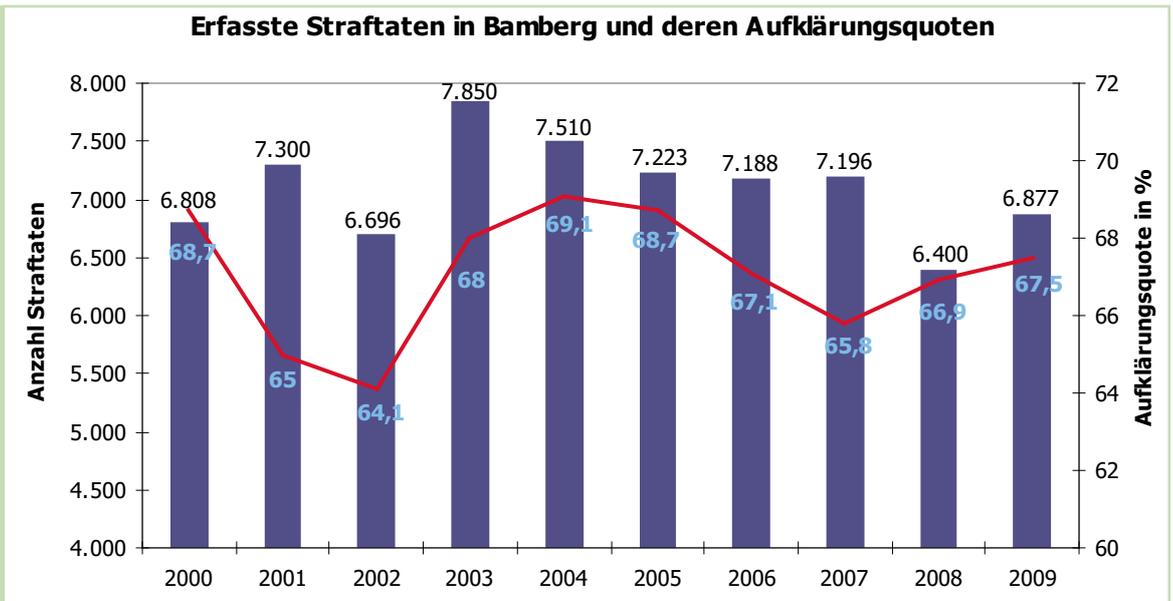
**Abb. 58:**  
Gesamtstraf­taten in Bayern und Oberfranken und Aufklärungsquoten

(Daten: Polizeiliche Kriminalitätsstatistik Bayern und Oberfranken)



**Abb. 59:**  
Erfasste Straftaten in Bamberg und deren Aufklärungsquote

(Daten: Bamberger Zahlen 2008, S. 103)



zentren Bayreuth, Bamberg, Coburg und Hof mit ihren insgesamt rund 232.000 Einwohnern, also knapp einem Viertel der Bevölkerung Oberfrankens. Allein dort registrierte die Polizei insgesamt 19.910 Straftaten (2008: 20.629), was einem Anteil an der für Oberfranken registrierten Gesamtkriminalität von rund

38 % entspricht. Während Bamberg im Jahr 2009 als einzige der vier Mittelstädte eine Zunahme des Deliktsaufkommens zu verzeichnen hatte (+6 %), sanken die Fallzahlen der Städte Bayreuth (-12,4 %), Coburg (-8,1 %) und Hof (-0,8 %). Die Fälle bei der Gewaltkriminalität nahmen um 44 auf 1.728 (-2,5 %) ab, womit

### 3.3.8 Kriminalität

sich die Situation nach einem starken Anstieg im Jahr 2008 etwas entspannte.

**Abb. 58** gibt einen Überblick über die erfassten Straftaten der letzten Jahre in Bayern und Oberfranken sowie die Entwicklung der Aufklärungsquoten im Vergleich.

#### Kriminalität in Bamberg

In Bamberg wurden im Jahr 2009 6.877 Straftaten (2008: 6.400) verzeichnet, was einem Anstieg um 7,5 % entspricht. Im Kontext der Zahlenentwicklung der letzten Jahre bewegt man sich aber unter dem langjährigen Mittelwert. Mit einer Quote von 67,5 % aufgeklärter Straftaten konnte im Vergleich zum Vorjahr (66,9 %) eine Steigerung erzielt werden. Die Aufklärungsquote der Stadt Bamberg befindet sich zudem weit über dem bayerischen Landesdurchschnitt (63,9 %).

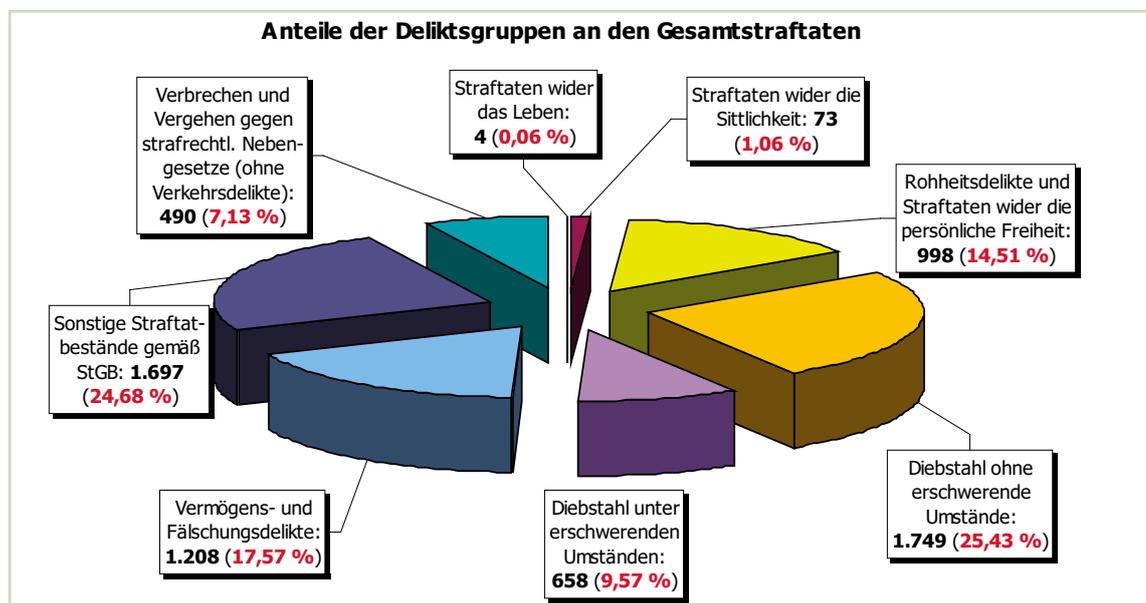
Zur Steigerung der Gesamtfallzahlen im Jahr 2009 trugen hauptsächlich die Bereiche Vermögens- und Fälschungsdelikte (+182 Fälle), strafrechtliche Nebengesetze (+108 Fälle) und Diebstahlsdelikte (+107 Fälle) bei. Welchen Anteil die Deliktgruppen an den Gesamtstraftaten im Stadtgebiet von Bamberg hatten, verdeutlicht **Abb. 60**.

#### Häufigkeitszahlen

Die Häufigkeitszahl (HZ) ist die Zahl der bekannt gewordenen Fälle insgesamt oder einzelner Deliktgruppen, errechnet auf 100.000 Einwohner (Stand 31.12. des Vorjahres) und berechnet sich aus den Straftaten x 100.000 / Einwohnerzahl. Der Aussagewert wird allerdings besonders in Bamberg dadurch beeinträchtigt, dass in der Einwohnerzahl u. a. die vielen Stationierungstreitkräfte, Studenten oder Touristen nicht enthalten sind, obwohl deren Straftaten in der polizeilichen Kriminalstatistik erfasst werden. Die Kriminalitätsbelastung lag demnach in Bamberg im Jahr 2009 bei 9.825 und stellt im Vergleich der oberfränkischen Mittelzentren – auch aufgrund der oben genannten Faktoren – den höchsten Wert dar (**Abb. 61**).

#### Tatverdächtige

Im Jahr 2009 wurden in Bamberg 3.128 Tatverdächtige ermittelt. Der Anteil der unter 21-Jährigen an allen ermittelten Tatverdächtigen betrug 28,4 % (2008: 31,5 %) bzw. 889 Tatverdächtige. Von den insgesamt 224 Delikten im Bereich der Gewaltkriminalität entfielen 126 auf Tatverdächtige unter 21 Jahren (**Abb. 62**).



**Abb. 60:** Anteile der Deliktgruppen an den Gesamtstraftaten im Stadtgebiet von Bamberg im Jahr 2009

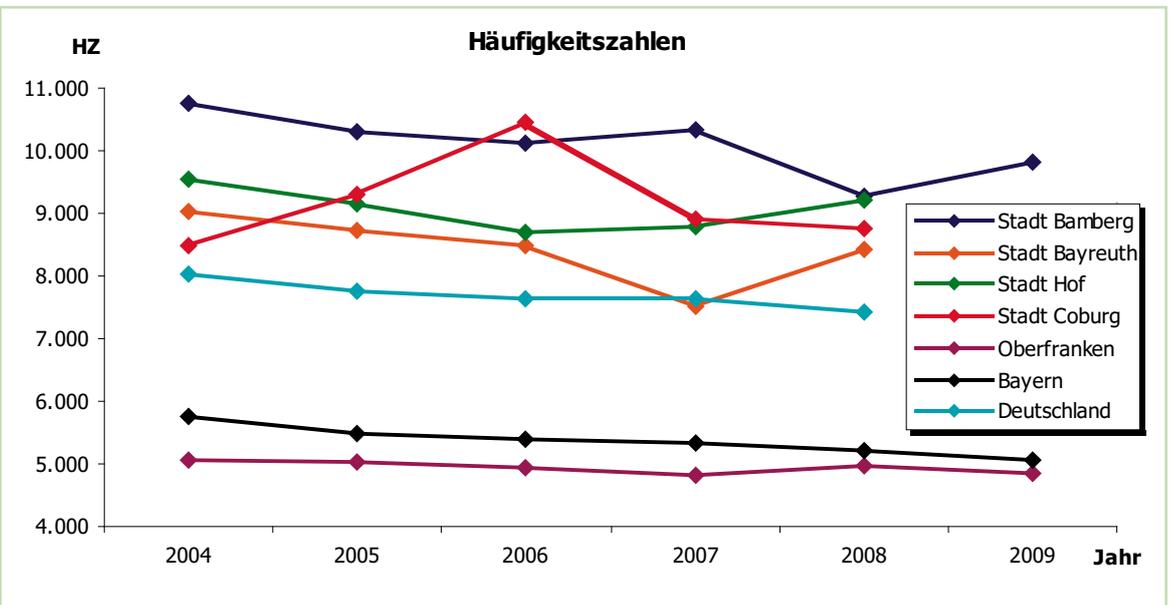
(Daten: PI Bamberg-Stadt)

„Die Zahl der Straftaten ist in der Stadt Bamberg gegenüber 2008 um 7,5% gestiegen. Die Aufklärungsquote erhöhte sich von 2008 auf 2009 von 66,9 auf 67,5% und liegt über dem bayerischen Landesdurchschnitt (63,9%).“

### 3.3.8 Kriminalität

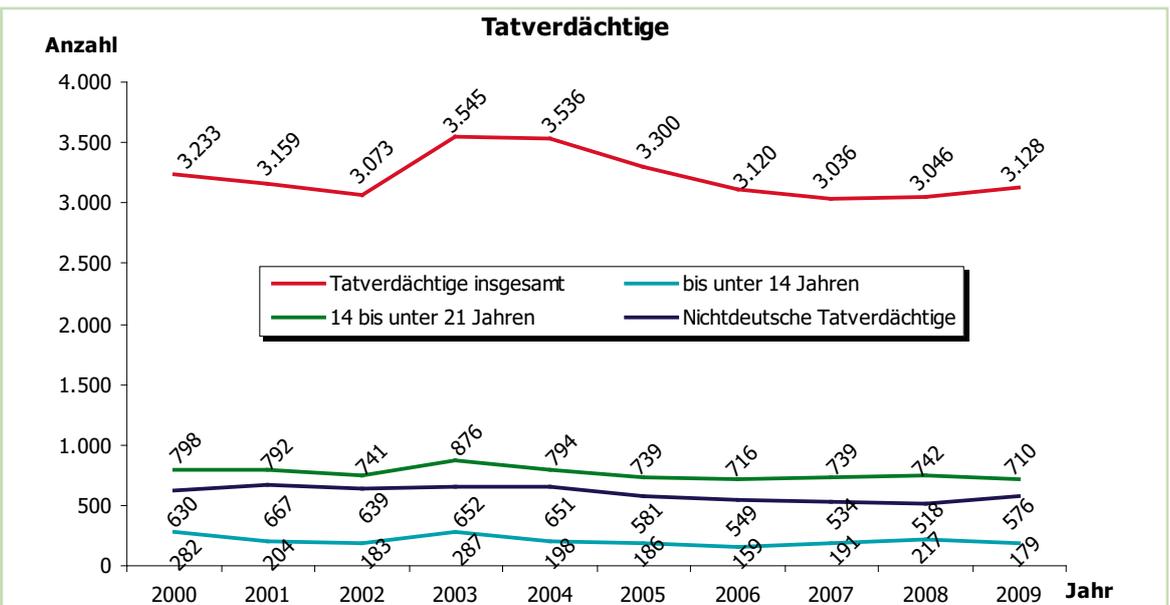
**Abb. 61:**  
Häufigkeitszahlen  
– Entwicklung seit 2004

(Daten: Polizeiliche Kriminalitätsstatistiken; PI Bamberg-Stadt)



**Abb. 62:**  
Tatverdächtige

(Daten: Bamberger Zahlen 2008, S. 104; PI Bamberg-Stadt)



■ **Projekte in Bamberg für Jugendliche zur Alkoholprävention**

Der Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen stieg in den letzten Jahren bundesweit deutlich an. Immer mehr junge Men-

schen unter 20 Jahren werden mit einer Alkoholvergiftung ins Krankenhaus eingeliefert. Es ist festzustellen, dass die enthemmende Wirkung von Alkohol die Gewaltbereitschaft und die Neigung der Jugendlichen besonders zum Vandalismus erheblich begünstigt bzw. erst hervorruft.

*„Die Kriminalitätsbelastung in der Stadt Bamberg ist im Vergleich der oberfränkischen Mittelstädte am höchsten. Dies hat aber u. a. auch statistische Gründe. Alkoholmissbrauch und Jugendkriminalität sind eng miteinander verknüpft. Präventivmaßnahmen sollen Jugendliche davor schützen, straffällig zu werden.“*

### 3.3.8 Kriminalität

Aus diesem Grund ist es notwendig, dem frühen und extensiven Alkoholgenuss zum Schutze der Jugendlichen zu begegnen. Mit aktuell zwei Projekten, die gezielt der Alkoholprävention dienen, soll dem Problem in Bamberg entgegengewirkt werden. Da Jugendalkoholismus und Jugendkriminalität eng miteinander verknüpft sind, stellen „JUNKER“ und „HaLT – Hart am LimiT“ gute Möglichkeiten dar, um Präventionsarbeit zu leisten und nachhaltige Wirkung zu zeigen.

#### Jugendschutzkonzeption JUNKER



Dieses Konzept, das seit dem Jahr 2005 von Polizei, Stadt Bamberg und Staatsanwaltschaft Bamberg umgesetzt wird, hat sich hinsichtlich der Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen bereits nachhaltig positiv ausgewirkt. Die Kontrollen in der Gastronomie wurden ausgeweitet sowie der Kontakt mit den Gastwirten und Diskothekenbetreibern durch sogenannte Gefährderansprachen.

#### HaLT – Hart am LimiT



HaLT

Das Projekt „HaLT - Hart am LimiT“ richtet sich an Kinder und Jugendliche mit einem Alkoholproblem. Die Region Bamberg nimmt als erster oberfränkischer Standort des Ende 2007 gestarteten Projektes eine Vorreiterrolle ein. Die gelungene Kooperation von Landratsamt, Kinderklinik Bamberg sowie Klinikum Bayreuth setzt sich aus zwei Bausteinen zusammen: Der reaktive Baustein richtet sich an Kinder und Jugendliche mit riskantem Alkoholkonsum und deren Eltern. Noch im Krankenhaus bekommen die Betroffenen Hilfe- und Beratungsangebote. Der proaktive Baustein des Programms zielt darauf ab, riskantem Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen frühzeitig durch Sensibilisierung und Aufklärung präventiv zu begegnen.

#### ■ Einschätzung des Handlungsbedarfs



##### Kommentar:

Ein hoher Handlungsbedarf besteht beim Thema Kriminalität immer, vor allem bei Straftaten im öffentlichen Raum (Gewaltdelikte, Diebstähle, Vandalismus etc.). Dies ist aber kein Bamberg-spezifisches Problem.

Um Straftaten im Vorfeld zu verhindern, gibt es in Bamberg einige Projekte und Maßnahmen, besonders im Kinder- und Jugendbereich (siehe auch Zieldiskussion). Kriminalitätsverhütung muss dort ansetzen, wo normabweichendes Verhalten in aller Regel entsteht, begünstigt und gefördert wird, und zwar auf kommunaler Ebene. Polizei und Stadt Bamberg bzw. diverse städtische

Behörden wie Gesundheitsamt, Ordnungsamt oder Sozialamt teilen sich dabei in enger Zusammenarbeit die Aufgaben: die Stadt fungiert als Sicherheitsbehörde, ist also Erstverantwortliche für die kommunale Sicherheit und entsprechend für die Schaffung von strukturellen Voraussetzungen, um Straftaten in enger Abstimmung mit der Polizei präventiv zu verhindern. Fruchtet die Präventionsarbeit nicht mehr und kommt es zu Straftaten, ist die Polizei für die Aufklärung und all das zuständig, was nicht mehr im „Zuständigkeitsbereich“ einer Kommune liegt. Sicherheit und Ordnung ist für eine Kommune von großer Bedeutung. Dies wird auch dadurch deutlich, dass die Einwohner Sicherheit und Lebensqualität in direktem Zusammenhang mit der Kriminalitätsentwicklung beurteilen. In Bamberg wird seitens der Stadt und der Polizei alles unternommen, um den Bürgern diese Lebensqualität zu gewährleisten.

#### ■ Zielwerte auf kommunaler Ebene:

Eine Festlegung ist nicht sinnvoll. Die Aufklärungsquote soll jedoch so hoch wie möglich sein, da eine hohe Aufklärung auch Generalprävention ist und zur Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung beiträgt.



### 3.3.8 Kriminalität / 3.3.9 Sicherung des Lebensunterhaltes

#### – Zieldiskussion:

Straftaten im Vorfeld verhindern ist natürlich besser, als sie zu verfolgen und zu bestrafen. Aus diesem Grund stellt die Prävention einen hohen Stellenwert für die Bamberger Polizei dar. Um bei dieser nicht einfachen Aufgabe aktiv mitzuwirken, soll auch die Bevölkerung sensibilisiert werden. Prävention kann vielfältig aussehen, so z. B. durch:

- Ermunterung der Bürger zur Zivilcourage
- Hinschauen - Polizei rufen - als Zeuge bereitstehen
- Erhöhung der sichtbaren Präsenz / Streifenförmigkeit (Straßenkriminalität)
- technische Prävention (Einbruchschutz)
- Aufbereitung von Straftaten in der (lokalen) Presse
- Aufklärungsarbeit durch Drogenpräventionsbeamte
- Jugendkontaktbeamte / Schulverbindungsbeamte
- den kriminalpolizeilichen Fachberater
- die Mitarbeiterin der Beauftragten der Polizei für Frauen und Kinder (BPFK)
- Alkoholprävention und Jugendschutz (siehe Projekte „HaLT – Hart am Limit“ und „JUNKER“)
- Verhaltensregeln und Verordnungen
- Maßnahmen im städtebaulichen Bereich (Beleuchtung, Veränderungen baulicher Art etc.)
- schnelle Aufklärung / hohe Aufklärungsquoten (= Generalprävention)

Die in der Prävention tätigen Beamten engagieren sich auch bei zahlreichen Veranstaltungen (Messen, Straßenfeste, Elternabende in Schulen und Kindergärten usw.). Besonders im Kinder- und Jugendbereich versucht die Polizei anzusetzen, um frühzeitig aufzuklären oder zu beraten. Hauptziel sollte sein, das Regelverständnis zu fördern, die Zahl der Straftaten möglichst gering zu halten und das soziale Klima zu verbessern.

#### 3.3.9 Sicherung des Lebensunterhaltes

##### – Einführung:

„Die Ausrottung von Armut und Hunger [...] bleiben weiterhin die größten Herausforderungen überall auf der Welt“. Dieser Satz stammt aus der Agenda 21.

Auch in Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, leben viele Menschen in Armut oder sind kurz davor, diese Schwelle zu unterschreiten. Als letztes „Auffangnetz“ vor Armut, sozialer Ausgrenzung und besonderer Belastung schützt dabei unter anderem die Sozialhilfe. Sie soll den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Die Sozialhilfe erbringt gemäß dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) Leistungen für diejenigen Personen und Haushalte, die ihren Bedarf nicht aus eigener Kraft decken können und auch keine (ausreichenden) Ansprüche aus vorgelagerten Versicherungs- und Versorgungssystemen haben.

##### – Status:

Die Zahl der Menschen, die auf staatliche Leistungen zur sozialen Sicherung angewiesen sind, hat in den letzten Jahren zugenommen. Am Jahresende 2008 erhielten in Deutschland 7,6 Mio. Menschen Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme<sup>19</sup>. Damit war rund jeder elfte (9,3 %) in Deutschland Lebende auf existenzsichernde finanzielle Hilfen des Staates angewiesen. Insgesamt rund 6,6 Mio. Menschen bezogen „Hartz-IV-Leistungen“ und 1,2 Mio. Sozialhilfe nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII (+6,2 % im Vergleich zum Vorjahr).

<sup>19</sup> Arbeitslosengeld II/Sozialgeld nach dem SGB II, Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII, Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Leistungen der Kriegsofopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz

„Auch 2008 erhielten in Deutschland 7,6 Mio Menschen Transferleistungen aus den staatlichen sozialen Sicherungssystemen mit steigender Tendenz.“

### 3.3.9 Sicherung des Lebensunterhaltes

#### Ausgaben des Staates für die Soziale Sicherung 2008

##### Deutschland:

- Nettoaussgaben des Staates für Sozialhilfe: 19,75 Mrd. € (+4,9 % im Vgl. zu 2007) bzw. 240,6 €/EW, Bruttoausgaben: 21,95 Mrd. € (+3,9 % im Vgl. zu 2007) bzw. 267,4 €/EW
- für 207.671 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren wurden staatliche Sozialleistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII erbracht

##### Bayern:

- Nettoaussgaben des Staates für Sozialhilfe 2008: 2,6 Mrd. € (+4,2 % im Vgl. zu 2007) bzw. 208,8 €/EW, Bruttoausgaben: 3 Mrd. € (+4,0 % im Vgl. zu 2007) bzw. 243,7 €/EW

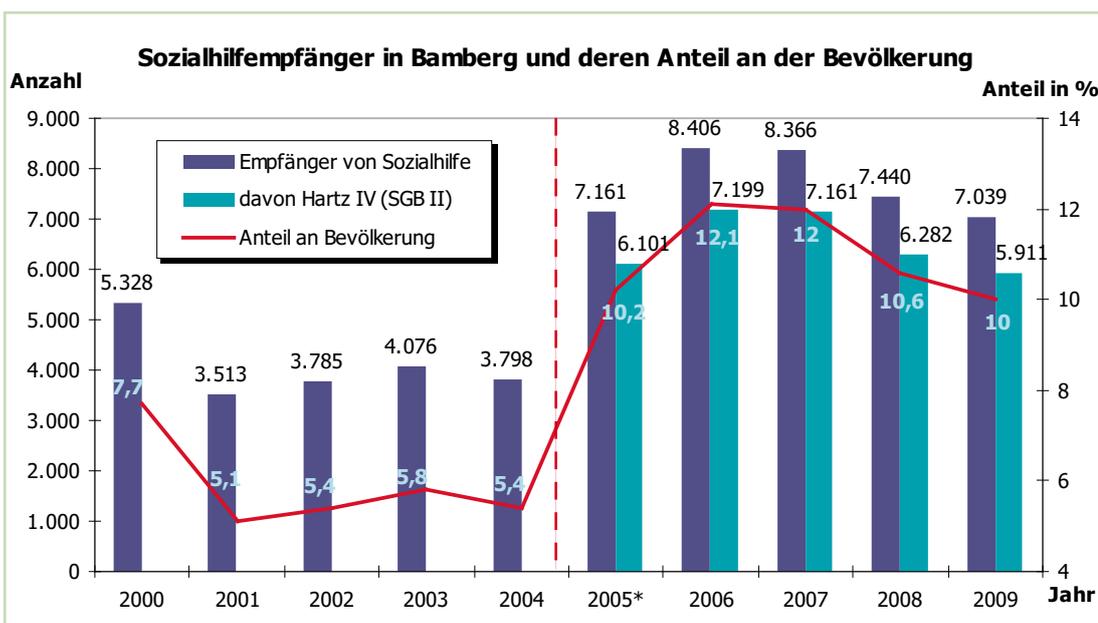
Daten: Statistisches Bundesamt 2009

#### „Sozialhilfe“ in Bamberg<sup>20</sup>

##### Sozialhilfeempfänger

Auch in Bamberg ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger in den letzten Jahren angestiegen, explizit seit den Änderungen in der Gesetzgebung zum 1.1.2005. Hierbei lag der Anteil der Hartz IV-Empfänger an der Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger in Bamberg im Jahr 2009 bei 84 %. Ungefähr jeder zehnte Einwohner bezog im selben Jahr irgendeine Form der Sozialhilfe, wie **Abb. 63** zu entnehmen ist.

Hinsichtlich der Altersstruktur kann festgestellt werden, dass unter den Bamberger Bürgern eher wenige Jugendliche (unter 21 Jahre) Leistungen vom Sozialamt der Stadt Bamberg beziehen (44 Fälle beispielsweise im April 2010). Den größten Kreis stellten im selben Monat entsprechend Personen ab 65 Jahre, die Grundsicherung im Alter erhalten (433 Fälle) sowie die Altersklasse der 21- bis 65-Jährigen mit 300 Fällen (erwerbsunfähige Personen).



**Abb. 63:** Sozialhilfeempfänger in Bamberg mit Hartz IV.  
\* Zum 1.1.2005 wurde das bisherige BSHG durch das SGB II und SGB XII ersetzt. Bedürftige Personen zwischen 15 und 65 Jahren, die grundsätzlich erwerbsfähig sind sowie deren Familienangehörige, erhalten sogenannte Hartz IV-Leistungen. Dieser Personenkreis wird seit dem Jahr 2005 nicht mehr in den Sozialhilfestatistiken, sondern in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit nachgewiesen.

(Daten: Bamberger Zahlen 2008)

<sup>20</sup> Anmerkung: Aufgrund der gesetzlichen Änderungen zum 1.1.2005 sind die in den Grafiken aufgeführten zahlenmäßigen Angaben von 2005 abwärts nicht mit denen ab 2005 vergleichbar.

„In Bamberg bezog 2009 ungefähr jeder zehnte Einwohner in irgendeiner Form soziale Unterstützung. 37,2 Mio € gab die Stadt Bamberg 2009 für die soziale Sicherung aus. Dies entspricht einem Zuwachs von 36% im Zeitraum von 2000 - 2009.“

### 3.3.9 Sicherung des Lebensunterhaltes

#### Ausgaben der Stadt für die Soziale Sicherung

Seit der Einführung von Hartz IV ist auch der finanzielle Aufwand der Stadt für soziale Leistungen gestiegen.

Entsprechende Ausgaben nehmen einen immer höheren Wert an

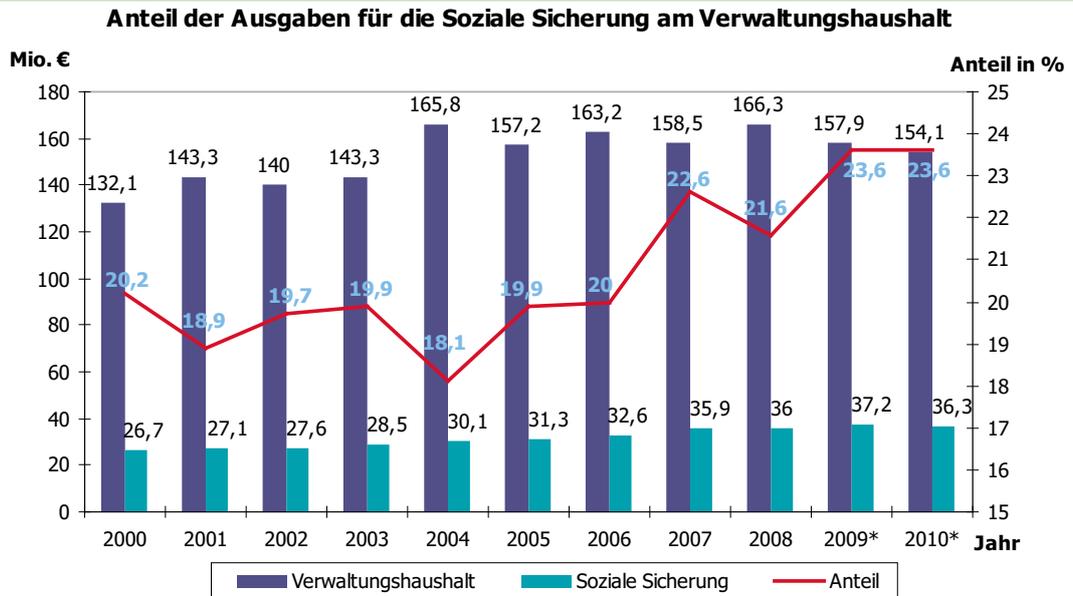
in Relation zum gesamten Verwaltungshaushalt der Stadt Bamberg (siehe **Abb. 64**).

Die Zahlen für die Soziale Sicherung (36,3 Mio. € im Jahr 2010) beinhalten den ARGE-Haushalt, also den kommunalen Anteil nach dem SGB II.

**Abb. 64:**  
Anteil der Ausgaben für die Soziale Sicherung am Verwaltungshaushalt

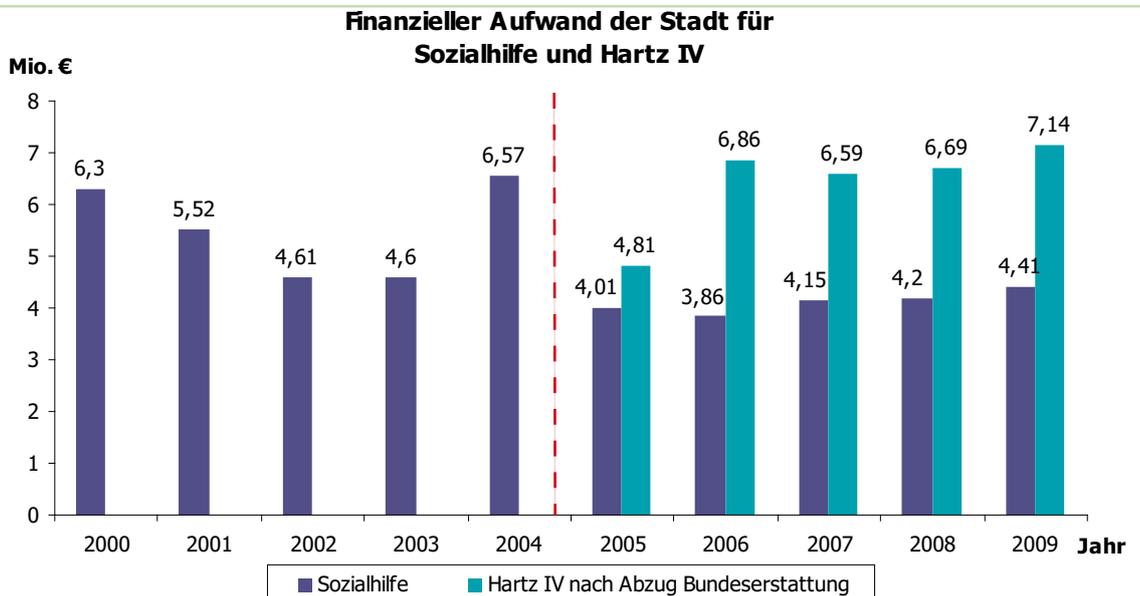
\* Haushaltsansätze - Rechnungsergebnisse liegen noch nicht vor

(Daten: Kämmereramt Bamberg)



**Abb. 65:**  
Finanzieller Aufwand der Stadt für Sozialhilfe und Hartz IV

(Daten: Bamberger Zahlen 2008)



„Die wachsenden Sozialausgaben treffen in erster Linie die Kommunen und schränken diese in ihren Handlungsspielräumen ein.“

### 3.3.9 Sicherung des Lebensunterhaltes

Abb. 65 schlüsselt den finanziellen Aufwand der Stadt Bamberg für Sozialhilfe und Hartz IV auf. Die Gesamtkosten der Stadt für Sozialhilfe ergeben sich aus der Summe der Ausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG/SGB XII, die Hilfe in besonderen Lebenslagen nach dem BSHG (Krankenhilfe, Hilfe zur Pflege etc.), die Kriegsopferversorge (KOF) sowie die Grundsicherung. Bei den Ausgaben für Hartz IV ist die Bundeserstattung bereits abgezogen.

#### Wohngeld

Seit über 40 Jahren hilft das Wohngeld einkommensschwachen Menschen bei ihren Wohnkosten. Das Wohngeld wird als Mietzuschuss (für Mieter) oder als Lastenzuschuss (für selbstnutzende Eigentümer) geleistet. Die in Abb. 66 dargestellten Werte beziehen sich nur auf die Mietzuschüsse, da diese den größten Teil des Wohngeldes ausmachen.

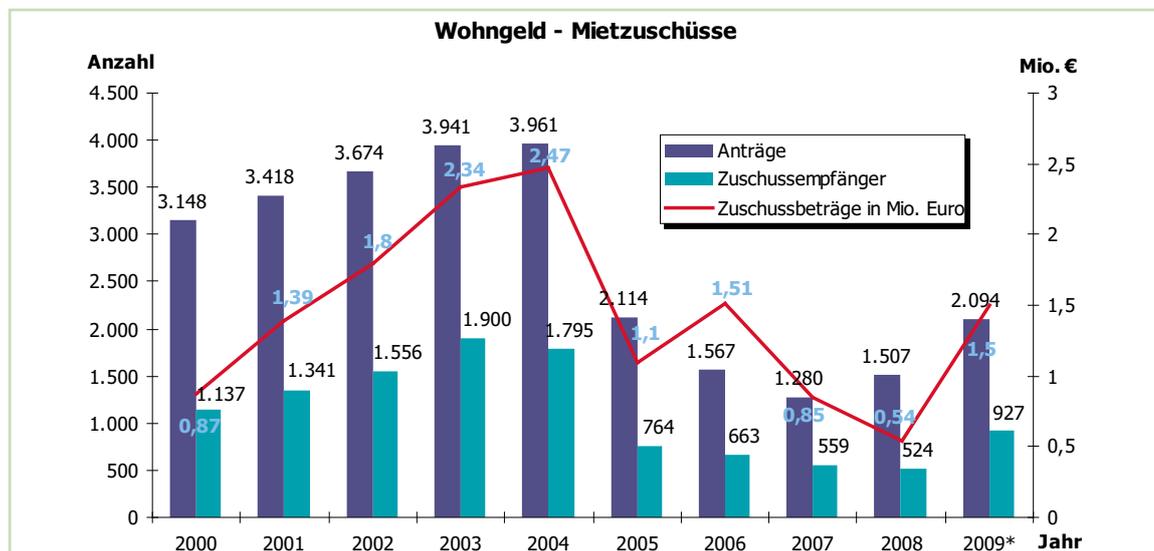
Die seit dem Jahr 2005 rückläufigen Anträge, Zuschussempfänger und entsprechend die Zuschussbeträge für Wohngeld sind damit zu erklären, dass im Hartz IV-Betrag, den das Amt bewilligt, die Kosten für das Wohnen (Unterkunft und Heizungskosten) enthalten sind. Wohngeld wird seither nicht mehr separat zu

Hartz IV ausgezahlt. Im Jahr 2008 haben sich die gesetzlichen Anforderungen geändert, womit der starke Anstieg bei den Anträgen, Empfängern und Zuschussbeträgen zu erklären ist.



- **Einschätzung des Handlungsbedarfs:** hoch
- **Zielwerte auf kommunaler Ebene:** keine Angabe
- **Zieldiskussion:**

Eine steigende Zahl von Sozialhilfeempfängern kann nicht nur die soziale Stabilität gefährden, sondern auch den Handlungsspielraum der Städte und Gemeinden beeinträchtigen. Die Ausgaben für die Soziale Sicherung gehören zu den „Pflichtaufwendungen“ einer Kommune. Je höher diese sind, desto weniger Geld steht für „freiwillige“ Aufwendungen zur Verfügung. Daneben korreliert die Zahl der Sozialhilfeempfänger häufig mit der Entwicklung und Dauer der Arbeitslosigkeit. Arbeitsfördernde Maßnahmen, die die Zahl der Sozialhilfeempfänger bestenfalls positiv beeinflusst, liegen entsprechend im Zuständigkeitsbereich der ARGE und nicht der Kommune.



**Abb. 66:** Wohngeld – Anträge, Zuschussempfänger und Zuschussbeträge  
 \* Zahl der Empfänger am 31.12.2009; Zuschussbetrag: ungefährender Betrag  
 (Daten: Bamberger Zahlen 2008)

„Die Teilnahme an Wettbewerben offenbaren Stärken und Schwächen der nachhaltigen Stadtentwicklung.“

## 4 Die nachhaltige Stadtentwicklung in der Außendarstellung und –wahrnehmung - Teilnahme an den Wettbewerben der Deutschen Umwelthilfe (DUH)

Das Umweltamt der Stadt Bamberg hat in den Jahren 2000 – 2010 an zahlreichen Wettbewerben in verschiedenen Handlungsbereichen teilgenommen. Die Zielsetzungen, die hiermit verfolgt werden, sind einerseits, die erbrachten Leistungen extern bewerten zu lassen, und andererseits, sich einem überregionalen bzw. nationalen Vergleich zu stellen. Weiterhin wurden anhand der Ergebnisse (Stärke – Schwächenanalysen) wertvolle Anregungen für die zukünftige Arbeit gewonnen.

### Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“

Ziel des Wettbewerbes war es, die Lokale Agenda in möglichst vielen Kommunen zu etablieren, qualitativ zu vertiefen und insgesamt zu verstetigen. Mittels eines Indikatorensystems sollte die nachhaltige Stadtentwicklung dokumentiert und im nationalen (Städte-)Vergleich bewertet werden. Anhand der Ergebnisse wurden best-practice-Beispiele vorgestellt und Lösungsstrategien für besondere Problembereiche entwickelt. Zusätzlich wurde die Intention verfolgt, Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und sonstige Akteure zu motivieren, sich am Agenda-Prozess zu beteiligen. Die mit der Teilnahme verbundene Auszeichnung „Zukunftsfähige Kommune“ sollte der Vorbildfunktion der „Öffentlichen Hand“ Rechnung tragen und eine Imageaufwertung der Kommune bewirken.

Die Stadt Bamberg hat sich in den Jahren 2002 – 2005 dreimal mit großem Erfolg beteiligt und konnte im Wettbewerbsjahr 2002/2003 sogar den ersten Rang unter den Kommunen in der Größenklasse 15.000 – 100.000 Einwohner belegen. Die Aktivitäten im Rahmen des Agenda 21-Prozesses wurden damals in einem von der Deutschen Umwelthilfe herausgegebenen Flyer bundesweit bekannt gemacht.

Tab. 14:  
Wettbewerb  
„Zukunftsfähige  
Kommune“ – Platzie-  
rungen und Teilneh-  
mer

Jahr	Teilnehmer 15.000-100.000 EW	Teilnehmer insgesamt	Platzierung
2002	52	91	3
2002/2003	33	76	1
2003/2004	26		2

### Wettbewerb „Energiesparkommune 2005“

Der Wettbewerb „Energiesparkommune“ hatte das Ziel, erfolgreiche Energiesparmaßnahmen innerhalb der kommunalen Liegenschaften, kreative Ideen für die Öffentlichkeitsarbeit, innovative Förderprogramme und eine Stadtplanung, die dem Klimaschutz dient, zu sammeln und diese bundesweit bekannt zu machen. Der Wettbewerb wurde gefördert durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem Umweltbundesamt und weiteren Kooperationspartnern.

Tab. 15:  
Wettbewerb „Ener-  
giesparkommune  
2005“ – Platzierung  
und Teilnehmer

Jahr	Teilnehmer 20.000-100.000 EW	Teilnehmer insgesamt	Platzierung
2005	34	77	5 / 17

„Energie, Natur- und Klimaschutz sowie der lokale Agenda 21-Prozess waren die Schwerpunktthemen der Wettbewerbe in den letzten 10 Jahren.“

## 4 Die nachhaltige Stadtentwicklung in der Außendarstellung und –wahrnehmung - Teilnahme an den Wettbewerben der Deutschen Umwelthilfe (DUH)



### Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Naturschutz 2007“

Die Deutsche Umwelthilfe würdigte mit diesem Wettbewerb die Bemühungen der Städte und Gemeinden für den Naturschutz. Vorbildhafte Projekte wurden bundesweit bekannt gemacht.

Im Rahmen dieses Wettbewerbes erhielt die Stadt Bamberg die Auszeichnung „Naturschutzkommune 2007“. Auf der Preisverleihung in Berlin, mit dem Bundesvorsitzenden der Deutschen Umwelthilfe, Prof. Dr. Harald Kächele (Bild 3. v. r.), wurde das große Engagement für den Vogel- und Gewässerschutz sowie die vorbildhafte Biotopvernetzung gelobt. Auch der stadtoökologische Lehr- und Erlebnispfad erhielt große Anerkennung. Das Projekt „Blühende Straßenränder“ wurde zum Projekt des Monats (Januar 2008) gewählt und überregional in der Presse bekannt gemacht.

Jahr	Teilnehmer 30.000-100.000 EW	Teilnehmer insgesamt	Platzierung
2007	25	117	3 / 16

Tab. 16: Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Naturschutz 2007“ – Platzierung und Teilnehmer

Jahr	Teilnehmer 20.000-100.000 EW	Teilnehmer insgesamt	Platzierung
2010	27	73	14 / 37

Tab. 17: Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ – Platzierung und Teilnehmer

### Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“

Der Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“ erfasste die kommunalen Klimaschutzbemühungen in verschiedenen Handlungsbereichen (Energiesparen, Green IT, Energieerzeugung, Verkehr, Siedlungsgestaltung und Öffentlichkeitsarbeit sowie Finanzierung). Vor dem Hintergrund des Klimawandels wird die Bedeutung des kommunalen Klimaschutzes in den kommenden Jahren zunehmen. Der Wettbewerb lieferte wertvolle Erkenntnisse mit Blick auf zukünftige Arbeitsschwerpunkte (wie z.B. „Siedlungsgestaltung“), die u.a. auch von der zwischen Stadt und Landkreis geschlossenen Klimaallianz aufgegriffen werden.

### Wettbewerb „Bundeshauptstadt der Biodiversität 2010“



Im Oktober 2010 beteiligte sich das Umweltamt am aktuellen Wettbewerb „Bundeshauptstadt der Biodiversität“. Städte und Gemeinden sind sehr wichtige Akteure beim Schutz der Biodiversität. Sie handeln direkt vor Ort und haben einen sehr guten Kontakt zu ihren Bewohnerinnen und Bewohnern. Sie sind daher zum einen die entscheidende Stelle für die Umsetzung von Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität, zum anderen aber auch die zentrale Stelle zur Vermittlung der Ziele zum Erhalt der Biodiversität an die Bevölkerung. Der Wettbewerb hat das Ziel, die Aktivitäten der Kommunen zu würdigen und gleichzeitig den Kommunen eine Plattform zur Darstellung ihrer Maßnahmen und Strategien zu bieten. Das Ergebnis der Stadt Bamberg stand zum Zeitpunkt der Herausgabe dieses Berichtes noch nicht fest.

## **5 Zusammenfassung**

# **Bausteine der Agenda-Arbeit für die Zukunft**

	Bewertung	Handlungsbedarf
<b>Ökologie</b>		
Kap. 3.1.1 Abfall	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ sinkende Abfallmengen</li> <li>● Abfallgesetzgebung und Kommunales Abfallwirtschaftskonzept haben sich bewährt</li> <li>+ konstant hohe Verwertungsquote</li> </ul>	<b>Gering</b>
Kap. 3.1.2 Bodenmanagement	<ul style="list-style-type: none"> <li>- hoher Druck auf Freiflächen</li> <li>● Gärtnerflächen sind als Teil des WEZ zu erhalten</li> <li>● hohe Bedeutung der Freiflächen für den Klimaschutz</li> <li>- hoher Koordinationsaufwand bezüglich der unterschiedlichen Ansprüche an die Freiflächen</li> <li>+ über 10 % der Stadtfläche sind als Biotopfläche ausgewiesen</li> </ul>	<b>mittel</b> bis <b>hoch</b>
Kap. 3.1.3 Energie	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ sinkender Energieverbrauch der HH, steigender Energiebedarf der Wirtschaftsunternehmen</li> <li>- CO<sub>2</sub>-Bilanz mit Zunahme der CO<sub>2</sub>-Emissionen zwischen 1990 und 2006 um 2,6 %</li> <li>+ deutliche Zunahme der EE, dennoch ist der Anteil der EE am Gesamtenergiebedarf gering (2 bis 3 %)</li> <li>- hoher Altbaubestand ohne energetische Sanierung</li> </ul>	<b>hoch</b>
Kap. 3.1.4 Gewässerschutz / Trinkwasser	<ul style="list-style-type: none"> <li>- bis 2007 Wasserverbrauch über dem Bundesdurchschnitt bei insgesamt sinkenden Wasserabgabemengen</li> <li>+ hohe Reinigungsleistung von Schadstoffen im Abwasser in der Kläranlage</li> <li>+ positive Auswirkungen der Kanalsanierung in den letzten Jahren</li> <li>+ Steigerung der regionalen Gewässergüte</li> </ul>	<b>gering</b>
Kap. 3.1.5 Immissionsschutz	<ul style="list-style-type: none"> <li>● im Bereich der Feinstaubbelastung sind Grenzwertüberschreitungen festzustellen, die jedoch noch im gesetzlichen Rahmen liegen</li> <li>- bei geplanter Herabsetzung des Grenzwertes für NO<sub>2</sub> könnte es ab 2010 in bestimmten Straßenabschnitten zu Überschreitungen kommen</li> <li>+ die Ozonbelastung stellte in den letzten Jahren kein großes Gefahrenpotenzial dar</li> <li>- z. T. hohe Belastung der Luft mit Schadstoffen durch Industrie und Straßenverkehr sowie Haushalte (Verfeuerung von Festbrennstoffen)</li> </ul>	<b>mittel</b>

Ziele bzw. Zielwerte	Maßnahmen
k. A.	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ laufende Anpassung des Bamberger Abfallwirtschaftskonzeptes an die Gesetzgebung</li> <li>■ intensive Beratung und Information der Bürger und Bürgerinnen zur ...               <ul style="list-style-type: none"> <li>- Abfallvermeidung/-verminderung</li> <li>- Verwertung von Abfällen</li> <li>- ordnungsgemäßen Entsorgung</li> </ul> </li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 10 % der Stadtfläche sind als Biotopflächen zu erhalten, langfristig sollen 20 % angestrebt werden</li> <li>■ der Freiflächenanteil von derzeit 54 % an der Gesamtfläche der Stadt soll gesichert werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Städtebauliches Entwicklungskonzept „SEK“ (<a href="http://www.stadtplanungsamt.bamberg.de">www.stadtplanungsamt.bamberg.de</a>)</li> <li>■ Innenentwicklung vor Außenentwicklung</li> <li>■ Schließung von Baulücken</li> <li>■ Sicherung und Aufwertung von Freiflächen</li> <li>■ Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (Ökokonto)</li> <li>■ Schaffung einer hohen Biodiversität</li> <li>■ Erhalt und Vernetzung klimawirksamer Flächen</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 10 % alle fünf Jahre bis 2030</li> <li>■ Energieautarkie von Stadt und Landkreis Bamberg bis 2035</li> <li>■ Senkung des Energieverbrauches und der CO<sub>2</sub>-Emissionen bei den kommunalen Liegenschaften um 30 % bis 2020</li> </ul>	<p>Klimaallianz Stadt und Landkreis Bamberg (<a href="http://www.klimaallianz.bamberg.de">www.klimaallianz.bamberg.de</a>)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Energiepotenzialanalyse Region Bamberg</li> <li>■ Solarflächenkataster für die Region Bamberg</li> <li>■ weiterer Ausbau der Allianzpartner sowie der Aufbau eines Klimaschutznetzwerkes</li> <li>■ Projekt „Energie und Denkmalpflege“ (EuDe)</li> <li>■ Beratung der Bürgerinnen und Bürger zur energetischen Gebäudesanierung</li> <li>■ Bürgersolardächer</li> <li>■ Öffentlichkeitsarbeit („Der Energieberater“, Internet, etc.)</li> <li>■ Fortschreibung CO<sub>2</sub>-Bilanz</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ jährlicher bundesweiter Durchschnittsverbrauch sollte Richtwert sein</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ weitere Verbesserung der Gewässerqualität</li> <li>■ Schutz lokaler Wassergewinnungsgebiete</li> <li>■ Information und Beratung der Öffentlichkeit im Bezug auf den sparsamen Umgang mit den vorhandenen Wasserressourcen</li> <li>■ Vermeidung von Wasserverunreinigung bereits am Entstehungsort</li> <li>■ Sicherung und – wenn technisch und wirtschaftlich möglich – Ausbau der Abwasserreinigungsleistung</li> <li>■ Fortführung der städtischen Kanalsanierung</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ vorgegebene gesetzliche Grenzwerte für die verschiedenen Schadstoffe</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Maßnahmenplan „Feinstaub“ zur Verbesserung der lufthygienischen Situation in Bamberg inklusive Maßnahmen zur Lärmreduzierung</li> <li>■ Verkehrsreduktion an viel befahrenen und eng bebauten Straßenzügen</li> <li>■ Verkehrsberuhigung in der Innenstadt</li> <li>■ Reduzierung der Geschwindigkeit bei lokalen Grenzwertüberschreitungen</li> <li>■ Förderung des ÖPNV und des Fuß- und Radverkehrs in der Innenstadt</li> <li>■ Information und Aufklärung der Bevölkerung über „richtiges Heizen“</li> </ul>

	Bewertung	Handlungsbedarf
Kap. 3.1.6 Mobilität  (Verkehrsmittelwahl, Verkehrssicherheit)	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ fast jede zweite Fahrt in Bamberg wird mit dem Kfz durchgeführt (43 %)</li> <li>➤ mit 22 % Radverkehr ist aber auch dieser Verkehrsträger in Bamberg weit über dem Bundesdurchschnitt (ca. 10 %) vertreten</li> <li>● die Unfallstatistiken zeigen keine signifikanten Veränderungen in den letzten Jahren</li> <li>➤ intensive Präventionsarbeit durch die Polizei</li> <li>■ Luft- und Lärmbelastung durch Verkehr</li> <li>■ Unfälle als Mobilitätsrisiko</li> </ul>	<b>hoch</b>
Kap. 3.1.7 Naturschutz	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ hoher Freiflächenanteil mit stetig steigenden Biotopentwicklungsflächen</li> <li>➤ höchster Anteil an FFH-Gebieten (11,1 %) in Oberfranken</li> <li>➤ über 10 % der Stadtfläche sind als Biotop ausgewiesen</li> </ul>	<b>gering</b>
<b>Ökonomie</b>		
Kap. 3.2.1 Betrieblicher Umweltschutz	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ ca. 7 % der Unternehmen in Bamberg nehmen an zertifizierten Umweltmanagementsystemen teil</li> <li>➤ Vorbildunternehmen existieren</li> </ul>	<b>mittel</b>
Kap. 3.2.2 Existenzgründungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ gute Entwicklung seit 2006</li> <li>■ gleichzeitig auch hohe Zahl an Gewerbeabmeldungen (hohe Fluktuation)</li> </ul>	<b>gering</b>
Kap. 3.2.3 Kommunaler Haushalt	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Pro-Kopf-Verschuldung weit unter dem Durchschnitt der bayerischen kreisfreien Städte</li> <li>➤ von 1998 bis 2008 sank Pro-Kopf-Schuldenstand um 69 %</li> <li>➤ Verringerung der Schulden im kommunalen Haushalt von 52 (1999) auf 28 Mio. (2008)</li> <li>■ stetig steigende Ausgaben für die sozialen Sicherungssysteme schränken Handlungsspielraum der Kommune ein.</li> </ul>	<b>Hoch</b>

Ziele bzw. Zielwerte	Maßnahmen
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Ausbau des Radverkehrsanteils von derzeit 22 % auf 30 % im Jahr 2020</li> <li>■ die Zahl der bei Verkehrsunfällen getöteten Personen und die Anzahl der schweren Unfälle mit Personenschaden soll bis zum Jahr 2012 durch präventive und repressive Maßnahmen landesweit um ein Fünftel gesenkt werden</li> </ul>	<p>Förderung des Fuß und Radverkehrs:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Ausbau der Infrastruktur für Fahrradfahrer</li> <li>■ Installation eines Fahrradforums</li> </ul> <p>Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans der Stadt Bamberg:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Ausbau des ÖPNV als umweltfreundliche und kostengünstige Alternative zum MIV</li> <li>■ intensive Verkehrssicherheitsarbeit zielgerichtet für die schwachen Verkehrsteilnehmer</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 10-20 % (mittel- bis langfristig) der Stadtfläche sind als Biotopflächen auszuweisen bzw. zu erhalten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Schutz, Entwicklung und Vernetzung von wertvollen Lebensräumen und Freiflächen</li> <li>■ Erhöhung des Flächenanteils der Schutzgebiete/Biotope an der Gesamtfläche</li> <li>■ Ausweisung von Schutzgebieten, Bereitstellung von Biotopentwicklungsflächen</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ weitere Steigerung der Anzahl der Unternehmen, die an Umweltmanagementansätzen partizipieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ effiziente Kontrolle der Umweltvorschriften</li> <li>■ Intensivierung des Beratungsangebotes für Firmen</li> <li>■ Informationsveranstaltungen in Kooperation mit Wifö und IHK/HWK</li> <li>■ Schaffung von Anreizen für Unternehmen, sich an Umweltmanagementsystemen zu beteiligen</li> </ul>
k. A.	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Förderung und Beratung von Existenzgründungen (Wifö in Zusammenarbeit mit dem IGZ, Beratertage für Existenzgründer mit den AKTIVSENIOREN BAYERN e.V.)</li> <li>■ Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen für Existenzgründer</li> <li>■ Steigerung der Gründungsdynamik durch erweiterte Informationsangebote, bessere Finanzierungsmöglichkeiten, zielgerechtere Unterstützung aus Politik und Wirtschaft</li> </ul>
k. A.	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ keine Nettoneuverschuldungen, ausgewogener kommunaler Finanzhaushalt</li> <li>■ Verkürzung der Darlehensstruktur</li> <li>■ Trägerdarlehenstilgung (EBB)</li> <li>■ Sparmaßnahmen in der kommunalen Verwaltung</li> </ul>

	Bewertung	Handlungsbedarf
Kap. 3.2.4 Öko-Landwirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> <li>● Landwirtschaft spielt generell keine große Rolle in der Stadt mit Ausnahme der Gärtnereibetriebe</li> <li>■ nur ein Betrieb (von ca. 30 noch produzierenden Betrieben) wirtschaftet ökologisch</li> <li>■ brachliegende Gärtnerflächen sind hohem Veränderungsdruck ausgesetzt</li> <li>+ Regionalkampagne mit ökologisch (14) und konventionell wirtschaftenden Betrieben ist ein Erfolgsmodell</li> </ul>	<b>hoch</b>
Kap. 3.2.5 Wirtschaftsstruktur	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ höchste Zahl von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Oberfranken</li> <li>+ hoher Anteil von Erwerbstätigen im produzierenden Sektor (37,3 % 2009)</li> <li>■ monostrukturelle Ausrichtung der Wirtschaftsstruktur macht Wirtschaftsstandort Bamberg anfällig in Krisenzeiten</li> </ul>	<b>gering</b>
<b>Gesellschaft / Soziales</b>		
Kap. 3.3.1 Arbeit	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Arbeitslosigkeit über dem Durchschnitt von Bayern und Oberfranken, aber unter dem Bundesdurchschnitt</li> <li>+ abnehmende Zahl von Arbeitslosen zwischen 2005 und 2009</li> <li>+ keine wesentlichen geschlechtsspezifischen Unterschiede</li> <li>+ Jugendarbeitslosigkeit entwickelt sich seit 2005 eben falls positiv</li> </ul>	<b>hoch</b> , da die Entwicklung auf dem regionalen Arbeitsmarkt nicht absehbar ist
Kap. 3.3.2 Ausbildung	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist rückläufig (in Oberfranken und Bamberg)</li> <li>+ konstante Zahl an Ausbildungsstellen</li> <li>■ Zahl der Bewerber übersteigt Angebot an Ausbildungsstellen (1,4 Bewerber/Stelle)</li> <li>+ in Oberfranken ist Anteil der Nachwuchskräfte an der Gesamtbelegschaft am höchsten</li> </ul>	<b>hoch</b>

Ziele bzw. Zielwerte	Maßnahmen
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Erhalt der Bamberger Gärtnertradition als wesentlicher Teil des WEZ</li> <li>■ Ausbau des Flächenanteils des ökologischen Landbaus</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Weiterentwicklung der Kampagne „Region Bamberg – weil’s mich überzeugt“ (<a href="http://www.region.bamberg.de">www.region.bamberg.de</a>)</li> <li>■ Nutzungskonzepte für die brachliegenden Gärtnerflächen im Stadtgebiet von Bamberg</li> <li>■ Entwicklung neuer Absatzwege und –märkte für Gärtnerprodukte</li> <li>■ Bündnis „Gentechnikfreie Region Bamberg“</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Bestandspflege und Ansiedlung neuer Unternehmen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Beratung und Information der Unternehmen</li> <li>■ Netzwerke/Kooperationen der Wifö (WiR, Botschafter für Bamberg, Interkommunale Zusammenarbeit B<sub>2</sub>H<sub>2</sub>, Region BA: Kompetenz Denkmalpflege etc.)</li> <li>■ Potenzial der Universität besser nutzen (gemeinsame Entwicklungspotenziale mit der Wirtschaft)</li> <li>■ Bamberg langfristig für Arbeit und Wohnen vor dem Hintergrund des Demographischen Wandels attraktiv halten</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Vollbeschäftigung, entspricht einer Arbeitslosenquote von 2 %</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ spezielle Ausbildung der ARGE zur Förderung und Förderung der Jugendlichen</li> <li>■ Angebote für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, Angebote zur Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen</li> <li>■ Personen mit besonderem Unterstützungsbedarf werden in ihrer Ausbildung durch speziellen Förderunterricht unterstützt</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Zahl der jungen Erwachsenen ohne abgeschlossene Berufsausbildung soll auf Bundesebene bis 2015 von derzeit 17 % auf 8,5 % halbiert werden</li> <li>■ Sicherung des Fachkräftebedarfs</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Sicherung eines adäquaten Ausbildungs- und Qualifizierungsangebotes für alle ausbildungswilligen und –fähigen Jugendlichen</li> </ul>

	Bewertung	Handlungsbedarf
Kap. 3.3.3 Bevölkerung		
Kap. 3.3.3.1 Bevölkerung und Wohnen	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Einwohnerzahl Bambergs relativ konstant seit 1985</li> <li>➤ zweitgrößte Stadt in Oberfranken</li> <li>➤ nur sehr geringe Verluste durch Demographischen Wandel werden prognostiziert</li> <li>■ Mangel im Bereich des Mietwohnungsbaus und an geeigneten Geschosswohnungen</li> <li>■ Defizite im behindertengerechten bzw. barrierefreien Wohnungsbau</li> <li>● zielgruppenorientierte Wohnformen werden immer wichtiger</li> </ul>	<b>mittel</b>
Kap. 3.3.3.2 Altersaufbau und medizinische Versorgung	<ul style="list-style-type: none"> <li>● fast jeder vierte Bamberger ist über 65 Jahre alt</li> <li>■ 2/3 der Ärzte in der Region Bamberg sind über 50 Jahre alt</li> </ul>	<b>hoch</b>
Kap. 3.3.3.3 Integration Integration von Menschen mit Migrationshintergrund	<ul style="list-style-type: none"> <li>● Ausländeranteil hat sich seit den 1990er Jahren stetig erhöht (10,2 %)</li> <li>■ Schulerfolg der Migrantenkinder unter dem der Nicht-Migrantenkinder (Hauptschule)</li> </ul>	<b>hoch</b>
Integration von Menschen mit Handicap	<ul style="list-style-type: none"> <li>● in Bamberg leben überdurchschnittlich viele Menschen mit Behinderung (ca. 12 % der Bevölkerung)</li> <li>■ fehlende infrastrukturelle Einrichtungen für Menschen mit Behinderung</li> <li>● durch den demographischen Wandel wird sich der Anteil der Menschen mit Handicap an der Gesamteinwohnerzahl Bambergs weiter erhöhen</li> </ul>	<b>hoch</b>
Kap. 3.3.4 Familie und Kinder	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ konkrete Maßnahmen bereits seit dem Jahr 2003 (Kommunaler Familientisch)</li> <li>➤ Familienfreundlichkeitsprofil und Einsetzung eines Familienbeirates bzw. einer Familienbeauftragten</li> <li>■ Betreuungsquote für Kinder bis 6 Jahre liegt knapp unter dem Bundesdurchschnitt</li> <li>■ es fehlt an Krippenplätzen für Kinder unter 3 Jahre so wie an Plätzen zur Betreuung von Schulkindern</li> <li>■ es fehlt an bezahlbarem Wohnraum / preiswerten Grundstücken</li> </ul>	<b>mittel</b>

Ziele bzw. Zielwerte	Maßnahmen
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ jährlicher Bedarf von 200 bis 250 Wohneinheiten</li> <li>■ Sicherung und Erneuerung des Wohnungsbestandes</li> <li>■ familiengerechte Wohnungen</li> <li>■ Angebot von alternativen Wohnformen schaffen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ aktivere Grundstückspolitik der Stadt zur besseren Steuerung und Einflussnahme auf dem Wohnungsmarkt</li> <li>■ Intensivierung des Angebotes an Informationen und Beratung für Wohnungssuchende und Bauwillige</li> <li>■ Investitionen in gute soziale Infrastruktur, um vor allem junge Familien mit Kindern in der Stadt zu halten</li> </ul>
k. A.	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Schaffung eines Netzwerkes „Gesundheitsregion Bamberg“</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ bundesweit: bis zum Jahr 2015 soll die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss von derzeit 8 % auf 4 % reduziert werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Runder Tisch für ein flächenübergreifendes Integrationsprojekt</li> <li>■ Lenkungs- und Steuerungsgruppe (kommunales Leitbild und Gesamtkonzept für die Integration von Ausländern)</li> <li>■ intensive (Bildungs-)Förderung von Migrantenkindern bereits in den Kindertagesstätten (Sprachförderung; Projekt „LeseFreunde“)</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ gesetzlich vorgegebener Wert von 5 % behinderter Beschäftigter bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern mit mindestens 20 MitarbeiterInnen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Voranbringen der Barrierefreiheit in der Stadt auf Grundlage des 2009 verabschiedeten Sozialplans der Stadt Bamberg</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ mehr als jedem dritten Kind unter 3 Jahre (35 %) soll bis zum Jahr 2013 ein Betreuungsangebot gemacht werden (KiföG), in Bamberg sind dies 425 bereitzustellende Betreuungsplätze</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Sicherung eines adäquaten Ausbildungs- und Qualifizierungsangebotes für alle ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen</li> </ul>

	Bewertung	Handlungsbedarf
Kap. 3.3.5 Geschlechtergerechtigkeit	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ weibliche Führungspositionen in der Stadtverwaltung unterrepräsentiert</li> </ul>	<b>mittel</b>
Kap. 3.3.6 Kommunales Eine-Welt-Engagement	<ul style="list-style-type: none"> <li>● nur punktuelle Ansätze vorhanden</li> <li>➤ Stadtratsbeschluss gegen ausbeuterische Arbeit von Kindern und Erwachsenen (2008)</li> <li>■ keine Dritte-Welt-Netzwerk vorhanden</li> </ul>	<b>mittel</b>
Kap. 3.3.7 Ehrenamtliches Engagement	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Ausbau der ehrenamtlichen Tätigkeiten durch CariThek seit 2003</li> <li>➤ hohe Anzahl von Kooperationspartnern (ca. 400)</li> <li>● Sicherung der finanziellen Mittel sind existenziell wichtig (Kommune, Unternehmen)</li> <li>■ relativ geringe Eigeninitiative von an ehrenamtlicher Arbeit Interessierter</li> </ul>	<b>hoch</b>
Kap. 3.3.8 Kriminalität	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ nach kontinuierlichem Rückgang der Straftaten seit 2003 erstmals wieder Anstieg im Jahr 2009</li> <li>➤ hohe, weit über dem Landesdurchschnitt liegende Aufklärungsquote (67,5 % 2009)</li> <li>■ höchster Wert bei der Häufigkeitszahl (insgesamt bekannt gewordene Fälle in Oberfranken)</li> <li>● zu über 50 % (126) der Gewaltdelikte 2009 (224) wurden Tatverdächtige unter 21 Jahre ermittelt</li> </ul>	<b>hoch</b>
Kap. 3.3.9 Sicherung des Lebensunterhaltes	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ steigende Zahl von Sozialhilfeempfängern seit 2005</li> <li>● jeder zehnte Einwohner der Stadt bezieht staatliche Transferleistungen bzw. Sozialhilfe</li> <li>■ stark steigende Kosten für die Kommune</li> </ul>	<b>hoch</b>

Ziele bzw. Zielwerte	Maßnahmen
k. A.	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ seit 1990 Gleichstellungsstelle</li> <li>■ 1997 Gleichstellungskonzept</li> <li>■ Stadt unterstützt Bewerbung von Frauen in verantwortungsvollen Positionen</li> </ul>
k. A.	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Information und Aufklärung der Bevölkerung</li> <li>■ Bekanntmachung des „fairen Handel“ durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit</li> <li>■ Intensivierung der Kooperation mit Organisationen</li> <li>■ Aktionen mit Schulen (Solarkocher, Valentinstag)</li> <li>■ keine Beschaffung aus ausbeuterischer (Kinder-)Arbeit</li> </ul>
k. A.	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ weiterer Ausbau des ehrenamtlichen Engagements durch infrastrukturelle (Fach)Einrichtungen und Koordinierungsstellen</li> <li>■ Sensibilisierung bestimmter Zielgruppen für das Ehrenamt („richtige Ansprache“)</li> <li>■ bessere (finanzielle) Unterstützung der CariThek Bamberg und ihrer Projekte durch Politik, Kommune und Wirtschaft</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ möglichst hohe Aufklärungsquote, quantitativ jedoch nicht festgesetzt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Projekte für Jugendliche zur Alkoholprävention (JUNKER, HaLT)</li> <li>■ Kriminalitätsprävention im Allgemeinen, Aufklärungsarbeit vor allem im Kinder- und Jugendbereich</li> <li>■ Sensibilisierung der Bevölkerung</li> <li>■ Maßnahmen im städtebaulichen Bereich (Beleuchtung, Videoüberwachung etc.)</li> </ul>
k. A.	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ arbeitsfördernde Maßnahmen zur Reintegration der Hilfeempfänger</li> <li>■ Beratung zu Fragen der Sicherung des Lebensunterhaltes Projekte innerhalb des Bundesprogramms „Soziale Stadt“ zur Unterstützung der Bevölkerung in sogenannten „benachteiligten bzw. vernachlässigten Stadtquartieren“</li> </ul>

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Abfallaufkommen in Deutschland.....	9
Abb. 2: Hausmüll- und Restmüllaufkommen in Bamberg.....	10
Abb. 3: Angefallene Wertstoffmengen in Bamberg .....	11
Abb. 4: Wertstoffe - Verwertungsquote.....	11
Abb. 5: Angefallene Jahresmengen an Gewerbeabfall in Bamberg .....	12
Abb. 6: Gesamtabfallaufkommen pro Einwohner – Bayern, Oberfranken, BA, BT, CO und HO .....	12
Abb. 7: Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche (BRD, Bayern) und deren jährl. Zunahme .....	14
Abb. 8: Flächennutzung Stadtgebiet von Bamberg.....	15
Abb. 9: Gesamter Netto-Stromverbrauch und Erdgasverbrauch in Deutschland und Bayern .....	18
Abb. 10: Energieverbrauch von Bambergs Haushalten sowie Industrie und Gewerbe .....	19
Abb. 11: Durchschnittlicher Strom- und Gasverbrauch der privaten Haushalte in Bamberg .....	20
Abb. 12: Trinkwasserversorgungsgebiet .....	23
Abb. 13: Personenbezogener Wasserverbrauch pro EW und Tag – Deutschland, Bayern und BA.....	24
Abb. 14: Wasserabgabemengen in Bamberg an Haushalte, Industrie und Gewerbe und gesamt .....	25
Abb. 15: Wasserversorgung in Bamberg – Trinkwasserabgabe 2008 .....	25
Abb. 16: In die Kläranlage Bamberg eingeleitete Abwassermengen von 1990 bis 2008 .....	27
Abb. 17: Stromerzeugung, Strombezug und Stromverbrauch der Bamberger Kläranlage .....	27
Abb. 18: PM <sub>10</sub> im Jahresmittel in µg/m <sup>3</sup> Luft, Messstation Löwenbrücke Bamberg.....	31
Abb. 19: NO <sub>2</sub> und NO im Jahresmittel in µg/m <sup>3</sup> Luft, Messstation Löwenbrücke Bamberg.....	31
Abb. 20: Werte der Ozonbelastung in Bamberg .....	32
Abb. 21: CO-Konzentration im Jahresmittel in mg/m <sup>3</sup> Luft, Messstation Löwenbrücke Bamberg.....	33
Abb. 22: Bestand an verkehrszugelassenen Pkw in Bamberg und Pkw pro 1.000 Einwohner .....	36
Abb. 23: Beförderte Personen im städtischen Linienverkehr .....	36
Abb. 24: Verkehrsmittelwahl der Bamberger Bevölkerung.....	36
Abb. 25: Straßenverkehrsunfälle in Bamberg, Verletzte, Schulwegsunfälle.....	37
Abb. 26: Dunkler Wiesenknopf-Ameisenbläuling ( <i>Maculinea nausithous</i> ) .....	40
Abb. 27: Flächenanteil der Naturschutzgebiete in Deutschland und den einzelnen Bundesländern.....	41
Abb. 28: Biotopentwicklungsflächen in Bamberg und deren Anteil an der gesamten Stadtfläche.....	43
Abb. 29: Gewerbeanmeldungen und –abmeldungen in Deutschland.....	48
Abb. 30: Gewerbeanmeldungen und –abmeldungen in Bayern und Oberfranken .....	49
Abb. 31: Verhältnis Gewerbeabmeldungen und –anmeldungen in BA, BT, CO und HO .....	49
Abb. 32: Pro-Kopf-Verschuldung Stadt Bamberg und bayerische kreisfreie Städte .....	51
Abb. 33: Entwicklung der Schulden der Stadt Bamberg .....	52
Abb. 34: Steuereinnahmen der Stadt Bamberg – ausgewählte Beispiele .....	53
Abb. 35: Ökologisch bewirtschaftete Fläche in der BRD, Anteil an gesamter Agrarfläche.....	54
Abb. 36: Ökologisch wirtschaftende Betriebe in der BRD, Anteil an Gesamtzahl landw. Betriebe .....	55
Abb. 37: Betriebe mit Öko-Landbau und ökologisch-bewirtschaftete Fläche (Stadt und Lkr. BA).....	56
Abb. 38: Anzahl der Lizenznehmer bei der Kampagne „Region Bamberg – Weil’s mich überzeugt“ .....	57
Abb. 39: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Bamberg nach Wirtschaftszweigen.....	59
Abb. 40: Arbeitslosenzahlen der Städte Bamberg, Bayreuth, Coburg und Hof im Vergleich .....	63
Abb. 41: Entwicklung der Arbeitslosenquote – Vergleichswerte auf allen Ebenen .....	64
Abb. 42: Arbeitsmarkt in Stadt und Landkreis Bamberg – Arbeitslose und arbeitslose Jugendliche.....	64
Abb. 43: Neu abgeschlossene Ausbildungsverhältnisse in Deutschland und Bayern .....	66

## Abbildungsverzeichnis

<b>Abb. 44:</b> Bei der IHK/HWK Oberfranken gemeldete neu abgeschlossene Ausbildungsverhältnisse.....	67
<b>Abb. 45:</b> Bei der HWK gemeldete neu abgeschlossene Ausbildungsverhältnisse in BA, BT, CO, HO .....	67
<b>Abb. 46:</b> Vorausberechnung der Einwohnerzahlen Deutschlands .....	69
<b>Abb. 47:</b> Vorausberechnung der Einwohnerzahlen Bayerns .....	69
<b>Abb. 48:</b> Vorausberechnung der Einwohnerzahlen Oberfrankens .....	70
<b>Abb. 49:</b> Entwicklung der Einwohnerzahl Bambergs .....	71
<b>Abb. 50:</b> Einwohnerzahlen oberfränkischer Städte und prognostizierte Einwohnerzahlen für 2028.....	71
<b>Abb. 51:</b> Natürliche und wanderungsbedingte Bevölkerungsbilanz Bambergs .....	72
<b>Abb. 52:</b> Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen in Bamberg.....	72
<b>Abb. 53:</b> Altersaufbau der Bamberger Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung .....	74
<b>Abb. 54:</b> Medizinische Versorgung (Ärzte sowie Einwohner pro Arzt) in Bamberg .....	75
<b>Abb. 55:</b> Schulabgänger an Bambergs Hauptschulen mit und ohne Schulabschluss.....	78
<b>Abb. 56:</b> Anteil der Menschen mit Handicap an Gesamtzahl der Beschäftigten i.d. Stadtverwaltung.....	80
<b>Abb. 57:</b> Geschlechterverteilung im Bamberger Stadtrat .....	86
<b>Abb. 58:</b> Gesamtstraftaten in Bayern und Oberfranken und Aufklärungsquoten.....	93
<b>Abb. 59:</b> Erfasste Straftaten in Bamberg und deren Aufklärungsquote .....	93
<b>Abb. 60:</b> Anteile der Deliktgruppen an Gesamtstraftaten im Stadtgebiet Bamberg in 2009.....	94
<b>Abb. 61:</b> Häufigkeitszahlen.....	95
<b>Abb. 62:</b> Tatverdächtige.....	95
<b>Abb. 63:</b> Sozialhilfempfänger in Bamberg mit Hartz IV.....	98
<b>Abb. 64:</b> Anteil der Ausgaben für die Soziale Sicherung am Verwaltungshaushalt .....	99
<b>Abb. 65:</b> Finanzieller Aufwand der Stadt für Sozialhilfe und Hartz IV .....	99
<b>Abb. 66:</b> Wohngeld – Anträge, Zuschussempfänger und Zuschussbeträge.....	100

## Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Siedlungs- und Verkehrsfläche und deren Anteil an der Gesamtfläche im Vergleich.....	16
Tab. 2: Personenbezogener Wasserverbrauch pro EW und Tag – Deutschland, Bayern und BA .....	24
Tab. 3: Übersicht über die Luftgüteklassen.....	30
Tab. 4: Kfz-Bestand in Deutschland, Bayern und den oberfränkischen Mittelstädten .....	35
Tab. 5: Nationalparke, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete und Naturparke in Bayern.....	41
Tab. 6: Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie geschützte Landschaftsbestandteile in BA.....	42
Tab. 7: Nach EMAS und QuB zertifizierte Unternehmen sowie Teilnehmer am Umweltpakt Bayern .....	46
Tab. 8: Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftszweigen – Bayern, Oberfranken, BA, BT, CO, HO .....	60
Tab. 9: Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Bamberg, Bayreuth, Coburg und Hof .....	68
Tab. 10: Ausländeranteil an Schulen – Bamberg und Bayern im Vergleich .....	77
Tab. 11: Kindertageseinrichtungen in Bamberg .....	83
Tab. 12: Kinder zwischen 0 und 6 Jahren in Kindertageseinrichtungen mit Betreuungsquote.....	83
Tab. 13: Entwicklung des Frauenanteils des Deutschen Bundestages.....	85
Tab. 14: Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ – Platzierungen und Teilnehmer .....	101
Tab. 15: Wettbewerb „Energiesparkommune 2005“ – Platzierung und Teilnehmer.....	101
Tab. 16: Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Naturschutz 2007“ – Platzierung und Teilnehmer .....	102
Tab. 17: Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ – Platzierung und Teilnehmer .....	102

## Bildnachweis

- |  |                                      |
|--|--------------------------------------|
| S. 1: escapechen / PIXELIO; Hans-Peter-Leist / PIXELIO; Marco-Barnebeck / PIXELIO; Oskar-Günther / PIXELIO; tommyS / PIXELIO; Zoschke / PIXELIO; Pressestelle / Stadt Bamberg; Ronald Rinklef / Stadt Bamberg; Jürgen Schraudner / Stadt Bamberg | S. 47: Konstantin-Gastmann / PIXELIO |
| S. 5: Jürgen Schraudner / Stadt Bamberg  | S. 51: Gerd Altmann / PIXELIO        |
| S. 9: Dieter Schütz / PIXELIO  | S. 54: Helmut Brunken / PIXELIO      |
| S. 18: JL-foto / PIXELIO   | S. 59: Robert Bosch GmbH             |
| S. 22: Grace Winter / PIXELIO  | S. 62: Matthias Balzer / PIXELIO     |
| S. 29: gnubier / PIXELIO   | S. 66: Birgit H. / PIXELIO           |
| S. 34: schubalu / PIXELIO  | S. 69: Stadt Bamberg                 |
| S. 40: martin-ostheimer / PIXELIO;   | S. 75: Stadt Bamberg                 |
| S. 45: Gerd Altmann / PIXELIO  | S. 81: Gerd Altmann / PIXELIO        |
|  | S. 85: Thommy Weiss / PIXELIO        |
|  | S. 88: Stadt Bamberg                 |
|  | S. 92: Arno Bachert / PIXELIO        |
|  | S. 97: Marko Greitschus / PIXELIO    |
|  | S.102: Stadt Bamberg                 |

## Abkürzungsverzeichnis

<b>1-h-MW</b>	1-Stundenmittelwert
<b>8-h-GMW</b>	Gleitender 8-Stundenmittelwert
<b>AbfAbIV</b>	Abfallablagerungsverordnung
<b>AbfG</b>	Abfallgesetz
<b>AG21</b>	Agenda 21
<b>AKUS</b>	Arbeitskreis Umwelt und Sicherheit
<b>ARGE</b>	Arbeitsgemeinschaft
<b>BA</b>	Bamberg
<b>BAE</b>	Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen
<b>BayAbfG</b>	Bayerisches Abfallgesetz
<b>BayLfStaD</b>	Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung
<b>BIBB</b>	Bundesinstitut für Berufsbildung
<b>BImSchG</b>	Bundes-Immissionsschutzgesetz
<b>BImSchV</b>	Bundes-Immissionsschutzverordnung
<b>BIP</b>	Bruttoinlandsprodukt
<b>BISS</b>	Bamberger Initiative für Schülerinnen und Schüler
<b>BDEW</b>	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft
<b>BMELV</b>	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
<b>BMFSFJ</b>	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
<b>BMU</b>	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
<b>BSB5</b>	Biologischer Sauerstoffbedarf
<b>BSHG</b>	Bundessozialhilfegesetz
<b>BT</b>	Bayreuth
<b>BPFK</b>	Beauftragte(r) der Polizei für Frauen und Kinder
<b>BRD</b>	Bundesrepublik Deutschland
<b>BSHG</b>	Bundessozialhilfegesetz
<b>BvB</b>	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen
<b>BQ</b>	Betreuungsquote
<b>CH<sub>4</sub></b>	Methan
<b>cm</b>	Zentimeter
<b>CO</b>	Kohlenmonoxid / Coburg
<b>CO<sub>2</sub></b>	Kohlenstoffdioxid
<b>CSB</b>	Chemischer Sauerstoffbedarf
<b>DG</b>	Dientzenhofer-Gymnasium
<b>DIN ISO</b>	Deutsches Institut für Normung / International Organization for Standardization
<b>DUH</b>	Deutsche Umwelthilfe e.V.
<b>EBB</b>	Entsorgungs- und Baubetrieb der Stadt Bamberg
<b>EFI</b>	Erfahrungswissen für Initiativen
<b>EG</b>	Europäische Gemeinschaft
<b>EMAS</b>	Eco-Management and Audit Scheme
<b>EMN</b>	Europäische Metropolregion Nürnberg
<b>ESF</b>	Europäischer Sozialfond
<b>EU</b>	Europäische Union

## Abkürzungsverzeichnis

<b>EVA</b>	Ernstnehmende Verkehrssicherheitsarbeit
<b>EW</b>	Einwohner
<b>EWG</b>	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
<b>FFH</b>	Flora Fauna Habitat
<b>FNP</b>	Flächennutzungsplan
<b>FÖJ</b>	Freiwilliges Ökologisches Schuljahr
<b>FSSJ</b>	Freiwilliges Soziales Schuljahr
<b>FWO</b>	Fernwasserversorgung Oberfranken
<b>GmbH</b>	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
<b>ha</b>	Hektar
<b>HaLT</b>	Hart am Limit
<b>HIGGI</b>	Hilfen in der Gemeinde, generationsübergreifend initiiert
<b>HO</b>	Hof
<b>HWK</b>	Handwerkskammer
<b>HZ</b>	Häufigkeitszahl
<b>IGZ</b>	Ideen geben Zukunft, ehemals Innovations- und Gründerzentrum
<b>IHK</b>	Industrie- und Handelskammer
<b>IT</b>	Informationstechnik
<b>KBA</b>	Kraftfahrt-Bundesamt
<b>Kfz</b>	Kraftfahrzeuge
<b>kg</b>	Kilogramm
<b>KiföG</b>	Kinderförderungsgesetz
<b>km / km<sup>2</sup></b>	Kilometer / Quadratkilometer
<b>km/h</b>	Kilometer pro Stunde
<b>KOF</b>	Kriegsopferfürsorge
<b>KrW-/Afg</b>	Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
<b>kW</b>	Kilowatt
<b>kWh</b>	Kilowattstunde
<b>l</b>	Liter
<b>LEADER</b>	Liaison Entre de Development de Economie Rurale
<b>LfU</b>	Landesamt für Umwelt
<b>Lkw</b>	Lastkraftwagen
<b>Lkr.</b>	Landkreis
<b>LSP</b>	Landschaftsplan
<b>LÜB</b>	Lufthygienisches Landesüberwachungssystem Bayern
<b>m<sup>3</sup></b>	Kubikmeter
<b>mg</b>	Milligramm
<b>MHKW</b>	Müllheizkraftwerk
<b>MIB</b>	Migranten- und Integrationsbeirat Bamberg
<b>Mio.</b>	Millionen
<b>MIV</b>	Motorisierter Individualverkehr
<b>Mrd.</b>	Milliarden
<b>MS</b>	Modal-Split

## Abkürzungsverzeichnis

<b>µg</b>	Mikrogramm
<b>NH<sub>4</sub></b>	Ammonium
<b>NO</b>	Stickstoffoxide
<b>NO<sub>2</sub></b>	Stickstoffdioxid
<b>O<sub>3</sub></b>	Ozon
<b>ÖPNV</b>	Öffentlicher Personennahverkehr
<b>PD</b>	Polizeidirektion
<b>pH</b>	pondus/potentia Hydrogenii
<b>PI</b>	Polizeiinspektion
<b>Pkw</b>	Personenkraftwagen
<b>PKS</b>	Polizeiliche Kriminalitätsstatistik
<b>PM<sub>10</sub></b>	Feinstaub
<b>PtJ</b>	Projektträger Jülich
<b>QuB</b>	Qualitätsverbund umweltbewusster Betriebe
<b>SEK</b>	Städtebauliches Entwicklungskonzept
<b>SGB</b>	Sozialgesetzbuch
<b>SO<sub>2</sub></b>	Schwefeldioxid
<b>SuV</b>	Siedlungs- und Verkehrsfläche
<b>t</b>	Tonne
<b>T-MV</b>	Tagesmittelwert
<b>TB</b>	Tiefbrunnen
<b>TrinkwV</b>	Trinkwasserverordnung
<b>TÜV</b>	Technischer Überwachungs-Verein
<b>UN</b>	United Nations
<b>UNESCO</b>	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
<b>VBEW</b>	Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft
<b>VDEW</b>	Verband der Elektrizitätswirtschaft
<b>VEP</b>	Verkehrsentwicklungsplan
<b>Wifö</b>	Wirtschaftsförderung
<b>WiR</b>	Wirtschaftsregion Bamberg-ForchheimProjekt „Energie und Denkmalpflege“

## Quellennachweis

### Publikationen

Bayerisches Landesamt für Umwelt (2007): Umweltbericht Bayern 2007.

Bayerisches Landesamt für Umwelt (2009): Hausmüll in Bayern. Bilanzen 2008.

Bayerisches Staatsministerium des Innern (2010): Statement des Bayerischen Staatsministers des Innern, Joachim Herrmann, anlässlich der Präsentation der Verkehrsunfallstatistik des Jahres 2009 und der Vorstellung der Maßnahmen und Aktionen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit 2010 am 2. Februar 2010 im Bayerischen Staatsministerium des Innern.

BMU = Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2005): Umweltmanagementansätze in Deutschland.

BMU = Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2009): Umweltwirtschaftsbericht 2009.

Dientzenhofer-Gymnasium Bamberg (Hrsg.) (200x): Umwelterklärung 2001.

Landesgartenschau Bamberg 2012 GmbH (Hrsg.) (2009): Magazin zur Landesgartenschau. Die Gärtnerstadt.

Landesgartenschau Bamberg 2012 GmbH (Hrsg.) (2009): Die Bamberger Gärtner und die Gärtnerstadt.

Landratsamt Bamberg (2009): Region Bamberg - weil's mich überzeugt – Verkaufsstellen.

Landwirtschaftsamt Bamberg-Forchheim, Landratsamt Bamberg et al. (2004): Direktvermarkter Verzeichnis. Region Bamberg-Forchheim.

Sozialstiftung Bamberg (Hrsg.) (2007): Umwelterklärung 2006.

Stadt Bamberg (2000): Verkehrsentwicklungsplan Bamberg – Entwurf 2000. Kurzfassung.

Stadt Bamberg (2005): Verkehrsverhalten der Bamberger Bevölkerung.

Stadt Bamberg (2009): Bamberger Zahlen 2008. Statistisches Jahrbuch der Stadt Bamberg.

Stadt Bayreuth (2009): Umweltschutzbericht 2008.

Stadt Bamberg / Wirtschafts- und Finanzreferat (Hrsg.) (2009): Unser Haushaltsplan für das Jahr 2009.

Statistisches Bundesamt (2009a): Statistisches Jahrbuch 2009 für die Bundesrepublik Deutschland.

Statistisches Bundesamt (2009b): Ergebnisse der Sozialhilfestatistik 2007. In: Wirtschaft und Statistik 01/2009.

Polizeidirektion Bamberg (2009a): Verkehrsstatistik Bamberg 2008.

Polizeidirektion Bamberg (2009b): Kriminalstatistik Bamberg 2008.

Polizei Bayern (2009): Polizeiliche Kriminalitätsstatistik für den Freistaat Bayern 2008.

Polizeidirektion Bayreuth (2009): Polizeiliche Kriminalstatistik 2008.

**Internet – weiterführende Quellen**

AELF = Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bamberg – <http://aelf-ba.bayern.de> (1.7.2010)

BayLfStaD = Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung – <http://www.statistikdaten.bayern.de> (1.7.2010)

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit – <http://www.stmug.bayern.de> (1.7.2010)

BDEW = Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft – <http://www.bdew.de> (1.7.2010)

BIBB = Bundesinstitut für Berufsbildung – <http://www.bibb.de> (1.7.2010)

BfN = Bundesamt für Naturschutz – <http://www.bfn.de> (1.7.2010)

BMELV = Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz – <http://www.bmelv.de> (1.7.2010)

BMU = Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit – <http://www.bmu.de> (1.7.2010)

Bund der Steuerzahler Deutschland e. V. – <http://www.steuerzahler.de> (1.7.2010)

Bund der Steuerzahler in Bayern e. V. – <http://www.steuerzahler-bayern.de> (1.7.2010)

Bundesagentur für Arbeit – <http://www.arbeitsagentur.de> (1.7.2010)

Bundesagentur für Arbeit – Statistik – <http://statistik.arbeitsagentur.de> (1.7.2010)

Destatis – Statistisches Bundesamt Deutschland – <http://www.destatis.de> (1.7.2010)

Deutscher Bundestag – <http://www.bundestag.de> (1.7.2010)

EMAS = Eco Management and Audit Scheme – <http://www.emas-register.de> (1.7.2010)

HWK Oberfranken – <http://www.hwk-oberfranken.de> (1.7.2010)

IHK Oberfranken – <http://www.bayreuth.ihk.de> (1.7.2010)

KBA = Kraftfahrt-Bundesamt – <http://www.kba.de> (1.7.2010)

LfU = Bayerisches Landesamt für Umwelt – <http://www.bayern.de/lfu> (1.7.2010)

Polizei Bayern – <http://www.polizei.bayern.de> (1.7.2010)

Polizeipräsidium Oberfranken – <http://www.polizei.bayern.de/oberfranken> (1.7.2010)

QuB = Qualitätsverbund umweltbewusster Betriebe – <http://www.qub-info.de> (1.7.2010)

Regierung von Oberfranken – <http://www.regierung.oberfranken.bayern.de> (1.7.2010)

Stadt Bamberg – <http://www.stadt.bamberg.de> (1.7.2010)

Stadtwerke Bamberg – <http://www.verkehrsbetriebe.de> (1.7.2010)

Statistische Ämter des Bundes und der Länder – <http://www.statistik-portal.de> (1.7.2010)

StMI = Bayerisches Staatsministerium des Innern – <http://www.stmi.bayern.de> (1.7.2010)

StMWiVT = Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie – <http://www.stmwivt.de> (1.7.2010)

VBEW = Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – <http://www.vbew.de> (1.7.2010)

**Kontakt:**

Stadt Bamberg  
Amt für Umwelt, Brand- und Katastrophenschutz  
Mußstraße 28  
96047 Bamberg

**Projektleitung Lokale Agenda 21:**

Dipl.-Geogr. Karl Fischer  
Tel. 0951 – 871718  
e-mail: karl.fischer@stadt.bamberg.de  
Internet: www.bamberg.de

**CO-Autor:**

Dipl.-Geogr. Thomas Müller  
e-mail: tm@globaldigital.de

**Layout und Gestaltung:**

Stefan Mähringer  
Kämmereiamt Stadt Bamberg  
Maxplatz 3

**Druck:**

creo Druck & Medienservice GmbH  
Gutenbergstraße 1  
96050 Bamberg  
Auflage: 500  
Gedruckt auf 100% Recycling-Papier

